

ENTZAUBERTE UNION

Warum die EU nicht zu retten
und ein Austritt keine Lösung ist
herausgegeben von Attac

mandelbaum *kritik & utopie*



3. Auflage mit einem Vorwort von Ulrich Brand

kritik & utopie ist die politische Edition im
mandelbaum verlag.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und auch
Übersetzungen fremdsprachiger Texte,
populäre Sachbücher sowie akademische und
außeruniversitäre wissenschaftliche Arbeiten.

Nähere Informationen unter
www.kritikundutopie.net

Attac (Hg.)

ENTZAUBERTE UNION

Warum die EU nicht zu retten
und ein Austritt keine Lösung ist

mandelbaum *kritik & utopie*

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien, berlin 2018
alle Rechte vorbehalten
Dritte Auflage

Lektorat: Elvira Gross
Illustrationen: Wolfgang Homola
Umschlagbild: privat
Satz & Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu
Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

- ULRICH BRAND
9 Vorwort zur 3. Auflage
15 Einleitung
JOHANNES JÄGER
22 Zur Geschichte der EU: Die schrittweise
Durchsetzung neoliberaler Integration

ANALYSE

- CARLA WEINZIERL
38 Agrarpolitik
PETER WAHL
44 Finanzmarktpolitik
FABIANE BAXEWANOS
50 Flüchtlingspolitik
STEFAN EDERER
56 Geldpolitik
ELISABETH KLATZER UND CHRISTA SCHLAGER
62 Gleichstellungspolitik
ALEXANDRA STRICKNER
68 Handelspolitik
MARKUS KOZA
74 Lohnpolitik
THOMAS ROITHNER
80 Militärpolitik

CHRISTINE MAYRHUBER

86 Sozialpolitik

DAVID WALCH

92 Steuerpolitik

MANUEL GREBENJAK UND MICHAEL TORNER

98 Umwelt- und Klimapolitik

ELISABETH KLATZER

104 Wirtschaftspolitik

KONSEQUENZEN

MANUEL GREBENJAK, LISA MITTENDREIN, VALENTIN
SCHWARZ UND SIMON THEURL

112 Was ist dran an den gängigen EU-Bildern?

INTERVIEW MIT LISA MITTENDREIN UND
LUKAS OBERNDORFER

122 „Eine grundlegende EU-Reform ist de facto unmöglich“

INTERVIEW MIT JAMES O'NIONS

136 „Die Austrittsdebatte ist der falsche Ansatzpunkt für
Strategien gegen rechts“

INTERVIEW MIT JOACHIM BECKER

143 „Wer glaubt, die EU wäre die Antwort auf die Rechte,
hat schon verloren“

RALPH GUTH, ELISABETH KLATZER, LISA MITTENDREIN,
ALEXANDRA STRICKNER UND VALENTIN SCHWARZ

152 Wo wir stehen: Thesen zur EU-Debatte

STRATEGIEN

INTERVIEW MIT MARTIN KONECNY UND ANDREAS NOVY

168 „Die Europa-Ideologie verhindert eine sinnvolle Debatte
über die EU“

- VALENTIN SCHWARZ
182 Eine neue Sprache für eine bessere EU-Debatte
- MARTIN KONECNY UND ALEXANDRA STRICKNER
192 Lernen von TTIP & CETA: Die EU-Maschinerie
ins Stottern bringen
- JULIANNA FEHLINGER
203 Ernährungssouveränität: Widerstand und Alternativen
von unten zusammendenken
- LISA MITTENDREIN, ETIENNE SCHNEIDER
214 Mitstrategischem Ungehorsam Spielräume zurückgewinnen
und Alternativen durchsetzen
- JULIA EDER
225 Von Lateinamerika lernen? Neue Formen internationaler
Zusammenarbeit
- PETER WAHL
235 Alternativen zum Euro
- INTERVIEW MIT BUE RÜBNER HANSEN UND
MANUELA ZECHNER
246 „Nutzen wir Städte als Orte des Experimentierens“
- RALPH GUTH, ELISABETH KLATZER, LISA MITTENDREIN,
ALEXANDRA STRICKNER UND VALENTIN SCHWARZ
261 Ausblick: Zehn Vorschläge wie wir in die Offensive kommen
- 275 AutorInnen

ULRICH BRAND

Vorwort zur 3. Auflage

Jenseits falscher Alternativen: Auf der Suche nach emanzipatorischer Veränderung in der Europäischen Union

Dieser Tage sind die 90er Jahre überall: nicht nur in Mode und Popmusik, sondern auch in Politik und Zeitgeist. So titelte die rechtsliberale österreichische Tageszeitung „Die Presse“ im Frühsommer 2018: „Die 90er Party. Clinton, Chats und Synthiepop“. Und weiter: „Die Neunzigerjahre waren das vorläufig letzte Jahrzehnt des unbeschwerten Optimismus“. Als Belege nennt die „Presse“ Phänomene wie Abrüstung, wo es in der Tat eine deutliche Reduktion gab, und die Entstehung des Internet, das bis heute die Welt nachhaltig verändert. Die fortschreitende Globalisierung brachte unter anderem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA und die Gründung der Welthandelsorganisation WTO. 9

Neoliberaler Umbau und neue Weltordnung

Meine eigene politische und wissenschaftliche Sozialisation fand just in diesen heute so umjubelten 1990er Jahren statt. Ich fand sie gar nicht optimistisch. In Deutschland waren es die politisch schweren Jahre unter Helmut Kohl und der sich abzeichnenden Probleme der deutschen Vereinigung. Die Wahl Bill Clintons zum US-Präsidenten 1992 war durchaus positiv, doch bald wurde deutlich, dass er politisch wenig bewegen konnte und zu neoliberaler Politik tendierte. Politisch waren die 1990er von einer Stimmung dominiert, die Francis Fukuyama mit dem Ausrufen des „Endes der Geschichte“ auf den Punkt brachte: Liberale Demokratie und Kapitalismus. Basta.

Die 1990er waren die Zeit der weltweiten Durchsetzung neoliberaler Politik und der damit einhergehenden sozialen Spaltungen. Die vom damaligen US-Präsidenten George Bush ausgerufenen „Neue Weltordnung“ nahm mit einem Krieg gegen den Irak 1991 eine äußerst brutale Form an. Sie wurde mit den Kriegen im sich auflösenden Jugoslawien weitergeführt. In Lateinamerika, wo ich mich in den 1990er Jahren oft aufhielt, wurden erbarmungslose Strukturanpassungsprogramme durchgesetzt. Durch sie wurden die Staaten neoliberal umgebaut – zum Nutzen internationaler Banken und Konzerne sowie einheimischer Eliten.

10 **Eine gute Zeit für die Eliten**

In Österreich kam es in den 1990ern zum EU-Beitritt und zum Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider, die in der Regierungsbeteiligung im Jahr 2000 ihren ersten „Höhepunkt“ fand. Innerhalb des politisch progressiven Lagers übertrafen sich die europäischen sozialdemokratischen Parteien und die US-amerikanischen Demokraten darin, neoliberale Politiken für die „neue Mitte“ zu formulieren und – kaum an der Regierungsmacht – durchzusetzen.

Das publizistische Abfeiern der 1990er Jahre hat einen wahren Kern: Für die politischen und wirtschaftlichen Eliten war es tatsächlich eine gute Zeit. Sie sicherten ihre Interessen langfristig politisch ab, während der Bevölkerung mit neuen Produkten das Leben versüßt werden sollte. Ansonsten hatte sie zu hackeln und politisch ruhig zu sein. „Go shopping and be happy“, hatte die Ikone der neoliberalen Wende der 1980er Jahre, die britische Premierministerin Margaret Thatcher, einige Jahre zuvor verkündet.

Neoliberale Grundpfeiler der Europäischen Union

Die 1990er waren auch die Zeit, in der die Europäische Union ihre heutige Form annahm. Sie ist ein Kind dieser Zeit, ihrer Machtverhältnisse und Ideologie. Der Binnenmarkt trat in Kraft

– und heizte die Standortkonkurrenz zwischen den EU-Staaten an, die zu einer Abwärtsspirale bei Löhnen, Vermögenssteuern sowie Sozial- und Umweltstandards führte. Der Vertrag von Maastricht 1992 richtete die EU deutlich neoliberal aus. Es folgte die Einführung des Euro 1999. Elisabeth Klatzer spricht in ihrem Beitrag vom Euro als „Motor für die wirtschaftliche und politische Spaltung Europas“. Dann kam die Vorbereitung der neoliberalen Lissabon-Agenda, die im Jahr 2000 verabschiedet und im Jahr 2007 als Vertrag fixiert wurde.

Diese Entwicklungen der Europäischen Union, die insbesondere in den 1990er Jahren angelegt wurden, sind in *Entzauberte Union* vorzüglich dargestellt und analysiert, etwa im prägnanten Überblick von Johannes Jäger. Das Buch verweist auch darauf, wie umstritten geschichtliche Interpretationen sind. So werden die vielen positiven Bilder und Rechtfertigungen der heutigen EU-Politik widerlegt – etwa im glänzenden Kapitel „Was ist dran an den gängigen EU-Bildern?“. Im Strategieteil folgen Vorschläge von Valentin Schwarz, wie wir eine kritische Sprache entwickeln können.

11

Was ist von der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft zu erwarten?

Die vorliegende dritte Auflage dieses Buchs erscheint im Sommer 2018 zu Beginn der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft. Als Motto hat die Regierung „Ein Europa, das schützt“ gewählt. Die Schwerpunkte sollen auf den Themen „(Innere) Sicherheit“ und „Flucht und Migration“ liegen. „Sicherheit“ – was immer in einem der sichersten Länder der Welt genau darunter verstanden wird – sowie die weitere militärische Abschottung der Grenzen statt einer geordneten Aufnahme von Flüchtlingen werden jene Themen sein, mit denen Bundeskanzler Kurz in diesen Monaten versuchen wird, sich ins europäische Rampenlicht zu stellen. Hinter diesen Schwerpunkten ist eine weitere autoritäre und neoliberale Vertiefung der EU zu erwarten: Das Wohlstandsversprechen für alle, lange Zeit ei-

ne der zentralen Legitimationen der EU, gilt nicht mehr – etwa für die Menschen in Griechenland. Die Spaltung wird weiter vorangetrieben. Die Verhandlungen um den Brexit werden dazu genutzt, dominante Wirtschaftsinteressen zu fördern.

12 Es wird auch zu verfolgen sein, wie sich die FPÖ politisch zur EU positioniert. Statt wie früher die EU abzulehnen, könnte sie durchaus für mehr EU, etwa mehr gemeinsames Militär an den Außengrenzen oder mehr Kooperation der Sicherheitsapparate, eintreten. Gleichzeitig wird die FPÖ in der Regierung die neoliberale und autoritäre Ausrichtung der EU unterstützen. Damit bestätigt sich erneut die Argumentation in diesem Band, dass die Kategorien „mehr EU“ und „weniger EU“ nichts über den Inhalt der jeweiligen Maßnahme aussagen und politisch nutzlos sind.

Ein zentraler Debattenbeitrag

Entzauberte Union ist eine der wichtigsten deutschsprachigen, politisch-wissenschaftlichen Publikationen zur Europäischen Union der letzten Jahre. Das Buch geht von der richtigen Annahme aus, dass der Streit um die Zukunft der EU aktuell vor allem zwischen neoliberalen und nationalistischen Kräften geführt wird. Das ist eine katastrophal falsche Alternative, die progressive Vorschläge aus der öffentlichen Debatte und realen Politik verdrängt.

Das hängt, wie viele Beiträge anschaulich zeigen, mit der dominanten Deutung zusammen, es gehe innerhalb der EU vor allem um Konflikte zwischen Staaten und Regierungen und nicht zwischen sozialen Gruppen und Klassen. Wir brauchen genau diesen Perspektivwechsel: Die Interessen der Vermögenden und weltmarktorientierten Unternehmen sowie ihrer politischen Stützen stehen gegen die Interessen großer Teile der Bevölkerung an einem sinnerfüllten Leben, das mit hohen Sozial- und Umweltstandards, in demokratischen Prozessen, mit guten öffentlichen Dienstleistungen und anderem ermöglicht wird.

Die EU mit ihrer dominanten neoliberalen Ausrichtung, so lautet die plausible These des Buches, trägt zur gesellschaftlichen Spaltung innerhalb der einzelnen Gesellschaften und zwischen den europäischen Ländern bei. So bereitet sie erst den Boden für rassistische und nationalistische Politiken.

Außerhalb festgefahrener Positionen

Das Buch ist informativ, verständlich geschrieben und traut sich fundierte politische Einschätzungen in sehr unübersichtlichen Zeiten zu – Stichwort Brexit und die Frage der Austrittsoptionen für andere Länder. Das Kapitel „Wo wir stehen: Thesen zur EU-Debatte“ ist dabei das argumentative Herzstück. Es wirft die entscheidenden Fragen auf, die in anschließenden Beiträgen weiterverfolgt und abschließend in „Zehn Vorschlägen, wie wir in die Offensive kommen“ verdichtet werden. Dabei wird deutlich: Es gibt jede Menge Alternativen, wenn wir außerhalb der festgefahrenen Positionen denken. Am Beispiel der Debatten und Praxen von Ernährungssouveränität, die Julianna Fehlinger vorstellt, wird das deutlich. Das Buch ist voller vernünftiger und, wenn die gesellschaftspolitischen Bedingungen stimmen, auch durchsetzbarer Alternativen.

13

Die Europäische Union sichert die imperiale Lebensweise ab

Das vorliegende Buch deckt eine große Bandbreite von Themen ab und scheut sich nicht vor Kontroversen. Ein Bereich, der gerade aus emanzipatorischer Perspektive wichtig und kompliziert ist, wird im Gespräch zwischen Andreas Novy und Martin Konecny angesprochen, bleibt sonst aber unterbelichtet: Trotz aller Differenzen zwischen linken, progressiven, neoliberalen und nationalistischen EU-Positionen sichert die EU den meisten Menschen eine Lebensweise, die auf der Ausbeutung von Menschen und Natur in anderen Regionen der Welt basiert.

Entzauberte Union kann inhaltlich als Beitrag zur emanzipatorischen Option einer selektiven De-Globalisierung und Ent-Europäisierung gelesen werden – auch wenn diese Begriffe so nicht vorkommen. Es geht bei De-Globalisierung nicht um wirtschaftliche Abschottung, sondern darum, die Mittel für ein gutes und auskömmliches Leben der Menschen zuallererst lokal und regional zu produzieren. Überregionale Einheiten braucht es nur dort, wo es sinnvoll ist, etwa bei bestimmten Nahrungsmitteln oder High-Tech-Produkten. Es wäre eine Einschränkung des Freihandels um jeden Preis, der vor allem den starken Wirtschaftsakteuren nutzt. Arbeitskräfte und Natur würden nicht mehr um der Profite Willen ausgebeutet. Selektive Ent-Europäisierung wäre eine Perspektive – das zeigt auch der Beitrag von Lisa Mittendrein und Etienne Schneider. So können insbesondere in den neoliberalen und autoritären Politikbereichen wie der Budget-, Finanzmarkt-, Handels- oder Geldpolitik lokale und nationale Handlungsspielräume zurückgewonnen werden. Solch eine Position hat nichts mit der nationalistischen EU-Kritik gemein.

Erst mit einer solchen selektiven De-Globalisierung und Ent-Europäisierung wird ein sozial-ökologisches und demokratisches Wohlstandsmodell überhaupt wieder denk- und machbar, das zudem nicht zu Lasten anderer Weltregionen geht. Die Analysen und Vorschläge von *Entzauberte Union* wollen Handlungsfähigkeit – notfalls auch mit strategischem Ungehorsam – im Hier und Jetzt ermöglichen. Das ist sehr viel in unübersichtlichen und politisch schwierigen Zeiten.

Ulrich Brand forscht und lehrt im Bereich Internationale Politik an der Universität Wien und ist u.a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und Redakteur bei mosaik-blog.at.

Einleitung

Die EU entzaubern

Die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Mit dem Brexit wird die EU-Integration erstmals rückabgewickelt. Die Ungleichheit in Europa nimmt zu, zwischen Arm und Reich ebenso wie zwischen Regionen und Ländern. Das Wohlstandsversprechen der Europäischen Union gilt für immer weniger Menschen. Statt Integration bringt die EU heute vor allem Spaltung. 15

Trotz dieser tiefen Verwerfungen ist für viele Menschen das „Bekenntnis zu Europa“ ein unverrückbarer Bestandteil ihrer politischen Identität. Diese emotionale Bindung basiert nicht nur auf der unausgesprochenen Gleichsetzung des Kontinents mit dem EU-Binnenmarkt. Sie basiert vor allem auf dem tausendfach reproduzierten Bild der EU als Friedensprojekt, als Lernerfahrung aus zwei Weltkriegen und als symbolischer Raum der Mobilität, Freiheit und politischen Kooperation. Wer könnte dagegen etwas haben?

Kritik an der EU üben jene am offensivsten, die auf Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung setzen und den Nationalstaat idealisieren. Sehr viele Menschen erkennen zwar an, dass es gerade die aktuelle neoliberale Politik ist, die für den Aufstieg der Rechten mitverantwortlich ist. Die einzige Möglichkeit, sich den Nationalisten entgegenzustellen, könne angeblich nur darin liegen, für „mehr Europa“ einzutreten.

Die berechtigte Sorge vor dem weiteren Aufstieg rechtsextremer Kräfte macht es vielen Menschen unmöglich, die EU grund-

legend zu hinterfragen. Denn es wird so getan, als wäre keine andere Form zwischenstaatlicher Zusammenarbeit vorstellbar. Doch hat die EU tatsächlich das Potenzial, jenes „soziale und demokratische Europa“ zu werden, das uns seit Jahrzehnten als politisches Idealbild präsentiert wird? Ist sie überhaupt dafür konstruiert, dieses Versprechen einzulösen? Ist sie wirklich der geeignete politische Rahmen, um unserer Vision eines guten Lebens für alle Menschen und einem ökologisch nachhaltigen, sozial- und geschlechtergerechten und demokratischen Wirtschaftssystem näherzukommen?

16 Dieses Buch versucht darauf Antworten zu geben. Dafür wird es nötig sein, viele der lieb gewonnenen und grundlegend positiven Bilder über das, was die EU in ihrem Kern ausmacht, zu entzaubern.

Für oder gegen Europa? Ein geschicktes Ablenkungsmanöver

Die aktuelle EU-Debatte wird von der Polarisierung zwischen „pro-europäischen“ und „europafeindlichen“ Kräften dominiert. Doch diese allgegenwärtige Inszenierung ist ein geschicktes Manöver, um von sozialen Fragen und der Verteilung zwischen Arm und Reich abzulenken. Davon profitieren rechtsextreme und neoliberale Kräfte gleichermaßen: Rechtsextreme schüren den Konflikt zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, während für Liberale soziale Fragen grundsätzlich ein Gräuelfeld sind. Gleichzeitig nutzen Konservative und Liberale diese Zuspitzung, um die EU-Kritik sozialer Bewegungen in einen Topf mit Rechtsextremen zu werfen, sie zu diffamieren und zu delegitimieren.

Doch die EU und die Nationalstaaten sind nicht zwei entgegengesetzte Pole, sondern ineinander verwachsene Blöcke. Wie wir unseren Wohlstand erarbeiten und verteilen, wird auf beiden Ebenen ausgehandelt. Die entscheidende Frage ist daher nicht, *wo*

Entscheidungen verabschiedet werden, sondern *welche Interessen* sie bevorzugt bedienen.

Ein weiteres Ziel dieses Buches ist daher, die falsche Debatte zwischen „pro- und antieuropäischen“ Kräften zu überwinden und neue Perspektiven zu eröffnen.

Zerschlagene Hoffnungen

Attac hat bereits 2006 und 2009 in *Das kritische EU-Buch* und *Wir bauen Europa neu* die neoliberale Ausrichtung der europäischen „Integration“ kritisiert und eine Vielzahl von Alternativen und Reformen vorgeschlagen. Das Projekt EU selbst haben wir dabei grundsätzlich befürwortet. Die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben diese Einschätzung zunehmend infrage gestellt. 17

Einerseits verhalte der jahrelange Ruf europäischer sozialer Bewegungen nach wirtschaftlicher Neuausrichtung und Demokratisierung der EU ungehört. Andererseits hofften auch wir im Sommer 2015, dass Linke und soziale Bewegungen in Griechenland einen Kurswechsel für ganz Europa anstoßen könnten. Doch ist die griechische Regierung mit ihrem Versuch, mit der neoliberalen Kürzungspolitik zu brechen, gescheitert. Die enorme Macht, mit der sich EU-Institutionen und Regierungen gegen eine wirtschaftspolitische Alternative stellten, überraschte viele. Auch der Druck, der bei CETA auf das widerspenstige Wallonien im Herbst 2016 ausgeübt wurde, macht deutlich, dass die europäischen Eliten die neoliberale Ausrichtung der EU um jeden Preis aufrechterhalten wollen.

Mit Teilen unserer bisherigen Strategien – alternative Politikvorschläge zu formulieren und für eine andere EU zu kämpfen – sind wir in die Defensive geraten. Während die Politik zunehmend rechtslastiger wird, gelingt es immer weniger, eine „andere EU“ als

glaubhafte Alternative zu formulieren. All das bestärkte uns darin, unsere bisherigen Positionen zu überdenken.

Raus aus der EU?

18 Für Attac steht außer Zweifel, dass internationale Kooperation, Integration und Solidarität unerlässlich sind, um Wirtschaft und Gesellschaft so umzugestalten, dass ein gutes Leben für alle möglich wird. Doch die EU ist in ihrem Kern ein Raum für verschärfte Konkurrenz – sowohl zwischen den EU-Staaten als auch auf globaler Ebene. Die in den EU-Verträgen festgelegte und seit Jahrzehnten vorangetriebene Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung soll auch in völkerrechtlich verbindlichen Verträgen mit Drittstaaten unumkehrbar gemacht werden. Aktuelle Beispiele dafür sind die Handelsabkommen TTIP und CETA. Diese Politik steht den Interessen der breiten Mehrheit im Weg. Angesichts der nötigen Einstimmigkeit im EU-Rat und der Dominanz neoliberaler Kräfte ist sowohl eine progressive Reform der EU-Verträge als auch eine alternative Wirtschaftspolitik illusorisch.

Gleichzeitig ist eine „Rückkehr zum Nationalstaat“ oder ein Austritt aus der EU oder dem Euro keine Lösung. Rein ökonomisch betrachtet wäre ein Austritt in einzelnen EU-Ländern mit sehr unterschiedlichen Chancen und teils erheblichen Risiken verbunden. Bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen würde ein Austritt in den meisten Ländern die extreme Rechte weiter stärken: Der Brexit hat gezeigt, dass soziale Bewegungen zerrieben werden, wenn nationalistische und neoliberale Kräfte über einen EU-Austritt streiten.

Doch wenn die EU in unserem Sinne nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist – was dann?

Wie werden wir handlungsfähig?

Entzauberte Union soll der Anstoß für eine offene und breite Debatte sein, mit der wir wieder in die Offensive kommen, um unsere Vision eines guten Lebens für alle Menschen voranzubringen. Das Buch gibt dazu einige Antworten, bietet aber keine Alternative auf dem Reißbrett. Stattdessen stellen wir strategische Perspektiven und die Frage, wie wir handlungsfähig werden, in den Mittelpunkt.

Um eine möglichst breite Einschätzung der EU-Politik zu ermöglichen, beginnen wir mit der politökonomischen Geschichte der europäischen Integration: Was waren die Antriebsmechanismen der wirtschaftlichen und politischen Einigung und der Entwicklungen der letzten Jahrzehnte? Danach folgen Analysen zu zentralen Bereichen der EU-Politik: Welche Rolle spielt die EU in diesen Feldern und was fordern soziale Bewegungen? 19

Im Mittelteil des Buches steht die politische Bestandsaufnahme: Wo stehen wir heute nach Jahrzehnten neoliberaler EU-Integration, nach Griechenland, Brexit und Rechtsruck? Halten die gängigen EU-Bilder einer Überprüfung stand? Danach formulieren wir politische Thesen zur gegenwärtigen Situation und zu den Herausforderungen der Debatte.

Den zentralen, abschließenden Teil des Buches bilden die strategischen Beiträge, die Handlungsperspektiven jenseits des falschen Gegensatzes „Reform oder Austritt“ aufzeigen: Welche Spielräume gibt es innerhalb der bestehenden EU-Strukturen, und für welche politischen Forderungen müssen wir eigene Alternativen von unten aufbauen? Welche Themen eignen sich, um im Gefüge der EU, in den einzelnen Ländern, Regionen oder Städten Brüche zu erzeugen? Wie können wir die Kräfteverhältnisse auf den verschiedenen Ebenen verändern und die nötige Macht aufbauen, um emanzipatorische Politik möglich zu machen?

Wir hoffen, dass unser Buch nicht nur die Basis für anregende politische Debatten, sondern auch den Keim für reale politische Veränderungen bietet.

Attac Österreich, Sommer 2017

Wir möchten uns herzlich bei allen AutorInnen von *Entzauberte Union* bedanken. Ein weiterer Dank gilt dem Mandelbaum Verlag und Wolfgang Homola für die Grafiken.

20 Das Buch wäre ohne die vielfältigen Anmerkungen, das Lektorat und die Koordinierung der Texte nicht zustande gekommen. Wir danken dafür dem Redaktionsteam: Manuel Grebenjak, Ralph Guth, Elisabeth Klatzer, Martin Konecny, Lisa Mittendrein, Valentin Schwarz, Alexandra Strickner, Cilli Supper-Schmitzberger, Simon Theurl, David Walch und Augustine Wöss.

Nur mit der EU

Können wir die
Globalisierung

in unserem Sinn gestalten



JOHANNES JÄGER

Zur Geschichte der EU: Die schrittweise Durchsetzung neoliberaler Integration

*Immer schreibt der Sieger die Geschichte der Besiegten.
Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge.
Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge.*

Bertolt Brecht

22

Geschichte spricht nicht für sich selbst. Wie wir über Vergangenheit und Gegenwart denken, ist umkämpft. Denn immer, wenn es um gesellschaftliche Fragen geht, gibt es unterschiedliche Perspektiven. Fakten der europäischen Integration stehen natürlich fest. So wurde mit den am 25. März 1957 unterzeichneten Römischen Verträgen ein erster formaler Schritt zur europäischen Integration gesetzt. Der Vertrag von Maastricht mit seinen bis heute in der EU geltenden wirtschaftlichen Grundregeln wurde am 7. Februar 1992 unterzeichnet – auch das ist ein historisches Faktum. Eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der europäischen Integration kann jedoch nicht als eine Reihe von Fakten – quasi als Ereignisgeschichte – betrachtet werden. Vielmehr ist es wichtig zu erklären, warum es zu bestimmten Ereignissen kam, wer die treibenden Kräfte waren und welche Auswirkungen damit verbunden waren. Fakten sind nicht selbsterklärend; die Erklärung historischer Prozesse bedarf immer auch eines theoretischen Verständnisses dafür, wie die Dinge zusammenhängen.

Warum gibt es unterschiedliche Perspektiven?

Interpretationen der gesellschaftlichen Realität sind in der Regel unterschiedlich und auch widersprüchlich. Die mediale Berichterstattung ist voll von Kontroversen darüber, welche (wirtschafts-)politischen Maßnahmen umgesetzt werden sollten und welche nicht. Regelmäßig werden die einzelnen Standpunkte mit dem Verweis auf Studien oder wissenschaftliche Expertisen untermauert. Auch diese wissenschaftlichen Ansätze widersprechen einander häufig. Es mag auf den ersten Blick verwundern, dass ÖkonomInnen uneinig sind und noch immer noch nicht den „Stein der Weisen“ gefunden haben. Bei genauerer Betrachtung ist das aber nicht überraschend, geht es doch bei wirtschaftspolitischen Fragen immer auch um unterschiedliche Interessen. Was gut für die einen sein mag, kann für die anderen schlecht sein: Beispielsweise kann höhere Arbeitslosigkeit Unternehmen nützen, da ArbeitnehmerInnen dadurch in ihrer Verhandlungsmacht geschwächt und besser diszipliniert werden können. Für Lohnabhängige ist hohe Arbeitslosigkeit natürlich nachteilig. Politische Diskussionen über wirtschaftliche Fragen werden für gewöhnlich jedoch nicht offen geführt. Die Unternehmensseite gibt in der Regel kaum ehrlich zu, dass staatliche Kürzungspolitik Arbeitslosigkeit produzieren soll. Vielmehr wird argumentiert, dass dies im Allgemeininteresse sei und sogar zur Reduktion von Arbeitslosigkeit beitragen könne. Besonders drastisch hat sich das in der jüngsten Krise in der EU gezeigt. Die Kürzungspolitik wurde mit dem Argument durchgesetzt, dass sie aus der Krise führen würde. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Krise hat sich dramatisch verschärft und die Arbeitslosigkeit ist massiv gestiegen. Dies wurde dann vielfach wieder als Vorwand gebraucht, um die Rechte von ArbeitnehmerInnen einzuschränken und Einschnitte in den Wohlfahrtsstaat vorzunehmen. Den Lohnabhängigen nahestehende Institutionen haben hingegen schon im Vorfeld darauf hingewiesen, dass

die Kürzungspolitik die Krise vertiefen und die Arbeitslosigkeit erhöhen werde.

24 Unterschiedliche Sichtweisen auf die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen betreffen jedoch nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Vergangenheit. Und so wird die Interpretation von Geschichte zum Politikum. Dabei geht es um die Frage, welche wirtschaftspolitischen Regeln und Maßnahmen in der Vergangenheit „erfolgreich“ und „gut“ waren. Dies stets zu bedenken ist auch deshalb wichtig, weil aus der Geschichte immer (zumindest indirekt) Schlussfolgerungen für die Bewertung des aktuellen Wirtschaftssystems und politischer Maßnahmen abgeleitet werden. Die heute dominanten Vorstellungen zu gegenwärtigen und historischen wirtschaftspolitischen Fragen entsprechen in der Regel den Interessen der aktuell herrschenden gesellschaftlichen Kräfte. Die vorherrschenden Ideen sind die Vorstellungen der Herrschenden. In kapitalistischen Gesellschaften sind dies vor allem Kapitalinteressen, wobei allerdings durch Klassenkompromisse häufig auch die Interessen von Lohnabhängigen eingebunden sind. So hat sich seit der Nachkriegszeit in Westeuropa aufbauend auf einen Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit ein breit getragener Konsens herausgebildet, dass die sogenannte (soziale) Marktwirtschaft eine grundsätzlich gute Form darstellen würde, wie Gesellschaft und Wirtschaft organisiert werden könnten. Auch wenn es vielerorts in Europa für Lohnabhängige bereits vor und insbesondere während der Krise zu Verschlechterungen kam, ist die Vorstellung, dass eine kapitalistische Wirtschaft grundsätzlich die einzig sinnvolle Organisationsform wäre, nach wie vor tief verankert. Aber die herrschenden Ideen werden auch immer wieder herausgefordert. Vor allem dann, wenn materielle Versprechungen nicht eingehalten werden. Besonders in Zeiten der Krise gewinnen kritische Stimmen und alternative Sichtweisen oft an Bedeutung.

Liberaler Sichtweisen auf die europäische Integration ...

Wie wird nun die (Wirtschafts-)Geschichte der EU interpretiert? Ein Blick auf vorherrschende Erzählungen, wie sie sich etwa in Schulbüchern über Zeitgeschichte oder Geografie finden, zeigt, dass es sich hierbei vor allem um wirtschaftsliberale Interpretationen handelt. Dieses Grundverständnis zur Geschichte der EU spiegelt sich auch in weiten Bevölkerungskreisen wider. Im Zentrum stehen dabei die Vorstellungen von der EU als Friedensprojekt und als Grundlage für den Wohlstand in Europa. Die sogenannten vier Freiheiten (Warenverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Kapitalfreiheit und Freizügigkeit im Personenverkehr) werden meist unhinterfragt als positiv dargestellt und auch so wahrgenommen. Überdies werden die „Stufen der Integration“, von Freihandelsabkommen über eine Zollunion bis hin zu einem gemeinsamen Markt, einer Wirtschaftsunion und schließlich einer Währungsunion, als natürliche Entwicklung dargestellt. Jede höhere Stufe der Integration gilt als Fortschritt. Das historische Durchlaufen dieser Stufen im Zuge der europäischen Integration wird als Erfolg betrachtet. Dem zugrunde liegt die Vorstellung, dass der europäische Integrationsprozess als ein Streben hin zum Ziel immer höherer Integration verstanden werden könnte. 25

Die vorherrschende Sichtweise auf die europäische Integration, dass nämlich ein Mehr an Marktfreiheit stets besser wäre, basiert auf bestimmten Vorstellungen, die es auch in der Wissenschaft gibt. Allen voran steht dabei die in den Wirtschaftswissenschaften dominante Auffassung der Neoklassik. Diese liberale Sichtweise geht grundsätzlich davon aus, dass freie Märkte effizient sind und zu einem Maximum an Wohlstand beitragen. Die zwischenstaatliche Liberalisierung von Märkten (Gütermarkt, Dienstleistungsmarkt, Kapitalmarkt und Arbeitsmarkt) wird daher als wohlfahrtssteigernd erachtet. Es wird argumentiert, dass einheitliche Standards für diese Märkte die Transparenz und damit

auch die Effizienz erhöhen könnten. Zentrale Strömungen in der Politikwissenschaft bauen auf dieser liberalen Vorstellung von Wirtschaft auf. Im Zuge dieser neofunktionalen Perspektive erachtet man die Herausbildung wirtschaftsliberaler Institutionen in Europa als „natürlichen Fortschritt“ und bewertet sie positiv.

... und die Fakten

26 Tatsächlich war die europäische Integration anfänglich von wirtschaftlichen Erfolgen begleitet. Die 1950er und 1960er Jahre waren durch einen wirtschaftlichen Aufschwung gekennzeichnet, und zwischen den europäischen Staaten herrschte Frieden. Spätestens in den 1970er Jahren begann sich die wirtschaftliche Entwicklung jedoch weltweit einzutrüben. In den 1980er Jahren kam es zu einer Krise und einer zunehmenden Verringerung des Wirtschaftswachstums. Die politische Antwort darauf war eine weitere Liberalisierung, die sich in der Schaffung des EU-Binnenmarkts ausdrückte. Die Folge war jedoch nicht – wie von wirtschaftsliberalen ÖkonomInnen erwartet – eine Rückkehr hoher Wachstumsraten, sondern eine weitere Abschwächung des Wachstums. Einkommensungleichheit und Arbeitslosigkeit nahmen tendenziell zu. Die Versprechen wirtschaftsliberaler ÖkonomInnen haben sich also nicht erfüllt. Vielmehr stehen sie vor dem Paradoxon: Trotz neoliberaler Reformen hat sich das Wirtschaftswachstum nicht erhöht. Im Gegenteil, die Wachstumsentwicklung war deutlich schwächer als in den Jahren davor. Mit der 2008 einsetzenden Krise traten die Probleme der europäischen Integrationsweise noch deutlicher zutage.

Eine kritisch politökonomische Sicht auf die EU

Der liberalen Sichtweise kann eine kritische politökonomische Perspektive auf die EU gegenübergestellt werden. Sie betrachtet die Wirtschaft nicht isoliert, sondern immer im Zusammen-

hang mit Gesellschaft und Politik. Ausgangspunkt bildet dabei die Vorstellung, dass Menschen unterschiedliche wirtschaftliche und damit auch unterschiedliche politische Interessen haben. Vereinfachend stehen sich aus dieser Perspektive zwei Klassen gegenüber: Die eine Gruppe ist die große Masse an Lohnabhängigen, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind – sie produzieren Werte, erhalten jedoch nur einen Teil der von ihnen erbrachten Leistung als Lohn. Den Rest eignet sich eine andere Gruppe, nämlich die KapitaleigentümerInnen, in Form von Profiten an. Auseinandersetzungen zwischen diesen Klassen beziehungsweise Klassenfraktionen um die Organisation von Wirtschaft sind zentraler Untersuchungsbereich der kritischen politischen Ökonomie. 27 Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie es bestimmten Klassen gelingt, ihre Interessen gegenüber anderen durchzusetzen. Das Ziel ist, nicht nur diese Zusammenhänge besser zu verstehen, sondern auch das Wissen zur Verbesserung der Situation der Lohnabhängigen allgemein, und der sozial und gesellschaftlich Schwächeren im Besondern, zur Verfügung zu stellen.

In kritisch politökonomischer Tradition wird die Geschichte der europäischen Integration seit jeher im Kontext weltwirtschaftlicher und geopolitischer Entwicklungen analysiert. Der Prozess der europäischen Integration wird dabei als Ergebnis von Klassenkämpfen auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen – der lokalen, nationalen, europäischen und der internationalen Ebene – begriffen. Der Integrationsprozess ist also nicht nur eine Vertiefung wirtschaftlicher Verflechtungen auf europäischer Ebene. Vielmehr wird die Verankerung von Regelungen als Ergebnis von Klassenstrategien und Klassenauseinandersetzungen im Kontext des Strebens nach globaler Vorherrschaft gesehen. Das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital drückt sich damit in einer spezifischen Form der europäischen Integration aus.

Phasen und Hintergründe der EU-Integration

Vor dem Hintergrund dieser kritischen politökonomischen Perspektive werden im Folgenden einzelne historische Perioden beleuchtet. Die Geschichte der europäischen Integration stellt sich dabei nicht als linearer Prozess dar; vielmehr werden unterschiedliche Phasen und Brüche im europäischen Integrationsprozess deutlich.

Fordistische Integration (1950er bis 1970er Jahre)

28 Die erste Phase der europäischen Integration von den 1950er Jahren bis Anfang der 1970er Jahre war durch hohes Wirtschaftswachstum, hohes Lohnwachstum und eine Entwicklung hin zur Vollbeschäftigung gekennzeichnet. Der Handel zwischen den europäischen Ländern wurde schrittweise liberalisiert, ohne jedoch das Wachstum in den einzelnen Ländern zu untergraben. Diese Phase der wirtschaftlichen Entwicklung wird als Fordismus bezeichnet. Sie war auf die Ausweitung von Massenkonsum auf der Basis von Produktivitäts- und Lohnsteigerungen ausgerichtet. Damit verbesserte sich die Lebenssituation vieler Menschen rasch. Die industrielle Entwicklung stand im Vordergrund, während der Finanzsektor vergleichsweise strengen Regeln unterworfen war. Aus politökonomischer Perspektive ist diese Entwicklung vor allem vor dem Hintergrund der Krise der 1930er Jahre und dem damit verbundenen Aufstieg der radikalen Rechten in Europa zu sehen, die schließlich zum Zweiten Weltkrieg führten. Die verheerenden Konsequenzen einer internen „Befriedung“ des Klassenkampfes durch faschistische Regimes wurden erschreckend vor Augen geführt. Diese Erfahrungen führten zu einer gewissen Kompromissbereitschaft der Kapitaleseite gegenüber den ArbeitnehmerInnen, um die Eskalation von Konflikten und damit verbundene negative Konsequenzen zu vermeiden. Es folgten Zugeständnisse in Form höherer Löhne und verbesserter sozialer

Standards. Überdies hatte sich auch in den USA bereits in den 1930er Jahren im Zuge des New Deal ein neues Entwicklungsmodell herauskristallisiert, das auf die Steigerung von Löhnen und den Aufbau sozialstaatlicher Leistungen setzte. Es zeigte sich, dass dies mit einer dynamischen kapitalistischen Entwicklung und einem hohen Profitwachstum vereinbar war. Beim fordistischen Wirtschaftsmodell war die produktive Entwicklung ausschlaggebend. Geopolitisch war die Teilung zwischen Ost- und Westeuropa Ausdruck der globalen Systemkonkurrenz zwischen den kapitalistischen und den planwirtschaftlichen Produktionsweisen. Die USA als eine zentrale Siegermacht des Zweiten Weltkriegs waren bestrebt, in Westeuropa funktionsfähige kapitalistische Strukturen zu etablieren. Konkrete Schritte in diese Richtung sind sowohl der Marshall-Plan als auch die Errichtung einer stabilen internationalen Finanzordnung – das Bretton Woods System. Beide Maßnahmen waren darauf ausgerichtet, produktive Entwicklungen zu fördern und internationale Handelsbeziehungen mit den USA sowie innerhalb Europas wieder in Gang zu bringen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Bestrebungen seitens der USA zu sehen, Europas Handel zu integrieren und damit Grundlagen für Wachstum zu schaffen.

29

*Krise und Durchsetzung neoliberaler Integration
(1970er bis 1990er Jahre)*

Die Auflösung des Bretton Woods Systems zu Beginn der 1970er Jahre führte zum Ende der Ära stabiler Wechselkurse und effektiver Kapitalverkehrskontrollen. Der europäische Integrationsprozess, der primär auf der Integration des Handels beruhte, wurde zunehmend schwieriger. Die Erdölpreisschocks lösten die Krise in den 1970er Jahren aus. Zunächst wurde vielfach noch versucht, durch keynesianische Wirtschaftspolitik gegenzusteuern. Doch mit Beginn der 1980er Jahre wurde dies zunehmend schwie-

rig, da man in Europa zu einem fixen Wechselkurs zwischen den Währungen übergegangen war. Die 1979 einsetzende Hochzinspolitik in den USA und die darauffolgende Krise führten auch in Europa relativ rasch zu einer tiefen Krise. Denn angesichts des fixen Wechselkurssystems und liberalisierter Kapitalmärkte konnte die Geldpolitik nicht mehr zur Stabilisierung der Wirtschaft, sondern nur mehr zur Stabilisierung des Wechselkurses eingesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit stieg rasant an. Anstatt jedoch weiter auf Kapitalverkehrskontrollen zu setzen und dadurch keynesianische Politik effektiv umzusetzen, schlugen die Regierenden in Europa den gegenteiligen Weg ein. Zu diesem Zeitpunkt standen einander auf europäischer Ebene drei mögliche Projekte gegenüber. Bis zu einem gewissen Grad war offen, welcher Weg der europäischen Integration eingeschlagen werden sollte. Die Gewerkschaften befürworteten ein sozialdemokratisches Europa, das im Wesentlichen auf eine Fortsetzung des früheren Integrationsmusters hinausgelaufen wäre. Dem standen ein neoliberales und ein neomerkantilistisches Projekt gegenüber. Während Ersteres vor allem auf Liberalisierung der Märkte setzte, sollten im Rahmen des neomerkantilistischen Projektes zusätzlich Strukturen geschaffen werden, um europäische Unternehmen zu globalen Playern zu machen, die außerhalb Europas expandieren konnten. Diese beiden Projekte wurden vor allem von großen und exportorientierten Kapitalinteressen, wie zum Beispiel dem European Roundtable of Industrialists, favorisiert. Schlussendlich gewann in den 1980er Jahren eine neoliberale und neomerkantilistische Form der Integration Oberhand. Auch wenn es einige soziale Einsprengsel an der Oberfläche gab, so stellt dieser Weg doch einen deutlichen Bruch mit dem bisherigen Integrationsmodell dar. Das kann als Ausdruck der strukturellen Schwächung der Lohnabhängigen gegenüber dem Kapital interpretiert werden. Auch galt der Osten keineswegs mehr als attraktive Alternative, und die Systemkonkur-

renz kam an ihr Ende. Entsprechend war es auch in geringerem Ausmaß notwendig, den Lohnabhängigen Zugeständnisse zu machen. Der Klassenkompromiss war nun erodiert und hatte sich zugunsten der Kapitaleseite verschoben. Mit der Einführung des Binnenmarkts und dem Vertrag von Maastricht 1992 war die Neuausrichtung der europäischen Integration in ihrer neoliberalen Ausformung auch formal durchgesetzt.

*Neoliberale Integration und ungleiche Entwicklungen
(späte 1990er Jahre bis 2008)*

In den 1990er Jahren wurden dieser neoliberalen Logik folgend weitere Integrationsschritte unternommen. Die Aufgabe 31
fixer Wechselkurse 1992 bereitete dabei den Weg für die Einführung des Euro. Im Europäischen Währungssystem (EWS) hatte Deutschland aufgrund seines großen wirtschaftlichen Gewichts zentralen Einfluss. Das Zerbrechen des EWS sowie die Vorstellung, dass durch eine gemeinsame Währung der Einfluss Deutschlands zurückgedrängt werden könnte, bewogen auch viele Gewerkschaften, sich für die Einführung einer gemeinsamen Währung auszusprechen. Im Zeitgeist der 1990er Jahre, und um die Zustimmung Deutschlands zum Euro zu gewinnen, wurde jedoch eine neoliberale institutionelle Struktur für die Geld- und Fiskalpolitik der Währungsunion festgeschrieben. In Einklang damit wurde im Jahr 2000 im Rahmen der Lissabon-Agenda festgelegt, dass Europa zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt aufsteigen sollte. Der neoliberalen Logik folgend sollten Deregulierung (vor allem auch der Arbeitsmärkte) und noch mehr Wettbewerb dazu beitragen. Die Konsequenz war eine sehr verhaltene Entwicklung der Löhne und eine entsprechende Umverteilung von Arbeit zu Kapital. In Deutschland waren die Löhne in realen Werten nicht zuletzt auch aufgrund der Agenda 2010 und der Hartz-Reformen sogar lange Zeit rückläufig. Schwache Lohnsteigerungen ziehen üblicherweise

ein Nachfrageproblem und Stagnation nach sich. Dies konnte jedoch verhindert werden. Es stellte sich heraus, dass die neoliberale institutionelle Struktur des Euro dafür funktional war: Sie ermöglichte es, Exportüberschüsse aus dem Zentrum der EU in die europäische Peripherie umzuleiten. Die fehlende Nachfrage in Deutschland und anderen Ländern, beispielsweise Österreich, wurde über gesteigerte Exporte kompensiert, während in der Peripherie der EU vor allem steigende Verschuldung (teilweise privat, teilweise öffentlich) für Nachfrage sorgte. So wurden die wirtschaftlichen Probleme, die von der Schieflage der Verteilung zuungunsten der Lohnabhängigen verursacht worden waren, zumindest für eine gewisse Zeit hinausgeschoben. Damit entstanden zwei konträre, aber miteinander verknüpfte Wirtschaftsmodelle im Zentrum und in der Peripherie der EU: einerseits die auf Exportwachstum basierenden neomerkantilistischen Modelle im Zentrum, andererseits Modelle in der europäischen Peripherie, die auf abhängiger Verschuldung, Finanzialisierung und damit verbundenen Importen beruhten.

Radikalisierung des Neoliberalismus in der Krise (seit 2008)

Deutschland war das erste Land, das von der Krise erfasst wurde, da die Exporte in die USA und in der Folge in andere Länder einbrachen. Rasch waren auch andere exportorientierte Länder wie Österreich betroffen. Mit etwas Verzögerung wurden keynesianische Maßnahmen, beispielsweise die sogenannte Abwrackprämie, ergriffen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Auch wurden zahlreiche Banken gerettet und damit Verluste des Finanzsektors sozialisiert. Die Krise in weiten Teilen der europäischen Peripherie war vor allem darauf zurückzuführen, dass die Kapitalflüsse aus den exportorientierten Ländern einbrachen. Ausgelöst durch Finanzmarktspekulationen gegen Staatsanleihen wandelten sie sich in Kapitalabflüsse. Diese waren vor allem deshalb so desaströs,

weil die neoliberale institutionelle Struktur der Europäischen Zentralbank nicht vorsah, dass diese als Lender of Last Resort für betroffene Euro-Mitgliedsländer agieren würde. Um den völligen Kollaps der Währungsunion zu verhindern, wurden auf europäischer Ebene sogenannte Rettungsschirme und ähnliche Maßnahmen entworfen. Diese kamen jedoch nicht den Ländern in der Peripherie zugute, sondern dienten vor allem dazu, Interessen von Banken und anderen GläubigerInnen aus den Zentrumsstaaten zu bedienen. Die Kosten dafür trugen die Länder der europäischen Peripherie. Diese wurden gezwungen, staatliche Ausgabenkürzungen vorzunehmen. Ebenso wurden Arbeitsmärkte liberalisiert und Löhne und Sozialleistungen drastisch reduziert. Diese Form des Umgangs mit der europäischen Peripherie wurde dann im Zuge der Krise auf EU-Ebene institutionalisiert. Aus Ad-hoc-Maßnahmen wurden neue, noch stärker neoliberal ausgerichtete Regeln auf europäischer Ebene. Diese gelten nun dauerhaft und haben aufgrund der damit einhergehenden weiteren Entdemokratisierung der Entscheidungsprozesse autoritäre Züge. So wurde die Krise zugunsten des Kapitals, vor allem im Zentrum der EU, und auf Kosten der Lohnabhängigen generell und insbesondere in der Peripherie „gelöst“. Die Kapitaleseite nützte die Krise, um radikalisierte, neoliberale Formen der Integration in Europa weiter voranzutreiben. Es ist daher nicht verwunderlich, dass dies bereits zu heftigen Gegenreaktionen geführt hat. Während prononciert linken Projekten bisher wenig Erfolg beschieden war, konnten rechte Bewegungen von diesen Entwicklungen substanziell profitieren.

33

Schlussfolgerungen

Eine politökonomische Perspektive auf die Geschichte der EU zeigt deutlich, dass die europäische Integration keinen linearen Prozess darstellt. Vielmehr ist ihre Entwicklung umkämpft. In der Geschichte der EU gab es Brüche und Krisen von großer Trag-

weite. Die neoliberale Form ist – wie der kurze geschichtliche Abriss zeigt – nicht die einzig mögliche, sondern nur eine Form der zwischenstaatlichen Integration. Antwort auf und Ergebnis von gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen in der Krise der 1980er Jahre war die Implementierung einer neoliberalen Form der Integration. Diese ging vor allem zulasten der Lohnabhängigen, während die Kapitaleseite profitierte. Diese neoliberale EU-Integration hat die grundlegenden, mit der Schieflage der Verteilung einhergehenden Probleme nicht gelöst. Durch die Etablierung von zwei ungleichen, miteinander verknüpften Wirtschaftsmodellen im Zentrum und in der Peripherie Europas konnten diese Probleme allerdings eine Zeit lang übertüncht werden. Mit Ausbruch der Krise 2008 zeigte sich jedoch die Fragilität des neoliberalen Modells. Anstatt das grundlegende Verteilungsproblem zwischen Arbeit und Kapital anzugehen und nachhaltige Strukturen für die Entwicklung in der europäischen Peripherie zu schaffen, kam es zu einer Radikalisierung der neoliberalen Form der Integration der EU. Dies ist eine Folge der Schwächung der Lohnabhängigen gegenüber dem Kapital auf europäischer Ebene sowie der nationalen Fragmentierung der ArbeiterInnenschaft in Europa. Damit spitzen sich die Widersprüche weiter zu. Während bislang vor allem rechte Bewegungen davon profitieren konnten, sind linke Projekte im Interesse der Lohnabhängigen in Europa noch sehr schwach. Aber zweifellos sind wir nicht am Endpunkt dieser Geschichte angelangt: Die Zukunft der europäischen Integration bleibt weiterhin umkämpft. Nicht zuletzt geht es dabei auch darum, der herrschenden neoliberalen Interpretation der europäischen Integrationsgeschichte sowie den rechten Kritiken eine progressive, politökonomisch fundierte Sichtweise gegenüberzustellen.

Literatur

- Becker, Joachim; Jäger, Johannes und Weissenbacher, Rudy (2013): Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung. Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 29 (3), 34–54.
- Bieling, Hans-Jürgen (Hrsg., 2015): *The Political Economy of the European Union*. Open Society Foundation.
- Ederer, Stefan; Stockhammer, Engelbert und Četković, Predrag (2015): 20 Jahre Österreich in der EU – Neoliberale Regulationsweise und exportgetriebenes Akkumulationsregime. In: BEIGEWUM (Hrsg.) *Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt*. Mandelbaum Verlag, 34–58.
- Jäger, Johannes und Springler, Elisabeth (2012): *Ökonomie der internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Mandelbaum Verlag.
- Jäger, Johannes und Springler, Elisabeth (Hrsg., 2015): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures: Critical political economy and post-Keynesian perspectives*. Routledge.
- Van Apeldoorn, Bastiaan (2013): The European capitalist class and the crisis of its hegemonic project. In: Panitch, Leo; Albo, Greg und Chibber, Vivek (Hrsg.): *Registering Class*. Socialist Register 2014. Merlin Press.

Die EU
ist ein
Friedens-
projekt



Analyse

CARLA WEINZIERL

Agrarpolitik

Wie die EU kleinbäuerliche Landwirtschaft inner- und
außerhalb Europas zerstört

38

Die Geschichte der GAP im Kontext des internationalen Agrar- und Handelsregimes

Die Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) beginnt in der Nachkriegszeit. Ziel bei ihrer Einführung 1962 war, die Ernährungssicherung in Europa wiederherzustellen und gleichzeitig für Bäuerinnen und Bauern stabile Einkommen zu garantieren. Es gab einen politischen Konsens, von Importen unabhängig sein zu wollen, und die Erfahrungen der Jahrzehnte vor dem Krieg – Überproduktion, Preisstürze und die daraus folgende Gefährdung von Produktionsstrukturen in Europa – zu vermeiden. Dafür wurde die landwirtschaftliche Produktion durch hohe Zölle vor Billigimporten geschützt. Eine Ausnahme stellten damals schon Futtermittelimporte aus den USA dar, die den Grundstein für die Dominanz der Getreide-Ölsaat-Vieh-Industrie in Europa legten. Außerdem sollte die Produktion dauerhaft erhöht werden: durch Preisgarantien und einen Strukturwandel weg von vielen kleinen hin zu großen industrialisierten Höfen. Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten sollte sinken, um Arbeitskraft für den Wiederaufbau und die Industrialisierung Europas frei zu machen.

Die Ausgestaltung der GAP führte zu einer dauerhaften und systemischen Überproduktionskrise. Die Subventionierung

erfolgte in Form von Preisstützung; die ProduzentInnen bekamen also mehr Gelder, je mehr sie produzierten. Ohne Begrenzung der Produktionsmengen war Überproduktion vorprogrammiert. Solche Begrenzungen waren im GATT (dem Vorläufer der WTO) vorgeschrieben, um Dumping und damit die Zerstörung landwirtschaftlicher Systeme in den Importländern zu verhindern. Sie wurden jedoch von der EWG nicht eingehalten. Die „Butterberge und Milchseen“ der 1980er Jahre waren Ausdruck dieser Strukturkrise. Die EWG reagierte darauf – allerdings mit Exportsubventionen. Nur zögerlich und nur in wenigen Bereichen (vor allem bei Milch) wurden Produktionsquoten eingeführt.

Seither erfuhr die GAP mehrere Reformen, um konform mit WTO-Regelungen zu werden – Bestimmungen, die vor allem durch die EU und die USA im eigenen und im Konzerninteresse gestaltet wurden. Dumping wurde durch die WTO als der Export von Waren zu Preisen unter dem Binnenmarktpreis definiert. Die EU gestaltete fortan Subventionen nicht mehr in Form von Preisstützung, sondern als WTO-konforme Direktzahlungen an Betriebe. Damit glich man die EU-internen Preise an den Weltmarkt an. De facto besteht Dumping aber beim Verkauf unter den Produktionskosten, was auch bei Direktzahlungen an Betriebe klarerweise der Fall bleibt. Auf Basis dieses Umdefinierens von Dumping schaffte es die EU, ihren Protektionismus weitgehend zu erhalten und gleichzeitig die Öffnung der Märkte im globalen Süden zugunsten der Agrarkonzerne voranzutreiben. Die Grundproblematik der strukturellen Überproduktion in der EU bleibt weiter bestehen, wie die Entwicklungen am Milchmarkt beispielhaft zeigen: Nachdem die EU die Milchquote im Jahr 2003 angehoben hatte, führte sie 2009 wieder Exportsubventionen ein. 2015 wurde die Quote komplett abgeschafft. Die Folgen sind Überangebot, ein Preisverfall auf die Hälfte der Produktionskosten, weiteres Milchbäuerinnen- und bauernsterben und erhöhter Druck

zur Industrialisierung der Milchproduktion, was wiederum die Überproduktionskrise anfeuert. Die Politik reagiert jedoch mit „weiter wie bisher“ – man setzt jetzt erst recht auf Export- und damit Dumpingstrategie.

40 Somit ist die GAP Teil des internationalen Agrar- und Handelsregimes. Dieses beruht erstens auf der weltweiten Öffnung der Agrarmärkte und der Einbindung des globalen Südens in die Weltwirtschaft. Zweitens fußt es auf massivem Ungleichgewicht in der Subventionierung der Landwirtschaft in Nord und Süd, die zusätzlich zugunsten von Konzernen ausgestaltet ist. Drittens führen unfaire Importkonkurrenz und die falsche Vorstellung, Hunger wäre ein Unterproduktions- statt eines Verteilungsproblems, zu einem immer stärkeren Industrialisierungsdruck in der Landwirtschaft im globalen Süden. Viertens kontrollieren immer weniger und immer größere transnationale Konzerne ganze Lebensmittelketten. Die Folge ist eine Vielfachkrise mit enormen sozialen, ökologischen, politischen, kulturellen und ökonomischen Verwerfungen sowohl im globalen Norden als auch im Süden.

Die Auswirkungen der GAP und Forderungen der Zivilgesellschaft

Die Ausgestaltung der GAP begünstigt Agrar- und Lebensmittelkonzerne und die industrielle Agrarwirtschaft gegenüber der kleinbäuerlichen Produktion. EU-weit fallen 80 Prozent der Direktzahlungen (die den Großteil der GAP-Gelder ausmachen) an nur 20 Prozent der flächenmäßig größten Betriebe. Die einkommensschwächsten 10 Prozent erhalten nur 0,5 Prozent der Gelder, die einkommensstärksten hingegen 55 Prozent. Damit wird eine Politik von „Wachsen oder Weichen“ gefördert: Im letzten Jahrzehnt schlossen angesichts des Konkurrenzdrucks EU-weit ein Drittel der kleinbäuerlichen Betriebe, in Österreich über 40 Prozent.

Diese Verdrängungsprozesse finden ebenso im globalen Süden statt, wo mithilfe von Freihandelsabkommen lokale Pro-

duktionssysteme durch europäische Überschussproduktion zerstört werden. Menschen verlieren ihre Lebensgrundlagen und Selbstbestimmung; Armut und Arbeitslosigkeit führen zu Landflucht und Slumbildung. Die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten steigt, doch diese unterliegen starken Preisschwankungen, folglich kommt es häufig zu Hungerkrisen. Die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft entwertet und vernichtet lokales und traditionelles Wissen, womit klimatisch und kulturell angepasste Produktionsmethoden und Saatgut verlorengehen. Und sie führt zu menschenverachtenden Arbeitsbedingungen in der Agrarindustrie. Sie schädigt die Umwelt und die Gesundheit von Mensch und Tier. Sie verursacht Boden- und Wassererosion, zerstört Biodiversität und befördert massiv den Klimawandel. 41

Emanzipatorische Bewegungen wie die Nyéléni-Bewegung für Ernährungssouveränität oder die „Wir haben es satt“-Plattform fordern angesichts dieser Verwerfungen eine radikale Agrarwende, die sich am Konzept der Ernährungssouveränität orientiert. Sie fordern eine kohärente Lebensmittelpolitik statt einer von Handels-, Sozial- und Umweltpolitik entkoppelten Agrarpolitik. Die Grundidee: Sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und kulturell angepasste Lebensmittelproduktion für die Bevölkerung vor Ort muss Vorrang haben vor Exportorientierung.

Im Rahmen einer solchen Lebensmittelpolitik dürften Gelder nur mehr an Betriebe ausgezahlt werden, die sozial-ökologisch nachhaltig produzieren. Öffentliche Ausgaben würden sinken, denn die Folgekosten der industriellen Landwirtschaft und der vermeintlich billigen Lebensmittel sind enorm. Förderungen müssten mit steigender Betriebsgröße gesenkt und gedeckelt werden, um kleinbäuerliche Strukturen zu erhalten und zu fördern. Hierfür müssten auch bäuerliche Sozialversicherungssysteme reformiert werden. Subventionen sollten außerdem an den Arbeitszeitbedarf statt an die Fläche gekoppelt sein. Mittelfristig sollten

42 Steuergelder nur mehr für Betriebe in besonderen Ungunstlagen, die gesellschaftlich erwünschte Leistungen erbringen (wie Lawinenschutz oder Erhalt von Kulturlandschaften, Biodiversität und Erholungsräumen), aufgewendet werden. Gleichzeitig müssten Bäuerinnen und Bauern für ihre Produkte Preise erhalten, die ihnen ein stabiles und existenzsicherndes Einkommen ermöglichen. Dafür müssten der Lebensmittelmarkt reguliert und die Macht des Agrarbusiness (inklusive dem Einzelhandel) eingeschränkt werden. Öffentliche Gelder sollten für die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe bereitgestellt werden, etwa für solidarische Landwirtschaft. Aus ökologischer Perspektive müssten zusätzlich der Verkauf von Wirtschaftsdünger begrenzt sowie der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung deutlich reduziert werden. Energie aus Biomasse dürfte nur mehr gefördert werden, wenn sie ökologisch nachhaltig und effizient ist. Futtermittelimporte in die EU, die für Landgrabbing und Regenwaldrodungen vor allem in Lateinamerika verantwortlich sind, müssten sinken. Die EU-Exporterstattungen müssten sofort abgeschafft werden. Mittelfristig ist die Handelspolitik auf Basis der Prinzipien Subsidiarität und Komplementarität so neu auszurichten, dass der Handel lokale Lebensmittelproduktion nicht zerstört.

Was haben wir von der EU zu erwarten?

Angesichts des gestärkten Mitspracherechts des EU-Parlaments setzten viele Menschen große Hoffnungen in die letzte GAP-Reform 2014. Trotzdem war sie kein großer Wurf: Umweltauflagen wurden nur zögerlich und für eine ökologische Wende völlig unzureichend eingeführt, und von einer Abkehr von der Exportorientierung kann keine Rede sein. Eine Neuausrichtung der GAP ist auch bei der nächsten Reform nicht zu erwarten. Dahinter steht vor allem die Macht der Agrarkonzerne, die Zugang zu neuen Exportmärkten und billigen Rohstoffen durch weitere

Industrialisierung wollen. Die EU setzt diese Interessen bestmöglich durch, wie sie es auch schon bei der Etablierung der WTO getan hat.

In Österreich wird die EU zum Sündenbock gemacht – sie zwingt der österreichischen Landwirtschaft Marktgesetze auf. Tatsächlich beschließen aber österreichische Landwirtschaftsminister in den EU-Gremien genau diese Politik. Wie die von Raiffeisen-Funktionären gespickten ÖVP-Abgeordneten kaschieren sie das dann in Österreich mit dem „Vorspannmechanismus“: Sie rechtfertigen hohe Förderungen mit der Notlage der kleinbäuerlichen Betriebe. Faktisch fließt der Großteil der Gelder dann jedoch zu Großbauern und indirekt zur Agrar- und Lebensmittelindustrie. 43

Die EU steht einer emanzipatorischen Agrarpolitik also eindeutig im Weg. Die gleichen Machtverhältnisse bestehen allerdings auch in Österreich – die Rückkehr zum Nationalstaat ist also keineswegs die Lösung. Vielmehr braucht es neue Formen der Zusammenarbeit und Koordinierung. Diese werden zum Beispiel in der wachsenden Nyéléni-Bewegung für Ernährungssouveränität gemeinsam erlernt: Immer mehr Menschen beteiligen sich an alternativen Produktions-, Konsum- und Kooperationsmodellen von unten – vorbei an den EU-Institutionen und der Heiligen Dreifaltigkeit von Bauernbund, Raiffeisen und Landwirtschaftskammer. Entgegen den Interessen, wie sie die EU und auch die österreichische Agrarpolitik vertreten, ist der Kern dieser Bewegung internationale Solidarität.

PETER WAHL

Finanzmarktpolitik

Wie die EU das Kasino wieder ausbaut

44

Die Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte war treibende Kraft der in den 1980er Jahren einsetzenden Welle der Globalisierung. Bis dahin waren Finanzmärkte weitgehend nationalstaatlich verfasst. Internationale Finanzbeziehungen waren in das System von Bretton Woods eingebunden, mit seinen festen Wechselkursen, Kapitalverkehrskontrollen und seiner politischer Koordination.

Nach Ende von Bretton Woods setzten Liberalisierung und Deregulierung ein. Leitbild wurde die neoklassische-neoliberale Theorie, zu deren Grundlagen der Glaube gehört, Finanzmärkte seien effizient und regulierten sich selbst. Vorreiter waren das Großbritannien Thatchers und die USA unter Reagan. Die Finanzmärkte wurden transnational, ihre Regulierung für Nationalstaaten zunehmend schwieriger. Es setzte eine neue Etappe kapitalistischer Entwicklung ein. Manche bezeichnen sie als Finanzialisierung, in keynesianischer Tradition wird von Kasino gesprochen, andere reden von finanzmarktgetriebenem Kapitalismus oder kurz Finanzkapitalismus.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war ein weitaus loserer Verbund als die EU, im Wesentlichen eine Freihandelszone mit Zollunion. Finanzmarktfragen waren nicht Gegenstand gemeinsamer Politik.

Kapitalverkehrsfreiheit – im Zentrum des Binnenmarkts

Das änderte sich fundamental mit dem Vertrag von Maastricht und der Etablierung des gemeinsamen Binnenmarkts 1992. Der Binnenmarkt funktioniert genauso wie ein nationaler Markt und garantiert die sogenannten vier Grundfreiheiten: freier Verkehr für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Personen. Es gilt das Prinzip des freien Wettbewerbs.

Dem Kapitalverkehr kam darüber hinaus aber ein besonderer Status zu: Seine grenzüberschreitende Freiheit gilt nicht nur zwischen den Mitgliedsstaaten, sondern auch für den Kapitalverkehr nach außen. So heißt es in Artikel 63 der EU-Verträge: „Im Rahmen der Bestimmungen dieses Kapitels sind alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten sowie zwischen den Mitgliedsstaaten und dritten Ländern verboten.“

45

Damit wurde von Anfang an der neolibérale Ansatz von Thatcher und Reagan in die EU übernommen und rechtlich zementiert. Denn die Grundfreiheiten gehören in den Bereich des sogenannten Primärrechts. Das heißt, dass ihnen Vorrang vor nationalem Recht zukommt (*hard law*). Andere Interessen dagegen, wie ArbeitnehmerInnenrechte, Steuergerechtigkeit oder Umwelt, bleiben in der Kompetenz der Mitgliedsländer und fallen unter *soft law*. Wenn es zu einem Konflikt zwischen *hard* und *soft law* kommt, kann vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt werden. Dieser hat inzwischen mehrere Urteile gefällt, in denen selbst Grundrechte wie das Streikrecht zugunsten der Binnenmarktfreiheiten eingeschränkt wurden.

In die rechtliche Konstruktion der EU ist also von vornherein eine grundlegende Asymmetrie eingebaut: Kapitalinteressen, und hier an erster Stelle die des Finanzkapitals, werden systematisch und rechtlich privilegiert und quasi in den Verfassungsrang erhoben, während andere Interessen demgegenüber zurückstehen müssen. In der kritischen Europadiskussion nennt man das neoli-

beralen Konstitutionalismus. Eine an den Interessen der lohnabhängigen Mehrheit orientierte Regulierung des Finanzsektors wird dadurch von vornherein blockiert – zumindest solange man sich an die Verträge und Urteile des EuGH hält. Zugespitzt: Die Wirtschaftsverfassung der EU ist ein Mechanismus zur Verhinderung emanzipatorischer Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die EU – Motor bei der Etablierung des Kasinos

46 Im Maastricht-Vertrag wurde nicht nur die Kapitalverkehrsfreiheit verankert. Die Mitgliedsländer verpflichteten sich auch, die Regeln für ihre nationalen Finanzmärkte zu vereinheitlichen. Dazu wurde 2000 ein Aktionsplan (Financial Services Action Plan) erstellt. Die grundlegende Tendenz war auch hier: Deregulierung und Angleichung der Standards nach unten, das heißt an die liberalsten Regeln. Die EU fungierte in den 1990er Jahren und bis zur Krise 2008 als Motor für die Etablierung des Kasinosystems, mit den entsprechenden Folgen. Die Volumina auf den Finanzmärkten wuchsen quantitativ enorm an und erzeugten einen gewaltigen Renditedruck. Die Unternehmensfinanzierung, vor allem die großer Konzerne, wanderte von der traditionellen Kreditfinanzierung durch Banken zur Marktfinanzierung. Die Realökonomie geriet immer mehr unter den Einfluss der Finanzmärkte, und der Shareholder Value (der Aktienwert eines Unternehmens) wurde zur entscheidenden Kennziffer, an der sich die Unternehmenstätigkeit orientierte. Neue Akteure wie die hochspekulativen Hedgefonds und Private Equity Fonds gewannen großen Einfluss. „Innovative“ Produkte, darunter Derivate wie die Credit Default Swaps, die im Nahhinein als toxische Papiere berüchtigt wurden, wurden zu Rennern. Hochriskante Geschäftsmodelle wie etwa ungedeckte Leerverkäufe, bei denen auf fallende Kurse gewettet wurde, griffen um sich. In der Folge nahm

die systemische Instabilität des Finanzsektors auch in der EU dramatisch zu. 2008 brach das Ganze wie ein Kartenhaus zusammen.

Über die unmittelbaren Veränderungen auf den Finanzmärkten hinaus hatte der finanzmarktgetriebene Kapitalismus aber auch noch weitere Konsequenzen. Es entstand ein starker Privatisierungsdruck auf die öffentlichen Dienstleistungen, darunter jene der Gesundheits- und Altersvorsorge. Die Steuersysteme wurden an die Kapitalinteressen angepasst – mit dem Resultat, dass der Finanzsektor generell unterbesteuerter und die öffentliche Hand chronisch unterfinanziert ist. Das Kasinosystem fördert die Umverteilung von unten nach oben und trägt so zur Vertiefung der Ungleichheit bei. Der Einfluss der Finanzmärkte verschärft die Erosion der Demokratie. Schon 2000 prahlte der damalige Chef der Deutschen Bank: „Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten.“

47

Die Finanzkrise ist zwar nicht die einzige Ursache, aber einer der wichtigsten Faktoren, die zur politischen Instabilität, wie wir sie gegenwärtig überall erleben, und zum Aufstieg der Neuen Rechten beigetragen haben.

Reformen, um das Kasino sicherer zu machen

Beim Management der Finanzkrise spielte die EU so gut wie keine Rolle. Sowohl die Bankenrettung wie die milliardenschweren Konjunkturpakete zur Abfederung der Krisenfolgen auf die Realwirtschaft wurden mit Steuergeldern der Mitgliedsstaaten durchgeführt. Denn nur die Nationalstaaten verfügten über die notwendigen politischen, rechtlichen und finanziellen Instrumentarien dafür.

Allerdings führte die EU nach 2008 eine Reihe von Reformen zur Finanzmarktregulierung durch. Zu den wichtigsten gehört die Erhöhung der Eigenkapitalauflagen für Banken, Einschränkungen

bei riskanten Derivategeschäften und Geschäftsmodellen, eine Insolvenzregelung für Banken und die Verbesserung der Aufsicht, die für Großbanken jetzt bei der Europäischen Zentralbank (EZB) angesiedelt ist.

48 Damit wurden durchaus wichtige Problembereiche bearbeitet und ein gewisser Beitrag zur systemischen Stabilität geleistet. Allerdings wurde der Kasinobetrieb als solcher nicht unterbunden. Er wurde allenfalls etwas stabiler gemacht – vor allem für die SpielerInnen. Hinzu kommt, dass bestimmte Probleme überhaupt noch nicht angepackt wurden, etwa die Schattenbanken oder die Problematik des *too big to fail* (dass also einige Banken aufgrund ihrer Größe auf jeden Fall gerettet würden, weil sie sonst das ganze System mit sich rissen). Auch wenn sich die Dramatik von 2008 und 2009 gelgt hat, schwelt daher die Krise unter der Oberfläche weiter.

So sind nach Angaben des IWF ein Viertel der Banken in der EU und in der Eurozone sogar 30 Prozent marode. Diese Zombie-Banken werden nur dadurch über Wasser gehalten, dass die EZB unter kreativer Auslegung ihrer Statuten die Märkte mit billigem Geld in der Größenordnung von einer Billion Euro versorgt. Aber selbst das reicht nicht mehr. Inzwischen müssen Banken wieder mit öffentlichem Geld gerettet werden, wie zum Beispiel die italienische Monte dei Paschi.

Kapitalmarktunion – das Rollback hat begonnen

Inzwischen ist der Reformeifer zum Erliegen gekommen. Mehr noch, das Rollback hat eingesetzt. Mit dem Projekt der Kapitalmarktunion, das die Juncker-Kommission initiiert hat, soll wieder der Einstieg in die Deregulierung unternommen werden. Unter dem Vorwand, die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen zu verbessern, soll Risikofinanzierung wieder salonfähig gemacht werden. Durch den Brexit ist das Projekt allerdings ins Stocken geraten.

Dafür dürfte der Brexit den Trend zur Deregulierung auf andere Weise fördern. Einige Akteure werden von der Londoner City wegziehen und so die „Kultur“ des ungezügelten Finanzkapitalismus in der EU stärken. Zum anderen wird die Finanzindustrie auf beiden Seiten des Kanals Druck machen, um in der Scheidungsvereinbarung möglichst günstige Bedingungen für sich herauszuholen, mit dem Risiko, dass Sondervereinbarungen zum Einfallstor für die Unterminierung der bestehenden Regeln werden.

Schließlich wird auch die Wall-Street-freundliche Politik der neuen US-Administration den Druck zum Rollback erhöhen. So hat Trump bereits die Volcker-Rule (die Trennung von Eigenhandel der Banken und KundInnengeschäft) gekippt und weitere Liberalisierungen angekündigt. Auch Andeutungen der britischen Regierung, nach dem Brexit eine Achse zwischen City und Wall Street zu bilden, würden bei Verwirklichung auf eine angelsächsische Zone liberalisierter und deregulierter Finanzmärkte hinauslaufen, die eine enorm starke Stellung auf den globalen Finanzmärkten hätte. Damit würden sich die internationalen Wettbewerbsbedingungen der EU-Konkurrenten deutlich verschlechtern. Es ist damit zu rechnen, dass die Finanzlobby in der EU starken Druck machen wird, um die nach 2008 entstandenen Regulierungen wieder zu lockern.

Demgegenüber muss emanzipatorische Politik an den Lehren aus dem Crash von 2008 festhalten. Die Macht der Finanzmärkte über die übrige Wirtschaft und die Gesellschaft muss gebrochen werden. Das Finanzkapital braucht strikte Regulierung. Sein Potenzial muss in den Dienst sozial gerechter und ökologisch zukunftsfähiger Entwicklung gestellt werden. Nach wie vor gilt, was die UNCTAD 2009 in ihrem Report über die Finanzkrise schrieb: „Nur die Schließung des großen Kasinos wird eine dauerhafte Lösung bringen.“

FABIANE BAXEWANOS

Flüchtlingspolitik

Wie in der EU Verantwortung für Flüchtlinge verschoben wird¹

Die zentrale Rolle der EU

50 Im Bereich Flüchtlingspolitik spielt die EU seit vielen Jahren eine maßgebliche Rolle. Entscheidungskompetenzen rückten, sowohl rechtlich als auch faktisch, mehr und mehr in ihren Zuständigkeitsbereich. Trotz allgegenwärtiger nationalistischer Rhetorik: Europas Flüchtlingspolitik wird heute zu einem guten Teil in Brüssel gemacht.

Das bedeutet jedoch nicht, dass die Mitgliedsstaaten entmachtet sind. Im Gegenteil: In der Flüchtlingspolitik beobachten wir derzeit quer durch Europa Bestrebungen, Entscheidungen ausschließlich auf nationaler Ebene zu treffen – was jedoch häufig geltendem EU-Recht widerspricht und daher zumindest rechtlich geringe Erfolgsaussichten hat. Durch zunehmende Europäisierung wurde ein politischer und rechtlicher Rahmen geschaffen, der die Politik der Mitgliedsstaaten in bestimmte Bahnen lenkt. Europäische Flüchtlingspolitik bietet ein Forum, das bestimmte nationale Diskurse fördert und andere in den Hintergrund rückt. Und sie besitzt – trotz Rückkopplung an die Mitgliedsstaaten über den EU-MinisterInnenrat – ein deutliches Stück Autonomie.

In einzelnen Bereichen, etwa was die Rechte von Flüchtlingen im Asylverfahren anbelangt, war diese Kompetenzverschiebung auf EU-Ebene bisher eine willkommene Entwicklung. EU-Reformen der letzten Jahre haben so manche nationale Praxis verbessert und

Standards in vielen Mitgliedsstaaten angehoben. Jedoch war dies weder ein widerspruchsfreier noch nachhaltiger Prozess.

Zunächst sind die europäischen Institutionen in Sachen Flüchtlingspolitik politisch gespalten. Die EU-Kommission, das EU-Parlament und der EU-MinisterInnenrat vertreten in wichtigen Punkten sehr unterschiedliche Positionen. Zudem sind sie intern häufig uneinig. Dies wird anhand der Diskussion um humanitäre Visa für Flüchtlinge deutlich: Während ein Teil des EU-Parlaments die Position vertritt, dass EU-Mitgliedsstaaten in bestimmten Situationen europarechtlich dazu verpflichtet sind, humanitäre Visa auszustellen, stehen Kommission und Rat dem vehement entgegen. Sie argumentieren, die entsprechende europarechtliche Bestimmung sei nur auf eingeschränkte Ausnahmefälle zugeschnitten; ansonsten wäre einer unbegrenzten Anzahl von Flüchtlingen Tür und Tor geöffnet.

51

Zudem ist Flüchtlingspolitik naturgemäß Verhandlungssache. Nationale wie EU-PolitikerInnen müssen sich Wahlen stellen, und angesichts zunehmender fremdenfeindlicher Tendenzen in vielen Mitgliedsstaaten verschwinden einst liberalere Sichtweisen auch auf EU-Ebene. Häufig wird argumentiert, die EU drohe an den Widerständen gegen eine offenere Flüchtlingspolitik zu zerbrechen. Daher müsse man nationale Bedenken, die insbesondere in osteuropäischen Ländern geäußert werden, stärker berücksichtigen. Die derzeitige Überarbeitung des europäischen Asylsystems ist daher deutlich weniger an Flüchtlingsschutz orientiert als noch die letzte große Reform 2013. Weil die Kommission aber dennoch am Gedanken einheitlicher Standards festhält, versucht sie dies auf Kosten einer deutlichen Senkung dieser Standards zu erreichen. Besser Vereinheitlichung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner als Zersplitterung – scheint das Motto zu sein.

Letztlich hat die Schaffung möglichst einheitlicher flüchtlingsrechtlicher Standards *innerhalb* der EU zu stärkerer Abschot-

52 tung nach außen geführt. Die Vorbedingung dessen, was der „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ genannt wurde – also ein Europa ohne Binnengrenzen und mit vereinheitlichten Standards – war die Abriegelung des Blocks nach außen. Dazu wurden schrittweise nicht nur die gemeinsamen Außengrenzen verstärkt bewacht, sondern auch Abwehrmaßnahmen außerhalb des europäischen Territoriums getroffen. Bevor Personen in die EU gelangen und damit Rechte erwerben können, werden sie heute häufig bereits vor der EU-Außengrenze aufgehalten. Zusätzlich zu den mancherorts wieder eingeführten Kontrollen an nationalen Grenzen kommt es zu einer verstärkten Militarisierung der Außengrenze (Stichwort „Festung Europa“) – mit dem erklärten Ziel, die Zahl der ankommenden Personen zu verringern. Dass dadurch Flüchtlingen die Chance genommen wird, ihr Recht auf Asyl auszuüben, bleibt in offiziellen Diskussionen oft außen vor.

In diesem Prozess der Regulierung nach innen und Abschottung nach außen ist die EU zentraler denn je. Erstens soll EU-Asylrecht zukünftig unmittelbar in den Mitgliedsstaaten anwendbar sein. Dies soll erreicht werden, indem ein Großteil des künftigen EU-Asylrechts in Form von Verordnungen – anstatt wie bisher meist in Form von Richtlinien – beschlossen wird. Im Unterschied zu Richtlinien müssen Verordnungen nicht erst durch nationales Recht umgesetzt werden, sondern sind direkt anwendbar. Zweitens ist die EU-Kommission die treibende Akteurin hinter der stärkeren Einbindung von Nicht-EU-Staaten, insbesondere nordafrikanischer und nahöstlicher Staaten. In dieser Hinsicht wurde auch das Mandat der EU-Grenzschutzagentur Frontex ausgeweitet. Seit der Neufassung der Frontex zugrundeliegenden Verordnung hat die Agentur die explizite Kompetenz, mit Drittstaaten zusammenzuarbeiten. Dieser Trend der sogenannten „Externalisierung“ des europäischen Grenzschutzes soll nun kurz dargestellt werden.

Die Abschottung Europas und ihre Folgen

Einer der auffälligsten Trends europäischer Flüchtlingspolitik der letzten Jahre ist die Betonung ihrer sogenannten „externen Dimension“. Das bedeutet vor allem die Verlagerung von Migrationskontrollen in Nicht-EU-Staaten. Geflüchtete sollen so nicht erst an der europäischen Grenze aufgehalten werden, sondern bereits lange davor. Dies geschieht beispielsweise in Form von Kontroll-Operationen auf hoher See, Patrouillen in libyschen Küstengewässern, durch Ausreiseverbote oder durch Kontrollen auf internationalen Flughäfen. Das EU-Türkei-„Abkommen“ von März 2016 sowie aktuelle Verhandlungen um ein weiteres Abkommen mit Libyen sind Beispiele dafür. Was von Menschenrechtsorganisationen als Verletzung internationalen Flüchtlingsrechts angeklagt wird, stellt die EU-Kommission als notwendig dar: Derartige Abkommen sollen eine „Atempause“ verschaffen, um mit den bereits Angekommen umgehen zu können. Der Zynismus solcher Aussagen angesichts der eklatanten Missstände vor den Toren Europas verhallt scheinbar unbemerkt.

53

Das Ergebnis dieser Abschottungspolitik: So manche Flucht endet, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat. Sollten Personen dennoch auf das Territorium der EU gelangen, werden bestehende rechtliche Möglichkeiten ausgeschöpft, welche die Abschiebung in Herkunfts- oder Transitstaaten ermöglichen. Dies gelingt mithilfe des Konzepts „sicherer Drittstaaten“, durch das gewisse Länder pauschal als für Flüchtlinge sicher erklärt werden. Ob die dafür nötigen Mindeststandards jedoch auch in der Praxis erfüllt sind, wird oft nicht ausreichend überprüft.

Gleichzeitig wird bewusst ignoriert, dass zunehmend geschlossene und militarisierte Grenzen bei gleichzeitigem Fehlen legaler Migrationswege überhaupt erst irreguläre Migration produzieren. Solange Kriege und Verfolgung existieren, werden Flüchtlinge in Europa Schutz suchen. Es liegt in unserer Hand,

ihnen legale Möglichkeiten zu eröffnen oder sie weiterhin auf immer gefährlichere Routen zu treiben. Anstatt also Menschen-smuggler und – seit Neuestem – NGOs zu HauptfeindInnen zu erklären, sollten legale Einreisemöglichkeiten wie humanitäre Visa, Familienzusammenführung oder Neuansiedlungsprogramme genutzt werden. Das ist der einfachste Weg irreguläre Migration einzudämmen. Ignorieren wir dies weiterhin, werden auch die Folgen dieselben bleiben: Ertrunkene im Mittelmeer, als „Tragödien“ bezeichnete Schiffsunglücke, in Kühltransportern erfrorene Flüchtlinge, alltägliche sexuelle Gewalt auf den Routen durch Nordafrika und über den Balkan. All das kann verhindert werden. Nur brauchen wir den politischen Willen, bestehende rechtliche Möglichkeiten auch umzusetzen.

Ausblick: Politische Strategiebildung

Große Hoffnung richtet sich derzeit auf die Gerichte Europas. Angesichts politischer Blockaden werden RichterInnen von vielen Seiten als letzte GarantInnen für Flüchtlingsrecht und Rechtsstaatlichkeit in der EU beschworen. Und tatsächlich wurden manche der gravierendsten menschenrechtswidrigen Praktiken von Gerichten (zumindest vorläufig) rückgängig gemacht: Italiens Rückschiebungen auf hoher See nach Libyen oder Abschiebungen nach Griechenland ohne individuelle Garantien sind nur zwei jüngste Beispiele.

Unser Vertrauen in das Recht darf jedoch nicht blind sein: Auch Recht ist politisch rückgebunden, und RichterInnen genießen keinen endlosen Ermessensspielraum. Wenn sich politische Realitäten zu weit von bestehendem Recht entfernen, wird auch das Recht nicht lange unverändert bleiben. Einfaches Recht kann reformiert, Verfassungsrecht oder Menschenrechte uminterpretiert werden. Daher bleibt politische Strategiebildung zentral.

Abschließend möchte ich daher fünf elementare Fragen zur Debatte stellen, die wir als MenschenrechtsakteurInnen beantworten sollten:

1. Allianzen: Welche Allianzen müssen wir bilden? Wie gelingt der Weg raus aus der eigenen Blase? Wie sollen wir mit EU-Institutionen arbeiten; wie mit staatlichen AkteurInnen? Wo sind unsere roten Linien?
2. Zeithorizont: Wie kurz- oder langfristig denken wir über unsere Ziele nach? Fokussieren wir darauf, kleine Erfolge zu feiern, oder entwickeln wir Strategien für tiefer greifende Veränderungen? Wie stellen wir konstante Reflexion sicher, sodass wir unsere Ziele sowie die Mittel zu ihrer Erreichung regelmäßig überprüfen können? 55
3. Anti-Krisen-Kommunikation: Wie verändern wir bestehende Narrative? Wie dekonstruieren wir Begriffe wie „Krise“, „Notfall“, „Katastrophe“, „Ströme“, „Fluten“ und „Wellen“, die mehr an Naturkatastrophen als an Geflüchtete erinnern? Wie gelingt es zu vermitteln, dass Krisen und Illegalität produziert werden?
4. „Wir“ und die „Anderen“: Wie vermeiden wir solche willkürlichen binären Grenzziehungen? Wie bauen wir Brücken? Wie kann das Miteinander im Alltag gestärkt werden?
5. Humanitarismus versus Rechte-Diskurs: Sehen wir Flüchtlinge als Opfer oder handelnde AkteurInnen? Wie gehen wir mit unserer Machtposition als HelferInnen um? Wie können wir diese Macht sorgsam ausüben ohne in Paternalismus und Dankbarkeitserwartungen oder gar -forderungen zu verfallen?

1 Dieser Beitrag gibt die persönlichen Ansichten der Autorin wieder und nicht notwendigerweise jene der Vereinten Nationen oder von UNHCR.

STEFAN EDERER

Geldpolitik

Warum die EZB eine mächtige und undemokratische Institution ist

56 Die Geldpolitik in der Währungsunion ist im Unterschied zu vielen anderen Politikbereichen vollständig zentralisiert. Die EU-Verträge bestimmen, dass sie von der Europäischen Zentralbank (EZB) festgelegt und durchgeführt wird. Das vorrangige Ziel ist dabei die Preisstabilität. Sie ist nach Auslegung der Zentralbank dann erreicht, wenn die jährliche Inflation knapp unter zwei Prozent beträgt. Die EZB ist unabhängig, weisungsfrei und bestimmt die für die Geldpolitik verwendeten Instrumente selbst. Oberstes Beschlussorgan ist der EZB-Rat, der aus dem Direktorium der EZB und den nationalen ZentralbankpräsidentInnen besteht.

Das wichtigste Steuerungsinstrument der Geldpolitik ist der Leitzinssatz (Hauptrefinanzierungssatz). Gemäß der vorherrschenden ökonomischen Theorie sollten die Zinsen in Zeiten guter Konjunktur und hoher Inflationsraten angehoben werden, um die Investitionen der Unternehmen zu dämpfen und so eine „Überhitzung“ der Wirtschaft zu vermeiden. Spiegelbildlich sollten sie bei schwacher Konjunktur gesenkt werden. Der Leitzinssatz ist dabei der einzige direkt von der EZB gestaltbare Zinssatz. Die für die Realwirtschaft wichtigeren Kreditzinsen und Zinsen auf Staatsanleihen werden von diesem zwar indirekt beeinflusst, hängen jedoch auch von anderen Faktoren ab. Dabei spielen etwa die Wahrnehmung des Ausfallsrisikos von Krediten und Anleihen sowie die Profitabilität und Risikobereitschaft der Banken eine Rolle. In Krisenzeiten zeigt sich, dass die Steuerung der Konjunktur über die Zinsen

nicht mehr funktioniert – eine Senkung der Leitzinsen hat kaum mehr Einfluss auf produktive Investitionen und Beschäftigung.

Zur Geldpolitik gehört auch, Liquidität für den Finanzsektor bereitzustellen. Normalerweise benötigen Banken nur wenige Kredite von der Zentralbank, weil sie Spareinlagen verwalten und sich zusätzlich auf dem Interbankenmarkt gegenseitig Geld leihen. Sinkt das Vertrauen in einzelne Banken oder in den gesamten Finanzsektor, etwa weil unklar ist, wie viele „faule“ Kredite oder Wertpapiere sich in den Bilanzen finden, dann wollen viele Menschen lieber Bargeld halten und „stürmen“ die Banken. Fehlendes Vertrauen führt auch dazu, dass sich Banken untereinander kein Geld mehr leihen. In diesen Fällen gewährt die Zentralbank den Geschäftsbanken gegen Sicherheiten Kredite. Letzteres gilt allerdings nur für Banken, die von der EZB als solvent eingestuft werden und ist als kurzfristige Überbrückung gedacht. Für Staaten und andere öffentliche Institutionen gibt es eine derartige Finanzierungsmöglichkeit nicht: Die EU-Verträge verbieten der EZB eine direkte Finanzierung von Staatshaushalten.

57

Geldpolitik vor und nach der Krise

Vom Inkrafttreten der Währungsunion 1999 bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise war die Geldpolitik aus Sicht der Mainstreamtheorie „konventionell“. Die Inflation lag nahe bei zwei Prozent und das Vertrauen in den Finanzsektor war ungebrochen. Das Wachstum war in dieser Phase jedoch zu einem guten Teil von Kredit- und Vermögenspreisblasen getrieben, die von der EZB zu wenig beachtet wurden. Die fehlende Regulierung der Finanzmärkte führte dazu, dass diese Blasen immer größer wurden und – ausgehend von den USA – 2007 zur Finanzkrise führten.

Ab 2008 änderte sich die Geldpolitik gravierend. Die Zinsen im Euroraum wurden kräftig gesenkt. Zudem stellte die EZB dem

europäischen Bankensektor, der sich durch Spekulationen und Kreditblasen an den Rande des Bankrotts gebracht hatte, große Mengen an Liquidität zur Verfügung. Die Geldpolitik der EZB stieß allerdings bald an ihre Grenzen: Zwar wurden die Zinsen auf null gesenkt, die Konjunktur kam aber nicht in Schwung, wodurch auch die Inflation kontinuierlich zurückging und zeitweilig gefährlich nahe der Nulllinie lag. Eine Deflation – also sinkende Preise – hätte die Nachfrage zusätzlich gedämpft und möglicherweise eine länger anhaltende Stagnation der Wirtschaftsleistung nach sich gezogen.

58 Durch die Bankenrettungen und die tiefe Wirtschaftskrise sind die Staatsschulden im Euroraum stark gewachsen. Wegen dieses Anstiegs und des expliziten vertraglichen Verbots der Staatsfinanzierung durch die EZB begannen ab dem Frühjahr 2010 die Zinsen auf griechische Staatsanleihen zu steigen. Die Zentralbank reagierte allerdings erst, als die Spekulationen auch auf Irland, Portugal, Italien und Spanien übergreifen hatten. Das erste Ankaufprogramm für Staatsanleihen wurde beschlossen, nachdem die Troika – unter Beteiligung der EZB – ein Kreditprogramm mit Griechenland vereinbart hatte. Die Ankäufe wurden allerdings nur halbherzig kommuniziert und waren teilweise intransparent, sodass im Frühjahr 2012 die Zinsen in Italien und Spanien erneut stark stiegen. Schließlich verkündete der EZB-Präsident im Juli 2012, dass er „alles tun werde, um den Euro zu erhalten“. Das wurde als Bereitschaft interpretiert, notfalls unbeschränkt Staatsanleihen zu kaufen. Als Bedingung dafür wurde allerdings festgelegt, dass das betreffende Land ein Kreditprogramm mit der EU vereinbaren muss. Die Ankündigung der EZB alleine war jedoch schon ausreichend, um weitere Anstiege der Zinsen auf Staatsanleihen zu verhindern. 2015 wurde schließlich ein Programm begonnen, unter dessen Titel in großem Ausmaß Staatsanleihen angekauft werden (Quantitative Easing) – auf dem Umweg über

private Finanzinstitutionen, die damit gute Geschäfte machten. Eine bedingungslose Garantie für Staatsanleihen, wie sie in Ländern wie den USA oder Großbritannien (zumindest implizit) selbstverständlich ist, fehlt im Euroraum nach wie vor. Damit sind spekulative Angriffe auf Staatsanleihen und die daraus resultierenden Staatsschuldenkrisen weiterhin vorprogrammiert. Seit 2016 hat die EZB das Ankaufsprogramm auch auf Konzernanleihen ausgeweitet. Davon profitieren vor allem große Konzerne, insbesondere in der Automobil- und Rohstoffindustrie.

Die unrühmliche Rolle der EZB in Griechenland

Die EZB spielte in den Griechenland-Verhandlungen 2015 eine äußerst unrühmliche Rolle und ging damit hart an die Grenzen der Legalität. Wenige Tage nach dem Wahlsieg von Syriza im Jänner setzte der EZB-Rat einen bisher beispiellosen Schritt und legte fest, dass griechische Staatsanleihen künftig nicht mehr als Sicherheiten für Zentralbankkredite akzeptiert würden. Als Grund dafür wurde angegeben, dass nun nicht mehr davon auszugehen wäre, dass die Anleihen vollständig zurückgezahlt würden. Der Schritt wurde allerdings lediglich auf Basis von Äußerungen und nicht etwa von Beschlüssen der neuen griechischen Regierung gesetzt. Als Konsequenz wurden die griechischen Banken faktisch von der Liquiditätszufuhr durch die Zentralbank abgeschnitten und waren auf Notkredite ihrer eigenen Notenbank angewiesen. Dies erhöhte die Unsicherheit über die Zukunft der griechischen Banken drastisch und löste einen schleichenden Ansturm auf sie aus. Im März 2015 legte die EZB nach: Als Aufsichtsbehörde verbot sie griechischen Banken, ihren Bestand an Anleihen des griechischen Staats auszuweiten, was den Spielraum der dortigen Regierung weiter einschränkte. Am Höhepunkt der Verhandlungen kurz vor dem Referendum im Juni erhöhte die EZB den Druck schließlich noch einmal: Sie legte fest, dass die Notkredite

der griechischen Nationalbank nicht mehr erhöht werden durften. Dadurch schnitt sie den gesamten griechischen Bankensektor von der Liquiditätszufuhr ab und zwang die Regierung Kapitalkontrollen einzuführen, um den Zusammenbruch ihres Bankensystems zu verhindern. Das schrittweise Zudrehen des Geldhahns wurde über Monate hinweg durch das Schüren von Ängsten durch die EZB begleitet. Anstatt für die Stabilität des Finanzsektors zu sorgen, wie es laut den EU-Verträgen ihre Aufgabe wäre, setzte die EZB diese aufs Spiel, um den Druck auf die linke Regierung zu erhöhen und die Verhandlungen über das dritte Kreditpaket maßgeblich zulasten der griechischen Bevölkerung zu beeinflussen.

Ausblick

Ein neuerliches Aufflammen der Eurokrise ist jederzeit möglich. Es braucht daher eine Zentralbank, die – wenn nötig – den öffentlichen Sektor stärkt und direkt die Finanzierung dafür zur Verfügung stellt, um Beschäftigung zu schaffen. Das Finanzierungsverbot für öffentliche Institutionen sollte aus den EU-Verträgen gestrichen werden. Zusätzlich sollte die Zentralbank ein großangelegtes, EU-weites Investitionsprogramm zum sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft unterstützen, indem beispielsweise Anleihen der Europäischen Investitionsbank aufgekauft werden. Schließlich muss auch die demokratische Kontrolle der EZB durch die Parlamente erhöht werden. Das könnte dazu beitragen, dass die Zentralbank ihre Befugnisse künftig weniger missbrauchen kann als während der Griechenlandverhandlungen.

Realistischerweise ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Regeln der Geldpolitik in den nächsten Jahren nicht ändern werden. Tendenziell dürfte die EZB sogar noch an Macht gewinnen. Ein ähnliches Vorgehen gegen unliebsame progressive Regierungen wie 2015 in Griechenland ist auch in der Zukunft nicht

unwahrscheinlich. Einzelne Mitgliedsstaaten können daher nur versuchen, die Abhängigkeit von den Finanzmärkten und der Zentralbank zu verringern, indem sie ihre Einnahmefundierung – beispielsweise durch Steuern auf immobilienvermögen – verbreitern. Hier ist allerdings mit wenig Unterstützung seitens der EU-Institutionen zu rechnen.

Die Stabilität des Finanzsektors kann nur durch einen tiefgehenden Umbau erhöht werden. Öffentliche Finanzinstitute, die sich auf die eigentlichen Kernaufgaben von Banken beschränken, könnten dazu einen Beitrag leisten. Verbleibende Spielräume der nationalen Aufsichtsbehörden sollten dazu genutzt werden, Banken zu verkleinern und zu entflechten, und so die Anfälligkeit dieses Sektors für Krisen zu verringern. Insgesamt dürfte es für einzelne Regierungen jedoch schwierig sein, die fest in die Architektur der EU eingebettete neoliberale Funktionsweise von Geldpolitik und Finanzsystem infrage zu stellen.

Gleichstellungspolitik

Wie die EU in Sachen Gleichstellung den Rückwärtsgang einlegte

62 Lange Zeit wurde die Europäische Union von vielen als Motor der Gleichstellung von Frauen und Männern wahrgenommen. Begründet wird dies mit der EU-Gesetzgebung, die Impulse in den Mitgliedsländern setzt. Dieses Argument wurde rund um den EU-Beitritt Österreichs oft vorgebracht und wirkt bis heute nach. Doch das positive Bild der EU in Sachen Gleichstellung hält einem näheren Blick nicht stand.

Bereits der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der Vorläuferin der EU, legte das Gebot des gleichen Lohns bei gleicher Arbeit – später ausgeweitet auf gleichwertige Arbeit – fest. Dabei ging es allerdings weniger darum, die Diskriminierung von Frauen zu beenden, als Wettbewerbsnachteile für Frankreich zu verhindern, wo Lohngleichheit bereits gesetzlich verankert war. Weiters wurde eine Reihe von EU-Richtlinien zu Antidiskriminierung, Gleichstellung im Arbeitsleben und einzelnen anderen Aspekten verabschiedet. Mit dem Vertrag von Amsterdam wurde die Verpflichtung festgeschrieben, Geschlechtergleichstellung in allen Politikbereichen zu fördern (Gender Mainstreaming). Aber spätestens seit Beginn des neuen Jahrtausends stagniert die Frauen- und Gleichstellungspolitik, teilweise bewegt sie sich auch rückwärts.

Für eine umfassende Bewertung ist es nötig, über die rechtlichen Grundlagen hinaus die EU-Politiken und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung und die tatsächliche Lebenssituation

von Frauen zu betrachten. Der Gleichstellungsindex des Europäischen Institutes für Gleichstellung zeigt, dass die EU erst auf „halbem Weg“ ist. Auch heute, 60 Jahre nach dem Verbot von Lohndiskriminierung, ist die EU noch weit von diesem Ziel entfernt. Das Grundproblem der Frauen- und Geschlechterpolitik der EU war von Beginn an angelegt: ihre Unterordnung unter die Bedürfnisse des Markts und die Wettbewerbsorientierung der EU.

Die EU auf dem Rückzug in Sachen Gleichstellung

Viele gleichstellungspolitische Maßnahmen der EU wurden in den letzten Jahren zurückgefahren. Im EU-Budget verschwanden beispielsweise über die Jahre kleine, aber wichtige separate Budgettöpfe für Gleichstellung: Ein eigener Budgetansatz für Gleichstellung aus den 1990er Jahren wurde 2000 in das größere Programm PROGRESS integriert. 2010 ging er im Justizbereich unter, sodass spezielle Ausgaben für Gleichstellung nicht mehr identifiziert werden können. Das Programm *New Opportunities for Women* des Europäischen Sozialfonds (ESF) wurde Ende der 1990er Jahre ebenfalls von einer schwächeren Gemeinschaftsinitiative abgelöst. In der ESF-Periode 2014 bis 2020 gibt es überhaupt keine Gleichstellungstöpfe mehr.

63

Als positiv wird die Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikbereichen der EU genannt. Die meisten Kernbereiche der EU zeigen allerdings keine Ansätze einer durchgängigen Berücksichtigung von Gleichstellung. Im Gegenteil: So bleibt etwa das EU-Budget nach wie vor weitgehend geschlechterblind. Gender Budgeting, der Ansatz zur Integration von Gleichstellung in die Budgetpolitik, findet keine Anwendung.

Trotz vertraglicher Grundlagen gibt es in zentralen Bereichen Rückschritte in der Gleichstellungspolitik. Gab es in the 1990er Jahren noch eine eigenständige Säule zur Chancengleichheit in der Beschäftigungspolitik, sind Ansätze zur Förderung von Gleichstel-

lung mittlerweile praktisch vollständig verschwunden. Und das, obwohl die enormen Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt weiter bestehen und sich verfestigen. Wenn Gleichstellung in der Beschäftigungspolitik heute noch eine Rolle spielt, dann nur um Unternehmensinteressen wie billige Arbeitskräfte durch höhere Frauenbeschäftigungsquoten zu befördern. Die Qualität der Jobs oder die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt steht dabei nicht im Zentrum. Auch aus der Regional- und Kohäsionspolitik sind frauen- und gleichstellungspolitische Schwerpunkte weitgehend verschwunden. In vielen zentralen EU-Politikbereichen hat Gleichstellung überhaupt nie eine Rolle gespielt, beispielsweise in der Wirtschafts-, Klima-, Infrastruktur- und Energiepolitik. Es gibt nicht nur keine Fortschritte, auch bisherige Errungenschaften sind bedroht.

Während vielerorts die Notwendigkeit von gleichstellungspolitischen Institutionen und Programmen betont wird, baut die EU-Kommission diese systematisch ab. Die in den 1990er Jahren aufgebaute *Commissioners' Group on Gender Equality* innerhalb der Kommission wurde geschwächt und schließlich 2010 aufgelöst. Die wichtige und gut funktionierende *Gender Equality Unit* wurde von der Generaldirektion Beschäftigung in jene für Justiz verschoben und somit systematisch geschwächt. Auch wurde deren Leiterin Mitte 2016 überraschend abberufen und lange Zeit nicht nachbesetzt. Und das strategische Arbeitsprogramm zur Gleichstellung hat nach systematischer Rückstufung über die Jahre mittlerweile den niedrigsten Status von Kommissionsdokumenten erreicht. Es ist keine Mitteilung der Kommission an Parlament und Rat mehr und wird auch nicht vom Kommissionskollegium verabschiedet. Übrig geblieben ist ein unverbindliches Dokument der Verwaltung, ohne jede Bindungswirkung.

Negative Auswirkungen zentraler EU-Politikbereiche auf Gleichstellung

Für eine Gesamteinschätzung der Gleichstellungspolitik ist es wichtig, die Auswirkungen der allgemeinen EU-Politik auf Geschlechtergerechtigkeit in den Blick zu nehmen. Ein Beispiel dafür ist die Krisenpolitik der EU, insbesondere die neuen wirtschaftspolitischen Regeln, die seit 2010 in verschiedenen Verträgen festgelegt sind. An der wirtschaftspolitischen Steuerung, der sogenannten *Economic Governance* wird deutlich, wie die EU-Politik gleichstellungspolitische Errungenschaften bedroht und Ungleichheiten verstärkt. Sie bringt in der Wirtschafts-, Budget- und Reformpolitik stärkere Durchgriffsmacht von EU-Institutionen gegenüber Mitgliedsstaaten. Die *Economic Governance* hebt demokratische Mechanismen aus und verschiebt Macht hin zu nicht gewählten Institutionen. Damit schwächt sie nicht nur demokratische Prozesse in Budget- und Wirtschaftspolitik ganz entscheidend, sondern sie stärkt gleichzeitig männerdominierte und intransparente Institutionen, deren Politik auf sehr traditionellen Geschlechterbildern basiert.

Die *Economic Governance* erzwang sowohl in den Krisenstaaten als auch im Rest der EU große Einschnitte bei den staatlichen Ausgaben. Die Kürzungen treffen vor allem Bereiche wie Gesundheit und Soziales, die von großer Bedeutung für Frauen sind. Außerdem verändern die Kürzungen den öffentlichen Sektor und den Staat insgesamt. Weniger öffentliche Beschäftigung hat auf Frauen ungleich schwerwiegendere Auswirkungen, denn Lohnunterschiede sind im öffentlichen Bereich geringer, Aufstiegschancen größer und Arbeitsbedingungen meist besser als in der Privatwirtschaft. Die Kosten der Krise werden in den familiären Bereich verschoben und dort vor allem von Frauen mit ihrer unbezahlten Arbeit kompensiert. In wohlhabenderen Haushalten verschiebt sich die Last oft auf Migrantinnen, die schlecht bezahlt

und zum Teil undokumentiert arbeiten und dabei häufig in Abhängigkeitsverhältnisse geraten. Wohingegen die Gewinne der Verschiebung ehemals öffentlicher Leistungen und öffentlichen Eigentums in den Privatsektor nach wie vor überwiegend einer kleinen, vorwiegend männlichen Elite zugutekommen.

Die Economic Governance beschleunigt den Wandel der Rolle des Staats von einem wohlfahrtsstaatlich geprägten Ansatz hin zum Hüter der Wettbewerbsfähigkeit. Damit sind große geschlechterpolitische Schief lagen verbunden, und es kommt zu einer Remaskulinisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Während soziale Sicherungsleistungen angegriffen werden, wird der maskulin dominierte Polizei- und Militärstaat in der EU und in den Mitgliedsstaaten ausgebaut.

Ansatzpunkte für Geschlechtergerechtigkeit

Um Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung und die Emanzipation von Frauen in der EU voranzubringen, bedarf es vieler Ansatzpunkte. Es bräuchte neben einer durchgängigen Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in allen Politikbereichen auch völlig neue Zugänge in der EU-Politik. Nicht Wettbewerbsfähigkeit, Profite und Wirtschaftswachstum sollten im Zentrum stehen, sondern das Wohlergehen aller Menschen. Um das gute Leben für alle zu erreichen, muss *Care*, die Sorge für Menschen und Natur, ins Zentrum gerückt und damit die Wirtschaft vom Kopf auf die Beine gestellt werden. Alle Bereiche des Tätigseins sind gleichermaßen wichtig: die Sorge für Menschen, politisch tätig sein und Erwerbsarbeit. Daher braucht es eine radikale Reduktion der Arbeitszeit. Geschlechterdemokratie ist eine grundlegende Voraussetzung. Das geht über die ausgewogene Repräsentanz von Frauen in allen Institutionen hinaus – wobei auch diese noch lange nicht erreicht ist. In wichtigen Bereichen wie der Wirtschaftspolitik sind Männer nach wie vor weitgehend unter sich. Es

braucht einen Umbau in Richtung substanzielle Demokratisierung sämtlicher Entscheidungsprozesse und öffentlicher Leistungen. All das ist von der EU nicht zu erwarten.

In den gegenwärtigen Debatten zur Zukunft der EU sind Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit kein Thema. Die HERRschende Elite dominiert weitgehend den Diskurs. Jene Männer, die die EU in das gegenwärtige Schlamassel geführt haben, sehen es als selbstverständlich an, auch in der Zukunftsdebatte den Ton anzugeben. Autoritäre und maskuline Wert- und Weltvorstellungen spielen oftmals eine wesentliche Rolle. So handelt es sich aktuell in den europäischen Diskursen vorrangig um den Ausbau polizeilicher und militärischer Kapazitäten. Es wird zwar von „Sicherheitspolitik“ gesprochen, aber die EU-Politik befördert soziale und politische Unsicherheit und Ungleichheit.

67

Frauenbewegungen und soziale Bewegungen waren auch in der Vergangenheit zentrale Motoren für gesellschaftlichen Fortschritt und Wandel. Wir können und dürfen nicht auf die EU warten. Wir müssen geschlechtergerechte Perspektiven und Alternativen „beyond EU“ – über die EU hinaus – voranbringen.

Literatur

- Femina Politica (2016): 20 Jahre Vertrag von Amsterdam – Europäische Gleichstellungspolitik revisited, *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 2/2016.
- Klatzer, Elisabeth und Schlager, Christa (2016): Gender Mainstreaming oder Mainstream ohne Gender? Wirtschaftspolitische Steuerung in der Europäischen Union: geschlechterblind und gleichstellungsriskant. In: *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 2/2016.

ALEXANDRA STRICKNER

Handelspolitik

Wie die EU die Globalisierung für die Konzerne gestaltet

Die Rolle der EU in der Handelspolitik

68 Die Kompetenzen für Handelspolitik waren seit der Gründung der EWG Gemeinschaftskompetenz, jene für Investitionspolitik gingen mit dem Lissabon-Vertrag in EU-Kompetenz über. Damit sind Handelsabkommen über materielle wie immaterielle Güter (etwa Dienstleistungen oder Schutz von Investitionen) mit Drittstaaten Angelegenheit der EU.

EU-Kompetenz in der Handels- und Investitionspolitik bedeutet: Die EU-Kommission (konkret die Generaldirektion für Handel) verhandelt auf Basis eines Mandats, das ihr der EU-Rat erteilt, Abkommen mit Drittländern. Das EU-Parlament ist weder bei der Erteilung des Mandats noch in die Verhandlungen eingebunden. Je nach Inhalt der Abkommen müssen diese entweder nur von EU-Rat und EU-Parlament oder zusätzlich auch von den Parlamenten der Mitgliedsländer ratifiziert werden. Letzteres ist der Fall, wenn nationale Kompetenzen betroffen sind. Die EU-Kommission und die EU-Regierungen sind somit die zentralen Akteure in diesem Bereich. Den nationalen Parlamenten oder dem EU-Parlament kommt lediglich die Aufgabe zu, die Abkommen am Ende abzustimmen. In der Praxis hat sich gezeigt, dass sie dabei fast immer zustimmen. Denn die realpolitische Möglichkeit, ein fertig verhandeltes Abkommen abzulehnen, ist aufgrund des massiven politischen Drucks stark begrenzt.

Bis etwa 2006/2007 versuchte die EU ihre Interessen im Bereich Handel und Investitionen im Rahmen der Welthandelsorganisation – also multilateral – durchzusetzen. 2001 wurde in Doha (Katar) eine neue Verhandlungsrunde zur weiteren Liberalisierung des Welthandels gestartet. Allerdings widersetzten sich die Länder des globalen Südens den Plänen der EU und der USA, weitere Liberalisierungsschritte ohne nennenswerte Zugeständnisse zu tätigen. Das führte zum Stillstand der Doha-Runde. Daraufhin verlagerte die EU im Rahmen der sogenannten Global-Europe-Strategie von 2008 ihren Fokus auf die bilaterale und biregionale Ebene. Die EU hat gegenwärtig mit mehr als 50 Ländern Handelsabkommen (dazu zählen Zollunionen ebenso wie erweiterte Partnerschaftsabkommen) und verhandelt derzeit mit mehr als 70 Ländern Handels- und/oder Investitionsschutzabkommen.

69

Bei der europäischen Handelspolitik geht es seit mehr als drei Jahrzehnten um viel mehr als nur um Zölle. Die Abkommen dienen heute dazu, die neoliberale Wirtschaftsordnung auf transnationaler Ebene völkerrechtlich einzuzementieren. Das Interesse der EU liegt vor allem darin, die Exportmärkte für global agierende europäische Konzerne weiter zu öffnen und EU-Investitionen über das Instrument von Investor-Staatsklagemöglichkeiten zu schützen. Dabei arbeitet die EU-Kommission nachweislich eng mit Unternehmensverbänden zusammen. Die europäische Handels- und Investitionspolitik wird also von den Interessen dieser Konzerne dominiert. Eine wirkungsvolle Einbeziehung von ParlamentarierInnen auf EU- und Mitgliedsstaatsebene, die Beteiligung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen und BürgerInnen oder eine öffentliche Debatte sind während des gesamten Prozesses hingegen nicht vorgesehen. Sie finden nur dann ansatzweise statt, wenn durch Kampagnen (wie zuletzt jene zu TTIP und CETA) Öffentlichkeit hergestellt wird. Die EU-Kommission, aber auch die Regierungen der Mitgliedsstaaten, bevorzugen

hier Geheimhaltung und Verhandlungen hinter verschlossenen Türen.

Auswirkungen der EU-Handels- und Investitionspolitik und Forderungen der Zivilgesellschaft

Die EU-Handelspolitik sichert den europäischen Unternehmen, allen voran den EU-Konzernen, den Zugang zu Absatzmärkten für Lebensmittel und Industriegüter. Zugleich wird der europäische Markt für Importe geöffnet. Die EU-Handelspolitik zielt letztlich darauf ab, durch völkerrechtliche Abkommen Bauern und Bäuerinnen sowie ArbeitnehmerInnen weltweit immer mehr in Konkurrenz zueinander zu setzen, um die Gewinne der Konzerne zu steigern. Das führte in vielen Ländern des globalen Südens zur Zerstörung von eigenständigen Produktionsstrukturen und damit zu Armut, Ausbeutung, Ungleichheit und steigender Importabhängigkeit (etwa im Lebensmittelbereich). Die Reduktion von Zöllen auf Industriegüter ermöglichte in Verbindung mit geringen Transportkosten den Menschen in der EU Zugang zu billigen Konsumgütern. Das geschah vielfach aufgrund einer Verlagerung der Produktion von Industriegütern durch europäische Konzerne in Länder, in denen sie aufgrund niedriger Löhne, geringerer sozialer Absicherung und mangelnder Umweltschutzaufgaben billiger produzieren können. Damit einher geht jedoch auch zunehmender Druck auf Löhne und soziale Absicherung in der EU. Im Bereich der Landwirtschaft ist die Exportorientierung gepaart mit der Marktöffnung für den steigenden Kostendruck auf Bauern und Bäuerinnen verantwortlich. Zusammen mit der auf Export ausgerichteten Agrarpolitik der EU führt das zu immer weniger und immer größeren Höfen.

Im Dienstleistungssektor werden Liberalisierungen über Handelsabkommen völkerrechtlich verankert und möglichst unumkehrbar gemacht. Das soll den Marktzugang für Dienstleistungskonzerne, etwa im Bereich Wasser oder Banken, sichern.

Kombiniert mit Investorenschutz und der regulatorischen Kooperation werden die Rechte von Konzernen ausgebaut und politische Handlungsspielräume eingeschränkt. Die EU-Handels- und Investitionspolitik, die von den politisch Verantwortlichen in der EU als großer Erfolg und zentrales Instrument zur Sicherung von Wohlstand und Sozialstaat gefeiert wird, dient in Wirklichkeit also Konzerninteressen und der völkerrechtlichen Festschreibung neo-liberaler Politik.

Die herrschende EU-Handels- und Investitionspolitik steht damit – gemeinsam mit deregulierten Finanzmärkten – in krassem Widerspruch zu unserer Vision einer Globalisierung, die Menschenrechte und den Schutz der Natur ins Zentrum stellt. Mit dem alternativen Handelsmandat hat ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher AkteurInnen gemeinsam mit Verbündeten aus dem globalen Süden Eckpunkte einer zukunftsfähigen Handelspolitik formuliert. Handel und Investitionen sind darin Mittel zum Zweck und Bestandteil eines alternativen Wirtschafts- und Sozialmodells, das ein anderes Europa in der Welt definiert. Es basiert auf der Utopie eines guten Lebens für alle. 71

Die EU-Handels- und Investitionspolitik muss sich an diesen Zielen orientieren und Zusammenarbeit, Solidarität und nachhaltige Entwicklung fördern. Sie kann und muss ein Instrument zur gerechten Verteilung des weltweiten Reichtums sein und allen Menschen den Zugang zu Ressourcen, Waren und Dienstleistungen erlauben.

Eine emanzipatorische europäische Handels- und Investitionspolitik erkennt an, dass internationale Übereinkommen und Verträge – zu Menschen- und Frauenrechten, Arbeit, Umwelt und Klima – Vorrang vor Handels- und Investitionssystemen haben. Sie erlaubt Ländern, Regionen und Gemeinden zu regulieren, wie Waren und Dienstleistungen hergestellt, verteilt und konsumiert werden, statt sich lediglich auf die „unsichtbare Hand“ des Markts

zu verlassen. Die Regulierung von Handelsbeziehungen dient der Verwirklichung sozialer, kultureller und politischer Menschenrechte und verfolgt eigene Strategien für eine nachhaltige Entwicklung. So können sich Gemeinschaften gegenseitig unterstützen und an Systemen für gerechtes Ressourcenmanagement arbeiten, welche die Umwelt achten und schützen. Zentral sind auch möglichst direkte Handelsbeziehungen zwischen HerstellerInnen und KonsumentInnen. Europa muss den Grundsatz der Ernährungssouveränität achten und Ländern und Gemeinschaften erlauben, ihre lokale und regionale Ernährungswirtschaft dem weltweiten Agrarhandel vorzuziehen. Europäische Regierungen und Parlamente müssen europäische Unternehmen für die sozialen und ökologischen Folgen ihrer Geschäfte sowie jener ihrer weltweiten Niederlassungen zur Verantwortung ziehen. Eine alternative Handels- und Investitionspolitik setzt verbindliche soziale und ökologische Regulierungen durch und schafft volle Transparenz in globalen Wertschöpfungsketten. Sie fördert Austausch und freien Zugang zu Wissen und Know-how, zum Beispiel durch Open-Source-Systeme, Saatgut-Austauschprogramme oder Patent-Pools. Sie betreibt eine offene Lizenzpolitik zur Förderung von Innovation und des Zugangs zu Arzneimitteln. Patente auf Leben sind auszuschließen. Echte emanzipatorische Politik verhindert, dass Finanzdienstleistungen dereguliert und öffentliche Güter und Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung privatisiert und liberalisiert werden. Stattdessen verbessert sie deren Qualität und den Zugang zu ihnen, zum Beispiel durch Partnerschaften zwischen öffentlichen Betrieben.

Was haben wir von der EU zu erwarten?

Der Widerstand gegen TTIP und CETA hat gezeigt, dass viele Menschen die Inhalte der Abkommen ablehnen und sich in ihre Gestaltung einbringen wollen. Noch nie gab es eine derart

breite, EU-weite Allianz gegen die EU-Handels- und Investitionspolitik. Bisher haben die EU-Institutionen – von der EU-Kommission über den EU-Rat bis hin zur Mehrheit des EU-Parlaments – jedoch klar signalisiert, dass sie von ihrer Politik nicht abweichen. Der Druck, mit dem die Pro-Freihandelsakteure die Zustimmung zu CETA im EU-Rat und EU-Parlament organisiert haben, ist ein gutes Beispiel dafür. Dieses Vorgehen der herrschenden Eliten hat klar gezeigt: Es gibt keine Bereitschaft für einen ernsthaften Kurswechsel. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Mitsprache der nationalen Parlamente in der EU-Handels- und Investitionspolitik weiter reduziert oder gar gänzlich beendet wird. Die Vorschläge von Juncker zur Zukunft der EU weisen bereits in diese Richtung. Vor dem Hintergrund dieser Kräfteverhältnisse ist eine emanzipatorische EU-Handelspolitik derzeit nicht durchsetzbar. Daher wird auch in Zukunft ein zentraler Ansatzpunkt für soziale Bewegungen sein, Abkommen wie CETA zu verhindern beziehungsweise das Vorankommen von Verhandlungen zu behindern und eine öffentliche Debatte über die Spielregeln für einen Weltmarkt, der Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt stellt, zu führen. Gleichzeitig geht es darum, den Auf- und Ausbau konkreter Alternativen von unten voranzutreiben, um die wirtschaftliche und politische Macht der Konzerne strukturell zu verringern.

73

Literatur

- Allianz für ein Alternatives Handelsmandat (2013): Handel: Zeit für eine neue Vision. www.ATTAC.at/fileadmin/dateien/download/Das_Alternative_Handelsmandat_lang.pdf
- Seattle-to-Brussels-Network-Website: www.s2bnetwork.org
- Bilaterals.org-Website: www.bilaterals.org

MARKUS KOZA

Lohnpolitik

Wie in der EU Gewerkschaften und Arbeitsrechte unter
Druck gesetzt werden

Die Rolle der EU im Bereich der Arbeitsrechte

74 Formell ist die Zuständigkeit der Europäischen Union in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten auf einige wenige Bereiche beschränkt. Sie kann Mindeststandards im ArbeitnehmerInnenschutz festlegen, etwa bei Höchstarbeitszeiten oder dem Schutz bestimmter Personengruppen. Außerdem hat sie Kompetenzen in einigen Bereichen des sozialen Arbeitsrechts, wie beispielsweise bei Antidiskriminierungsmaßnahmen und der Entsenderichtlinie. Letztere regelt, unter welchen Bedingungen ArbeitnehmerInnen Aufträge in anderen Ländern durchführen dürfen. Weiters gibt es Regelungen zum EU-Betriebsrat, welcher Informations- und Anhörungsrechte für ArbeitnehmerInnen grenzüberschreitender Unternehmen garantiert. EU-Richtlinien sichern auch ArbeitnehmerInnenrechte bei Betriebsübergängen.

Ausdrücklich nicht in den Kompetenzbereich der EU fallen die Lohnpolitik sowie das Koalitions- und Streikrecht – für Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen zentral. Das ist im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union unmissverständlich geregelt. Die EU-Grundrechtecharta hält allerdings zentrale Rechte von ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften fest: das „Recht auf Tarifverhandlungen“ zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, das Recht auf gewerkschaftliche Verei-

nigung und das Recht, kollektive „Maßnahmen zur Verteidigung der Interessen, einschließlich Streiks“ zu ergreifen.

Der Einfluss der EU-Institutionen auf Arbeitsrechte und Lohnpolitik kann jedoch nicht auf diese formellen Zuständigkeiten reduziert werden. Denn der ökonomische Integrationsprozess selbst hat massive Folgen für Arbeitsrechte, Lohnpolitik und die Rolle der Gewerkschaften. Mit dem Europäischen Währungssystem wurde die nationalstaatliche Fiskal- und Geldpolitik eingeschränkt und ein enger Korridor für Währungsschwankungen eingeführt. Dadurch wurden der Auf- und Abwertung nationaler Währungen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit enge Grenzen gesetzt. Die Mitgliedsstaaten können nicht wie zuvor abwerten, um Exporte zu verbilligen und so ihre Produktion zu schützen. Die Lohnpolitik – also Löhne und Gehälter als Kosten im Produktionsprozess – gewann damit im internationalen Wettbewerb an Bedeutung. Gewerkschaften, Löhne und Sozialsysteme gerieten verstärkt unter Druck. Mit der Einführung des Euro wurden Löhne zur zentralen Anpassungsvariable im Kampf um Absatzmärkte.

75

Durch den Binnenmarkt und die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, etwa Post und Elektrizität, verschlechterten sich ebendort die Arbeits- und Einkommensbedingungen. Es kam zu einem massiven Personalabbau. Die restriktive Budgetpolitik im Rahmen der Maastricht-Kriterien verschärfte diese Entwicklungen. Insgesamt ist seit den 1990er Jahren ein Rückgang der Lohnquote (also des Anteils der Löhne am BIP) zu beobachten, der seine Ursachen sicher auch im Integrationsprozess hat. Atypische Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit nehmen in nahezu allen EU-Staaten zu. Nicht unerwähnt bleiben soll die Rolle des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) bei der Setzung arbeitsrechtlicher Standards. In der Vergangenheit entschied der EuGH durchaus auch im Sinne von ArbeitnehmerInnen – etwa in Anti-

diskriminierungs- und Gleichbehandlungsfragen. In anderen Fällen fiel die Rechtsprechung jedoch zugunsten wirtschaftlicher und zulasten gewerkschaftlicher beziehungsweise sozialer Grundrechte aus. Dies geschah insbesondere, wenn es um die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen und Fragen von Lohn- und Sozialdumping ging, wie bei den Fällen Viking und Laval. Die Prioritätensetzung auf EU-Ebene war damit jedenfalls klar. Und sie sollte mit der Krise noch eindeutiger werden.

Arbeitsrechte und Lohnpolitik unter der Economic Governance

76 Die Bedingungen für die ArbeitnehmerInnen- und Lohnpolitik der Mitgliedsstaaten veränderten sich mit der EU-Krisenpolitik. Mit der Einführung der sogenannten Economic Governance verschoben sich die Kompetenzen für Lohnpolitik und Arbeitsrechte. Neue Regeln zielen auf die verbindlichere Koordination europäischer Wirtschaftspolitik. Im Rahmen der Economic Governance gibt es Empfehlungen von EU-Kommission und Rat an die Mitgliedsstaaten sowie Mechanismen zur Durchsetzung von Strukturreformen und zur Senkung der Budgetdefizite. Durch halbautomatische Sanktionen können Verstöße gegen die europäischen Vorgaben jetzt auch bestraft werden.

Die Lohnpolitik spielt eine zentrale Rolle im neuen System der Economic Governance. Sie wirkt sich vor allem in zweierlei Hinsicht aus: Erstens hat die Kürzungspolitik unmittelbare Auswirkungen auf die Löhne der öffentlich Beschäftigten. Kürzungsprogramme beinhalten regelmäßig Lohnstopps, Lohnzurückhaltung und -kürzungen im öffentlichen Dienst. In vielen Ländern haben Lohnabschlüsse im öffentlichen Sektor Leitcharakter für Verhandlungen in der Privatwirtschaft. Kürzungen dort wirken sich somit auf alle Beschäftigten aus. Zweitens ist ein erklärtes Ziel der Europäischen Institutionen, die Mitgliedsstaaten der EU und Eurozone nach außen, aber auch gegeneinander wettbewerbsfähi-

ger zu machen. Die Ungleichgewichte zwischen exportstarken Ländern und jenen, die deren Waren importieren, werden auf die Lohnentwicklung zurückgeführt. Die Kommission fordert daher von Ländern, die viel importieren, eine innere Abwertung – also die Senkung der Produktionskosten, vor allem der Löhne.

Dass es sich beim neuen Lohninterventionismus keineswegs um einen Papiertiger handelt, zeigt die massive Einmischung europäischer Institutionen in die nationalstaatliche Lohnpolitik. Dabei missachten die europäischen Institutionen ganz klar die EU-Verträge. Sie intervenieren einerseits über länderspezifische Empfehlungen, andererseits schreiben sie Ländern im Rahmen der sogenannten Rettungspakete bestimmte Maßnahmen vor. So wurden in den letzten Jahren im Rahmen des europäischen Semesters gegenüber 18 EU-Mitgliedsstaaten lohnpolitische Forderungen ausgesprochen. Die EU-Kommission forderte etwa von Finnland und Italien eine moderatere Lohnentwicklung. In Schweden soll der Niedriglohnsektor ausgeweitet werden, mehreren Ländern (Italien, Belgien, Spanien) wird die Verlagerung der Lohnverhandlungen auf die Betriebsebene empfohlen. Im Rahmen der Eurorettung wurden Griechenland, Portugal, Irland und Zypern eine Reihe von Maßnahmen aufgezwungen: Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Kürzungen oder das Einfrieren von Mindestlöhnen, Verlängerung von Arbeitszeiten, die Aufweichung des Kündigungsschutzes und neue Formen prekärer Beschäftigung.

Die Angriffe auf Kollektivverträge und Arbeitsrechte verfehlten ihre Wirkung nicht: Zwischen 2008 und 2013 ging in 19 von 27 EU-Ländern die kollektivvertragliche Abdeckung der ArbeitnehmerInnen zurück. Die Folgen waren teilweise massive Reallohnverluste und weiter sinkende Lohnquoten.

Forderungen der Gewerkschaften und Pläne der EU

78 Gewerkschaften und die solidarische Zivilgesellschaft leisten massiven Widerstand gegen diese Entwicklungen. Sie fordern einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, die Stärkung sozialer Sicherungssysteme sowie die Verwirklichung einer europäischen Sozialunion. Nachhaltig wirkende und beschäftigungsintensive sozial-ökologische Infrastrukturinvestitionen sollen über eine goldene Investitionsregel – das Nichteinrechnen derartiger Ausgaben in den öffentlichen Schuldenstand – wieder möglich werden. Gleichzeitig wollen die Gewerkschaften die soziale Dimension der EU stärken. Sie schlagen eine Vertragsänderung vor, die sozialen Grundrechten Vorrang gegenüber den ökonomischen Freiheiten einräumt. Ein wesentliches Ziel der Gewerkschaften ist selbstverständlich auch der Erhalt ihrer Rolle als Gestaltungs- und Gegenmacht. Dieser Kampf gestaltet sich insbesondere in den Krisenstaaten schwierig. Denn die geforderten Strukturreformen zielen ja gerade auf die Schwächung institutioneller gewerkschaftlicher Macht ab – von Kollektivverträgen über soziale Sicherungssysteme bis hin zu Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Die Angriffe auf Gewerkschaften und Kollektivverträge bleiben jedoch nicht auf die Krisenstaaten beschränkt. Unter dem Vorwand der Krisenbewältigung versuchen Regierungen quer durch Europa Reformen umzusetzen, die sonst unmöglich wären. Darunter fallen Einschränkungen des Streikrechts, gesetzliche Eingriffe in Kollektivverträge, die Verlagerung von Lohnverhandlungen auf Betriebsebene, der Abbau von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Ausweitung von Arbeitszeiten. Und es ist kein Ende in Sicht: 2016 forderten die Präsidenten der EU-Institutionen die Einrichtung nationaler Wettbewerbsräte, um den Druck für weitere Arbeitsmarktreformen zu erhöhen. Die Kritik der Gewerkschaften an diesen Plänen fiel entsprechend heftig aus. Nichtsdestotrotz empfahlen die EU-Finanz- und Wirtschaftsmini-

nisterInnen im Juni 2016 den EU-Staaten die Einrichtung von Produktivitätsräten – einer abgeschwächten Form der Wettbewerbsräte. Ihr Fokus liegt aber immer noch auf Wettbewerbsfähigkeit und Kostenentwicklung und damit auch auf den Löhnen.

Mit dem Brexit ist nun allerdings eine neue Dynamik entstanden. Nur noch eine kleine Gruppe rund um die Kommission will eine weitere Vertiefung, viele Mitgliedsstaaten wollen den Status quo halten, einige drängen auf Desintegration. Doch der Druck auf Gewerkschaften, Löhne und Arbeitsrechte wird nicht sinken. Im Gegenteil: Gewerkschaften sollen als Gestaltungs- wie als Gegenmacht dauerhaft geschwächt werden. Ein Mitglied der konservativen spanischen Regierung sprach es offen aus: Gewerkschaften sollen „fallen wie die Berliner Mauer“.

79

Literatur

- Breiteneder Sandra und Greif, Wolfgang (2016): Gewerkschaftsrechte europaweit in Bedrängnis. In: AK Wien EU-Infobrief 2/2016, media.arbeiterkammer.at/wien/EU_Infobrief_2016_2.pdf.
- Hermann, Christoph (2015): Strukturelle Reformen in Europa: Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Arbeiterkammer Wien.
- Koza Markus (2015): Wettbewerbsräte: Institutionalisierte Lohndrückerei. In: Die Alternative 12/2015.
- Müller Torsten, Schulten Thorsten und Van Gyes, Guy (2016): Lohnpolitik unter europäischer „Economic Governance“, VSA Verlag.
- Schulten Thorsten und Müller Torsten (2013): Ein neuer europäischer Interventionismus? Die Auswirkungen des neuen Systems der europäischen Economic Governance auf Löhne und Tarifpolitik. In: Wirtschaft und Gesellschaft.

THOMAS ROITHNER

Militärpolitik

Wie die EU ihre Handelspolitik militärisch sichert

Die Globalstrategie der EU aus dem Jahr 2016 hat für alle etwas im Sack. „Unsere Interessen und Werte gehen Hand in Hand“, heißt es dort. Hand in Hand gehen darin auch „Soft Power und Hard Power“. Während die einen Fairness, Wohlstand und Konfliktverhütung aus dem Dokument herauslesen, sehen andere ein Aufrüstungsprogramm bei den „militärischen Spitzenfähigkeiten“. Volles Programm für „das gesamte Spektrum an land-, luft-, weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten“, so die EU-Strategie. Militärmacht EU und Handelsmacht EU gehen ebenfalls Hand in Hand. Dabei formen Geopolitik und Geoökonomie ein Amalgam, so Birgit Mahnkopf und Elmar Altvater. Die neoliberale Wirtschaftspolitik und die (personell überwiegend militärische) Auslandseinsatzpolitik der EU sind demgemäß gemeinsam zu denken – und daher sind auch im Widerstand soziale Gerechtigkeit und Frieden gemeinsam zu denken.

Gegenwärtige Sicherheits- und Militärlogik

Kriege und Katastrophen haben in den letzten zwei Dekaden dafür gesorgt, dass sich die Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik „weiterentwickelt“ hat – das sagen Militärs, Politikmehrheiten und die Rüstungsindustrie; „militarisiert“ und „versicherheitlicht“, meint die Kritik.

Ein Blick zurück: Der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg der NATO hat zur Bildung einer 60.000 SoldatInnen starken EU-

Eingreiftruppe geführt. Deren Bindung an das Völkerrecht ist seither massiv in Diskussion. Wird auch die EU künftig völkerrechtswidrig Krieg führen? 9/11 brachte auch in Europa das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit erheblich durcheinander. Die Ablehnung des Nizza-Vertrages durch Irland – die einzige Volksabstimmung zu diesem Vertrag – war ausschlaggebend, um ein sicherheitspolitisches Kerneuropa auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, EU-Militäreinsätze zu erleichtern. Die Terroranschläge von London und Madrid ließen die Verteidigungsagentur – vormals ehrlicherweise Rüstungsagentur genannt – losarbeiten. Kaum eine Krise, bei der nicht eine EU-Armee gefordert wird. Eine sozialdemokratische Konsequenz aus dem Brexit war beispielsweise die Forderung nach einem europäischen FBI und einem schlagkräftigen militärischen deutsch-französischen Kerneuropa. Jede Krise brachte unverhältnismäßig viel „Versicherheitlichung“, Aufwertung des Militärs und Überwachung, jedoch zu wenig Krisenprävention und ziviles Krisenmanagement.

81

Ein sichtbares Zeichen der Außen- und Sicherheitspolitik sind Auslandseinsätze. Numerisch sind zwei Drittel der insgesamt 33 (abgeschlossenen und laufenden) Einsätze zivil, ein Drittel militärisch (Stand 2016). Betrachtet man jedoch die Personalstärke, so sind rund 75 Prozent Militärs und nur 25 Prozent Zivile, dort wiederum hauptsächlich Polizei.

Bei nicht wenigen Auslandseinsätzen der EU ist auch der Gedanke der Rohstoffsicherung nicht von der Hand zu weisen. So etwa der Marineinsatz am Horn von Afrika, EU-Militäreinsätze in Tschad und Kongo oder die Einsätze in Georgien und Libyen. Die EU-„Battlegroups“ trainieren unter anderem für Kampfeinsätze in Wüsten, im Hochgebirge und Dschungel. Die Debatte über die Reform der EU sieht in der Sicherheitspolitik im Allgemeinen und der Aufwertung eines global einsetzbaren Militärs im Besonderen einen Motor für die weitere Integration. Wenn nötig,

wird dies auch als kerneuropäisches Projekt betrieben, welches die übrigen EU-Mitglieder unter bestimmten Voraussetzungen abkoppeln kann. Die EU blinkt Richtung „sozialere EU“, doch sie biegt Richtung Militärmacht ab.

Bereits 2003 bemerkte die EU in ihrer Sicherheitsstrategie: „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen“. Der Begriff Verteidigung wird im EU-Kontext zu einem Orwell'schen Begriff und steht oftmals für Intervention.

82 In der Rüstungsindustrie der EU sind enorme Konzentrationsprozesse zu beobachten. Der sonst so hochgehaltene freie Markt wird im Rüstungsbereich außer Kraft gesetzt. Staatsschulden zur Erhöhung des Sozialbudgets sind verpönt; Schulden zum Kauf von Waffen werden salonfähig und entsprechende Ausnahmen werden vielfach gefordert. Die EU macht der Bevölkerung diese Ausgaben über das Arbeitsplatzargument schmackhaft. Zur Ankurbelung der globalen Rüstungsexporte gibt es eine eigene EU-Agentur. Seit dem Irak-Krieg 2003 haben die EU-Staaten beinahe so viele Waffen verkauft wie die USA oder Russland. Nicht selten sind EU-Exportinteressen und die Werte der EU (Menschenwürde, Gleichheit oder Freiheit) zwei getrennte Paar Schuhe. Eine Friedensmacht sieht jedenfalls anders aus.

Weg von der Sicherheits- hin zur Friedenslogik

Die EU verfolgt einen sogenannten „kohärenten Ansatz“. Unterschiedliche Politikbereiche – globaler Handel, Wirtschaft, Justiz-, Militär- oder Entwicklungspolitik – greifen ineinander und sollen effizient funktionieren. Grundsätzlich wäre das ein Mehrwert der EU. Allerdings sagt dies nichts über die Richtung der Politik aus. Wünschenswert sind nicht nur Effizienz, sondern eine friedensfähige Handels-, Wirtschafts- und Ressourcenpolitik. „Mehr Europa“ bedeutet im Bereich Sicherheit heute „mehr Militär“.

Versicherheitlichung heißt, den klassischen Sicherheitsinstrumenten – Rüstung, Militär, Gewalt, Mauerbau – überproportionales Gewicht zu geben und zivile Möglichkeiten aus der Debatte zu drängen. Die Kritik an der Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der teils isolationistisch-protektionistischen Politik der Nationalstaaten darf das Denken von Alternativen nicht einschränken. Ein umfassender Paradigmenwechsel von der Sicherheits- zur Friedenslogik muss AkteurInnen, Instrumente und Grundsätze infrage stellen.

Stets wird betont, Krieg und militärische Waffengewalt seien das „letzte Mittel“. Wir tun zu wenig für die vorletzten und vorvorletzten Optionen. Zivile Mittel sind nicht nur effektiver, sondern auch günstiger. Die personellen Kapazitäten der EU-Auslandseinsatzkräfte sind durch eine enorme Asymmetrie geprägt. Neben etwa 93.000 eingemeldeten Militärs stehen der EU rund 12.500 zivile Kräfte (vorwiegend Polizei und Zivilschutz) zur Verfügung. Ausgebildete Zivilkräfte, die jenseits von Polizei und Justiz auf gewaltfreier Basis tätig sind, müssen zum Wesensmerkmal einer glaubwürdigen Außenpolitik werden. Die Voraussetzung ist, dass die EU-Staaten diese Instrumente auch zur Verfügung stellen und sich politisch für deren Verwendung engagieren.

Zu wenig wird auch das multilaterale Institutionengeflecht auf globaler Ebene berücksichtigt. Gerade im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik bietet die UNO ein breites Bündel an Instrumenten und Möglichkeiten. Sie verfügt auf institutioneller Basis über wichtige Ansätze einer umfassenden Friedenspolitik, die weit über den engen Sicherheitsbegriff hinausgehen. Das Umweltprogramm (UNEP), das Entwicklungsprogramm (UNDP) oder das Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) sind Beispiele, die nicht nur um die Wirtschaftsinteressen eines Blocks von Staaten kreisen. Dort ergeben sich Möglichkeiten und Mehrheiten für Abrüstung und Rüstungskontrolle, die innerhalb der EU-Staaten mehrheit-

lich abgelehnt werden, beispielsweise beim Atomwaffenverbot. Das Gewaltverbot der UNO bildet einen zentralen Bestandteil der internationalen Ordnung, dessen Einhaltung besonders westliche Staaten seit 1989 immer wieder verletzt haben. Die im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gewonnenen Expertisen zur zivilen Krisenprävention und vertrauensbildende Maßnahmen stehen zumal mit dem „Global Player“ EU in Konkurrenz. Es ist also hilfreich, über den Tellerand der EU zu schauen und sich durch ihr Korsett nicht beschränken zu lassen. Um keinen falschen Applaus zu bekommen: Ziel ist ein Internationalismus und kein Zurück zum Nationalstaat.

84 Die Weiterentwicklung, Erforschung und Erprobung ziviler Ansätze muss auch die EU-Institutionen in die Pflicht nehmen. Vorgeschlagen wird hier ein ziviles Kerneuropa. Partner inner- und außerhalb der EU ergeben sich aus den Aufgabenfeldern: zivile Krisenprävention, Versöhnung, Vermittlung, ziviles Krisenmanagement, Unterstützung und Initiierung von Abrüstung, Begleitung von Friedensprozessen oder nichtmilitärische Konfliktnachsorge. Dieses zivile Kerneuropa kann im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes begriffen werden: Unterstützung durch die Forschung, Begleitung und Umsetzung auf Augenhöhe mit der Zivilgesellschaft und kritische Beobachtung durch die Medien. Die Konzeption einer umfassenden Präventionsagenda ist nicht abstrakt, sondern ein Mehrwert gegen neue Zäune und Mauern in der und um die EU.

Ausblick

Im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik ist das gegenwärtige Ziel der EU nicht die Überwindung der Nationalstaaten, sondern deren Hierarchisierung. Das sicherheitspolitische Kerneuropa ist dafür ein Beispiel: Die Kriterien für Kerneuropa sind ausschließlich militärisch definiert (über das Ambitionsniveau für

Militäreinsätze, Beteiligung an EU-Rüstungsprojekten oder Mindestausgaben pro SoldatIn). Zivile Komponenten sind dem deutsch-französisch dominierten sicherheitspolitischen Kerneuropa unbekannt. Die politisch Willigen und militärisch Fähigen geben den Ton an, wenngleich es heute für Militäreinsätze die Zustimmung aller EU-Staaten braucht.

In Österreich funktioniert die „Versicherheitlichung“ von zivilen und polizeilichen Aufgaben im Einklang mit der Aufwertung des Militärs auf EU-Ebene. Heer an der Grenze, Heer übernimmt Häftlingstransporte, Heeresflugzeuge schieben Flüchtlinge ab; Heer gegen Schlepper, Gefahren aus dem Internet und alles, was man für eine Bedrohung hält. Neue Strukturen, neue Waffen und mehr Geheimdienst. Die Neutralität als Konzept der Kriegsverweigerung wird seit dem Beitritt Österreichs zur EG scheinweise beschnitten.

85

Gleichzeitig fehlt es an einer gemeinsamen Außenpolitik der EU. Sie hat keine gemeinsame Haltung zu Atomwaffen, zur Politik gegenüber Russland, zur Anerkennung Palästinas, zum Umgang mit Flüchtlingen oder zum Kosovo. Die Liste der Dissonanzen ist lang. Gemeinsame EU-Kampftruppen können eine uneinige Außenpolitik nicht ersetzen, sondern verstärken das Demokratiedefizit.

Literatur

- Roithner, Thomas (2017): Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der Europäischen Union. Morawa.
- Roithner, Thomas (2015): Schöne Götterfunken? Sicherheitsinteressen, aktive Friedenspolitik, die internationale Unordnung und die militärische Entwicklung der EU. Morawa.
- Roithner, Thomas und Gamauf-Eberhardt U. (Hrsg., 2016): Am Anfang war die Vision vom Frieden. Wegweiser in eine Zukunft jenseits von Gewalt und Krieg. Festschrift zum 90. Geburtstag von Gerald Mader. Kremayr & Scheriau.

CHRISTINE MAYRHUBER

Sozialpolitik

Wie die EU trotz Ankündigungen die soziale Lage
der Bevölkerung nicht verbessert

Sozialpolitik auf europäischer Ebene

86

Die Entwicklung der EU folgte von Anfang an wirtschaftlichen Zielen. Damit verbunden war die Hoffnung, wirtschaftliche Prosperität würde der gesamten Bevölkerung zugutekommen. Europäische Sozialpolitik war kein Thema, sie wurde als eine abhängige Variable der Wirtschafts- und Liberalisierungspolitik gesehen. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte gewann die europäische Sozialpolitik ab 1986 an Gewicht. Einzelne Regulierungen wurden verabschiedet, etwa Mindeststandards im Arbeitsschutz und das Verbot der Lohndiskriminierung. Insgesamt lag der Schwerpunkt aber auf der wettbewerbsfreundlichen Anpassung von (sozial)rechtlichen Vorschriften im Bereich der vier Grundfreiheiten. Für Beschäftigungs- und Sozialpolitik sind vor allem die Mitgliedsstaaten zuständig, EU-Institutionen können nur eingeschränkt direkt steuern.

Für umverteilende Sozialpolitik oder soziale Dienstleistungen fehlen der EU die Zielstellungen, Kompetenzen, Instrumente und finanziellen Ressourcen. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds sind mit rund zehn Milliarden Euro pro Jahr zu gering, um eine soziale Ausgleichsfunktion zu übernehmen. Darüber hinaus bräuchte die Eurozone Ausgleichsmechanismen, da wirtschaftliche Unterschiede der Euro-Länder nicht mehr mit Auf- oder Abwer-

tungen abgedeckt werden können. Die einzig verbleibende Möglichkeit der Anpassung über Löhne und Preise erhöht die soziale Ungleichheit in der EU.

Die Liberalisierungen im Rahmen des Binnenmarkts führen zu steigender Einkommensungleichheit, Arbeitslosigkeit und Armut. Die EU reagierte darauf mit zahlreichen Programmen: Mit der Europäischen Sozialagenda ab 2000, den EU-2020-Zielen ab 2010 oder der Sozialinvestitionsstrategie für Wachstum und Beschäftigung sollten der zunehmenden sozialen Polarisierung entgegengesteuert und die Schäden der Krise überwunden werden. Gleichzeitig geraten durch die engen Budgetvorgaben die nationalen Sozialausgaben unter Druck. Im Rahmen des Krisenmanagements verlangte die EU-Kommission von den Krisenstaaten Einschnitte bei Arbeitsrechten und Sozialsystem. In den restlichen Mitgliedsstaaten geschah dies indirekt über budgetäre Vorgaben. Soziale Ungleichheit wird in Europa größer und nicht kleiner. Selbst in jenen Ländern, die vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sind, steigt die Einkommens- und Vermögensungleichheit. Als Folge der Krise beträgt die EU-Arbeitslosenquote 2016 im Schnitt 8,5 Prozent. Sie schwankt aber zwischen 4 Prozent in Tschechien und 23,6 Prozent in Griechenland. Rund 21 Millionen Menschen in der EU sind arbeitslos, ein Drittel der Bevölkerung ist von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.

Bis in die 1970er Jahre wurden die sozialen Sicherheitsinteressen der Beschäftigten und ihrer Familien im nationalen Wohlfahrtsstaat verankert. Die Sozialstaaten standen im Zeichen sozialer Inklusion, staatliche Leistungen reduzierten das Verarmungsrisiko deutlich. Ziel der Politik war ein Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital. Die hohe ökonomische und soziale Absicherung förderte die Zustimmung der Menschen zum Abbau von Handelsschranken, Liberalisierungen und zum Binnenmarkt.

Diese Akzeptanz sinkt nun, da die ökonomische und soziale Absicherung breiter Bevölkerungsschichten schwindet.

Seit Kurzem gibt es eine neue sozialpolitische Initiative der EU: die „Säule der sozialen Rechte“. Diese Initiative steht – wie schon ihre Vorgängermodelle – im Widerspruch zur und vor allem im Schatten der europäischen Wirtschafts- und Budgetpolitik: Sanktionsmechanismen sind ausschließlich bei den Budgetvorgaben, nicht aber bei sozialpolitischen Zielen vorhanden. Die Etablierung der Säule der sozialen Rechte ist damit keine Kehrtwende in der wirtschaftsorientierten Grundausrichtung der EU.

88

Die Europäische Säule der sozialen Rechte

Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen und des Vertrauensverlusts in die EU kündigte Präsident Juncker 2015 die Einrichtung einer „Europäischen Säule der sozialen Rechte“ an. Sie wurde unter Beteiligung von EU-Institutionen, nationalen Parlamenten, Sozialpartnern und Zivilgesellschaft diskutiert und im Frühjahr 2017 vorgestellt. Im Rahmen dieses Prozesses wurde bewertet, ob bestehende EU-Vorschriften zu Beschäftigung und Sozialem angesichts der neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklungen verändert werden müssen. Der Prozess soll jedoch nicht zu sozialen Mindeststandards führen. Vielmehr geht es um Veränderungen, die zu einer Vertiefung der Währungsunion beitragen.

Der Entwurf der Säule umfasst drei Themen. Beim ersten Thema, Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, wird ein weiter Bogen gespannt: von gleichen Bildungs- und Arbeitsmarktchancen über individuelle Unterstützung bei der Arbeitssuche, sichere und anpassungsfähige Beschäftigung bis hin zu flexiblen Arbeitszeitregelungen. Das zweite Thema, faire Arbeitsbedingungen, adressiert einen angemessenen Arbeits- und Kündigungsschutz, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

sowie produktivitätsorientierte Entlohnung. Der dritte Bereich des angemessenen und nachhaltigen Sozialschutzes handelt schließlich von adäquaten Mindest-, Arbeitslosen- und Altersleistungen, von gleichen Zugangsmöglichkeiten zu (Pflege-)Dienstleistungen und Sozialleistungen für Personen mit Behinderungen.

Die Themen sind offensiv formuliert und klingen fortschrittlich. Sie adressieren viele Bereiche, in denen es großen Handlungsbedarf im Sinne der Reintegration großer Bevölkerungsteile in den ökonomischen Wohlstand Europas geht. Allerdings werden eher Problembereiche skizziert, als konkrete Maßnahmen definiert, um klare Ziele in Form von Mindeststandards zu erreichen. Sichtbar wird das unter anderem daran, dass das Individuum im Zentrum der sozialen Säule steht: Einheitliche ökonomische Anreize sollen die Teilnahme am Erwerbsarbeitsmarkt fördern. Trotz anhaltend hoher Erwerbsarbeitslosigkeit sollen eine verbesserte individuelle Arbeitsvermittlung und eine Höherqualifizierung die ökonomische Lage der Betroffenen verbessern. Arbeitslosigkeit wird in erster Linie als individuelles und nicht als ein strukturell-gesamteuropäisches Problem gesehen; eine verbesserte Arbeitsvermittlung für Einzelpersonen kann aber nicht mehr als der Tropfen auf dem heißen Stein sein. Darüber hinaus werden über die Sozialgesetzgebung individuelles Verhalten und private Lebensentwürfe behandelt. Sozialpolitik dient damit nicht mehr der Daseinsvorsorge oder Umverteilung, sondern der Steuerung individueller Verhaltensweisen. Diese Entwicklung ist nicht neu, sie gewinnt in der neuen Säule aber an Bedeutung.

Ein weiterer Widerspruch in der Ausrichtung der neuen Säule ist auch das Ziel der produktivitätsorientierten Entlohnung. Denn diese führt in der Dienstleistungsgesellschaft nicht immer zu angemessenen Löhnen und Lebensstandards. Gerade bei persönlichen Dienstleistungen sind der Produktivität Grenzen gesetzt. Für eine wachsende Gruppe werden Erwerbs- und Einkommens-

verläufe immer instabiler. Eine produktivitätsorientierte Entlohnung greift – wenn überhaupt – für immer weniger Erwerbstätige. Im Gegenzug dazu wächst die Einkommensunsicherheit für die Mehrheit. Daher sollten Vermögen und Vermögenseinkommen verstärkt zur Finanzierung eines angemessenen Lebensstandards der Mehrheit herangezogen werden.

90 In der EU stehen die Bedingungen der Finanzmärkte, des Euro, der Staatsschulden und der Bankenstabilität im Mittelpunkt. Dementsprechend heißt es im Entwurf zur sozialen Säule: „Europas Ambition sollte es sein, im sozialen Bereich ein ‚soziales AAA‘-Rating zu verdienen“. Auch wenn das symbolisch gemeint sei, stellt sich die Frage nach der Perspektive der Bewertung: aus Sicht gewinnmaximierender Finanzmärkte oder armutsminimierender Sozialpolitik, aus kurzfristiger Budgetsicht oder für langfristige Chancengleichheit? Die soziale Säule beinhaltet zwar fortschrittliche Elemente, etwa Gleichstellung der Geschlechter, angemessene Arbeitsentgelte und Sozialtransfers, Arbeitsmarktförderung und Arbeitsschutz. Doch die Grundstrukturen der EU wie Wettbewerbsfähigkeit, Preisstabilität, Dominanz der Finanzmärkte oder europäischer Fiskalpakt werden nicht infrage gestellt. Dabei stehen die nationalen Sozialausgaben, die für große Bevölkerungsgruppen ökonomisch und sozial zentral sind, durch die engen EU-Budgetvorgaben unter Druck. Der nationale Handlungsspielraum für Sozialpolitik wird durch Vorgaben zur Budgetdisziplin eingeschränkt, eine handlungsfähige europäische Sozialpolitik wird im Gegenzug aber nicht etabliert – auch nicht durch die fortschrittlich klingende soziale Säule. Eher setzt sich hier ein instrumentelles Verständnis von Sozialpolitik fort: Arbeitsmärkte, Wohlfahrtssysteme und soziale und arbeitsrechtliche Regulierungen sollen stärker an die Produktionsbedingungen der Wirtschafts- und Währungsunion angepasst werden.

Ausblick

Die Schwere der sozialen und ökonomischen Probleme in der EU macht eine präventive Sozialpolitik und eine Neugestaltung der Wirtschafts- und vor allem der Budgetpolitik nötig. Die Grenzen der Verwertbarkeit von menschlicher Arbeit und Ressourcen sind erreicht. Um soziale und ökonomische Absicherung und soziale Gerechtigkeit zu erreichen, braucht es eine neue Prioritätensetzung in Wirtschaft und Gesellschaft: nicht mehr kurzfristige Profitinteressen einiger weniger, sondern langfristige Lebensinteressen als zentrales Gestaltungsmoment. Die Europäische Säule der sozialen Rechte adressiert die virulenten sozialen Probleme in Europa, ohne sie allerdings einer strukturellen Betrachtung und Behebung zuzuführen. 91

Literatur

- Höpner, Martin; Petring, Alexander und Werner, Benjamin (2011): Liberalisierungspolitik. Eine Bestandsaufnahme des Rückbaus wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionen in entwickelten Industrieländern. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 63/1, 1–32.
- Hurrelmann, Achim; Leibfried, Stephan; Martens, Kerstin und Mayer, Peter (Hrsg., 2008): Zerfasert der Nationalstaat? Campus Verlag.
- Kronauer, Martin (2010): Inklusion – Exklusion. Eine historische und begriffliche Annäherung an die soziale Frage der Gegenwart. Bertelsmann.
- Mätzke, Margitta (2011): Staatsbürger als Wirtschaftssubjekte und als demografische Ressource. Die Ziele staatlicher Akteure in der Sozialpolitik. In: Leviathan, 39 (3), 385–406.
- Schmidt, Manfred (2015): Europäische und nationale Sozialpolitik.

DAVID WALCH

Steuerpolitik

Wie die EU den Steuerwettbewerb anheizt

Steuerbetrug und Steuerdumping sind ein zentraler Faktor für steigende Ungleichheit. Sinkt die Steuerleistung von multinationalen Konzernen und Vermögenden, zahlt die Mehrheit der Menschen den Preis dafür: in Form höherer Massensteuern oder schlechterer öffentlicher Dienstleistungen.

Steuerwettlauf nach unten ist ein globales Problem. Auffallend ist jedoch, dass die EU ihn intern noch angefacht hat: Der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz sank in der EU zwischen 1980 und 2014 von 49 auf 24 Prozent und somit stärker als in anderen Industrieländern. Der Spitzensteuersatz bei den Einkommen folgt dieser Entwicklung nach unten. Trotz zunehmender Vermögenskonzentration haben zahlreiche EU-Länder ihre Steuern auf Vermögen abgeschafft oder gesenkt. Eine deutliche Abwärtsspirale existiert auch bei den Steuersätzen für Kapitaleinkommen, die – anders als Lohneinkommen – immer seltener progressiv besteuert werden.

Doch die Abwärtsspirale bei den nominellen Steuersätzen ist nur ein Teil des Problems. Die Steuerleistung des mobilen Kapitals sinkt durch Gewinn- und Vermögensverschiebungen in Niedrigsteuerländer und Schattenfinanzplätze noch weiter. Allein die – größtenteils legalen – Gewinnverschiebungen von Konzernen verursachen weltweit Steuerausfälle von rund 500 Milliarden Dollar. Und bis zu 32 Billionen Dollar Privatvermögen sind weltweit in Schattenfinanzzentren geparkt.

Steuerpolitik in der EU

In der EU sind steuerpolitische Maßnahmen nur durch einstimmige Beschlüsse der Regierungen umsetzbar. Das EU-Parlament wird zwar angehört, hat aber kein Mitentscheidungsrecht. Steuerharmonisierungen sind zudem laut EU-Verträgen grundsätzlich nur zulässig, um das „Funktionieren des Binnenmarkts“ zu gewährleisten oder „Wettbewerbsverzerrungen“ zu verhindern.

Im Bereich indirekter Steuern, also Massensteuern wie Umsatz- oder Verbrauchsteuern, sind Harmonisierungen im EU-Vertrag vorgesehen, um den Binnenmarkt nicht zu behindern. Sie werden seit den 1960er Jahren umgesetzt und laufend weiterentwickelt. So gilt etwa bei der Mehrwertsteuer ein europäischer Mindestsatz von 15 Prozent.

93

Bei direkten Steuern, also Einkommens-, Vermögens- oder Unternehmenssteuern, sind Harmonisierungen nicht explizit vorgesehen. Sie wurden nur vereinzelt oder unverbindlich umgesetzt. Harmonisierungen der Unternehmenssteuersätze wurden bis die 1990er Jahre erfolglos diskutiert. Seither bewertet die Kommission Steuerwettbewerb grundsätzlich positiv, da er die „Haushaltsdisziplin der Staaten stärke“. Einzelne Vorstöße, etwa infolge der Osterweiterung, waren aufgrund des Protests von Niedrigsteuerländern erfolglos. Eine Harmonisierung oder Einführung von Mindeststeuersätzen erscheint auch bei Vermögen und Kapitalerträgen politisch so aussichtslos wie die Möglichkeit – wenn nötig – dazu begleitend den freien Kapitalverkehr in außereuropäische Länder zu beschränken.

Obwohl Steuerpolitik formal in nationale Kompetenz fällt, ist die Freiheit der EU-Staaten, diese Politik zu bestimmen, stark eingeschränkt. Durch den Maastrichtvertrag sind Beschränkungen der Marktfreiheiten nur in Ausnahmefällen erlaubt. Da der EuGH aber Steuereinnahmen nicht als „zwingendes Erfordernis des Allgemeininteresses“ bewertet (!), können Staaten bestehende Schutz-

klauseln gegen die Marktfreiheiten kaum in Anspruch nehmen, um sich unilateral gegen Steuerdumping zu schützen. Zwar wurden die mit LuxLeaks aufgedeckten Steuerdeals zwischen Konzernen und Staaten (mit Steuersätzen von unter einem Prozent!) von der Wettbewerbskommission als „illegale Beihilfen“ gewertet. Dass sich Irland und Luxemburg aber dagegen wehren, Milliarden nachforderungen an die Konzerne zu stellen, zeigt, wie stark sich Konzerninteressen in das „Geschäftsmodell“ einzelner EU-Staaten eingeschrieben haben.

94 Ebenso problematisch ist, dass Staaten den Steuerwettbewerb zwar einseitig anheizen, aber sich auf europäischer Ebene kaum dagegen wehren können, weil dafür Einstimmigkeit nötig wäre. Dies begünstigt auch auf nationaler Ebene jene Interessen, die Steuersenkungen für Reiche und Konzerne fordern. Denn die Frage lautet meist nur, wie man auf den bestehenden Steuerwettbewerb reagieren soll, nicht aber, ob er überhaupt wünschenswert ist. Die Staaten sind somit zwar steuerrechtlich souverän, aber gefangen im Steuerwettlauf des „freien“ Binnenmarkts.

Der europäische Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise und Steuerskandale wie LuxLeaks oder PanamaPapers haben „illegalen“ Steuerbetrug und „legale“ Steuervermeidung nach jahrelanger Ignoranz auf die internationale politische Agenda gesetzt.

Die umfassendsten Versuche, Steuerhinterziehung auf EU-Ebene zu unterbinden, gibt es bei natürlichen Personen. Mit der Zinsrichtlinie wurde in der EU bereits 2005 ein automatischer Austausch von Zinseinkommen natürlicher Personen vereinbart – wenn auch mit großen Schlupflöchern und Lücken. So galt die Richtlinie nicht für Drittstaaten, und Belgien, Österreich und Luxemburg beharrten auf ihrem Bankgeheimnis. Den Impuls zur Verschärfung gaben die USA mit ihren Vorstößen, das Schweizer

Bankgeheimnis zu knacken und Daten über US-AnlegerInnen im Ausland zu erhalten. Nach politischer Vorgabe der G20 entwickelte die OECD ab 2014 einen umfangreichen Standard für einen Automatischen Informationsaustausch der Steuerbehörden (AIA), der nun auch in der EU umgesetzt wird. Auch wenn dieser Standard ein wichtiger Paradigmenwechsel ist, so lässt er noch immer zahlreiche Schlupflöcher für Steuerhinterziehung offen und benachteiligt vor allem Entwicklungsländer.

Der AIA beinhaltet auch den Austausch detaillierter Konzernberichte über ihre wirtschaftlichen Aktivitäten, Gewinne und Steuerdaten in jedem Land. Allerdings werden davon nur rund fünf Prozent der Konzerne (jene über 750 Millionen Euro Umsatz) erfasst. Besser wäre ein öffentlicher Zugang zu diesen Berichten, um Transparenz und öffentliche Kontrolle zu ermöglichen, wie das in der EU bereits für Banken und Rohstoffkonzerne gilt. EU-Parlament und EU-Kommission befürworten dies zwar, Länder wie Deutschland oder Österreich sind derzeit jedoch dagegen. Ein automatischer Informationsaustausch allein ist zu wenig, solange Vermögen anonym in Briefkastenfirmen oder anderen intransparenten Konstruktionen versteckt werden kann. Daher müssen in der EU im Rahmen der 4. Geldwäscherichtlinie verpflichtende Register über die wirtschaftlichen EigentümerInnen hinter solchen Konstruktionen umgesetzt werden. Das EU-Parlament fordert dabei wichtige Verbesserungen, darunter einen uneingeschränkten öffentlichen Zugang. Dies wird jedoch von einigen Mitgliedsstaaten abgelehnt. 95

Auch die internationale Besteuerung von Konzernen leidet unter einem grundsätzlichen Konstruktionsfehler. Nationale Tochterfirmen multinationaler Konzerne werden steuerlich so behandelt, als wären sie völlig eigenständige Unternehmen. So können sie ihre Gewinne zu Niederlassungen in Niedrigsteuerrändern, darunter auch EU-Länder, verschieben. Dort, wo die reale Wertschöp-

fung passiert und höhere Steuern anfallen, werden viel geringere Gewinne ausgewiesen. Die aktuellen Ansätze der OECD und der G20 (die auch in der EU umgesetzt werden) versuchen diese Steuertrickserei mittels komplizierter technischer Lösungen einzudämmen, ohne aber dabei das System grundsätzlich zu reparieren.

Eine solche Reparatur wäre die Einführung einer Gesamtkonzernbesteuerung. Dabei wird ein multinationaler Konzern steuerlich als Einheit behandelt – mit *einem* global erzielten Gewinn. Dieser wird auf Basis der real vor Ort stattfindenden Wertschöpfung anteilig auf Länder aufgeteilt und dann entsprechend besteuert.

96 Interessanterweise schlägt die EU-Kommission eine „Gesamtkonzernbesteuerung“ auf EU-Ebene bereits seit 2001 immer wieder vor, und zwar unter dem Namen „Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage“ (GKKB). Aufgrund heftigen politischen Widerstands der Mitgliedsstaaten sehen die aktuellen Pläne vor, dass zunächst nur die Steuerbasis harmonisiert und Verluste gegenverrechnet werden können. Die so wichtige Aufteilung und Besteuerung der Gewinne soll nun zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen werden – also vielleicht nie. Die größte Gefahr ist jedoch, dass die GKKB ohne Mindeststeuersätze umgesetzt werden soll – ja diese nicht einmal zur Diskussion stehen. Das würde den Steuerwettbewerb noch stärker auf die Ebene der nominellen Steuersätze verlagern und weiter anheizen.

An den neoliberalen Grundfesten rütteln

Ohne Zweifel ist mehr internationale Kooperation nötig, um Steuerbetrug und Steuervermeidung zu bekämpfen. Und unbestritten werden auf europäischer Ebene Initiativen diskutiert oder gesetzt, die nach Jahrzehnten der Ignoranz Schritte in die richtige Richtung setzen.

Alleine das Einstimmigkeitsprinzip in der EU durch Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen, erscheint jedoch nicht nur utopisch, sondern wäre aufgrund des Demokratiedefizits des EU-Rats auch problematisch. Schließlich geht es in Steuerfragen auch um Verteilungsfragen zwischen EU-Staaten. Zudem existieren durchaus legitime Gründe, historisch gewachsene Steuersysteme zu verteidigen. Und eine Vereinheitlichung von 27 Systemen ist alles andere als trivial.

Die nötigen steuerpolitischen Harmonisierungen in der EU werden nicht nur von klassischen Profiteuren wie Irland oder Luxemburg blockiert. Selbst große Länder sind nicht bereit, aussichtsreiche Gegenangebote zu machen, oder blockieren selbst. Denn die Konfliktlinien werden nicht nur durch „nationale Egoismen“ bestimmt, sondern auch durch vom Wettbewerbsdiskurs begünstigte nationale Kapitalinteressen. Dies beweist auch die schier endlose Debatte um die Einführung der europäischen Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer vertieften Zusammenarbeit weniger williger EU-Staaten. Es ist daher dringend nötig, eben diese Konfliktlinien auch auf EU-Ebene zu verdeutlichen.

Nicht zuletzt blendet die auf EU-Ebene weiter dominante Unterscheidung zwischen „unfairem“ und „fairem“ Steuerwettbewerb verteilungspolitische Fragen völlig aus. Eine europäische Verteilungsdebatte ist jedoch sowohl unter den aktuellen institutionellen Rahmenbedingungen (Einstimmigkeit) als auch im aktuellen Mainstream der EU nicht vorgesehen. Denn dafür müsste die EU nicht nur demokratisiert werden, sondern auch den von ihr selbst geschaffenen „Sachzwang“ des freien Kapitalverkehrs hinterfragen – sprich, an ihren neoliberalen Grundfesten rütteln.

MANUEL GREBENJAK UND MICHAEL TORNER

Umwelt- und Klimapolitik

Wie die EU die Natur zunehmend dem Markt unterordnet

Die Rolle der Europäischen Union in der Umwelt- und Klimapolitik

98 Zwei der Vorläufer der heutigen EU, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sowie die weiterhin bestehende Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) waren Bündnisse zur Förderung von Wirtschaftsbereichen, die sich zu zentralen Problemfeldern der heutigen Umweltpolitik entwickelt haben. Umweltangelegenheiten hingegen waren im umfassenden Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft von 1957 nicht enthalten. Erst mit der EWG-Gipfelkonferenz 1972 hielten sie als eigenes Feld Einzug in die Europapolitik. In den folgenden Jahren gewann Umweltpolitik zunehmend an Bedeutung und ist seit 1987 als Handlungsfeld primärrechtlich verankert. Seither werden Zielsetzungen und Schwerpunkte im Rahmen von mehrere Jahre umfassenden Umweltaktionsprogrammen festgelegt. Zudem sollen nach dem Integrationsprinzip Umweltaspekte in allen relevanten Politikbereichen berücksichtigt werden.

Die Umweltpolitik der EU beruht – zumindest am Papier – auf den Grundsätzen der Vorsorge und Vorbeugung, dem Verursacherprinzip sowie auf dem Ansatz, dass Umweltbeeinträchtigungen möglichst an ihrem Ursprung bekämpft werden sollen. Während in den Anfängen der EU-Umweltpolitik die Verringerung lokaler Belastungen wie Luftschadstoffen und Abfall im Zentrum stand, ist nun der Klimaschutz dominierendes Thema. Im

Laufe der letzten Jahrzehnte wurden umweltpolitische Maßnahmen jedoch zunehmend der Marktlogik untergeordnet. So führte die EU 2005 den Emissionshandel ein, wodurch das Treibhausgas CO₂ zur handelbaren Ware wurde. Auch in anderen Bereichen dominiert die Sichtweise, die Lösung ökologischer Probleme ließe sich mit „nachhaltigem Wachstum“ vereinbaren. Aktuelle Strategiepapiere der EU verdeutlichen dies: Der „Wirtschaftsrahmen Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ und die Biodiversitätsstrategie schreiben die neoliberalen Grundsätze und das Wachstumsdogma der EU auch in der Umweltpolitik fest. Der „Fahrplan für einen Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“ zeigt: Der EU-Klimapolitik liegt der Wettbewerbsgedanke zugrunde, obwohl diese globale Herausforderung in Wirklichkeit Kooperation verlangt. 99

Auswirkungen der EU-Umwelt- und Klimaschutzpolitik und Forderungen der Zivilgesellschaft

Zu den wichtigsten Errungenschaften der EU-Umweltpolitik gehört das Schutzgebietsnetzwerk „Natura 2000“. Gemeinsam mit der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie bildet es die Grundlage des Naturschutzes in der EU. Insgesamt sind 18 Prozent der Landfläche und 6 Prozent des Seegebietes der EU als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen. Allerdings gibt es verschiedene Kategorien von Schutzgebieten: So beinhaltet Natura 2000 echte Wildnisgebiete und vom Menschen genutzte Lebensräume sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen. Viele Schutzgebiete und noch auszuweisende Flächen stehen durch Nutzungskonflikte unter Druck, wodurch sich ihr Zustand verschlechtern kann und notwendige Erweiterungen verlangsamt werden.

Gerade bei Klimaschutz und Energiewende zeigt sich, wie kontraproduktiv der Wettbewerbsgedanke und Marktlogik in der

konkreten Umsetzung sind. Ein bedeutender Teil der bisherigen Fortschritte bei der Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen wurde durch Maßnahmen erreicht, die nicht nachhaltig sind. Ein Beispiel dafür sind sogenannte Agrartreibstoffe, deren Forcieren weit über die EU-Grenzen hinaus gravierende Auswirkungen hat. Durch Beimengung von pflanzlich erzeugtem Ethanol oder Öl soll der CO₂-Ausstoß von Verbrennungsmotoren EU-weit verringert werden. Doch neben einer marginalen Einsparung von CO₂ ist diese Maßnahme mitverantwortlich für *Land Grabbing* und die Zerstörung großer Waldflächen – zum Beispiel in Indonesien für die Produktion von Palmöl als Basis für Biodiesel. Die Kritik der Zivilgesellschaft zwang die EU-Kommission 2012 zu einer Korrektur ihrer Pläne. Seither werden vermehrt Biokraftstoffe der zweiten Generation gefördert, die unter anderem aus Stroh oder Abfall gewonnen werden können. Doch auch diese Maßnahme ändert wenig an der grundsätzlichen Problematik: Agrartreibstoffe können zwar in geringem Umfang zum Erreichen von Zwischenzielen beitragen, ein umfassender und nachhaltiger Ausbau von Alternativen zu Verbrennungsmotor und Individualmobilität wird dadurch jedoch verzögert und behindert. Unterm Strich bleibt der größte Nutznießer der Förderung von Biokraftstoffen die mächtige europäische Autoindustrie. Auch die neue, noch nicht marktreife Technik zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ würde dazu beitragen, das bestehende System weiter aufrechtzuerhalten. Diese Technologie kann unter anderem bei Kohlekraftwerken und industriellen Großanlagen eingesetzt werden und soll deren CO₂-Ausstoß verringern.

In den letzten Jahren verfolgt die EU wieder verstärkt Pläne zum Ausbau der Atomkraft. Diese wird ungeachtet aller negativen Aspekte als probates Mittel zur Einsparung von CO₂ verkauft. Zudem geht ein EU-Beitritt mit der Mitgliedschaft in Euratom einher. Durch Beiträge zum Euratom-Budget fördern auch Mit-

gliedsstaaten, die keine Atomenergie nutzen, deren Ausbau und weitere Erforschung. Es liegt auch an dieser Politik, dass derzeit in 14 EU-Ländern neue Atomkraftwerke in Planung sind. Zudem werden für die Atomenergie bestehende Wettbewerbsregeln gebeugt, etwa durch die Gewährung staatlicher Subventionen für die geplanten Kraftwerke Hinkley Point C im Vereinigten Königreich und Paks II in Ungarn.

Industrie, Stromproduktion und der innereuropäische Flugverkehr unterliegen in der EU einem Emissionshandelssystem, das etwa 45 Prozent des EU-Treibhausgasausstoßes regulieren soll. Dafür wurde zunächst eine EU-weite Obergrenze für Emissionen in diesen Bereichen festgelegt. Unternehmen müssen entsprechend ihres CO₂-Ausstoßes Zertifikate erwerben, bekommen aber auch große Mengen von diesen kostenlos zugewiesen. Zwölf Jahre nach seiner Einführung kann dem EU-Emissionshandel kein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Ein Überangebot an Zertifikaten und niedrige Preise führten nicht zum gewünschten Anreiz für Unternehmen, ihren Treibhausgasausstoß zu verringern. Stattdessen hat der Emissionshandel einer Reihe von großen CO₂-Emitenten Milliarden Gewinne gebracht.

Die Forderungen der global denkenden Zivilgesellschaft zielen hingegen auf einen nachhaltigen Strukturwandel ab. Um den Klimawandel einzudämmen, muss das von wenigen großen Konzernen dominierte fossile Energiesystem hin zu einer dezentralen, demokratisch organisierten Erzeugung von erneuerbaren Energien umgebaut werden. Der Atom-Ausstieg ist in vielen Ländern seit Jahrzehnten ein zentraler Kampf der Umweltbewegungen. Neue Technologien mit schädlichen Auswirkungen wie die CO₂-Abscheidung und -Speicherung und Emissionshandel auf Kosten des globalen Südens stoßen auf ähnliche Ablehnung. Stattdessen fordert die Zivilgesellschaft Investitionen zur Absenkung des Energiebedarfes, zum Beispiel in Wärmedämmung von Gebäuden oder

in den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel. Angesichts der fortschreitenden Zerstörung natürlicher Lebensräume und der zunehmenden Bodenversiegelung stellt sie den aktuell verfolgten Wachstumspfad grundlegend infrage.

Was haben wir von der EU zu erwarten?

Die EU hat sich als Beitrag zur Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad dazu verpflichtet, ihre Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Bis 2030 sollen sie um 40 Prozent reduziert werden. Doch die aktuell verfolgten Strategien zur Treibhausgasreduktion werden bald an ihre Grenzen stoßen und sind mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht zu vereinbaren.

Verharrt die EU in der neoliberalen Wachstumspolitik und forciert weiterhin marktbasierende Strategien, werden sich die drängendsten Umwelt- und Klimaprobleme nicht lösen lassen. Selbst ein Musterprojekt wie das Natura-2000-Netzwerk kann, in diese Logik eingebettet, sein Ziel nicht erreichen. Die Vielfalt von Lebensräumen, Arten und genetischen Merkmalen ist weiterhin bedroht. Unter anderem werden 17 Prozent der Säugetiere und mehr als ein Drittel aller Lebensräume in Europa als gefährdet eingestuft. Fast die Hälfte der europäischen Fischbestände gilt als überfischt.

Zudem stehen die Umweltrichtlinien selbst unter Druck. Im Zuge des 2012 gestarteten REFIT-Prozesses unterzieht die EU-Kommission verschiedene Politikbereiche sogenannten Fitness-Checks. Was nach außen als Vereinfachung und Optimierung verkauft wird, kann auch dazu genutzt werden, soziale und ökologische Standards auszuhöhlen. Eine solche Verschlechterung der Naturschutzrichtlinien stand 2016 kurz bevor – und konnte durch großen Einsatz der Zivilgesellschaft und eine Kampagne von Umwelt-NGOs verhindert werden.

In naher Zukunft ist nicht mit vielen Verbesserungen zu rechnen – im Gegenteil. 20.000 LobbyistInnen multinationaler Konzerne aus der fossilen Industrie, von Automobilherstellern und Energieversorgern beeinflussen die Arbeit von EU-Kommission und EU-Parlament. Freihandelsabkommen lassen unter dem Deckmantel der Harmonisierung Verschlechterungen befürchten. Die Ausweitung von Marktmechanismen auf weitere Bereiche der Umweltpolitik und „flexible Mechanismen“ wie die Anrechnung von Maßnahmen in der Landnutzung unterwandern nachhaltige Schritte zur CO₂-Reduktion. Auch die bisherigen Prinzipien der EU-Umweltpolitik – allen voran das Vorsorgeprinzip – werden über die EU-Handelspolitik ausgehöhlt.

103

Angesichts der zunehmenden Überschreitung der natürlichen Belastungsgrenzen des Planeten werden die umweltpolitischen Herausforderungen für die EU in Zukunft noch zunehmen. Um diese zu bewältigen, wird es nicht ausreichen, auf technischen Fortschritt und die heilenden Kräfte des Markts zu vertrauen. Die Frage wird vielmehr sein, wie schnell es gelingt, nachhaltige Strukturen und Muster für Produktion und Konsum zu schaffen, innerhalb derer sich ein gutes Leben für alle und der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbaren lassen.

Literatur

- Schachtschneider, Ulrich (2013): Positionen linker Parteien und Bewegungen zur Energie- und Klimapolitik der EU. Rosa-Luxemburg-Stiftung. www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_Positionen_linker_Energiepolitik.pdf
- Becker, Sören und Kunze, Conrad (2014): Energiedemokratie in Europa. Bestandsaufnahme und Ausblick. Rosa-Luxemburg-Stiftung. www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Energiedemokratie-in-Europa.pdf

ELISABETH KLATZER

Wirtschaftspolitik

Wie die EU mit Binnenmarkt und Währungsunion Konzerninteressen bedient

104

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist das Herzstück der neoliberalen Europäischen Union. Sie besteht aus zwei wesentlichen Elementen: dem Binnenmarktprojekt, das alle Mitgliedsstaaten umfasst, und der Währungsunion mit dem Euro, an der gegenwärtig 19 Mitgliedsstaaten teilnehmen.

Der Binnenmarkt mit den vier Freiheiten für Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeit sowie die eng koordinierte Wirtschaftspolitik in der WWU sind gemäß EU-Vertrag primär dem Grundsatz einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ verpflichtet. Dabei hat die EU weitreichende Kompetenzen und kann diese mit Mehrheitsentscheidungen durchsetzen. Gleichzeitig spielen Steuer-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik nur eine Nebenrolle. Die EU selbst hat hier nur geringe Kompetenzen und vielfach ist Einstimmigkeit erforderlich. Damit ist in der EU eine einseitige wirtschaftspolitische Ausrichtung zur Öffnung von Märkten, Finanzmarktliberalisierung, Abbau von Regulierungen und Verstärkung der Konkurrenz unter ArbeitnehmerInnen festgeschrieben.

Obwohl immer wieder von einer sozialen EU die Rede ist, ermöglicht es gerade die neoliberale EU, Sozial- und Wohlfahrtsstaaten in Europa abzubauen und ArbeitnehmerInnen-, KonsumentInnen- und Umweltinteressen gegenüber Kapital- und Konzerninteressen zu schwächen. In den einzelnen Ländern ist dies

aufgrund demokratischer Mechanismen schwieriger durchsetzbar. Deshalb ist die WWU – mit ihren Entscheidungsmechanismen, die weitestgehend abseits demokratischer Strukturen wie EU-Parlament und nationalen Parlamenten laufen – dafür das entscheidende Instrument. Dabei spielen natürlich nicht nur europäische, sondern auch nationalstaatliche Kapitalfraktionen eine wichtige Rolle.

Der Euro: Motor für die wirtschaftliche und politische Spaltung Europas

Die neoliberalen Grundlagen der Währungsunion wurden 1992 im Vertrag von Maastricht festgelegt. Dabei wären grundsätzlich viele positive Gestaltungsmöglichkeiten offen gewesen: Eine progressiv gestaltete Währungsunion könnte wirtschaftspolitische Handlungsspielräume erweitern, staatliche Finanzierung von der Willkür der Finanzmärkte abkoppeln und eine ausgewogene regionale, wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern. Dafür müsste die Europäische Zentralbank (EZB) diesen Zielen verpflichtet und demokratisch legitimiert werden. Direkte Staatsfinanzierung wäre unter bestimmten Kriterien ein wichtiges Element, um die Macht der Finanzmärkte zurückzudrängen. Eine funktionierende Währungsunion mit dem Ziel hoher Standards und eines guten Lebens für alle würde aber eine koordinierte und progressive Fiskal-, Lohn- und Steuerpolitik erfordern.

Jedoch fiel die politische Entscheidung ganz bewusst für eine Form der Währungsunion, die den Mitgliedsstaaten budgetpolitische Handlungsspielräume nimmt und damit die Wohlfahrtsstaaten aushöhlt. Von vornherein waren nur geringe finanzielle Ausgleichsmechanismen für regionale Unterschiede innerhalb der EU vorgesehen. Die wirtschaftliche Auseinanderentwicklung zwischen Ländern und Regionen wurde in Kauf genommen. Die Währungsunion verfolgt vorrangig das Ziel der Preisstabilität, damit

rückt eine ausgewogene wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Hintergrund. Löhne wurden bewusst zum vorrangigen Anpassungsmechanismus bei wirtschaftlichen Ungleichgewichten gemacht, was den permanenten Wettbewerb um die niedrigsten Löhne verstärkte. Die EZB wurde als angeblich unabhängiges Machtzentrum etabliert und damit demokratische Einflussmöglichkeit auf Geld- und Währungspolitik verhindert. Gleichzeitig verstärkte sich einseitige Einflussnahme – der derzeitige EZB-Chef ist nicht zufällig ehemaliger Goldman-Sachs-Banker. Mit der Währungsunion wurden der Vorrang der Kapitalverkehrsfreiheit und damit die Dominanz der Finanzmärkte einzementiert. Das explizite Verbot der Finanzierung von Staaten durch die EZB dient dazu, die öffentlichen Haushalte unter Druck zu setzen.

Die spezifische Konstruktion der WWU hat die Entstehung von Ungleichgewichten zwischen ihren Mitgliedsländern noch verstärkt. Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen können in einer Währungsunion naturgemäß nicht über eine Abbeziehungsweise Aufwertung der Währung angepasst werden. Ein Ausgleich kann somit nur über die Löhne erfolgen. Da die Lohnentwicklung aber nicht koordiniert wird, geschieht das in der Regel über Lohnkürzungen. Und das ist ganz im Sinne der neoliberalen Erfinder der Währungsunion – der innereuropäische Standortwettbewerb wird auf die Spitze getrieben.

So fielen etwa in Deutschland schon vor der Krise (mit Beginn der rot-grünen Agenda 2010) die Reallöhne. Das befeuerte eine Wettbewerbspirale nach unten. Da deutsche Produkte nun international vergleichsweise billiger wurden, konnten hohe Überschüsse und Gewinne im Außenhandel erzielt werden. Deutschland baute auf Kosten der ArbeitnehmerInnen in vielen Niedriglohnbranchen und auf Kosten anderer Mitgliedsstaaten seine wirtschaftliche Vormachtstellung aus. In Südeuropa, aber auch in Frankreich, stiegen die Handelsdefizite. Die hohen Überschüsse

und Gewinne Deutschlands befeuerten zudem auf der Suche nach Profitmöglichkeiten Spekulationsblasen in anderen Mitgliedsländern. Ein Beispiel dafür war die Immobilienblase in Spanien. Des Weiteren wurden mit den Mitteln von EU-Struktur- und Regionalfonds Bauinvestitionen, allen voran der Straßenbau, anstelle von produktiven und wettbewerbsfähigen Industrien gefördert. Dies verstärkte die wirtschaftliche Auseinanderentwicklung innerhalb der Eurozone zusätzlich. Die EU ist in diesem Sinne kein Motor der Integration, sondern ein Motor der wirtschaftlichen Spaltung. Mittlerweile sehen wir, wie das zur sozialen und politischen Desintegration führt.

107

Nach der Krise: Die wirtschaftspolitische Zwangsjacke wird festgezurr

Bereits der Vertrag von Maastricht enthielt mit seinem einseitigen Fokus auf Budgetdisziplin und Preisstabilität wirtschaftspolitische Knebelungskriterien. Denn damit werden der Budget- und Geldpolitik Wege versperrt, vorrangig das Ziel einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung zu verfolgen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt schreibt den Staaten mittelfristig ausgeglichene Budgets vor und beinhaltet Sanktionen bei Nichteinhaltung. Der Spielraum für eine aktive Fiskalpolitik zur Erhöhung öffentlicher Investitionen oder zur Bekämpfung von Krisen wurde dadurch drastisch eingeschränkt.

Weiter festgezurr wurde diese wirtschaftspolitische Zwangsjacke im Zuge der globalen Finanzkrise. Aber nicht die Spekulanten, welche die Krise auslösten, wurden zur Kasse gebeten. Sie wurden durch staatliche Bankenrettungen belohnt, während die große Mehrheit der Menschen die Lasten der folgenden Kürzungspolitik tragen muss. Und nicht Deutschland wird sanktioniert, das mit seiner Niedriglohnpolitik eine ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in der EU befeuerte, sondern vor allem jene

Länder, die darunter leiden. Die im Stil einer Schocktherapie 2011 überstürzt eingeführte wirtschaftspolitische Steuerung, Economic Governance genannt, verstärkt nicht nur die falschen Rezepte. Sie weitet sie auch auf neue Bereiche aus: Fiskalpakt und Six-Pack verschärften nicht bloß die Möglichkeiten der budgetpolitischen Disziplinierung. Sie etablierten permanente Regeln zur Senkung der Staatsverschuldung, was weitere Kürzungen von öffentlichen Ausgaben und Sozialleistungen mit sich brachte. Und sie beinhalten den Zwang zu „Reformen“ in öffentlichen Sicherungssystemen und beim Arbeitsrecht, Lohnsenkungen sowie verschärfte Überwachungssysteme und Sanktionen in Form von Strafzahlungen. Reform ist hier ein Codewort für Deregulierung, Liberalisierung und Abbau von Leistungen. Die Regelungen zur Überwachung von „übermäßigen Ungleichgewichten“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ erhöhen zudem den Druck auf Löhne, forcieren den Abbau von Arbeitsrechten und schwächen Gewerkschaften.

Diese wirtschaftspolitische Steuerung erweist sich als höchst wirksame Waffe einer neoliberal-autoritären Machtverschiebung hin zu einer kleinen – männlich dominierten – Wirtschafts- und Finanzelite in EU-Kommission, Rat, Finanzministerien und EZB. Daher ist es auch wenig überraschend, dass Auslagerungen, Kürzungen und Privatisierungen im öffentlichen Sektor, wie beispielsweise bei Gesundheit, Pensionen und Sozialem, negative Auswirkungen auf die Gleichstellung haben. Frauen müssen beispielsweise Kürzungen im Sozialbereich oft mit unbezahlter Arbeit kompensieren. Soziale Ungleichheit und Unsicherheit steigen drastisch. Gleichzeitig fließen zusätzliche Gelder in – männlich dominierte – Polizei und Militarisierung, die von der EU-Kommission und den Regierungen vorangetrieben werden.

Ausblick

Die Debatte um die Wirtschafts- und Währungsunion wurde stets zum Konflikt zwischen den Interessen einzelner Mitgliedsstaaten – vor allem Deutschland versus Frankreich – hochstilisiert. Tatsächlich liegt ihr aber ein Konflikt zwischen den neoliberalen Interessen der Vermögenden und Konzerne auf der einen und den Interessen an guten öffentlichen Dienstleistungen und hohen Arbeits- und Sozialstandards der breiten Bevölkerung auf der anderen Seite zugrunde. Die fundamentale neoliberale Ausrichtung der Union steht derzeit nicht zur Diskussion – im Gegenteil: Die Vorschläge zur „Vollendung der WWU“ und die 2017 von der EU-Kommission vorgestellten Szenarien zur Zukunft der EU würden die neoliberale Verfasstheit und die Sanktionsmechanismen noch weiter verschärfen. Das seit Jahrzehnten immer wieder rhetorisch aufgewärmte Ziel einer sozialen Dimension der EU weckt – angesichts der faktischen Verfasstheit der WWU – falsche Hoffnungen.

109

Literatur

- Blaha, Elisabeth (2015): Geld- und Währungspolitik. Die EZB im Spannungsfeld von Notenbankunabhängigkeit, Krisenbekämpfung und Politiksteuerung. In: BEIGEWUM (Hrsg.) Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt. Mandelbaum Verlag.
- Klatzer, Elisabeth (1992): Währungspolitische Integration und wirtschaftliche Desintegration in Europa? Überlegungen zur Notwendigkeit eines Scheiterns der Europäischen Währungsunion nach Maastricht. In: Kurswechsel 4/1992.
- Ederer, Stefan; Stockhammer, Engelbert und Cetkovic, Predrag (2015): 20 Jahre Österreich in der EU – neoliberale Regulationsweise und exportgetriebene Akkumulation. In: BEIGEWUM (Hrsg.) Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt. Mandelbaum Verlag.



Ein
"Soziales
Europa"
ist ein Ziel
der EU

Konsequenzen

MANUEL GREBENJAK, LISA MITTENDREIN, VALENTIN SCHWARZ
UND SIMON THEURL

Was ist dran an den gängigen EU-Bildern?

112 Mächtige Erzählungen prägen die EU-Debatte. Um die EU kritisch analysieren und wirkungsvolle Strategien entwickeln zu können, müssen wir diese Bilder auf ihre Stichhaltigkeit prüfen.

„Nur mit der EU können wir die Globalisierung in unserem Sinn gestalten.“

Die Stürme der Globalisierung rütteln am europäischen Sozialmodell. Die internationalen Finanzmärkte bedrohen die Stabilität ganzer Währungen und Volkswirtschaften. Kein Staat kann diesen Gefahren alleine etwas entgegensetzen. Doch gemeinsam, in der EU, bilden die Staaten die größte Wirtschaftsmacht der Welt – und können die Globalisierung so gestalten, dass sie uns allen nützt.

Ob Binnenmarkt, Euro oder Fiskalpakt: Stets wurde dieses Bild bemüht, um uns den aktuellen Integrationsschritt schmackhaft zu machen. Tatsächlich lassen sich viele der Probleme des heutigen Kapitalismus kaum noch auf nationaler Ebene lösen. Um zu verhindern, dass Konzerne und Finanzmärkte die Sozialsysteme und öffentlichen Haushalte unter Druck bringen, wäre Kooperation zwischen Staaten gefragt: etwa in Form von gemeinsamen Mindeststandards bei Sozialstaat und Umweltschutz, mit Mindeststeuersätzen auf Profite und Vermögen. Doch die EU tut nichts davon, im Gegenteil. Mit Binnenmarkt und Euro hat sie die Konkurrenz zwischen den Staaten weiter verschärft. Kapital

kann sich unreguliert zwischen den Ländern bewegen und diese gegeneinander ausspielen. Die EU-Verträge verbieten den Mitgliedern sogar, den Kapitalverkehr mit Nicht-EU-Staaten zu regulieren.

In der Krise hat sich die negative Rolle der EU-Institutionen weiter verschärft. In der Troika arbeiten EU-Kommission und EZB aktiv daran, den Lebensstandard der breiten Bevölkerung in Ländern wie Griechenland, Portugal oder Irland zu senken. Erzwungene Privatisierungen, Lohnsenkungen und Sozialabbau ermöglichen höhere Profite für das Kapital, ganz in der Logik der neoliberalen Globalisierung. Völlig anders das Verhalten gegenüber dem Verantwortlichen für die Krise, dem Finanzsektor: Die europäischen Eliten verfolgen nicht etwa die Politik, Großbanken zu verkleinern und zu entflechten. Stattdessen setzt sie auf die Bankenunion und Kapitalmarktunion, die wenig an den grundlegenden Missständen ändern. Zugleich zielt die EU darauf ab, die Finanzmärkte in Europa tiefer zu integrieren, sprich Schranken für die Banken abzubauen. Als Folge wird die Marktkonzentration weiter zunehmen, die Großbanken also noch größer und mächtiger werden. Die Macht des Finanzsektors, eine Folge der neoliberalen Globalisierung, wird von der EU-Politik nicht *entschärft*, vielmehr *verschärft*. Ähnlich fatal ist das Verhalten der EU nach außen. Ob in der WTO oder über Handelsabkommen: Stets drängt die EU ärmere Länder dazu, ihre Märkte für europäische Konzerne zu öffnen. Ein trauriges Beispiel dafür ist die Landwirtschaft. Die industriell produzierten Agrarprodukte aus Europa werden zu Dumpingpreisen exportiert und ruinieren die Kleinbäuerinnen und -bauern im globalen Süden.

Fazit: Die neoliberale Globalisierung, die zu sozialen und ökologischen Krisen führt, ist kein Naturgesetz, sondern politisch gemacht. Die EU ist kein Schutz gegen diesen Prozess, sondern einer seiner wichtigsten Motoren, und zwar sowohl nach außen als auch nach innen. Ihre Politik folgt in erster Linie Konzerninteressen – auf Kosten der breiten Bevölkerung.

„Die EU ist ein Friedensprojekt.“

Jahrhundertlang kannte Europa nur Kriege. Vor allem Deutschland und Frankreich prallten ein ums andere Mal auf dem Schlachtfeld aufeinander. Ein trauriger Höhepunkt war der Zweite Weltkrieg, der für Millionen Tote und schwere Verwüstungen sorgte. Doch danach kamen Europas Nationen zur Besinnung. Sie schlossen sich zusammen, auf dass es nie wieder Krieg gäbe.

114 Das Friedensprojekt: Es gibt wahrscheinlich keine mächtigere Erzählung über die Europäische Union. Heute, wo die EU aufgrund ihrer neoliberalen Ausrichtung an Zustimmung verliert und eine existenzielle Krise erlebt, ist das Friedensprojekt oft das wichtigste verbliebene Argument zu ihrer Verteidigung. Im Jahr 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis. Sie und ihre Vorgängerorganisationen hätten „über sechs Jahrzehnte zur Förderung von Frieden und Versöhnung beigetragen“, hieß es. Tatsächlich gab es seit 1945 keine Kriege zwischen Mitgliedern der EU oder ihrer Vorläuferin, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Das ist mit Blick auf die Geschichte, vor allem auf die zwei Weltkriege, ein enormer Fortschritt. Zweifellos war die Verhinderung von Kriegen ein wichtiges Motiv vieler PolitikerInnen, die sich für die europäische Integration einsetzten. Dennoch greift die Erzählung vom Friedensprojekt zu kurz.

Die Gründung der EWG folgte auch weniger humanistischen Motiven. Da ist zum einen der Kalte Krieg. Der Zusammenschluss im Westen des Kontinents war auch gegen den zeitgleich entstehenden sogenannten Ostblock gerichtet. Die EWG war ein kapitalistisches Gegenprojekt zum realsozialistischen Teil Europas. Das lag nicht zuletzt im Interesse der USA. Mit dem Marshallplan finanzierten sie einen raschen Wiederaufbau. Dieser sicherte den Frieden und ermöglichte den Beginn der westeuropäischen Integration. Zum anderen war das Mittel, um die früheren Feinde zu Partnern zu machen, die wirtschaftliche Verflechtung.

In der Folge sorgten auch die Profitinteressen des Kapitals dafür, Krieg als politische Option unattraktiver zu machen. Dies schmälert die Errungenschaft nicht, stellt das sogenannte Friedensprojekt aber in ein anderes Licht.

Zudem steht der Frieden im Inneren oft im starken Kontrast zum Verhalten vieler EU-Mitglieder nach außen. Einige Beispiele: Frankreichs Krieg in Algerien sorgte für bis zu 200.000 Tote. Belgien war im Kongo auch nach dessen Unabhängigkeit mitverantwortlich für verschiedene blutige Konflikte. Von den heute 28 EU-Mitgliedern beteiligten sich 25 am Krieg in Afghanistan, 14 an jenem im Irak. Und 10 EU-Staaten trugen das Bombardement Libyens mit, das wesentlich für die katastrophale heutige Lage im Land mitverantwortlich ist. 115

Die Mitgliedschaft in der EU führt nicht zwingend dazu, dass Staaten sich friedlich verhalten. Zusammengerechnet sind ihre Rüstungsexporte in den letzten zwanzig Jahren kaum geringer als jene der USA oder Russlands. Selbst Regimes wie jene in Saudi-Arabien oder Syrien werden aus der EU mit Waffen beliefert. Der Vertrag von Lissabon von 2009 und die EU-Globalstrategie von 2016 sehen sogar die umfassende Aufrüstung aller Mitgliedsstaaten vor. Jean-Claude Juncker, Präsident der EU-Kommission, fordert bei zahlreichen Gelegenheiten die Schaffung einer EU-Armee. Eine Vorstufe dafür sind die seit 2005 bestehenden „Battlegroups“. Diese multinationalen Kampfseinheiten wurden noch nie eingesetzt und sollen in erster Linie auf Basis von UNO-Mandaten aktiv werden. Derzeit trainieren sie für Kämpfe in Wüsten und Dschungeln. 2017 wurde ein neues Militärzentrum in Brüssel gegründet.

Fazit: Die Erzählung, die EU sei in erster Linie ein Friedensprojekt, ist historisch zwiespältig – und sie wird von Jahr zu Jahr unglaubwürdiger.

„Ein ‚soziales Europa‘ ist ein Ziel der EU.“

Gewiss, die EU ist in erster Linie eine Wirtschaftsunion. Doch auch ein soziales Europa ist ein klares Ziel der Verträge und Institutionen. Schon heute zeichnet sich die EU durch das europäische Sozialmodell aus, etwa im Gegensatz zu den USA. Auch wenn soziale Gerechtigkeit derzeit oft zu kurz kommt, ist sie der EU doch ein großes Anliegen.

116 Der Stellenwert der Sozialpolitik war im europäischen Integrationsprozess von Anfang an gering. Bis in die 1990er Jahre gab es aufgrund fehlender Kompetenzen und der erforderlichen Einstimmigkeit kaum ein gemeinsames Vorgehen. Obwohl Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu dieser Zeit mächtiger waren als heute, geschah wenig. Nur einzelne progressive Maßnahmen wurden durchgesetzt, etwa in den Bereichen Arbeitsschutz oder Gleichstellung. In den 1990er Jahren wurden die rechtlichen Grundlagen der Sozialpolitik gestärkt, diese aber gleichzeitig dem Ziel der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet.

Spätestens mit dem Binnenmarkt und der Wirtschafts- und Währungsunion wurde neoliberale Wirtschaftspolitik der Kern der europäischen Integration. Auch in der Sozialdemokratie setzte sich, angetrieben von Tony Blair und Gerhard Schröder, der Glaube durch, wirtschaftliche Liberalisierung und höhere Profite würden den Lebensstandard aller verbessern. Das stimmt zwar nicht, diente aber über ein Jahrzehnt zur Rechtfertigung von Sozialabbau. Neoliberale Politik wurde in den Verträgen verankert und den EU-Institutionen zum Auftrag gemacht. Schrankenloser Handel innerhalb der Union, die Einschränkung demokratischer Budgetpolitik und die Liberalisierung öffentlicher Leistungen wurden rechtlich bindend. In der Sozialpolitik hingegen ersetzte unverbindliche Koordination die verbindliche Rechtsetzung.

Die Sozialpolitik ist in der EU also wirtschaftlichen Zielen untergeordnet. Mehr noch: Sie soll produktiv sein und dem Stand-

ortwettbewerb dienen. An der 2017 gestarteten Debatte zur „sozialen Säule“ der EU wird das gut sichtbar: Laut EU-Kommission ist diese notwendig, weil die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise zukünftiges Wachstum behinderten. Die EU brauche effiziente nationale Arbeitsmärkte und Sozialsysteme, um konkurrenzfähig zu sein. Sozialpolitik ist in den Augen der EU-Kommission also kein eigenständiges Politikfeld, sondern der Wettbewerbslogik unterstellt. Zuvor wurden im Namen des Standorts jahrelang soziale Standards quer durch die EU geschliffen und der Steuerwettbewerb angeheizt. Die wenigen vorhandenen sozialpolitischen Maßnahmen verwenden die europäischen Eliten vor allem, um ihre neoliberale Politik in anderen Bereichen zu legitimieren.

117

Welche Bedeutung Sozialpolitik für die EU heute hat, wird auch an der Haltung von EU-Kommission und EZB deutlich. 2012 sagte EZB-Präsident Mario Draghi in einem Interview: „Das europäische Sozialmodell ist Geschichte.“ Dieselbe Haltung findet sich in den Empfehlungen, die EU-Kommission und Rat den Mitgliedsstaaten jährlich machen. Fast allen Ländern werden Privatisierungen, Pensionskürzungen und der Abbau von Sozialleistungen nahegelegt. Im Rahmen der Troika setzten EZB und EU-Kommission in den Programmländern weitreichende Sozialkürzungen durch. Pensionskürzungen in Griechenland, die Senkung von Sozialhilfe und Familienbeihilfe in Irland oder Kürzungen bei Gesundheit und Bildung in Portugal – die Troika-Maßnahmen zerstörten den Sozialstaat und trafen die Schwächsten.

Fazit: Ein „soziales Europa“ wird immer wieder als Ziel der europäischen Integration angeführt. Doch Sozialpolitik ist nur Beiwerk zum neoliberalen Kern der EU. Solange dieser bestehen bleibt, kann es kein soziales Europa geben.

„Die EU stellt die Überwindung des Nationalismus in Europa dar.“

Mit der europäischen Integration lassen wir den mörderischen Nationalismus des 20. Jahrhunderts hinter uns. Die gefährlichen nationalen Identitäten, so die Hoffnung, lösen sich im neuen, vereinten Europa auf. Daher ist eine starke EU auch unser bestes Mittel gegen die extreme Rechte. Sie hilft uns dabei, Nationalismus und Rassismus zu überwinden.

118 Lange wurden in Europa Feindschaften gepflegt, etwa zwischen Deutschland und Frankreich oder Österreich und Italien. Diese existieren heute nicht mehr, doch Nationalismus gibt es nach wie vor. Die eigene Überlegenheit wird heute in erster Linie ökonomisch begründet. Stolz der Nation ist nicht wie einst die tüchtige Armee, sondern die wettbewerbsfähige Industrie. Österreichische und deutsche Beschäftigte werden als besonders fleißig dargestellt, Süd- und OsteuropäerInnen dagegen als kriminell und faul. Die Qualität der eigenen Produktion wird betont und, wie etwa bei „Made in Germany“, zur nationalen Eigenschaft erklärt. Binnenmarkt und Euro verschärfen die Konkurrenz und somit auch diesen Standortnationalismus. Mit der Krisenpolitik trat er besonders offen zutage. PolitikerInnen rechtfertigten die Verarmung Südeuropas mit dessen ökonomischer Schwäche. Sie ziehen über „faule Griechen“ her, die „in der Hängematte liegen“ und, als wären sie Kinder, „ihre Hausaufgaben machen“ oder gleich „bei Mama ausziehen“ müssten. All diese Aussagen sind tatsächlich gefallen. Nationalismus in der EU richtet sich heute nicht mehr gegen Erbfeinde, sondern gegen ökonomisch Schwächere. Er dient den Eliten dazu, einen Keil zwischen die Bevölkerungen zu treiben.

Auch am Aufstieg rechter Parteien wird deutlich, dass Nationalismus und Rassismus nicht der Vergangenheit angehören. Tatsächlich schützt uns die EU nicht vor der extremen Rechten, sondern bereitet ihr den Nährboden. Jahrzehnte neoliberaler Politik

haben vielen Menschen die Lebensgrundlage geraubt und gesellschaftliche Solidarität zerstört. Darauf baut die Rechte auf. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des Arbeitsmarkts. Beschäftigte in der EU stehen heute in direkter Konkurrenz zueinander. Sind einer Firma die Arbeitskosten zu hoch, kann sie ihre Produktion leicht in ein anderes EU-Land verlagern. Oder sie betreibt Lohndumping, indem sie ArbeiterInnen aus ärmeren EU-Ländern einstellt. Viele Beschäftigte geben nicht dem ausbeuterischen Unternehmen, sondern den osteuropäischen KollegInnen die Schuld daran. Die steigende Konkurrenz führt nicht nur zu sinkenden Löhnen, sondern auch zu Ressentiments und Rassismus.

Stark sind heute auch Formen von Rassismus, die eng mit der Vorstellung einer europäischen Identität zusammenhängen. Wie bei einer Nation schafft der Bezug auf Europa ein Innen und ein Außen. Um die positiven Eigenschaften und die Überlegenheit Europas zu bestätigen, braucht es die Abgrenzung gegenüber einem als minderwertig angesehenen Anderen. Dafür müssen heute vor allem MuslimInnen herhalten. Alle EuropäerInnen werden als aufgeklärt, säkular, gleichberechtigt und friedlich dargestellt. MuslimInnen hingegen wird pauschal zugeschrieben, fanatisch, sexistisch, unterdrückt und aggressiv zu sein. Diese Vorstellung knüpft direkt an den Kolonialismus an. Die Konstruktion der europäischen Identität ist somit immer auch eine rassistische: Eine gesellschaftliche Gruppe wird zu „den Anderen“ gemacht, die eigene Gruppe wird überhöht und idealisiert.

Fazit: Linke und soziale Bewegungen kämpfen gegen Nationalismus und Rassismus. Die Hoffnung, die EU würde dabei an unserer Seite stehen, war stark – doch das Gegenteil ist eingetreten. Die europäische Integration hat neue Feindbilder geschaffen und den Boden für die extreme Rechte bereitet.

„Die EU bringt Wohlstand für alle.“

Dank Freihandel und dem gemeinsamen Markt bringt die EU wirtschaftliche Chancen für alle. Der Abbau von Handelshemmnissen erleichtert Investitionen, kurbelt das Wirtschaftswachstum an und bringt somit Vorteile für die gesamte Bevölkerung.

120 Schon im Gründungsvertrag der EWG von 1957 wird der „wirtschaftliche und soziale Fortschritt ihrer eigenen sowie der anderer Länder“ als Ziel genannt. Tatsächlich wächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in der EU laufend, ab den 1970er Jahren aber weniger stark als etwa in den USA. Seit Krisenbeginn wächst die Wirtschaftsleistung kaum noch. Der EU-Gesamtwert verdeckt zudem, dass etliche Länder, etwa Griechenland, Italien oder auch Finnland, mehrere Jahre der Rezession hinter sich haben. Die Aussagekraft des BIP ist generell beschränkt, denn wer vom Wachstum profitiert und zu welchem sozialen und ökologischen Preis, bleibt im Dunkeln.

Tatsächlich sind die Wohlstandsgewinne zwischen den Mitgliedsstaaten sowie innerhalb der Bevölkerung extrem ungleich verteilt. So sinkt in der EU seit Jahrzehnten die Lohnquote, die den Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen misst. Von 1975 bis zur Finanzkrise 2007 fiel sie in allen Ländern der EU-15 mit Ausnahme Griechenlands um 3 bis 15 Prozentpunkte. In den Jahren nach 2007 stieg die Lohnquote kurz wieder leicht an, jedoch nicht aufgrund höherer Löhne, sondern weil die Unternehmensgewinne in der Krise stärker zurückgingen.

Der Anteil der breiten Bevölkerung am gesellschaftlichen Wohlstand schrumpft, und das seit Langem. In vielen EU-Ländern sinken seit den 1990er Jahren real die Löhne und Gehälter der untersten Einkommensgruppen. Die Profite von EigentümerInnen und InvestorInnen steigen hingegen. Auch die Vermögenskonzentration nimmt zu – immer mehr Vermögen befindet sich in den Händen weniger Superreicher. Gleichzeitig sind in der EU

heute 123 Millionen Menschen, ein Viertel der Bevölkerung, von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Das ist kein Zufall und keine Folge äußerer Entwicklungen. Die wirtschaftliche Funktionsweise der EU basiert auf dem Prinzip des Standortwettbewerbs. Kapital, Waren und Dienstleistungen können sich ohne Hürden innerhalb der EU bewegen. Damit werden nicht nur Unternehmen, sondern auch die Staaten selbst in direkten Wettbewerb zueinander gesetzt. Sie konkurrieren um Investitionen und Produktionsstätten – kurz: um die Gunst der Konzerne. Ohne gemeinsame Mindeststandards führte der Standortwettbewerb allorts zu Lohnsenkungen und Sozialabbau. Die Konstruktion von EU und Binnenmarkt begünstigt die Interessen des Kapitals, während jene der ArbeiterInnen unterschiedlicher Länder einander häufig widersprechen.

121

Die Politik der EU vernichtet auch ganz direkt gesellschaftlichen Wohlstand. Zahlreiche Richtlinien zwingen die Mitgliedsstaaten, staatliches Eigentum zu verkaufen und öffentliche Dienstleistungen für private Unternehmen zu öffnen. Infolge der desaströsen Krisenpolitik der letzten Jahre verlor die breite Bevölkerung noch weiter an Wohlstand. EU-Regeln erzwangen quer durch die Union eine Kürzungspolitik, welche die Krise vertiefte und die sozialen Folgen verschlimmerte. Am folgenschwersten war dies in Griechenland, Portugal, Zypern und Irland, wo EU-Institutionen als Mitglieder der Troika die Zerschlagung des Sozialstaats erzwangen und Millionen Menschen in die Armut stürzten. Durch ihre Agrar- und Handelspolitik verstärkt die EU darüber hinaus Armut und Ungleichheit im globalen Süden.

Fazit: Die EU bringt nicht Wohlstand für alle. Sie bringt Profite für wenige und zunehmend schlechter bezahlte, unsichere Jobs für viele. Die EU-Politik führt zur Zerschlagung der sozialen Infrastruktur, die für das gute Leben der breiten Mehrheit nötig ist.

„Eine grundlegende EU-Reform ist de facto unmöglich.“

Syrizas Scheitern war kein Zufall. Lisa Mittendrein und Lukas Oberndorfer diskutieren, wie die Verträge, Verfahren und Institutionen der EU einen echten Kurswechsel ausschließen – und warum es dennoch bessere Optionen als einen Austritt gibt.

122 *In jüngster Zeit hat die EU mehrere Erschütterungen erlebt. Großbritannien tritt aus, eine solidarische Flüchtlingspolitik ist gescheitert. Aus eurer Sicht ist aber der Konflikt um Griechenland das zentrale Ereignis. Warum?*

Lisa Mittendrein: Weil erstmals ausprobiert wurde, was soziale Bewegungen und viele Linke in Europa jahrelang vorgeschlagen haben. Die Syriza-Regierung wollte die Kürzungspolitik beenden, die für Rekordarmut sorgt und die Rezession immer weiter vertieft. Zugleich beabsichtigte sie, in der EU und im Euro zu bleiben und von innen progressive Reformen anzustoßen. Auch der europäischen Linken sagten sie: Wir setzen in Griechenland den Ausgangspunkt für den Kurswechsel, den wir alle wollen. Diese Strategie ist kolossal gescheitert. Syriza musste sich letztlich entscheiden, mit der Kürzungspolitik zu brechen oder im Euro zu bleiben. Jetzt setzen sie die alte, katastrophale Politik fort.

Wie ist es dazu gekommen? Syriza hatte es ja von Beginn an nicht leicht.

Lisa Mittendrein: Das stimmt. Beim Wahlsieg im Jänner 2015 stand Syriza vor der Situation, dass die Vereinbarung mit den GläubigerInnen, das sogenannte Memorandum, kurz vor dem Auslaufen

war. Danach wären die zugesagten Kredite der anderen Eurostaaten verfallen und Griechenland wäre vor dem Staatsbankrott gestanden. Die Vorgängerregierung und die Troika, also EU-Kommission, EZB und IWF, haben den Verlauf bewusst so festgesetzt, dass Syriza unter maximalem Druck an die Regierung kommen würde.

Wie wollte Syriza in dieser Situation die zwei Ziele, ein Ende der Kürzungspolitik und den Verbleib im Euro, erreichen?

Lisa Mittendrein: Sie wollten so schnell wie möglich in Verhandlungen mit der Troika und der Eurogruppe, also den FinanzministerInnen der anderen Eurostaaten, eintreten. Ihr Ziel war, ein besseres Abkommen als die bisherigen zu erreichen. Die Strategie lautete, möglichst gute Vorschläge zu haben, die anderen mit Argumenten zu überzeugen und auf Unterstützung der sozialdemokratischen Regierungen zu hoffen. Doch in den Verhandlungen hat sich Syriza von Anfang an auf die Logik der Gegenseite eingelassen. Sie haben akzeptiert, weiter Defizit und Staatsschulden senken zu müssen, obwohl das die Krise jahrelang nur vertieft hatte. Mit dem Ziel, für das sie gewählt wurden, nämlich die Kürzungspolitik zu beenden, war das unvereinbar.

123

Welche Fehlannahmen lagen dieser Strategie zugrunde?

Lukas Oberndorfer: Vor allem jene, die Lisa genannt hat. Syriza setzte darauf, mit klugen Positionen über Verhandlungen den nötigen Druck aufzubauen, um ein anderes Europa zu ermöglichen. Im Nachhinein hat sich gezeigt, dass das nicht funktioniert hat. Aus heutiger Sicht hätte die Orientierung lauten müssen, dass man ein anderes Europa nur durchsetzen kann, wenn man der Bevölkerung von Anfang an klar sagt: „Wir werden die Wende, die für euch notwendig ist, nicht erreichen, indem einige schlaue Politiker gut verhandeln. Das werden wir nur schaffen, wenn ihr aktiv werdet, mobilisiert und kampfbereit seid. Denn es

ist möglich, dass wir aus dem Euro und der EU geworfen werden. Das kann Notlagen nach sich ziehen, Engpässe bei Medikamenten oder Erdöl, vielleicht sogar beim Wasser, verursachen. Wir müssen uns darauf vorbereiten, wie wir eine alternative Politik auch in diesem schlimmsten Fall organisieren und durchsetzen können.“ Syriza hat genau das nicht getan, weder im Wahlkampf 2012 noch 2015. Wenn man die Bevölkerung nicht auf diese Szenarien vorbereitet und sie nicht explizit die ganze Zeit über einbindet, dann baut man auch nicht die nötige Kraft für einen Bruch von unten auf.

124 Interessanterweise finden sich dieselben Fehlannahmen auch bei der linken Plattform in Syriza, dem damaligen Euro-Austritts-Flügel. Auch sie haben nicht gesagt: „Wir schaffen den Grexit nur mit einer Demokratisierung von unten. Wir brauchen schon jetzt lokale demokratische Koordinationen, die sich damit auseinandersetzen, wie wir diesen Prozess gestalten.“

Weder das Reform- noch das Austrittslager in Syriza hat also die eigentlich zentrale Frage gestellt: „Wie gelingt uns eine Politisierung und Demokratisierung der Gesellschaft, die so viele Menschen einbindet, dass wir die Kraft für einen Bruch mit der neoliberalen Politik haben?“ Beide hatten ein zu stark regierungs- und staatszentriertes Verständnis davon, wie dieser Konflikt zu führen ist.

Lisa Mittendrein: Ich glaube, dass die Menschen in Griechenland dafür bereit gewesen wären wie nirgendwo sonst. Sie hatten damals bereits fünf Jahre lang unglaublichen Widerstand geleistet und genug von der Kürzungspolitik. Dann kam die Volksabstimmung im Juli 2015. Die Regierung fragte: Sollen wir das von der Troika vorgeschlagene Austeritätsprogramm annehmen? Das gesamte politische Establishment und alle privaten Medien waren für ein Ja, aber die Bevölkerung sagte mit deutlicher Mehrheit Oxi, also Nein. Das zeigt, dass die Leute bereit gewesen wären, über einen Austritt zu diskutieren. Die Syriza-Führung wollte das aber nie

und hatte diese Möglichkeit nicht vorbereitet. Schließlich hat sie das Gegenteil des Abstimmungsergebnisses gemacht und gegenüber der Troika kapituliert.

Im Nachhinein ist man immer klüger. Viele von Syrizas Annahmen wurden auch von uns geteilt, von Verbündeten außerhalb Griechenlands. Auch wir waren der Meinung, dass von Griechenland eine grundlegende Reform der EU ausgehen könnte. War das von Anfang an völlig unrealistisch?

Lukas Oberndorfer: Die Situation war tatsächlich sehr offen. Unsere Einschätzung war ja nicht, dass Griechenland das alleine schaffen kann, sondern dass der Funke möglicherweise auf andere Länder überspringt. Wir dachten, dass eine europäische Dynamik entstehen könnte, die zu Brüchen von unten führt. Das war damals möglich, das sehe ich auch heute so. Auch die martialischen und autoritären Reaktionen zeigten, dass die neoliberalen Eliten die Situation für brandgefährlich hielten. Sie brachen demokratische und rechtliche Grundsätze ganz offen. Zwei Beispiele von vielen: Gegen Ende des Konflikts entschied die Eurogruppe einfach ohne ihr griechisches Mitglied Yanis Varoufakis, das sogenannte Hilfspaket für Griechenland nicht mehr zu verlängern. Normalerweise fallen ihre Entscheidungen einstimmig, also hat man über Nacht neue Regeln erfunden. Kurz darauf hat die EZB den griechischen Banken das Geld abgedreht, um die Regierung in die Knie zu zwingen. Selbst konservative Europarechtler meinen, dass das vom EZB-Mandat nicht gedeckt war.

Lisa Mittendrein: Wir wussten, dass die EZB einer Volkswirtschaft über Nacht die Luft abschnüren kann. Varoufakis nannte das die „nukleare Option“. Wir haben aber nicht damit gerechnet, dass die EZB sie so schnell und gezielt einsetzt. Eine Lehre daraus ist, dass wir heute klarer wissen, wo die realen Machtzentren in der

EU liegen. Neben der EZB sind das die Eurogruppe, Teile der EU-Kommission und vor allem die deutsche Regierung. Eine Fehlannahme war aber, dass die Einheit von EU und Euro für die Eliten unantastbar wäre. Syriza dachte, die Grexit-Gefahr wäre ein starkes Argument in den Verhandlungen. In der Praxis waren sie nicht bereit dazu, es darauf ankommen zu lassen. Also hat Wolfgang Schäuble, der deutsche Finanzminister, ihnen diese Waffe aus der Hand genommen und gegen sie gerichtet. Er hat gesagt: „Wenn ihr nicht macht, was wir wollen, werfen wir euch raus.“ Für die neoliberalen Eliten war die Einheit des Euro sekundär. Die Austeritätspolitik aufrechtzuerhalten und die linke Gefahr einzudämmen, war wichtiger.

Ihr habt mehrere AkteurInnen genannt, die sich als mächtig herausgestellt haben. Wer war schwächer als erwartet?

Lisa Mittendrein: Die europäische Sozialdemokratie. Syriza hatte darauf gesetzt, mit Teilen von ihr Bündnisse zu schließen. Hollande, Renzi, Faymann und andere würden einsehen, so die Hoffnung, dass sie so selbst Spielräume gegenüber den Austeritätsregeln der EU gewinnen könnten. Nichts dergleichen ist passiert. Faymann machte einen Schaubesuch in Athen, aber wohl vor allem um von der ungemütlichen Debatte über Rot-Blau abzulenken, die damals herrschte. Am Ende, als Syriza bereits aufgegeben hatte, hat die französische Regierung sich eingeschaltet – und ExpertInnen nach Athen geschickt, um beim Formulieren des Kapitulationsangebots zu helfen. Die Sozialdemokratie war kein Partner für die Linke, sondern wollte vor allem den Status quo stabilisieren.

Wie haben sich die sozialdemokratischen FinanzministerInnen in der Eurogruppe verhalten?

Lisa Mittendrein: Was in der Eurogruppe passiert, ist geheim. Es gibt aber plausible Berichte von Varoufakis, wonach die Diskus-

sion immer ähnlich abgelaufen ist: Schäuble oder einer seiner Verbündeten begann eine Diskussion, gab eine Position vor, dann wurden alle um ihre Zustimmung gebeten. Manchmal formulierte der französische Minister Michel Sapin eine Gegenposition, stimmte letztlich aber immer Schäubles Wünschen zu.

Welche Lehren können wir aus alldem ziehen? Wenn wir eine andere Wirtschaftspolitik wollen, bleibt nur der Austritt?

Lukas Oberndorfer: Nein, das wäre ein Trugschluss. Die EU ist mehr als eine internationale Organisation, sie ist eine materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Ihre Mitglieder sind über Produktionsketten, Warenströme, eine gemeinsame Währung und Finanzmärkte wirtschaftlich eng verflochten. Daraus kann man nicht einfach so austreten und erhält plötzlich alle Spielräume zurück. „Mitgliedschaft oder Austritt“ ist daher die falsche Frage. Mazedonien zum Beispiel ist weder in der EU noch im Euro, hat deshalb aber kaum mehr politischen Spielraum.

127

Lisa Mittendrein: Ja, von dieser Gegenüberstellung müssen wir wegkommen. Sowohl das Reform- als auch das Austrittslager neigen dazu, ihre Positionen zu romantisieren: Für die einen braucht es nur den richtigen Plan, und die EU wird sozial statt neoliberal. Für die anderen muss man bloß austreten, und die bessere Politik ist nur noch einen Handgriff entfernt. Diese Diskussion über rein institutionelle Fragen ist ohnehin keine, die Mehrheiten begeistert. Was Menschen interessiert, sind ihre Lebensbedingungen und die ihrer Familie, FreundInnen und NachbarInnen. Um die zu verbessern, müssen wir in erster Linie Gegenmacht aufbauen, egal auf welcher Ebene.

Lukas Oberndorfer: Genau. Dazu müssen sich möglichst viele Menschen in die Politik einmischen – in sozialen Bewegungen, durch Demokratisierung und Politisierung. So setzen wir reale politische Verbesserungen durch. Durch diese Konflikte kommt

es zu Brüchen von unten mit der dominanten Logik von Herrschaft und Ausbeutung. Wenn diese Brüche sich über Grenzen hinweg vernetzen, kann daraus letztlich ein anderes Europa entstehen.

Was können wir noch aus Syrizas Erfahrungen lernen? Dass es nichts bringt, dem neoliberalen Gegenüber mit Argumenten und guten Vorschlägen zu kommen?

128 *Lisa Mittendrein:* Unbedingt. In der Linken und den sozialen Bewegungen gibt es die Tendenz, immer den perfekten Gegenvorschlag haben zu wollen. Dabei verzetteln wir uns oft. Es ist irrelevant, über Details der erhofften europäischen Sozialunion zu diskutieren, weil sie auch mit dem perfekten Modell nicht wahrscheinlicher wird. Das hilft uns nicht dabei, Menschen zu organisieren, Allianzen zu bilden und Gegenmacht aufzubauen.

Woher kommt dieses Bedürfnis, Musterschüler zu sein?

Lisa Mittendrein: Das ist das technokratische Politikverständnis der Mainstream-Parteien. Darin gibt es die eine, für alle ideale Lösung, die nur von ExpertInnen gefunden werden muss. Unterschiedliche Interessen und Konflikte werden dabei ausgeblendet.

Lukas Oberndorfer: Linke Parteien gehen davon aus, dass sie sich an die Spielregeln halten müssen. Dabei übersehen sie, dass die Gegenseite laufend die demokratischen Normen bricht. Das sieht man an der Entstehung der budget- und wirtschaftspolitischen Vorgaben, die heute in der EU herrschen. Eine kleine Elite von Leuten aus Regierungen und Nationalbanken hat sie beschlossen, ohne öffentliche Debatte oder breite Mitsprache. Formal lief das anfangs noch korrekt ab, seit Krisenbeginn nicht einmal mehr das.

Kannst du dafür Beispiele geben?

Lukas Oberndorfer: Nehmen wir den Fiskalpakt, der die Staaten zu neoliberaler Budgetpolitik verpflichtet. Er steht als völkerrechtlicher Vertrag außerhalb des Europarechts, greift aber dennoch darin ein. Das ist schlicht rechtswidrig. Warum dieses illegale Vorgehen? Weil es keine Mehrheit für eine demokratisch korrekte Änderung des Europarechts gab. Man wich ins Völkerrecht aus, um die gewünschte Politik trotzdem durchzubringen. Ein anderes Beispiel ist die Economic Governance, ein Set von wirtschaftspolitischen Vorgaben an die Staaten. Die Rechtsgrundlage, auf der sie beruht, sieht nicht vor, dass eine abweichende Wirtschaftspolitik mit Sanktionen bestraft werden darf. Dennoch wurden Strafzahlungen beschlossen, mit denen die EU-Kommission nun droht, wenn ein Staat nicht die gewünschten neoliberalen Strukturreformen umsetzt.

129

Die neoliberalen Regeln in der EU sind also vor der Krise demokratisch wenig legitimiert zustande gekommen und danach oft autoritär beschlossen worden. Ich sehe daher nicht, warum linke Regierungen sich daran halten sollten. Eine bessere Strategie wäre: Sprechen wir offen an, mit welchen Regeln wir brechen wollen. Sagen wir, dass wir nur so eine alternative Wirtschafts- und Industriepolitik umsetzen können und warum das herrschende Reglement undemokratisch ist. Das wäre ein erster Schritt in die Offensive.

Lisa Mittendrein: Ja. EU-Recht darf uns nicht davon abhalten, das Richtige zu fordern. Ein Beispiel: Wenn wir günstigen öffentlichen Verkehr für alle haben wollen, dann kann der nicht liberalisiert bleiben, wie die EU das vorschreibt. Wenn eine Regierung oder Gemeinde ihn also rückverstaatlichen oder rekommunalisieren will, kommt sie in Konflikt mit EU-Recht. Die Auseinandersetzung kann sie gewinnen, wenn die Bevölkerung dahintersteht. So können sich ein Staat, eine Gemeinde Spielräume verschaffen – für sich selbst, aber auch für andere und soziale Bewegungen. Etienne Schneider und ich bezeichnen das als strategischen Ungehorsam.

In der Praxis sind es heute rechte Regierungen, die EU-Regeln brechen. Warum kommen sie damit durch?

Lukas Oberndorfer: Viktor Orbán kann einen Zaun aufstellen und Lager bauen, die gegen das gesamte europäische Asylrecht und Grundrechte verstoßen, und wenig passiert. Wenn es aber um neoliberale Budgetvorgaben oder gar die Marktfreiheiten geht, ist die Aufregung groß. Regelbrüche sind erlaubt, wenn sie gerade im Interesse der herrschenden Politik sind.

Budgetregeln werden doch auch straflos gebrochen: vor der Krise von Deutschland und Frankreich, zuletzt von Spanien und Portugal.

130 *Lukas Oberndorfer:* Stimmt. Die Regeln sind wie eine Klaviatur, auf der die Eliten spielen können. Gerät die neoliberale Politik in Gefahr, wie durch Syriza, werden sie knallhart angezogen. In Spanien würden neue Kürzungsaufgaben die konservative Regierung gefährden, also werden die Regeln ausgesetzt.

Lisa Mittendrein: Wir dürfen die Regeln nicht zum Fetisch machen, sondern müssen Politik inhaltlich bewerten. Ich bin gegen Orbáns Zaun, weil er menschenverachtend ist – und nicht, weil er EU-Recht widerspricht. Dieses Argument wird sonst auch gegen uns eingesetzt: „Das dürft ihr nicht fordern, das widerspricht den Binnenmarktregeln.“

In der europäischen Linken und in Bewegungen wie Varoufakis' DiEM25 halten viele am Ziel fest, die EU grundlegend zu reformieren. Sie wollen die EU-Verträge umschreiben, damit sie sozialen und demokratischen Zielen folgen. Wie könnte das in der Praxis funktionieren?

Lukas Oberndorfer: Das ist über die vorgesehenen Verfahren de facto unmöglich. Alle Staats- und Regierungschefs und das EU-Parlament müssten dem neuen Vertrag zustimmen, danach alle Nationalstaaten ratifizieren. Nehmen wir an, er sieht die Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung vor. Das würde die Standortkon-

kurrenz in diesem Bereich ausschalten, es gäbe mehr Steuereinnahmen. Aber jene Staaten, die heute auf Steuerdumping setzen, würden verlieren. Da alle zustimmen müssen, reicht eine einzige neoliberale Trutzborg aus, um den neuen Vertrag zu blockieren. Diese Nicht-Reformierbarkeit der Verträge ist kein Zufall, sondern war von Anfang an so geplant. Schon in den 1950er Jahren argumentierten neoliberale Vordenker, etwa Vertreter der ordoliberalen Freiburger Schule, in diese Richtung. Sie forderten explizit, dass die europäischen Verträge so gestaltet sein müssen, dass die liberale Wirtschaftsverfassung demokratisch nicht geändert werden kann.

Lisa Mittendrein: Viele setzen ihre Kritik erst beim Euro an, ab den 1990er Jahren. Die Probleme beginnen aber früher und sitzen tiefer. Die Grundstruktur der EU sind Freihandel und Binnenmarkt. Die EU ist in erster Linie ein neoliberales Wirtschaftsprojekt und damit ein Hindernis für unsere Vorstellungen. Dieser Kern ist nicht veränderbar, und deswegen halte ich eine grundlegende Reform der EU für unmöglich. 131

Lukas Oberndorfer: Ich denke schon, dass ein Bruch von unten denkbar ist, der in eine Reform mündet, aber nur dann, wenn die entsprechenden sozialen Konflikte und Kämpfe geführt werden. Aus diesen Verschiebungen kann ein anderes Europa hervorgehen.

Lisa Mittendrein: Das wäre aber nicht mehr die EU. Wir brauchen eine ganz andere Form der Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus.

Bleiben wir bei jenen, die die EU grundlegend reformieren wollen. Als Mittel schlagen sie häufig vor, einen Konvent einzuberufen, der eine neue EU-Verfassung erarbeitet. So soll das unmögliche Vertragsänderungsverfahren, das Lukas beschrieben hat, umgangen werden. Interessanterweise sehen die EU-Verträge einen solchen Konvent vor. Wie würde das ablaufen?

Lukas Oberndorfer: Der Konvent würde sich nach einem komplizierten Schlüssel zusammensetzen. Die EU-Kommission, die nationalen Parlamente, das EU-Parlament und alle Regierungen würden VertreterInnen nominieren. Diese Gruppe muss einstimmig einen Entwurf vorlegen, den wieder alle Regierungen unterschreiben und alle Nationalstaaten ratifizieren müssen. Dieser Weg ist also ebenso unmöglich wie der eines normalen Vertragsänderungsverfahrens. Etwas anderes wäre eine verfassungsgebende Versammlung abseits der Verträge. Diese kann aber nur ein Höhe- oder Endpunkt einer breiten Bewegung, einer sozialen Revolution sein. Sie müsste gegen die europäischen Staatsapparate, zu denen auch die Nationalstaaten gehören, durchgesetzt werden.

Lisa Mittendrein: Unter den Konvent-BefürworterInnen herrscht oft eine zu optimistische Vorstellung von Demokratie. Sie glauben: „Wir müssen nur die Leute fragen, dann werden sie sich für das Europa entscheiden, das wir ihnen vorschlagen – solidarisch, ökologisch, sozial gerecht.“ Das halte ich für eine Illusion. Gäbe es heute einen demokratischen Prozess, würden wir ihn haushoch verlieren. Es würde eine noch autoritärere und unsozialere EU herauskommen. Nur wenn wir eine breite Bewegung sind und, wie Lukas sagt, am Höhepunkt einer sozialen Auseinandersetzung, wird ein solcher Prozess in unserem Sinn ausgehen. Davon sind wir weit entfernt.

Ein häufiges Argument von Reform-BefürworterInnen lautet: Wenn es nur in Deutschland eine entsprechende Regierung gäbe, wäre alles anders. Was würde sich tatsächlich ändern?

Lukas Oberndorfer: Das hinge stark davon ab, ob eine Regierung von einer Dynamik von unten getragen wird. Sobald sie nur aus Wahlen hervorgeht und danach ausschließlich im politischen System tätig ist, gerät sie in die institutionelle Mühle der Staatsapparate. Dort werden auch ehrlich gemeinte Reformansätze zerrieben.

Das sagt uns die kritische Staatstheorie, und die Griechenland-Erfahrung bestätigt es.

Für eine potenzielle rot-rot-grüne Regierung in Deutschland würde wohl das zweite Szenario gelten.

Lukas Oberndorfer: Ja. Staat und Politik sind immer Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Solange die nicht durch Demokratisierung und soziale Revolutionierung verändert werden, kann sich auch die Politik des Staats kaum ändern.

Lisa Mittendrein: In Deutschland ist all das besonders unwahrscheinlich, so bitter das ist. Alternative Kräfte haben es dort noch schwerer. Das gilt nicht nur für die Politik, sondern auch für Universitäten, Wirtschaftsforschungsinstitute, Medien. Es herrscht eine unheimlich neoliberale Orthodoxie, die kaum Raum für anderes lässt. Das sieht man auch an der Rolle, welche die deutsche Bundesregierung und Bundesbank in der EU spielen. Sie vertreten nicht die Interessen der deutschen Bevölkerung, sondern der deutschen und teilweise der europäischen Exportindustrien. Den deutschen gesellschaftlichen Institutionen sind die Kapitalinteressen so stark eingeschrieben wie nirgendwo sonst.

In Spanien wäre das anders, da gibt es starke soziale Bewegungen. Eine linke Regierung könnte sich einfacher Spielräume erkämpfen als jene in Griechenland, weil Spanien größer und wirtschaftlich wichtiger ist. Aber auch sie könnte die EU nicht von innen reformieren, weil die sonstige Konstellation ja gleich bliebe.

Lukas Oberndorfer: Ebenso denkbar ist, dass das Gegenteil passiert. Dass Regierungswechsel in größeren Staaten zu einem Bruch mit der bisherigen EU-Politik führen, aber von rechts. Unter Trump sind ja bereits Ansätze einer neuen Politik erkennbar, die sich zu einem Entwicklungsmodell verdichten könnten. Wir müssen auch in Europa wachsam sein, ob so etwas passiert. Die heute herr-

schenden Kräfte wären wohl dafür offen, denn die Dauerkrise der EU hat auch sie zum Nachdenken gebracht.

Wie könnte so eine rechte Neuerfindung der EU aussehen?

Lukas Oberndorfer: Ihre Eckpunkte wären wohl Militarisierung, innere Sicherheit und Grenzen. „Sicherheit geht nur europäisch und seht her, die EU garantiert sie euch“, wäre die Botschaft an die BürgerInnen. Steigende Rüstungs- und Sicherheitsausgaben würden wohl für etwas Wachstum sorgen. Nach außen könnte sich eine Art europäischer Wirtschaftsnationalismus entwickeln, der etwa gegen chinesisches Dumping vorgeht und mehr auf Abschottung setzt.

134

Die extreme Rechte und die traditionellen neoliberalen Eliten als Partner in der EU-Politik? Wie soll das gehen?

Lisa Mittendrein: Die extreme Rechte verändert gerade ihre Haltung zu Europa. Die FPÖ und Orbán wollen heute nicht raus aus der EU, sondern sie wollen bestimmte Teile zurückfahren und andere stärken, etwa Grenzen, Militär und Sicherheit. Sie beziehen sich jetzt positiv auf Europa, gegen die neuen Feindbilder Islam oder auch China. Das einzige Gute an dieser Entwicklung ist, dass wir uns dann nicht mehr sklavisch zur EU bekennen müssen, um uns nur ja von der Rechten abzugrenzen.

Kommen wir abschließend zur Lage in Österreich. Was ist hier in den nächsten Jahren an progressiver Politik gegenüber der EU möglich?

Lisa Mittendrein: Beim Syriza-Wahlsieg gab es auch bei uns ein Aufflackern der Hoffnung. In einer Umfrage sagten über 20 Prozent, dass sie sich vorstellen könnten, so eine Partei in Österreich zu wählen. Das war ein Funke, aus dem nicht mehr wurde, der aber kurz beleuchtet hat, was möglich wäre.

Lukas Oberndorfer: Mit der Niederlage Syrizas ist vorerst ein europäischer Zyklus zu Ende gegangen. Der Anfang war 2011 in Griechenland und Spanien, als zentrale Teile der Gesellschaft auf die Straße gingen und Plätze besetzten. Diese Dynamik wurde gebrochen, bevor sie auf Europa und damit auch auf Österreich übergreifen konnte. Jetzt sieht es eher umgekehrt aus: Der Rechtspopulismus ist an der Macht, ohne in der Regierung zu sein. SPÖ und ÖVP setzen seine rassistischen Forderungen um.

Aber genau dieser Rechtsruck zeigt auch die Schwäche des Neoliberalismus. Er hat sich zwar stabilisiert, kann aber immer weniger Menschen ökonomisch integrieren. Auf die eigentlichen sozialen Probleme hat er keine Antworten. Weil er schwach ist, muss der Neoliberalismus – und mit ihm die EU – verstärkt auf Rassismus, Entdemokratisierung und Militarisierung zurückgreifen. Das macht die Herrschaftsverhältnisse sichtbarer und weckt Widerstand. Bei aller Wachsamkeit gegenüber dem Rechtsruck sollten wir nicht übersehen, dass dadurch immer mehr Menschen für grundsätzliche Alternativen offen sind.

135

Das Interview führte Valentin Schwarz.

„Die Austrittsdebatte ist der falsche Ansatzpunkt für Strategien gegen rechts“

Ja oder Nein zum EU-Austritt? Diese Frage stellte sich 2016 im Vereinigten Königreich. Warum die Austrittsfrage in vielen Staaten ausschließlich von rechts kommt und sie daher für progressive und linke Kräfte der falsche Ausgangspunkt ist, erzählt James O’Nions von Global Justice Now/Attac UK.

136 *Welche politischen Optionen habt ihr bei Global Justice Now (GJN) diskutiert, als klar wurde, dass es ein Referendum über den Brexit geben wird? Wie seid ihr zu einer Entscheidung gekommen, wofür ihr kampagnisieren wollt?*

James O’Nions: Wir haben uns die verschiedenen Möglichkeiten angesehen: aus der Referendumsdebatte vollkommen draußen zu bleiben, eine Austrittsposition zu vertreten (*Leave*) oder eine Position für einen Verbleib in der EU einzunehmen (*Remain*). Aber für uns war auch klar, dass wir im Falle der letzten beiden Positionen keine der offiziellen *Leave*- oder *Remain*-Kampagnen unterstützen, sondern eine eigene kritische Kampagne führen wollen.

Eine andere Option wäre gewesen, in der Debatte um den Brexit zu intervenieren, ohne uns auf eine Seite zu stellen. Das war sogar der erste Vorschlag, den wir unserem gewählten Vorstand vorgelegt haben: keine Position zu beziehen, aber uns zu bestimmten wichtigen Aspekten unserer Arbeit in der Debatte zu Wort zu melden. Doch als der Vorstand diskutierte, wurde bald klar, dass alle das Gefühl hatten, es ist wichtig, in der EU zu bleiben. Denn es wurde immer deutlicher, dass ein Austritt aus der EU auf Basis ziemlich reaktionärer Politik in verschiedensten Formen geschehen würde. Dieser Wunsch nach einem Verbleib in

der EU kam bei uns natürlich nicht daher, dass wir die EU als eine besonders tugendhafte Institution gesehen hätten. Sie repräsentiert zwar eine Art der internationalen Zusammenarbeit, wir haben aber immer auch die vielen negativen Aspekte der EU kritisiert und dagegen gekämpft.

Wir wollten auch unsere vielen Mitglieder und vor allem unsere lokalen Gruppen mitbestimmen lassen, denn immerhin würden sie die jeweilige Kampagne umsetzen. Und ein Großteil von ihnen war überzeugt, dass wir eine *Remain*-Position vertreten sollten. Nur eine kleine Gruppe wollte sich auf keine Position festlegen, und tatsächlich war niemand der Meinung, wir sollten uns für einen Austritt einsetzen. Es war also sehr klar, dass wir ein Mandat von unseren Mitgliedern hatten. 137

Warum habt ihr zuerst darüber nachgedacht, keine klare Position für oder gegen den Brexit einzunehmen?

James O’Nions: Ursprünglich dachten wir, es gäbe unter unseren Mitgliedern mehr Dissens über diese Frage, und wir wollten keine unnötigen Gräben aufreißen. Uns war klar, dass man mit guten Gründen auch einen linken Austritt fordern könnte. Aber wie sich herausstellte, haben dem nur wenige in der Organisation zugestimmt. Es wurde also immer deutlicher, dass praktisch Konsens darüber bestand, eine eigene *Remain*-Kampagne zu machen.

Wurden in anderen Bewegungen und Organisationen, die euch nahe stehen, ähnliche Debatten mit dem gleichen Ergebnis geführt?

James O’Nions: Manche hatten keinen offiziellen Standpunkt, wie zum Beispiel „War on Want“. Soweit ich das mitbekommen habe, befürwortete deren Obmann den Austritt, das war aber nie die Position der gesamten Organisation. Andere wie etwa „Friends of the Earth“ bezogen einen sehr klaren Standpunkt für den Verbleib in der EU, basierend auf den positiven Auswirkungen der EU-

Mitgliedschaft auf Umweltverpflichtungen des Vereinigten Königreichs. Das reichte ja vom Klimawandel bis hin zu der Frage, wie sauber unsere Strände jetzt sind. Das war tatsächlich eine große Sache – vor der EU waren die britischen Strände verdreckt.

Wir haben uns im Zuge unserer kritischen *Remain*-Kampagne mit anderen AktivistInnen vernetzt, die eine gemeinsame Plattform gründen wollten, um genau diese kritische Position zu stärken. So ist „Another Europe is Possible“ entstanden, wo auch wir mitgearbeitet und gemeinsam Informationsmaterial veröffentlicht haben. Diese Plattform setzte sich aus den verschiedensten Leuten mit diversen linken Hintergründen zusammen, von der Labour Party und der Green Party bis zu Left Unity.

Ihr habt also letztendlich eine kritische Remain-Kampagne gemacht. Was waren eure Hauptanliegen und wie habt ihr kampagnisiert?

James O’Nions: Ein Thema, das uns sehr wichtig war, ist die Idee der Personenfreizügigkeit in der EU. Einige argumentierten zwar, dass Personenfreizügigkeit innerhalb der EU Personen von außerhalb der EU ausschließt. Aber für uns war eben auch klar, dass man nicht das Gebiet der Personenfreizügigkeit dadurch erweitert, indem man es dort schließt, wo es bereits existiert. Viele AktivistInnen, die sich bei „Another Europe is Possible“ engagierten, kamen aus anderen EU-Staaten – daher war das für die ganze Plattform ein zentraler Punkt. Daneben war es für uns bei „Global Justice Now“ auch wichtig, Informationen und gute Materialien zur Verfügung zu stellen, um die Behauptungen der beiden offiziellen Kampagnen zu *Remain* und *Leave* richtigzustellen. Die Regierung ist ja offiziell dafür eingetreten, in der EU zu bleiben, und hat Infomaterial an alle Haushalte im Land geschickt. Und dann gab es die offizielle *Remain*-Kampagne, die im Look eines modernen Nationalismus daherkam. Die Materialien sahen aus wie ein Stück Konzernpropaganda, nur unglaublich fade und

schlecht. In Flyern wurden zum Beispiel Zitate von Personen mit Bild abgedruckt, die einfach nicht aussahen wie echte Menschen und deren vollständige Namen nicht angegeben wurden. Es war so unglaublich schlechte Propaganda, man glaubt es kaum. Im Fokus stand nur die Angst davor, was der Wirtschaft alles passieren würde, wenn wir austräten. Im Grunde hat die offizielle *Remain*-Kampagne die Stimmung im Land falsch eingeschätzt.

Wir konnten da als relativ kleine Organisation natürlich nicht alles aufgreifen. Wir haben auf bestimmte progressive Errungenschaften fokussiert und argumentiert, dass die EU zwar nicht perfekt ist, wir aber bei einem Austritt eben diese Errungenschaften verlieren würden, wie zum Beispiel Arbeitsrechte oder Ähnliches. Wir haben aber auch gravierende Fehler der *Leave*-Kampagne angesprochen. Dort wurde ja sehr opportunistisch behauptet, dass wir auch TTIP los wären, wenn wir aus der EU austräten. Wir haben die Scheinheiligkeit der politischen Akteure und Akteurinnen aufgezeigt und auch den Trugschluss dieses Arguments, denn es wäre wesentlich wahrscheinlicher, dass wir bei einem Austritt mit einem noch schlimmeren Freihandelsvertrag dastehen würden – und genau das scheint ja jetzt auch zu passieren.

139

Wie ist die Kampagne gelaufen? Seid ihr mit euren Kernaussagen durchgedrungen?

James O’Nions: Nun ja ... leider nicht. Das liegt natürlich auch an der Größe unserer Organisation und an der Anzahl unserer Mitglieder. Und nicht alle unserer AktivistInnen haben sich an der Kampagne beteiligt und unsere Materialien verteilt. Aber die Plattform „Another Europe is Possible“ hat in den letzten Wochen vor dem Referendum sehr viele Materialien ausgesendet und war sehr aktiv. Trotzdem hat es sich manchmal angefühlt, als würde all das nichts ändern. Man muss natürlich auch erwähnen, dass die Plattform quasi von null weg gestartet ist und nur durch Beiträge

von AktivistInnen finanziert wurde – und nicht von Geschäftsleuten mit dickem Scheckheft. Angesichts der riesigen Herausforderung, vor der wir standen, war wohl von Anfang an klar, dass wir keinen großen Unterschied machen können.

Ein anderes Problem war die Labour Party. Die verbreitete Behauptung, Jeremy Corbyn hätte während der Kampagne nichts getan, stimmt zwar nicht – er hat ganz stark für *Remain* geworben, hat an vielen öffentlichen Veranstaltungen teilgenommen und Treffen besucht. Aber ich denke, es gab in der Labour Party nie wirklich eine Dynamik oder einen starken Impuls für eine emotionale *Remain*-Kampagne. Dadurch fehlte eine wichtige institutionelle Basis für eine erfolgreichere kritische *Remain*-Kampagne, die sonst vielleicht möglich gewesen wäre.

Ich würde sagen, dass die allgemeine Kraft der breiten Linken in Großbritannien zu klein war, um eine Debatte über die EU zu verändern, die schon so lange Zeit durch die Rechten dominiert war. Die offiziellen Begriffe und Deutungen der Debatte waren so weit nach rechts gerückt, dass einfach nicht genug Zeit war, um daran wirklich etwas zu ändern und die Debatte wieder nach links zu ziehen. Dazu hätten wir viel mehr Zeit gebraucht. Die VertreterInnen des sogenannten Lexit, also eines linken Austritts aus der EU, hatten ebenso keinen substanziellen Einfluss auf die ganze Diskussion. Vielleicht sogar noch weniger als „Another Europe is Possible“, weil die linken Kräfte der Lexit-Position sich nie wirklich zu einer kohärenten Kampagne zusammengefunden haben.

Du sagst also, dass die öffentliche Debatte letztlich durch rechte nationalistische Kräfte auf der einen und rechte neoliberale Kräfte auf der anderen Seite dominiert war, während eine progressive Linke keine größere Aufmerksamkeit erhielt?

James O’Nions: Absolut, ja.

Wenn man all die von dir geschilderten Rahmenbedingungen betrachtet, was hätte die Linke anders machen können?

James O'Nions: Das ist schwer zu beantworten. Ich denke, ein Grund, warum wir diese Haltung vertreten haben, liegt genau darin, dass die Linke in so einer schwachen Position war. Man sollte nicht vergessen, dass beim ursprünglichen Beitrittsreferendum in den 1970er Jahren die Linke, also die damals linke Labour Party, gegen die EU war. Aber nun wird das ganze Thema schon lange von der UK Independence Party (UKIP) – und damit von einer sehr weit rechts stehenden Partei – dominiert. Das praktische Ergebnis der Entscheidung für den EU-Austritt ist heute, dass reaktionäre und rassistische Kräfte in der Gesellschaft gestärkt wurden. 141

Die *Leave*-Stimmen waren größtenteils in wirtschaftlich schwachen Regionen in der Mehrheit. Offenbar gibt es eine spezielle Art von ländlichem Konservatismus, der schon immer anti-europäisch eingestellt war und auf jeden Fall für den Austritt und gegen Europa gestimmt hätte. In postindustriellen Gebieten hätte die Abstimmung aber vielleicht doch zugunsten des Verbleibs in der EU gewonnen werden können.

Ich glaube, es gab einen erheblichen Teil von Leuten unter den Linken, die lange unsicher waren, wie sie sich entscheiden sollten. Schließlich haben sie dann aber für einen Verbleib in der EU gestimmt, weil sie die zunehmende reaktionäre Stimmung wahrnahmen und erkannten, in welche Richtung sich die Dinge entwickelten.

Was würdest du anderen Linken und sozialen Bewegungen raten, die sich vielleicht bald in einer ähnlichen Situation wiederfinden?

James O'Nions: Das ist nicht einfach zu beantworten, denn das Brexit-Referendum hat bedauerlicherweise eher einen zusätzlichen Auftrieb für rechtsextreme Kräfte geschaffen. Das macht es ihnen leichter, auch in anderen nationalen Kontexten die Austritts-

Debatte zu dominieren. Was in einer solchen Situation machbar wäre, ist die Gründung einer Plattform rund um die Idee, dass das dringendste Verlangen nach Souveränität nicht nationale Souveränität, sondern eine Souveränität im Sinne der Freiheit von globaler Konzernmacht ist.

Mein Instinkt sagt mir, wir hätten schon viel früher einiges ändern müssen, um nun auch der EU-Debatte eine andere Richtung geben zu können. Wenn wir die Gesellschaft verändern und Strategien gegen rechts entwickeln wollen, ist die Austrittsdebatte der falsche Ansatzpunkt.

„Wer glaubt, die EU wäre die Antwort auf die Rechte, hat schon verloren“

Die Haltungen der europäischen Rechtsparteien zur EU sind sehr vielfältig. Was der Aufstieg der Rechten mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun hat, welche EU-Strategien sie heute verfolgt und was das für progressive Kräfte bedeutet, erklärt Joachim Becker im Interview.

Kritik an der EU ist in der Öffentlichkeit meist von der extremen Rechten zu vernehmen. Wie hängt der Erfolg der Rechten mit dem ökonomischen Auseinanderdriften der EU zusammen? 143

Joachim Becker: Die ungleiche ökonomische Entwicklung und der Aufstieg der Rechten haben miteinander zu tun. Ich sehe den Aufstieg der Rechten als eine Art Resignation von Teilen der WählerInnenschaft. Diese Menschen haben die Hoffnung aufgegeben, dass die bestehende Politik fundamental herausgefordert wird. Sie sehen nur: Der Kuchen wird immer kleiner. Und wenn das so ist, dann sollen immer weniger von dem Kuchen bekommen. Das ist der Kern der Sozialpolitik der nationalistischen Rechten.

Wie unterscheiden sich rechte Konzepte zur europäischen Integration von jenen des Mainstreams?

Joachim Becker: Man kann die politische Rechte in Europa nicht losgelöst von den sogenannten gemäßigten Kräften sehen. Die dominante Strategie des Mainstreams von rechts bis Mitte-links will ja die neoliberale Integration mit einer flexiblen und reaktiven Politik des Durchwurschtelns fortführen. Das lässt das *Weißbuch zur Zukunft Europas* der EU-Kommission erkennen. Zur Diskussion steht darin allein das Ausmaß, aber nicht die Ausrichtung des

europäischen Integrationsprojekts. In den ersten politischen Reaktionen haben die Regierungen der größeren westeuropäischen Länder Präferenz für eine vertiefte Zusammenarbeit unter den „willigen“ Ländern erkennen lassen. Eine solche weitere Ausdifferenzierung der EU-Integration stößt bei den mittelosteuropäischen Ländern, die ja schon nicht zur Eurozone gehören, auf wenig Gegenliebe.

144 Inhaltlich sind im *Weißbuch* zu diversen Themen Reflexionspapiere der Kommission angekündigt. Dies gilt jedoch nicht für den Finanzsektor und die Produktionssphäre, obwohl gerade dort die zentralen Gründe für die Krise ab 2008 zu finden sind. Diese Tabuisierung der wirtschaftspolitischen Grundausrichtung der Integration hat zur Entfremdung großer Bevölkerungsgruppen von der EU beigetragen. Und diesen Unmut hat weit weniger die Linke als eben die nationalistische Rechte für sich nutzen können.

Aktuell werden ja immer mehr Elemente rechter Politik übernommen.

Joachim Becker: Ja, das zeigt sich vor allem darin, dass Themen wie militarisierter Grenzschutz und militärische Zusammenarbeit immer stärker forciert werden. Zusätzlich gibt es vermehrt Bemühungen nach verstärkten innereuropäischen Grenzkontrollen, um die Schengenzone faktisch um einzelne südeuropäische Länder zu verkleinern. Dieser Sicherheitsdiskurs wird zur Klammer zwischen christ- und oft auch sozialdemokratischem Mainstream und der nationalistischen Rechten. Sicherheit wird dabei auf polizeiliche und militärische Aspekte reduziert. Das ist das klassische rechte Diskursmuster. Wenn sich dann auch noch die Sozialdemokratie auf diesen Diskurs einlässt, wird das weiter verfestigt. Dabei hat ja gerade die militärische Interventionspolitik einiger EU-Staaten zu starken Fluchtbewegungen im Nahen Osten beigetragen, was nun zu lauten Rufen nach scharfem Grenzschutz führt.

Wo gibt es wirtschaftspolitische Überschneidungen?

Joachim Becker: Einerseits soll der Zugang von EU-MigrantInnen zu Sozialleistungen eingeschränkt werden. Die österreichische Debatte über die Kürzungen der Familienbeihilfe für EU-BürgerInnen oder den Zugang zum Arbeitsmarkt verdeutlicht das. Derartige Zugeständnisse der EU wurden Großbritannien vor dem Referendum in Aussicht gestellt. Angela Merkel unterstützte in diesem Punkt stark die Regierung Cameron. Denn dies fügte sich gut in die Debatte über angeblichen Sozialtourismus in Deutschland ein. Speziell (aber nicht nur) christdemokratische Kreise sahen in derartigen Sonderregelungen für Großbritannien auch einen Präzedenzfall für andere EU-Länder.

145

Interessant ist, dass in den Zentrumsländern sowohl Teile der Christdemokraten als auch der extremen Rechten ein Kerneuropa wollen. Ihnen geht es vor allem darum, die „schwachen Volkswirtschaften“ der südlichen Peripherieländer loszuwerden. Ein entsprechendes Konzept zu Kerneuropa hat Wolfgang Schäuble ja bereits 1994 vorgestellt. Das wurde auch nochmals mit seiner Androhung deutlich, Griechenland aus der Eurozone zu werfen, falls es die Kürzungspolitik der Troika ablehnt. Aus Sicht der christdemokratischen VerfechterInnen eines Kerneuropas soll dieses kleiner und homogener werden, um eine stärkere neolibérale Integration zu ermöglichen. Dieser Plan würde allerdings für die Gesamtarchitektur schwere Erschütterungen mit sich bringen, weswegen das Konzept bislang nicht offensiver verfolgt wurde. Passend dazu will ein Teil der nationalistischen Rechten in Südeuropa den Austritt aus der Eurozone, am stärksten dabei wohl die italienische Lega Nord. Sie sieht die Wirkungen des Euro auf die italienische Industrie als negativ und einen Euro-Austritt als zentral, um die Krise zu überwinden. Dass eine solche Sichtweise gerade in Italien vertreten wird, ist nicht überraschend. Denn

Italien ist jenes südeuropäische Land, in dem das einheimische industrielle Kapital am stärksten ist.

Welche Teile der Rechten treten noch für ein Kerneuropa ein?

146 *Joachim Becker:* Da ist einmal die FPÖ. Sie ist im Grunde eine rechts-bürgerliche und wirtschaftsfreundliche Partei, die ja auch in der Industriellenvereinigung ihre Sympathien hat und daher eine flexible Kerneuropaposition vertritt. Für eine in die Regierung zentral eingebundene FPÖ wären wohl Industrie-Interessen handlungsleitend. Gleichzeitig ist ihre WählerInnenschaft deutlich EU-skeptischer, woraus sich eine Ambivalenz und ein Schlingern bei den EU-Positionierungen der FPÖ ergibt. Auch die Alternative für Deutschland (AfD) hat die EU-Kreditprogramme für die südeuropäischen Peripheriestaaten stets kritisiert, sich aber in letzter Zeit vermehrt in Richtung einer Auflösung der Eurozone radikalisiert. Bei ihr ist eine Mischung von Kerneuropa-Positionen und einer Orientierung auf ein „Europa der Vaterländer“ zu beobachten.

Was ist darunter zu verstehen?

Joachim Becker: Dieses Spektrum der Rechten will in der EU und im Binnenmarkt bleiben, dabei aber die nationalstaatlichen Kompetenzen stärken und gesellschaftspolitisch konservativ-reaktionär ausrichten – etwa in den Bereichen Menschenrechte, Gleichstellung oder Antidiskriminierung. Dazu zählte etwa die „*Remain-Fraktion*“ bei den britischen Konservativen. Die Position ist auch bei vielen rechten Parteien in Zentralosteuropa stark vertreten. Der frühere tschechische Premier und Staatspräsident Václav Klaus etwa geißelt Menschenrechte als „inhuman“ und „utopisch“. Zu einer starken Konkurrenzorientierung und einer Stärkung der Nationalstaaten bekennt sich auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán. Schengen will er durch radikalisierte

Grenzkontrollen und Abschottung nach außen absichern. Sicherheit definiert er als „innere“, nicht aber soziale Sicherheit.

Viele osteuropäische Regierungen haben sich zudem immer schon gegen eine Europäisierung bestimmter Politikbereiche ausgesprochen. Sie sind konsequenterweise seit jeher gegen Steuerharmonisierungen, da ihre Länder Auslandskapital mit Privatisierungen, niedrigen Löhnen und eben niedrigen Steuern angezogen haben. Das hängt mit der untergeordneten Stellung der Region in der europäischen Arbeitsteilung und den Strategien abhängiger Entwicklung in Osteuropa zusammen. Diese abhängigen Entwicklungsmuster sind nicht zuletzt durch die EU in den Beitrittsgesprächen zementiert worden. Industriell sind die zentralosteuropäischen Länder als Zulieferer sehr stark auf Deutschland orientiert. Sie unterstützen auch die deutsche Austeritätspolitik, die ja darauf ausgerichtet ist, Überschüsse im Außenhandel zu erzielen und die Interessen der exportorientierten Industrie zu bedienen.

147

Weiters ist für die Rechten wie für alle Parteien in Osteuropa nicht nur der Zugang zu EU-Fonds für öffentliche Investitionen, sondern auch die freie Arbeitskräftemobilität in der EU zentral. In letzterem Punkt tut sich übrigens ein Spannungsfeld mit den traditionell rechten Positionen in Westeuropa auf. Im Falle der FPÖ ist dabei interessanterweise ein Umschwenken des Diskurses weg von osteuropäischen EU-MigrantInnen hin zu antimuslimischen Positionen zu erkennen.

... und welche Konzepte von Europa gibt es bei den Rechten in Westeuropa?

Joachim Becker: Die westeuropäische harte Rechte will eine nationale, ethnisch homogen gedachte Wettbewerbsgemeinschaft. Französische, niederländische, belgische, österreichische und italienische Rechte arbeiten dafür im EU-Parlament in der Fraktionsgemeinschaft „Europa der Nationen und der Freiheit“ eng zusam-

men. Sie versuchen bei der ArbeiterInnenklasse und der Mittelschicht mit einer Mischung neoliberaler und konservativ-reaktionärer Elemente zu punkten.

148 Zur Frage des EU-Austritts ist dabei der Front National (FN) in Frankreich oder die Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden sehr ambivalent, aber zumindest verbal zunehmend auf einen Bruch orientiert. Der FN unterstützte in den frühen 1980er Jahren eine gemeinsame Verteidigung und einen gemeinsamen Grenzschutz, aber auch eine Gemeinschaftswährung. In letzter Zeit proklamiert er immer stärker nationale Souveränität, protektionistische Maßnahmen und eine Kritik des Euro. Was der FN im Falle einer Regierungsbeteiligung in Bezug auf einen EU-Austritt machen würde, ist schwer vorherzusagen. Sehr EU-kritisch und extrem antimuslimisch gibt sich die PVV. Bei den Parlamentswahlen 2017 ist die PVV mit 13 Prozent der Stimmen unter ihren Erwartungen geblieben, wurde aber doch knapp zur zweitstärksten Kraft. Koalitionspotenzial hat sie derzeit nicht. Aber sie hat den Diskurs über die MigrantInnen in den Niederlanden bereits sehr stark nach rechts gerückt. Die nationalistischen Kräfte in den wohlhabenderen Kernländern plädieren am schärfsten für einen Bruch. Das entspricht auch durchaus den Abspaltungsmustern in multinationalen Staaten in der Vergangenheit.

Das allein ein weiterer Aufstieg der Rechten den Zerfall der EU besiegeln würde, hält aber eigentlich einer Überprüfung nicht stand.

Joachim Becker: Zunächst muss man sehen, dass der Desintegrationsprozess ja schon begonnen hat. Der Brexit ist Realität, was zeigt, dass ein Bruch mit der bisherigen Integrationspolitik auch gegen die Interessen des dominanten Blocks denkbar ist. Das ist neu. Dabei ist aber auch die politische Rechte tief gespalten, denn ein totaler Bruch mit der EU ist von weiten Teilen der Rechten sicher nicht vorgesehen.

Wichtig ist aber zu erkennen, dass auch der Wunsch, die EU von innen zu verändern, eine Dynamik entwickeln kann, die nicht genau vorhersagbar ist. Die Vorstellungen, in welche Richtung die EU verändert werden soll, gehen deutlich auseinander. Das zeigt Parallelen zur Endphase der Krise der Sowjetunion und Jugoslawiens. Speziell in den letzten Jahren Jugoslawiens drehte sich die Debatte stark darum, welche Region wie viel für wen zahlt. Die zentrifugale Dynamik kann sich ab einem bestimmten Punkt enorm beschleunigen.

Eine zweite EU-Sollbruchstelle nach Großbritannien ist Italien. Ich würde daher eine weitere – wenn auch nicht völlige – Desintegration der EU erwarten. Dabei kann es zu einer verstärkt nationalkonservativen reaktionären Einfärbung des verbleibenden Integrationsprojektes kommen. Ein kleines, technokratisch neoliberaleres Kerneuropa inklusive Österreich mit einer daran abgestuft angelagerten Peripherie würde übrigbleiben. Insofern ist die Frage der Zukunft der EU nicht nur eine Frage, ob die Rechten an die Macht kommen, sondern wie sich die Konservativen verändern.

149

Das Scheitern der wirtschaftlichen Integration ist also der Motor der politischen Desintegration?

Joachim Becker: Ja. Auf wirtschaftlicher Ebene erleben wir eine Polarisierung, die in den Strukturen selbst angelegt ist. Die Unterschiede in der EU treten durch die Liberalisierung von Warenverkehr, Dienstleistungen und insbesondere Kapitalverkehr immer deutlicher hervor. Zusätzlich hat der Euro für viele Länder ein zentrales wirtschaftspolitisches Instrument – nämlich die Möglichkeit, die eigene Währung abzuwerten – außer Kraft gesetzt und so zu einer faktischen Zwei- bis Dreiteilung der EU geführt. Die EU ist also selbst Teil eines Prozesses für verschärfte nationale Konkurrenz.

Politisch war die EU von Anfang an stark exekutivlastig, und parlamentarische Instanzen hatten relativ geringe Bedeutung.

Dadurch entwickelte sich ein technokratisches Politikmuster, das soziale Bewegungen stark ausgrenzte, aber auch Gewerkschaften wenige Einflussmöglichkeiten gab. Die Kommission, die ja die Gesetzgebung initiiert, ist besonders eng mit transnationalem Kapital verbunden. Das prägt die EU-Politik strategisch natürlich stark und erleichtert es, ordo- und später neoliberale Politik durchzusetzen. Zudem wird durch die EU auch auf nationaler Ebene die Exekutive (sprich die Regierungen) gegenüber den Parlamenten gestärkt. Denn in den mächtigen EU-Räten sitzen ja RegierungsvertreterInnen.

150 Die neoliberalen Politikmuster auf EU- und nationaler Ebene haben besonders stark die populären Klassen, also die frühere KernwählerInnenschaft der Sozialdemokratie, getroffen. Die Sozialdemokratie spielte bei der neoliberalen Restrukturierung der EU durchaus eine aktive Rolle. Zentraler Akteur beim Binnenmarktprojekt war mit dem damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors ein Sozialdemokrat. Er hatte die Vorstellung, dass in der EU noch etwas im sozialen Bereich folgen würde, was dann – wenig überraschend – nicht gekommen ist.

Welche politischen Optionen gibt es für progressive Kräfte in Bezug auf die EU?

Joachim Becker: Die Vorstellung, die EU zu einer „sozialen EU“ zu transformieren, ist meines Erachtens illusionär und widerspricht den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. Entsprechende Idealbilder sind natürlich hypothetisch denkbar, aber mit keiner politischen Strategie verbunden. Auch das Ziel einer politischen Neugründung scheint mir nicht durchführbar. Das wäre das Ende der EU – ebenso wie die Neugründung der Sowjetunion ihr Ende war. Ich sehe nicht, wie die bestehenden Strukturen in eine progressive Richtung verändert werden können. Das würde eine entsprechende Mobilisierung in fast allen EU-Ländern voraussetzen, was

nicht vorstellbar ist. Die Krisenproteste in der EU waren ja auch regional und zeitlich sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Eine linke Politik müsste mit zentralen Elementen der EU-Politik brechen. Die Kritik muss natürlich deutlich anders und an anderen Punkten ansetzen als die der Rechten. Vielmehr sollte man bestimmte politische Ziele formulieren und sehen, inwieweit sie in den Strukturen realisierbar sind und inwieweit EU-Regeln dabei herausgefordert werden müssen. Im Kern geht es darum, Spielräume für eine stärker sozial und ökologisch ausgerichtete Politik zu gewinnen. Eine solche Politik müsste auch eine Veränderung der Produktionsstrukturen beinhalten.

151

Die EU gilt ja als Friedensprojekt – als Reaktion auf die Weltkriegserfahrungen des 20. Jahrhunderts, was bei vielen Menschen eine enorme emotionale Bindung an die EU hervorruft. Der Forderung, EU-Regeln zu brechen, wird daher oft reflexartig mit dem Vorwurf begegnet, man mache sich damit zum nützlichen Helfer der Rechten. Joachim Becker: Es stimmt, die EU ist emotional positiv besetzt – wenn auch schon mit größeren Ambivalenzen als in der Vergangenheit. Die Polarisierung in Nation versus EU wird von beiden Seiten forciert und ist deshalb so schwer aufzubrechen. Doch sie ist für sich allein ja keine Lösung. Man sollte sie also nicht in den Vordergrund stellen. Es muss eine dritte Antwort geben, die sich an Fragen von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vernunft orientiert. Wer glaubt, die EU wäre die Antwort auf die nationalistische Rechte, hat meiner Meinung nach schon verloren – denn die EU ist eben nicht die Lösung.

Das Interview führte David Walch.

RALPH GUTH, ELISABETH KLATZER, LISA MITTENDREIN,
VALENTIN SCHWARZ UND ALEXANDRA STRICKNER

Wo wir stehen: Thesen zur EU-Debatte

152 Was folgt nun aus der Analyse der Politikbereiche und den Entwicklungen der letzten Jahre? Mit unseren bisherigen Positionen und Strategien zur EU sind wir heute in der Defensive. Das soll sich ändern. Die folgenden Thesen sind die Basis für die Suche nach neuen Strategien und Handlungsmöglichkeiten.

1. Die positiven Seiten der EU dürfen uns nicht davon abhalten, eine grundlegende Kritik an ihr zu üben.

Die EU hat viele positive Aspekte. Dazu gehören etwa die Freiheit, in andere EU-Länder zu reisen oder dort zu arbeiten, Transferleistungen in strukturschwache Regionen oder die Chemikalienverordnung REACH. Doch wir dürfen diese Vorteile nicht blind bejubeln, wie es etwa Initiativen wie „Pulse of Europe“ tun. Denn diesen positiven Aspekten stehen viele problematische Bereiche der EU-Politik, wie die Handelspolitik, die neoliberale Wirtschafts- und Kürzungspolitik, die Flüchtlings- oder Militärpolitik, gegenüber.

Die Politik der EU ist also widersprüchlich. Auch viele der oben genannten Vorzüge, etwa Reisefreiheit und Personenfreizügigkeit, haben ihre Schattenseiten. Wer noch die langen Staus an der Grenze kannte, erlebt deren Verschwinden als Fortschritt. Doch der Wegfall der Kontrollen bedeutet noch lange nicht reale Bewegungsfreiheit. So erhalten beispielsweise EU-BürgerInnen in anderen Ländern nicht automatisch Sozialleistungen. Denn die

Personenfreizügigkeit der EU gibt letztlich ArbeitnehmerInnen nur das Recht, in einem anderen EU-Land eine Beschäftigung anzunehmen. Und sie führt dazu, dass im reicheren Teil der EU Löhne gedrückt und Sozialstandards ausgehöhlt werden.

Zudem sind die Reise- und Personenfreizügigkeit die ersten Freiheiten, die politisch eingeschränkt werden, etwa bei Grenzkontrollen vor internationalen Protesten oder im Zuge der Flüchtlingsbewegung. Immer wieder wollen PolitikerInnen auch die Sozialleistungen für EU-BürgerInnen kürzen. Selbst mobilitätsfördernde EU-Projekte wie Erasmus-Austauschprogramme sind letztlich nur einer kleinen Gruppe von Menschen zugänglich. Kapital, Waren und Dienstleistungen können sich hingegen völlig frei bewegen, ihre Freizügigkeit wird kaum eingeschränkt. 153

Dieses Ungleichgewicht ist kein Zufall, sondern die Folge struktureller Selektivität. Die bestehenden Regeln, Institutionen und die Kompetenzverteilung der EU sind nicht neutral. Sie funktionieren so, dass Vorhaben mit neoliberaler Grundausrichtung gestärkt werden und Kapitalinteressen in der EU immer mehr an Macht gewinnen. Dagegen finden emanzipatorische Projekte und die Interessen der breiten Bevölkerung weniger Raum oder werden nie umgesetzt.

2. Neoliberale Wirtschaftspolitik ist der Kern der EU.

Daher ist sie nicht in unserem Sinn reformierbar.

Der Kern der EU-Politik ist die neoliberale wirtschaftliche Integration. Das zeigen die Eckpfeiler der EU, etwa die Funktionsweise des Euro und der Binnenmarkt: Die „vier Freiheiten“ sind so gestaltet, dass sie den Standortwettbewerb anheizen und Löhne und Sozialstandards sowie Steuern auf Profite und Vermögen unter Druck setzen. Die Art und Weise, wie der Euro konstruiert ist, vertieft diesen Wettbewerb und lässt Zentrum und Peripherie auseinanderdriften. Zusätzlich wurde die neoliberale Budget- und

Wirtschaftspolitik über zwanzig Jahre hindurch von Maastricht bis zum Fiskalpakt immer stärker rechtlich verankert. Dieser rigide Rahmen nagelt die Staaten auf eine neoliberale Politik fest. Eine Unzahl von EU-Regeln und Verboten verhindert heute eine alternative Politik.

154 Diese Kritik ist nicht neu. Bisher haben wir diesen Fehlentwicklungen die Vision einer grundlegend anderen, neu begründeten EU entgegengehalten. Doch seit der Unterwerfung Griechenlands ist das nicht mehr möglich. Erstmals stellte eine linke Regierung in der EU die neoliberale Grundausrichtung offen infrage. Die europäischen Eliten – in den Institutionen ebenso wie den Mitgliedstaaten – haben sich geschlossen gegen sie gestellt:

- die EU-Kommission, die als Teil der Troika die Austeritätspolitik weiter vorantreiben wollte;
- die Regierungen, die in Rat und Eurogruppe keinen Millimeter von ihren Verarmungsaufgaben abwichen – trotz der offensichtlich katastrophalen Folgen;
- die Europäische Zentralbank, die den griechischen Banken den Geldhahn abdrehte, um die Regierung zu erpressen.

Niemand, auch nicht die sozialdemokratischen RegierungschefInnen, sind der griechischen Regierung zu Hilfe gekommen. Sie war chancenlos und musste kapitulieren.

Im Vergleich dazu setzt die EU – Mitgliedsstaaten und Institutionen – den Übertretungen von rechts kaum etwas entgegen. Als die Visegrád-Staaten ein gemeinsames Vorgehen in der Flüchtlingspolitik verhinderten, geschah nichts. Es gab weder wirksamen politischen noch wirtschaftlichen Druck, obwohl die EU-AkteurInnen die Instrumente dazu hätten, wenn sie wollten. Dasselbe gilt für die zunehmende Aushöhlung von demokratischen Institutionen und Grundrechten in Polen oder Ungarn.

Im Vergleich der beiden Auseinandersetzungen zeigt sich der wahre Charakter der EU: Eine solidarische Flüchtlingspolitik ist

nachrangig, die neoliberale Wirtschaftspolitik dagegen nicht verhandelbar. Die politischen Eliten der EU sind eher bereit, die europäische Integration existenziell zu gefährden, als ihren neoliberalen Kern aufzugeben.

Eine grundlegende Reform der EU ist aus unserer Sicht heute eine Illusion. Um die Verträge zu ändern, braucht es die Einstimmigkeit aller Länder. Angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse ist eine tiefgreifende progressive Reform damit unmöglich. Halten wir dennoch an dieser Perspektive fest, erreichen wir damit vor allem eines: Wir stärken die Legitimität der real existierenden, neoliberalen EU. Indirekt helfen wir damit sogar den Rechten, denn wir überlassen es ihnen, als Einzige eine grundlegende Kritik an der EU zu üben. Deshalb brauchen wir eine realistische Einschätzung der Politik und Reformierbarkeit der EU – nur dann können wir Strategien entwickeln, die uns politisch handlungsfähig machen.

155

3. „Mehr Europa“ bedeutet heute immer „mehr Neoliberalismus“ und ist daher abzulehnen.

Solange der neoliberale Kern der EU nicht infrage gestellt wird, vertieft jeder neue Integrationsschritt die problematische Ausrichtung. Doch die Wirtschafts- und Währungsunion ist eines der Leuchtturmprojekte der Eliten, und sie sind nicht bereit, dieses Projekt zu hinterfragen – das wurde im Konflikt mit der griechischen Linksregierung 2015 deutlich. Im Gegenteil, sie wollen die Wirtschafts- und Währungsunion noch weiter vertiefen. 2016 veröffentlichten Jean-Claude Juncker, Mario Draghi, Donald Tusk, Jeroem Dijsselbloem und Martin Schulz ihren Fünf-Präsidenten-Bericht zur Zukunft der EU. Um die Wirtschafts- und Währungsunion zu „vollenden“, sollen das Recht der Parlamente, über das Budget zu entscheiden, weiter eingeschränkt und der Druck auf Löhne, Pensionen und Sozialleistungen erhöht werden.

Die EU-Kommission soll mehr Möglichkeiten erhalten, neoliberale Reformen der Sozialsysteme und öffentlicher Dienstleistungen zu erzwingen. Kurz gesagt: Wenn die Spitzen der EU „Vollendung“ sagen, meinen sie die gefährliche Vertiefung von alledem, was bereits jetzt falsch läuft.

156 Auch das *Weißbuch* der EU-Kommission aus dem Frühjahr 2017 bestätigt diesen Kurs. Kommissionspräsident Juncker präsentierte fünf Szenarien zur Zukunft der Union, die sich nicht inhaltlich, sondern nur institutionell unterscheiden. Die neoliberale Grundausrichtung auf mehr Handels- und Investitionsschutzabkommen, verschärften Standortwettbewerb und undemokratische Budgetregeln steht für die Eliten außer Frage. Hinzu kommen gemeinsame Militärpolitik sowie strengere Migrations- und Grenzkontrollen.

Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – oft als „mehr Europa“ bezeichnet – ist eine Gefahr, keine Lösung. „Mehr Europa“ heißt heute mehr autoritärer Neoliberalismus und immer öfter auch mehr Militär. Es bietet keine Chance für eine radikale Umgestaltung von unten.

4. Die Frage, ob ein Austritt aus EU und Euro sinnvoll ist, stellt sich in jedem Land anders. In Österreich ist das derzeit keine gute Option.

Vom europäischen Standortwettbewerb profitieren in erster Linie Reiche und Konzerne, während die breite Bevölkerung verliert. Das gilt prinzipiell in jedem Land, aber in manchen stärker als in anderen: Österreich zählt als Volkswirtschaft zu den Gewinnern von EU und Euro, auch wenn diese Gewinne höchst ungleich verteilt sind. Für Spanien oder Italien ist das anders, sie zählen insgesamt zu den Verlierern. Der Standortwettbewerb führte dazu, dass die lokale Industrie dort an Boden verlor oder ganz unterging. Die negative Rolle der EU hat sich in der Krise noch verstärkt: In

Griechenland und Portugal wurde der Sozialstaat gezielt von EU-Institutionen – als Teil der Troika – zerstört.

Aufgrund dieser Erfahrungen wird die Frage des Austritts bei Linken und sozialen Bewegungen in Südeuropa vermehrt diskutiert. Insbesondere nach dem Scheitern der griechischen Linksbürgerregierung sehen viele den Euro-Austritt als Voraussetzung für eine alternative Politik. Wenn es innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion keinen Spielraum für progressive Wirtschaftspolitik gibt, kann der Austritt ein notwendiger Schritt sein. In Österreich und Deutschland ist diese Forderung hingegen vor allem von der Rechten besetzt. Unter den aktuellen Machtverhältnissen würde ein Austritt heute, ähnlich wie in Großbritannien, keine Spielräume für emanzipatorische Politik öffnen, sondern sie sogar weiter verengen. Ein solcher Bruch würde die rassistischen und autoritären Kräfte stärken, nicht Linke und soziale Bewegungen. Daher halten wir bei aller Kritik an EU und Euro den Austritt Österreichs derzeit für keine sinnvolle Forderung.

157

Teilweise wird in der Austrittsdebatte stark zwischen EU und Euro unterschieden. „Der Euro ist ein Problem, aber die EU ist gut“ – diese Trennung führt jedoch in die Irre. Die Konstruktionsweise der Eurozone führt zwar zu ökonomischen Verwerfungen, doch die Probleme der EU-Wirtschaftspolitik liegen tiefer und auch der Binnenmarkt steht einer alternativen Politik entgegen. In der österreichischen Öffentlichkeit existiert keine spezifische Debatte über den Euro oder einen Euro-Austritt. Laut Eurobarometer-Umfragen ist der Euro sogar wesentlich beliebter als die EU. In Ländern wie Spanien, Portugal oder Griechenland, die als Volkswirtschaften zu den Verlierern des Euro gehören, ist die Situation anders: Dort sind die Probleme des Euro offensichtlicher, und die Debatte kann helfen, die wirtschaftspolitische Grundausrichtung der EU zu kritisieren.

5. Der Gegensatz „Mehr EU oder zurück zum Nationalstaat“ ist falsch und führt uns in die Irre.

158 EU-Kritik wird von liberaler, konservativer und sozialdemokratischer Seite stets mit dem Vorwurf begegnet: „Ihr wollt ja zurück zum Nationalstaat.“ Damit einher geht die Darstellung, nicht die EU an sich wäre das Problem, sondern das Verhalten der Mitgliedsstaaten. Politische Konflikte gäbe es in erster Linie zwischen den EU-Institutionen (die angeblich im europäischen Interesse handeln) und den Mitgliedsstaaten (die angeblich im nationalen Interesse handeln). Doch der Gegensatz zwischen „mehr EU“ oder „zurück zum Nationalstaat“ und zwischen europäischen und nationalstaatlichen Interessen ist falsch und führt in die Irre.

Erstens gibt es keine allgemeinen nationalstaatlichen oder europäischen Interessen. Es gibt Interessengegensätze verschiedener Klassen und gesellschaftlicher Gruppen, und damit verbunden unterschiedliche politische Ziele. Die allermeisten politischen Konflikte verlaufen heute nach dem Schema „Wirtschaftliche und politische Eliten gegen die breite Bevölkerung“ – über Ländergrenzen hinweg. Ein Beispiel: In der Krise beschlossen EU-Kommission, EU-Parlament und die FinanzministerInnen im Rat die Verschärfung der Budgetregeln – gegen den Widerstand der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in ganz Europa. Die Verkürzung auf „Nationalstaat gegen EU“ dient der Verschleierung dieser tatsächlichen Konfliktlinie. Außerdem erstickt sie kritische EU-Debatten im Keim, denn der Nationalstaat hat aus historischen Gründen keinen guten Ruf.

Zweitens sind Nationalstaat und EU auf institutioneller Ebene und im politischen Prozess nicht trennbar. Wir müssen sie als ineinander verwachsene Blöcke begreifen. Die wirtschaftlichen Eliten nützen beide Ebenen, um ihre Interessen voranzutreiben. Am Beispiel TTIP: Zu Beginn beauftragten die nationalen Regierungen die EU-Kommission, TTIP zu verhandeln. Im Herbst

2016 mussten sich einige Regierungen, auch die österreichische, auf Druck der Bevölkerung kritischer positionieren. Im EU-Rat bekräftigten sie zugleich die Weiterführung der Verhandlungen. Das zeigt: Nationale Regierungen konkurrieren nicht mit der EU-Ebene. Sie nützen sie gezielt, um neoliberale Politik im Interesse wirtschaftlicher Eliten durchzusetzen, für die sie im eigenen Land keine Zustimmung haben.

Drittens fördert gerade die neoliberale Politik der EU den Nationalismus. Liberale und sozialdemokratische Eliten behaupten gerne, die EU würde uns vor FPÖ, AfD und Co. schützen. Sie wäre eine Art natürliches Bollwerk gegen die Rechte. Die Realität zeigt, dass die EU kein progressives Projekt gegen Nationalismus und Konservatismus ist. Gerade die EU-Austeritätspolitik, die Millionen Menschen in die Armut stürzt und berechtigte Existenzängste weckt, bereitet dem Aufstieg der Rechten den Boden. Wie Ungarn und Polen zeigen, haben rechte Regierungen kein Problem damit, sich mit der EU zu arrangieren – und umgekehrt.

159

6. Auch die Rechten stehen für neoliberale Politik – nur noch autoritärer. Das müssen wir entlarven und angreifen.

Die Rechten sind bisher Hauptprofiteur der EU-Krise. Das liegt an der Schwäche der Linken und am Rechtsruck der sogenannten politischen Mitte. Seien es Obergrenzen für Schutzsuchende, das Kopftuchverbot in Teilen des öffentlichen Dienstes oder die Ausweitung des Überwachungsstaates – die österreichische Regierung macht heute jene Politik, die noch vor einigen Jahren nur die extreme Rechte forderte. Das macht die Rechte für viele Menschen anschlussfähig.

Die EU-Strategien der Rechten sind vielfältiger geworden. Die rechts regierten Visegrád-Staaten wollen einen teilweisen Rückbau von Personenfreizügigkeit und Grundrechten bei gleichzeitiger Vertiefung von Grenz- und Sicherheitspolitik, aber auch

neoliberaler Arbeitsmarktpolitik. Sie tragen symbolische Konflikte mit der EU aus, setzen den neoliberalen Kern aber gerne um, auch mit autoritären Mitteln. Der französische Front National und die italienische Lega Nord wollen zwar aus dem Euro austreten, stellen aber nicht die EU infrage. Marine Le Pen ruderte im französischen Präsidentschaftswahlkampf zurück und versprach statt eines sofortigen Austritts ein Euro-Referendum. Auch die FPÖ schwächt ihre Austrittsforderung ab, je näher sie der Regierungsbeteiligung kommt. Sie ist eng mit den wirtschaftlichen Eliten verbunden, die Euro und Binnenmarkt keinesfalls aufgeben wollen.

160 Allen Rechten ist gemeinsam, dass sie ausgewählte Elemente des bisherigen Neoliberalismus eher vertiefen und noch autoritärer durchsetzen wollen. Sie haben keineswegs vor, mit dieser Politik tatsächlich zu brechen. Die Rechten bauen an einem Europa, in dem Waren und Kapital weiterhin frei zirkulieren sollen, während die Grenzen für Menschen neu hochgezogen werden.

Dieser Widerspruch ist der Schwachpunkt der Rechten, und wir sollten ihn als Angriffspunkt gegen sie nutzen. Wir dürfen aber nicht in die Falle tappen, uns im Kampf gegen rechts auf die Seite der Eliten zu schlagen. Die Brexit-Abstimmung hat gezeigt, dass wir in einer Polarisierung neoliberal versus rechtsextrem nichts zu gewinnen haben. Wir werden unsere Forderungen in Richtung eines guten Lebens für alle nicht im Bündnis mit den neoliberalen Eliten durchsetzen, sondern nur gegen sie.

7. Für die Entwicklung der EU in den kommenden Jahren sind verschiedene Szenarien denkbar – und keines davon ist gut.

Die EU ist heute in einer existenziellen Krise:

- Erstmals wird mit Großbritannien ein Land austreten.
- Bei CETA sind die üblichen Mechanismen, eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit autoritär durchzusetzen, gefährlich nahe an ein Scheitern gekommen. Erstmals haben

Spitzenpolitiker – Paul Magette, der Ministerpräsident der belgischen Wallonie, und der österreichische Bundeskanzler Christian Kern – öffentlich darüber gesprochen, dass mit harten Drohungen gearbeitet wird, wenn jemand Einwände gegen ein neoliberales Projekt hat.

- Wenn es um die Versorgung von geflüchteten Menschen geht, schafft die EU kein gemeinsames Vorgehen, bei der Militarisierung der Außengrenzen hingegen schon.
- In den meisten Ländern sind Rechtsextreme im Aufschwung, und oft bestimmen sie auch die Regierungspolitik ohne in der Regierung zu sein.

Wie wird es in den nächsten Jahren weitergehen? Wir sehen fünf 161
Szenarien für die Zukunft der EU:

Weiterer Zerfall: Ob in Frankreich, Deutschland, Italien oder Österreich: In vielen Ländern sind Parteien im Aufwind, die den EU- oder Euro-Austritt fordern. Kommen sie an die Regierung, ist ein weiterer Zerfall möglich.

Lähmung: Die Konflikte nehmen so stark zu, dass die Institutionen nicht mehr handlungsfähig sind. Eine solche Selbstlähmung des neoliberalen Systems könnte beispielsweise das Ende von TTIP bedeuten. Doch grundlegende Verbesserungen erreichen wir damit nicht.

Durchwursteln: Es findet keine weitere Vertiefung statt. Immer mehr Länder brechen die Regeln und kommen damit durch. Das kann die Durchsetzbarkeit der neoliberalen Regeln abschwächen, eine echte Trendwende ist davon aber nicht zu erwarten.

Taktische Zugeständnisse: Vor wichtigen Wahlen könnte es etwa Ausnahmen von den Budgetregeln oder angekündigte Investitionspläne geben. Eine solche taktisch motivierte Lockerung ändert aber nichts an der Grundausrichtung der Eurozone. Auch die regelmäßigen Ankündigungen zur sozialen Union fallen in diese Kategorie.

Autoritäre Vertiefung: Seit dem Brexit-Votum predigen die Eliten „Handlungsfähigkeit“. Das heißt: Sie wollen den bisherigen neoliberalen Kurs beibehalten, aber noch schneller und autoritärer durchsetzen. Die zwei wahrscheinlichsten Bereiche für diese Vertiefung sind die Eurozone sowie die Militär- und Sicherheitspolitik.

162 Für die Eurozone liegen seit Jahren Pläne zur weiteren Vertiefung vor. Das Ziel: noch strengere Regeln im Sinne der neoliberalen Wirtschaftspolitik, höhere und leichter durchsetzbare Strafen, verschärfte Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat und die Arbeitsrechte; weniger Rechte für die gewählten Parlamente, weniger Spielraum für progressive Politik. Wahrscheinlichster Ansatzpunkt für die autoritäre Vertiefung ist die Militär- und Sicherheitspolitik sowie, damit verbunden, die Flüchtlingspolitik. Es ist leider realistisch, dass auch in den kommenden Jahren viele Menschen in die EU fliehen müssen. Die EU wird darauf mit einer weiteren Militarisierung der Außengrenzen reagieren: mit Stacheldraht und Panzern gegen Menschen auf der Flucht. Nicht zufällig wird in Junckers Szenarien vom Frühjahr 2017 zwar die Form der Zusammenarbeit infrage gestellt, jedoch nicht ein mehr an Militär und Handelsabkommen.

All diese Szenarien sind schlecht. In jedem wandern die Regierungen weiter nach rechts und werden die Rechtsextremen gestärkt. An dieser realistischen Einschätzung müssen wir unser politisches Handeln orientieren.

8. Aktuelle Initiativen wie DiEM25, Lexit oder ein Konvent greifen auf unterschiedliche Weise zu kurz.

Viele politische Initiativen setzen sich kritisch mit der EU auseinander. Sie bieten zwar eine gute Basis für weitere Debatten, ihre politischen Ansätze greifen aber oftmals zu kurz.

Die Initiative DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025) des ehemaligen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis will die EU reformieren und demokratisieren. Ihre Ziele sind kurzfristig mehr Transparenz und Krisenbekämpfung, mittelfristig ein demokratischer Konvent. Sie knüpft an ältere Diskurse über ein „anderes Europa“ an und formuliert sie neu, teilweise radikaler. Der Fokus auf Transparenz, beispielsweise in der Eurogruppe oder der EZB, hängt stark mit den Erfahrungen von Varoufakis als Finanzminister zusammen. Wir teilen die Grundideen von DiEM25, halten die Forderungen aber für zu abstrakt. Sie sind kaum an real existierende Kämpfe gekoppelt und für viele Menschen wenig anschlussfähig. Menschen gehen vor allem im Rahmen konkreter Auseinandersetzungen für Transparenz und Demokratie auf die Straße, etwa im Kampf gegen Privatisierungen.

163

Andere Initiativen setzen sich für einen demokratischen Konvent ein, welcher der EU eine neue Verfassung geben soll. Auch Attac forderte das früher. In vielen Fällen können verfassungsgebende Prozesse wie ein Konvent wirksame Mittel sein, um gesellschaftliche Bereiche neu zu organisieren, wie beispielsweise in Südamerika. Die derzeitigen Kräfteverhältnisse in der EU legen allerdings nahe, dass sich dabei nicht progressive, sondern rechte Kräfte durchsetzen würden. Deshalb sind wir diesem Vorschlag gegenüber heute skeptisch. BürgerInnen-Beteiligung allein bricht die rechte Dominanz nicht, sondern kann sie auch verstärken. Selbst wenn alles perfekt lief, würde ein progressiver Verfassungsentwurf von den Eliten nie umgesetzt. Eher würden sie das Projekt EU sprengen.

Einige Initiativen fordern einen „Lexit“, also einen linken Austritt aus dem Euro. Ökonomisch spricht manches dafür, etwa die Möglichkeit die neue Währung abzuwerten und eine eigenständige Geld- und Investitionspolitik zu betreiben. Doch die Chancen werden tendenziell über- und die Risiken unterschätzt.

Ungeklärt ist etwa, wie mit den Schulden in der alten und der Instabilität der neuen Währung umgegangen werden soll. Um die Risiken zu minimieren, wäre ein Ausmaß an Koordination zwischen den Regierungen nötig, das heute nicht realistisch ist. In der Lexit-Debatte werden zudem häufig auch die unterschiedlichen ökonomischen und politischen Kontexte der Mitgliedsstaaten nicht reflektiert. Ein Austritt bedeutet in Spanien etwas anderes als in Österreich oder Finnland. Unserer Ansicht nach ist diese Forderung momentan in erster Linie im Kontext Südeuropas progressiv. Dort gibt es die größten Probleme und Verwerfungen durch den Euro, aber auch starke Widerstandsbewegungen.

9. Wir brauchen Strategien, die uns hier und jetzt handlungsfähig machen.

Wir müssen sowohl unsere Kritik an der EU, aber auch unsere Strategien für Veränderung auf neue Beine stellen. Es bringt uns nicht weiter, auf eine fundamentale Reform der EU zu hoffen, wenn die dafür nötigen Mehrheiten in der Realität in immer weitere Ferne rücken. Für die strategische Debatte, auch im folgenden Teil des Buches, stellen wir nachstehende Fragen in den Mittelpunkt:

- Welche Spielräume gibt es innerhalb der bestehenden Strukturen, Prozesse und Institutionen, und für welche Bereiche müssen wir eigene Alternativen von unten aufbauen?
- Welche Themen eignen sich, um im Gefüge der EU sowie auf der Ebene der Mitgliedsstaaten Brüche zu erzeugen, die uns neue Handlungsspielräume eröffnen und emanzipatorische Politik möglich machen?
- Wie können wir die Kräfteverhältnisse auf den verschiedenen Ebenen verändern und die nötige Macht aufbauen, sodass emanzipatorische Politik möglich wird?

Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen sind uns folgende Prinzipien wichtig:

- Es gibt nicht *die* eine Strategie oder *den* einen Ansatz. Wir müssen bei verschiedenen Themen und an verschiedenen Stellen aktiv werden.
- Wir müssen vieles ausprobieren und die Ergebnisse immer wieder prüfen: Was macht uns handlungsfähig? Wie erzeugen wir Brüche? Mit welchen Themen oder politischen Formen erreichen wir die Menschen?
- Dabei müssen wir auf lokaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene gleichermaßen ansetzen. Wir engagieren uns auf unterschiedlichen Ebenen, je nachdem, wo wir verankert sind und Handlungsmöglichkeiten sehen. Behalten wir stets im Blick, wie diese Ebenen zusammenhängen und wo wir wann die größte Wirkung erzielen können.

Die EU stellt
die Überwindung



des Nationalismus
in Europa
dad



Strategien

„Die Europa-Ideologie verhindert eine sinnvolle Debatte über die EU“

Ein idealisiertes EU-Bild lähmt die Linke. Andreas Novy und Martin Konecny diskutieren, wie wir in diese strategische Sackgasse hineingeraten sind – und wie wir wieder aus ihr herausfinden.

168 *Es gibt ein bestimmtes Bild der EU, das weite Teile der Gesellschaft teilen, von links bis liberal, von der SPÖ über die Grünen bis zu den NEOS. Wie sieht es aus?*

Andreas Novy: Für dieses Milieu ist die EU grundsätzlich ein Ort der Hoffnung. Sie steht dem Nationalstaat gegenüber, der ziemlich negativ gesehen wird. Er steht für Borniertheit, ein verkrustetes sozialpartnerschaftliches System, auch für die finstere nationalsozialistische Vergangenheit. Die EU wird dagegen mit Weltoffenheit, Internationalität, Kosmopolitismus verbunden. Sie gilt sogar als Vorbild für die ganze Welt, als Musterbeispiel dafür, wie Nationen ihre Feindseligkeiten überwinden können. Dieses Bild hat sich seit dem EU-Beitritt vor zwanzig Jahren kaum verändert. Und es gibt ja gute Argumente dafür, etwa die Gleichstellung von Frauen. Da kamen aus der EU positive, fortschrittliche Impulse.

Was wird dabei ausgeblendet?

Andreas Novy: In erster Linie die Beziehung Europas zum Rest der Welt. Zu seiner Geschichte gehören nicht nur Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie, sondern auch Missionierung, Kolonialisierung und die Durchsetzung eines Welthandelssystems im

eigenen Interesse. Diese Ambivalenz kann man nur verstehen, wenn man die Geschichte Europas als Geschichte von 500 Jahren Kapitalismus betrachtet. Während dieser Zeit hatte Europa lange die bestimmende Rolle, danach die des Juniorpartners der USA. „Weltoffenheit“ ist deshalb so positiv besetzt, weil Europa dabei meistens gewonnen hat.

In der Peripherie des Kapitalismus, in Lateinamerika, Afrika oder Asien, ist das anders. Nationalismus war in diesen Regionen meistens antikolonial geprägt: Die Nation schützt die Menschen vor den Weltmächten und dem Weltmarkt. In Europa gibt es diese Idee nur in Südeuropa, etwa in Portugal oder Griechenland. In Zentraleuropa war der Nationalismus nur ganz zu Beginn eine Bewegung gegen die feudale Ordnung des Adels. Bald schlug er ins Völkische um, mit den bekannten katastrophalen Folgen. Daher ist bei uns heute die Idee so verbreitet, dass Europa gut und der Nationalstaat schlecht sei. Das ist für mich aus der Geschichte heraus verständlich, aber falsch.

169

Denn sowohl die Nation als auch die europäische Integration sind politische Projekte, die immer schon umkämpft waren. Beide wurden in ihrer Geschichte von unterschiedlichen Gruppen kontrolliert, zu unterschiedlichen Zwecken. Weder der Nationalstaat noch die EU sind grundsätzlich gut oder schlecht. Wir brauchen einen gelasseneren Blick auf beide.

Du sagst, wir müssen die Geschichte Europas und der EU eingebettet in die Geschichte des Kapitalismus verstehen. Im liberalen EU-Bild ist das anders. Da gilt die EU in erster Linie als Friedens-, nicht als Wirtschaftsprojekt.

Andreas Novy: Sie ist beides. Die EU war ein Friedensprojekt, aber auch eines der kapitalistischen Durchsetzung.

Martin Konecny: Die Erzählung vom Friedensprojekt hat ihren wahren Kern. Es gibt heute keinen Krieg zwischen Deutschland

und Frankreich, das sollten wir nicht geringerschätzen. Die Friedensprojekt-Erzählung blendet aber zumindest zwei Dinge aus: Zum einen fanden der Erste und der Zweite Weltkrieg nicht zwischen kleinen europäischen Nationalstaaten statt, sondern zwischen imperialistischen Weltmächten. Sie heißen nicht umsonst „Weltkriege“. Die Ursachen waren handfeste Interessen von Großmächten, nicht kleine Nationalismen. Zum anderen fällt bei der Erzählung vom Friedensprojekt unter den Tisch, dass der Krieg zum Teil über die Grenzen Westeuropas ausgelagert wurde. Zwei Beispiele von vielen sind die französischen Verbrechen in Algerien und die Rolle Belgiens im Bürgerkrieg im Kongo.

170 *Andreas Novy*: Den Kalten Krieg dürfen wir auch nicht vergessen. Dieser förderte die Integration eines Teils Europas, die gleichzeitig deutlich gegen einen anderen Teil gerichtet war.

Martin Konecny: Einzelne Beteiligte haben sicher aus tiefer Überzeugung an der europäischen Einigung gearbeitet. Aber die Geschichte vom Friedensprojekt enthält definitiv einen großen Mythos. Die EU erhebt sich aus der dunklen Vergangenheit wie ein Phönix aus der Asche. Das ist zu einfach.

Andreas Novy: Zugleich dürfen wir nicht die positiven Aspekte der sogenannten westlichen Zivilisation vergessen, also Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaat. Auch soziale Bewegungen anderswo, aktuell etwa in der Türkei oder in Brasilien, berufen sich darauf.

Martin Konecny: Sicher müssen wir diese Werte verteidigen – aber sind sie wirklich westlich? Sie haben vielleicht eine bestimmte westliche Geschichte, aber es gibt auch radikale Traditionen aus anderen Teilen der Welt, auf die wir uns beziehen könnten. Ich denke, wir müssen Konzepte wie Demokratie als universelle Werte verstehen – und das geht nur, wenn wir sie ent-westlichen. Dazu müssen wir uns mit der Kritik aus dem globalen Süden und von Nicht-Weißen auseinandersetzen.

Heute dienen die angeblichen westlichen Werte vor allem zur Ab- und Ausgrenzung. Da wird viel über Demokratie und Rechtsstaat geredet, aber nur, um sich gegenüber „dem Islam“ oder „den Flüchtlingen“ abzugrenzen. Sie legitimieren eine autoritäre Politik, mit Stacheldraht an den Grenzen und Kopftuchverboten. Im Namen von Demokratie und Menschenrechten wird eine Politik durchgesetzt, die undemokratisch ist und die Menschenrechte verletzt. Dieser Widerspruch ist nur möglich, solange wir sie als exklusiv westliche Werte verstehen. Wenn wir echte Demokratie und echte Menschenrechte wollen, müssen wir lernen, sie als nichtwestlich und nichteuropäisch zu denken.

171

Das liberale Europabild, das sich selbst weltoffen nennt, dient also dazu, eine rassistische Ausgrenzung durchzusetzen?

Martin Konecny: Das ist etwas polemisch formuliert. Richtig ist, dass heute nicht nur die extreme Rechte eine Politik der Ausgrenzung vorantreibt, sondern auch Teile des liberalen und linksliberalen Milieus. Und das liegt nicht nur daran, dass sie der Rechten nachgeben. Es gibt auch eine liberale Tradition des Rassismus und der Ausgrenzung.

Andreas Novy: Ich würde nicht von Rassismus sprechen. Aber es gibt in der liberalen Tradition ein unglaublich hierarchisches Verständnis von Menschenrechten. Nehmen wir John Stuart Mill. Für mich ist er einer der besseren Liberalen, der etwa gegenüber Frauenrechten sehr aufgeschlossen war. Doch dass die „Barbaren“ in Indien sich selbst regieren könnten, das war für ihn undenkbar. Der Liberalismus hat auf jeden Fall paternalistische und autoritäre Züge.

Ein häufiges Argument lautet: Wer nicht für die EU ist, ist für den Nationalstaat. Was ist daran falsch?

Martin Konecny: Schon die Gegenüberstellung ist falsch. Die EU hat den Nationalstaat nie überwunden. Sie hat einiges von ihm

übernommen, etwa die Grenze nach außen, die heute für Zehntausende Flüchtende dramatische Folgen hat. Auch im Inneren bestehen die Grenzen weiter. Damit meine ich nicht nur die wieder eingeführten Kontrollen. Die wirtschaftliche Lage in den Staaten könnte unterschiedlicher nicht sein. Das ist eine Folge der EU. Sie ist bewusst so konstruiert, dass sie Standortwettbewerb statt Angleichung fördert. Deshalb überwindet die EU den Nationalismus nicht, sondern bringt einen ökonomischen Nationalismus hervor.

Was meinst du damit?

- 172 *Martin Konecny:* Im Zuge der Griechenland-Krise hat es sich im reichen Nord- und Zentraleuropa etabliert, von den „faulen Griechen und Griechinnen“ zu sprechen. Das ist ein altes Stereotyp, das lange vergessen war. Jetzt wird es reaktiviert, und mit ihm der Nationalismus. Heute ist von den „Pleitegriechen“ die Rede, für die „wir“ zahlen. Ähnliches passiert auch in Griechenland, wenn Schäuble in SS-Uniform gezeichnet wird. Dieser hochkochende Nationalismus ist Folge der ökonomischen Krise, die wiederum Folge der Konstruktion von EU und Euro ist.

Andreas, wie siehst du das? Schwächt die EU den Nationalstaat oder verschärft sie sogar manche seiner unangenehmen Eigenschaften?

Andreas Novy: Sie hat einiges verschoben. Nach dem Ersten Weltkrieg war viel von der „Kleinstaaterei“ in Europa die Rede. Tatsächlich sind die Staaten im weltweiten Vergleich winzig und damit untauglich für kapitalistische Entwicklung. Überall sonst wären sie nur Provinzen. Daher hat sich die EU als Modernisierungsprojekt aufgedrängt.

Der Markt will sie?

Andreas Novy: Ja. Die EU ist für den Kapitalismus sehr funktional. Sie hebt den Nationalstaat nicht auf, sie fügt ihm nur eine Ebene hinzu, weist ihm eine neue Rolle im Wirtschaftssystem zu. Die Liberalen haben damit die Hoffnung verbunden, dass die EU ein Schritt Richtung Weltregierung wäre, dass irgendwann alle Grenzen wegfallen würden. Der Gedanke hat für sie und übrigens auch für linksradikale Kreise eine große Attraktivität. Ich halte diese Hoffnung für naiv. Wir werden um Grenzen nie herumkommen. Sie sollen demokratisch gestaltet und weniger rigide als heute sein, aber sie sind auch die Voraussetzung für demokratische Politik. Wie immer wir Demokratie verstehen, von der städtischen Selbstbestimmung bis zum Nationalstaat, ist sie immer auf ein bestimmtes Territorium beschränkt. Die Liberalen haben lange nicht wahrgenommen, dass die Grenze, nur weil sie nicht mehr in Spielfeld ist, trotzdem sehr real weiterexistiert, nur halt im Mittelmeer oder der Ukraine. Diese Naivität holt uns heute ein.

173

Maßnahmen auf EU-Ebene sind denen auf nationalstaatlicher also nicht automatisch überlegen?

Andreas Novy: Genau. Auch wir Grünen fordern oft, dass wir „europäische Lösungen“ brauchen. In der Flüchtlingspolitik fürchte ich, dass das ein schlechtes Ende finden wird. Die „europäische Lösung“, die mehrheitsfähig und durchsetzbar ist, ist ein widerliches Grenzregime.

Martin Konecny: Was gerne vergessen wird: Eine „europäische Lösung“ gab es bis 2015, bis zum sogenannten „Sommer der Migration“. Sie hieß Dublin, das Abkommen zur Massenabschiebung. Würde es konsequent angewendet, müsste man Millionen Menschen nach Griechenland deportieren, eine humanitäre Katastrophe. Zum Glück wurde die „europäische Lösung“ damals ausgesetzt.

Den Nationalstaat für seine Grenzpolitik zu kritisieren, ist in der Linken völlig normal. Kritisiert man mit denselben Argumenten die EU, ist das viel heikler. Warum?

Andreas Novy: Weil im Verständnis der Liberalen die EU für Welt-offenheit steht. Kritisierst du sie, attackierst du die Idee der Menschenrechte. Diese Koppelung ist in den Köpfen extrem stark – und zwar nicht nur bei Liberalen, sondern auch bei ihren GegnerInnen. Wir dürfen nicht ausblenden, dass die Rechten, wenn sie die EU angreifen, oft die Menschenrechte meinen. Für die ungarische und polnische Regierung sind Menschenrechte ein Luxus, den man sich nicht mehr leisten kann.

174

Die extreme Rechte befindet sich in vielen EU-Staaten im Aufwind. Wie sehr trägt diese Gefahr dazu bei, in linken und liberalen Köpfen die Idee zu verfestigen, dass die EU um jeden Preis zu verteidigen sei?

Andreas Novy: Sehr. Die Polarisierung zwischen Liberalen und Rechten, wie wir sie etwa zwischen Van der Bellen und Hofer gesehen haben, verschärft diese Verteidigungshaltung. Wenn wir den bisherigen Pfad verlassen, heißt es, landen wir sofort bei Orbán und Kaczyński. Das ist auch nicht gänzlich an den Haaren herbeigezogen, bringt uns aber in eine völlig defensive Haltung. Wir müssen aus diesem Entweder-Oder herauskommen.

Martin Konecny: Mir fällt dazu ein Zitat des ungarischen Philosophen Gáspár Miklós Tamás ein: „Die schrumpfende liberale Mehrheit sieht die EU als möglichen Schutz vor mörderischen Massen. Das ist im Wesentlichen ein Liberalismus der Angst, der nichts Gutes verheißt.“ Selbst Linke, die eigentlich radikalere Ziele verfolgen, betrachten die EU oft als letzte Verteidigungslinie. Ich fürchte, dass sie sich damit an etwas ketten, das nicht mehr viel Zukunft hat. Aus Angst sind sie nicht mehr in der Lage, ein eigenes Projekt zu formulieren.

Wie äußert sich das in Österreich?

Martin Konecny: Es ist fast unmöglich, sich EU-kritisch zu äußern, ohne ins rechte Eck gerückt zu werden. Sobald ich die institutionelle Form der EU infrage stelle, gelte ich als Nationalist. Dann fallen Sätze wie „Du bist ja nicht besser als der Strache“ oder „Links und rechts sind das gleiche“. Dabei sind die aufkommenden Nationalismen nicht einmal antieuropäisch. Die extreme Rechte findet die EU-Institutionen und den Euro nicht toll, hat aber im Kern ein positives Europabild. In Linz fand 2016 ein rechtsextremer Kongress unter dem Motto „Defend Europe“ statt, also „Europa verteidigen“, gegen MuslimInnen und Flüchtlinge. Die Rechtsextremen haben nicht dasselbe Europabild wie die Liberalen, aber völlig gegensätzlich ist es auch nicht.

175

Andreas Novy: Meiner Meinung nach eignet sich die Rechte hier geschickt einen Begriff der Gegenseite an. Sie wollen Europa gegen den Islam positionieren und einen Religionskrieg inszenieren. Es ist ein Glück, dass der heutige Papst dafür nicht zu haben ist. Die Rechte hat heute auch andere Begriffe erfolgreich gekapert, zum Beispiel den der Souveränität. Er stand früher einmal für den Kampf gegen die feudale Herrschaft, nicht für Nationalismus. Die Rechte erobert ständig neues Terrain, weil sie ein Hegemonieprojekt hat. Der Linken fehlt ein solches völlig. Daher fällt sie darauf zurück, die EU blindlings zu verteidigen, nur weil sie von rechts angegriffen wird.

Martin Konecny: Der Linken fehlt ein Hegemonieprojekt, aber warum? Weil sie nicht einmal eines formulieren kann. Sie ist in einer strategischen Sackgasse. Sie schafft es gerade noch, sich eine ganz andere Welt vorzustellen, kennt aber keinen plausiblen Weg, wie wir dort hinkommen könnten.

Auf die EU umgelegt heißt das: Ich kann mir eine völlig andere EU ausmalen, die etwa den Sozialstaat schützt und ausbaut, statt ihn zu zerstören. Darüber wurde viel geschrieben. Aber

eine glaubwürdige Strategie, um das zu erreichen, fehlt. Schlimmer noch: Der für viele Linke realistischste Weg wurde gerade ausprobiert und hat zu einer massiven Niederlage geführt.

Worauf spielst du an?

176 *Martin Konecny:* Auf Griechenland. Dort ist die Linke an die Regierung gekommen und hatte folgenden Plan: Sie wollte in die EU-Institutionen gehen und dort mit Sachverstand, guten Argumenten und Verhandlungsgeschick überzeugen. So wollte sie sich Spielräume schaffen, um eine neue Politik durchsetzen zu können, vor allem das Ende der Austerität in Griechenland selbst. Zu dieser Strategie gehörte die Annahme, dass es in der europäischen Sozialdemokratie Verbündete gäbe. So wollte man Schritt für Schritt die EU ändern.

Das Ergebnis war eine massive Niederlage. Die alternativen Vorschläge wurden einfach niedergeschlagen. Ähnliches, wenn auch weniger brutal, ist im Herbst 2016 passiert, als die Wallonie Widerstand gegen die CETA-Unterzeichnung leistete. Auch hier reagierte die EU-Seite mit Drohungen und Erpressung. Für die Linke heißt das: Der Weg, mit Pro-EU-Haltung und ehrlichen Argumenten etwas zu verbessern, ist eine Sackgasse.

Andreas Novy: Ich habe einen Strategievorschlag. Fahren wir das EU-Regelwerk zurück, um die Handlungsspielräume von unten zu erweitern. Damit meine ich in erster Linie Städte und Regionen, nicht den Nationalstaat. Wir müssen beginnen, Alternativen zum neoliberalen System auf der kleinen Ebene auszuprobieren. Nur so können wir auch langfristig den Kapitalismus überwinden, hin zu einem guten Leben für alle. Die neue Gesellschaft lässt sich nicht auf dem Reißbrett entwerfen.

Martin Konecny: Das ist ein wichtiger Aspekt. Unsere bisherigen Strategien waren viel zu staatszentriert. Ob auf der nationalen oder EU-Ebene, die Idee war immer: Wir müssen an die Regierung,

dann können wir die richtige Politik durchsetzen. Das ist heute definitiv überholt. Das gute Leben für alle lässt sich nicht per Gesetz beschließen. Wir müssen alternative Wirtschaftsweisen von unten entwickeln, die nach einer anderen als der kapitalistischen Logik funktionieren. Staatliche Politik, ob auf Gemeinde-, Regierungs- oder EU-Ebene, kann solche Alternativen ermöglichen und absichern. Sie kann die postkapitalistische Gesellschaft aber nicht selber einführen.

Andreas Novy: Da stimme ich dir zu und möchte ergänzen: Im grünen und linksliberalen Lager herrschte in den letzten zehn Jahren die Überzeugung vor, dass die Lösung für viele Probleme Zentralisierung heißt. Der geforderte „Green New Deal“ bezieht sich nicht zufällig auf den „New Deal“ unter US-Präsident Roosevelt, der einen unglaublichen Zentralisierungsschritt darstellte. Davor gab es in den USA nicht einmal eine Bundespolizei. Die Vorstellung der Grünen war, dass die großen anstehenden Aufgaben, etwa die ökosoziale Transformation, auf EU-Ebene umgesetzt werden müssen. Diese Idee erhält einen Schlag nach dem anderen, je deutlicher die Kräfteverhältnisse in der EU sichtbar werden. Mit progressiven Vorschlägen kommt man einfach nicht durch.

177

Wie lösen die Grünen dieses Dilemma in der Praxis?

Andreas Novy: Bei TTIP und CETA ist es interessanterweise kein Problem, auf derselben Seite wie die FPÖ zu stehen, im EU-kritischen Lager. In der Flüchtlingspolitik ist die Lage zwiespältiger. Im ersten Moment begrüßten die Grünen die Aussetzung der EU-Regeln zur Rückabschiebung, die Martin schon erwähnt hat. Aber seither hoffen sie wieder auf eine „europäische Lösung“. Dabei schätzen sie meiner Meinung nach die Kräfteverhältnisse falsch ein. Sinnvoller wäre es, nach progressiven Lösungen zu suchen, die auch ohne eine Mehrheit in der EU umsetzbar sind.

Die Grünen stoßen mit ihrem EU-Bild und ihrem pro-europäischen Zugang immer häufiger an Grenzen. Bei einzelnen Projekten, wie TTIP und CETA, positionieren sie sich schließlich dagegen. Aber ihre Haltung ist sehr fragil, von Einzelfall zu Einzelfall unterschiedlich. Eine echte Strategie steckt nicht dahinter.

178 *Ein Politiker, der dieses EU-Bild zuletzt offensiv vertrat, ist Alexander Van der Bellen. Er machte die Pro-EU-Haltung zum Herzstück seiner Präsidentschaftskampagne, sogar gegen den Rat seiner Wahlkampf-Manager. Die EU ist in Österreich zwar wenig beliebt, aber unter ÖVP- und NEOS-WählerInnen gewann er damit möglicherweise die entscheidenden Stimmen. Wie wichtig ist dieses idealisierende EU-Bild für das liberale Milieu und seine politische Identität?*
Andreas Novy: Zentral, ganz klar. Van der Bellen hat viele linksliberale und liberale Menschen stark emotionalisiert. Die sind dann für ihn gelaufen, als ginge es um alles. Seine Kampagne hat aber mehr gemacht als das. Sie war voller Pro-EU-Botschaften, aber die Plakate waren auch mit einer Österreich-Flagge hinterlegt. Dazu hat er seine Kindheit im Tiroler Kaunertal hervorgehoben. Das war eine geschickte Doppelstrategie, um die rechte Flanke abzudecken. Seine Botschaft war: Patriotismus, Heimat und Europa schließen sich nicht aus. Wenn ich ihm das Beste unterstelle, kann ich darin einen „heimatverbundenen Kosmopolitismus“ erkennen. Das ist für mich ein progressives Konzept: Man kann an einem bestimmten Ort geerdet und trotzdem weltoffen sein. Tatsächlich war diese Entscheidung aber vor allem taktisch motiviert. Es ging darum, im ländlichen Raum zu punkten. Von einer strategischen Neuausrichtung zu Österreich und Europa sind die Grünen und Van der Bellen weit entfernt.

Wie Andreas sagt, hat Van der Bellens Pro-EU-Wahlkampf viele liberale und linksliberale Menschen elektrisiert. Warum ist diese Haltung für sie so emotional besetzt?

Martin Konecny: Wir haben es mit einer Ideologie zu tun, der Europa-Ideologie, und Ideologien sind nicht völlig rational erklärbar. Das ist nichts Schlechtes, wir leben durch und mit Ideologie. Zum Problem wird sie wegen ihrer Verbindung mit der EU und deren Politik. Es ist den neoliberalen Eliten gelungen, progressive Werte wie Weltoffenheit oder Frauenrechte mit der real existierenden EU zu verknüpfen. Das ist strategisch sehr geschickt. Als Ergebnis verteidigen Menschen eine Institution, deren Politik sie normalerweise scharf kritisieren würden. Noch problematischer ist, dass all das eine sinnvolle Debatte über die EU verhindert. Es ist kaum möglich, abwägend darüber zu diskutieren, ab welchem Punkt ein Bruch mit der EU sinnvoll ist, etwa am Beispiel Griechenland. Wer das versucht, bekommt reflexartig vorgeworfen, für Nationalismus und Krieg zu sein.

179

Abschließend: Wie sollen wir uns denn nun zur EU positionieren? Ist die europäische Integration ein Wert an sich oder sollten wir ein rein pragmatisches Verhältnis zu ihr haben?

Martin Konecny: Letzteres. Es geht darum, dass wir das gute Leben für möglichst viele Menschen erreichen, auf der größtmöglichen Ebene. Das kann die Gemeinde sein, der Nationalstaat oder auch Europa. Wichtig ist mir aber, dass wir uns nicht auf die EU beschränken. Es kann auch ganz andere Formen der Zusammenarbeit geben, etwa zwischen Gemeinden und Regionen oder zwischen europäischen und nichteuropäischen Staaten.

Andreas Novy: Die EU hat eigentlich die richtige Antwort. Ihr Motto lautet „Einheit in der Vielfalt“. Das heißt: Der Zentralismus hat nicht automatisch Vorrang. Es geht um die richtige

Balance zwischen einheitlichen Regeln und vielfältiger Ausgestaltung. Heute ist Experimentieren der erfolgversprechendste Weg.

Dazu müssen wir das EU-Bild in den Köpfen potenzieller Verbündeter ändern, die sonst reflexartig mit „Das ist antieuropäisch!“ reagieren. Wie kann das gelingen?

180 *Andreas Novy:* Wir müssen ein Europabild vertreten, das nicht Brüssel-zentriert ist. Die Idee, dass Maßnahmen automatisch gut sind, weil sie dort umgesetzt werden, ist absurd. Ein Beispiel: Linz kann mit einer tschechischen Stadt zusammenarbeiten, weltoffen und im besten europäischen Geist, ganz ohne Brüssel. Europäische Zusammenarbeit geht auch anders.

Martin Konecny: Wir müssen diese Debatte offensiv suchen, wie Attac das mit der EU-Konferenz [im November 2016, Anm.] begonnen hat. Lange haben viele Leute ihre Zweifel nicht auszusprechen gewagt. Die Erfahrungen der letzten Jahre, von Griechenland bis zur Militarisierung der EU-Außengrenzen, ändern das langsam. Wir können nicht erwarten, dass alle Linken in allen Ländern die gleiche Sicht entwickeln. Das soll uns aber nicht daran hindern, für gemeinsame Ziele zu kämpfen. CETA und TTIP sind beeindruckende Beispiele. Da ist es gelungen, eine massive europäische, ja transatlantische Bewegung aufzubauen. Sie umfasst LandwirtInnen, Klein- und Mittelbetriebe, Gewerkschaften. Gemeinsam leisten sie in vielen Ländern gleichzeitig enormen Widerstand. Eigentlich müsste diese Bewegung der Wunschtraum jedes begeisterten Europäers sein! Da entsteht eine europäische Zivilgesellschaft, die aufbegehrt. Die einzelnen Teile der Bewegung sind unterschiedlich gegenüber der EU positioniert, aber trotzdem gemeinsam handlungsfähig. Wir müssen uns in dieser Grundsatfrage nicht unbedingt einig sein, um zusammenzuarbeiten.

Das Interview führte Valentin Schwarz.

Drei Lehren

1. Weder der Nationalstaat noch die EU sind grundsätzlich gut oder schlecht. In der Flüchtlingspolitik beispielsweise ist die „europäische Lösung“ ein menschenverachtendes Grenzregime.
2. Nur weil die EU von rechter Seite attackiert wird, dürfen wir sie nicht blind verteidigen. Wir müssen vielmehr eine eigene EU-Kritik entwickeln und mehrheitsfähig machen.
3. Wir müssen die EU-kritische Debatte offensiv suchen, um den falschen Gegensatz von „pro-“ und „antieuropäisch“ zu überwinden. Wir müssen aber nicht dieselbe Haltung zur EU haben, um zu EU-Themen zusammenzuarbeiten.

181

Literatur

- Hall, Stuart (1992): *The West and the Rest: Discourse and Power*. In: Hall, Stuart und Gieben, Bram: *Formations of Modernity* (= *Understanding Modern Societies: An Introduction, Book 1*). The Open University, 275–332.
- Kaufmann, Stephan (2012): „Schummelgriechen machen uns den Euro kaputt“. *Beliebte Irrtümer in der Schuldenkrise*. Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Said, Edward (2009): *Orientalismus*. S. Fischer.
- Tamás, Gáspár Miklós (2015): *Kommunismus nach 1989. Beiträge zu Klassentheorie, Realsozialismus und Osteuropa*. Mandelbaum Verlag.

Eine neue Sprache für eine bessere EU-Debatte

182 Wer politische Umfragen verfolgt, könnte glauben, dass die ÖsterreicherInnen absichtlich Verwirrung stiften wollen. Völlig gegensätzliche Aussagen erhalten große Zustimmung. Deutliche Mehrheiten gibt es etwa für Vermögenssteuern und gegen Eigentumssteuern, obwohl damit dasselbe gemeint ist. In der Flüchtlingspolitik ist sowohl die Haltung populär, zu helfen sei unsere Pflicht, als auch Aussagen der Marke „Das Boot ist voll“. Die Erklärung für diese Widersprüche: Es kommt immer darauf an, wie gefragt wird. Um einen politischen Diskurs zu verändern, etwa jenen über die Europäische Union, müssen wir – damit ist in diesem Text eine breite Linke aus Bewegungen und NGOs, Gewerkschaften und Parteien gemeint – uns bewusst sein: Die gewählte Formulierung und der Kontext bestimmen, welche Positionen Menschen überzeugen oder nicht.

Nicht die Fakten entscheiden

In unseren Kreisen ist folgende Haltung verbreitet: Die richtigen Fakten und gute Argumente sind das beste Mittel, um andere zu überzeugen. Das ist, wie die obigen Beispiele zeigen, falsch. Besonders deutlich macht dies eine Studie, welche die Linguistin Elisabeth Wehling im Buch *Politisches Framing* zitiert: Die TeilnehmerInnen erfuhren, dass eine Patientin an einer schweren Krankheit leide. Eine Operation sei möglich, aber riskant. „Sie wird die Operation zu 90 Prozent überleben. Sollen wir sie operie-

ren?“ , wurde eine Hälfte gefragt. Die Mehrheit bejahte. Die zweite Gruppe erhielt dieselbe Frage, nur anders formuliert: „Die Patientin wird bei der Operation zu 10 Prozent sterben. Sollen wir sie operieren?“ Eine Mehrheit sprach sich dagegen aus. Trotz gleicher Fakten fiel die Entscheidung völlig entgegengesetzt aus.

Frames: Wie wir Informationen Sinn geben

Je nachdem, in welchem Deutungsrahmen eine Information präsentiert wird, verändert sich die erzielte Wirkung. In der politischen Linguistik wird diese sprachliche Einbettung *Frame* genannt, also Rahmen. Wie funktionieren Frames? Bestimmte Worte rufen in unserem Kopf eine Reihe von Assoziationen ab. Das Wort „Hammer“, schreibt Wehling, aktiviert auch Begriffe wie „Nagel“, „schlagen“ oder „Holz“. Diese Assoziationen erlernen wir im Lauf unseres Lebens. Sie erleichtern es uns, Gehörtes oder Gelesenes einzuordnen. Indem sie bestimmte Gedanken auslösen, haben Frames einen starken Einfluss auf uns. Sie bestimmen unsere Wahrnehmung, sogar unser Handeln. Wehling hat dafür Beispiele aus unterschiedlichen Studien zusammengetragen. Lesen Menschen einen Text, in dem Wörter wie „grau“, „Rente“ oder „faltig“ enthalten sind, die an eine alte Person denken lassen, bewegen sie sich danach selbst zögerlicher und langsamer. Werden sie mit Begriffen konfrontiert, die Taktgefühl implizieren, nehmen sie im Anschluss andere Personen als netter wahr.

183

Frames in der Politik

Frames sind also kein Geheimtrick, keine unlautere Methode zur Manipulation. Sie sind eine Grundstruktur unserer Sprache und unseres Denkens, die auch in banalen Alltagssätzen enthalten ist. Sie wirken unbewusst und ständig auf uns, sind nicht vermeidbar. Besonders relevant sind Frames in der Politik. Nur durch sie können wir abstrakte Konzepte, um die es in der Politik geht, ver-

stehen. Dabei ist Folgendes wichtig: Objektive Frames gibt es nicht. Sie heben stets einzelne Aspekte eines Themas hervor und blenden andere aus. Wir können nicht wertfrei sprechen, schon gar nicht über Politik. Zur Veranschaulichung einige Beispiele:

184 *Steuerbetrug statt Steuerflucht.* Wer wie viel an Steuern und Abgaben zu zahlen hat, gehört zu den wichtigsten politischen Streitfragen. Aus linker Perspektive sind sie ein zentrales Mittel, um die Ungerechtigkeiten des Wirtschaftssystems zu lindern. Steuern dienen dazu, öffentliche Infrastruktur zu finanzieren, etwa Schulen und Krankenhäuser; oder um Menschen mittels Sozialleistungen gegen die Risiken und Willkür des Markts abzusichern. Sie können auch ungerecht sein, wenn sie Arme stärker treffen als Reiche, doch grundsätzlich sind sie ein positives Werkzeug. Diese Sicht spiegelt sich jedoch kaum im Vokabular politischer Debatten wider. Sie sind von Begriffen geprägt, die eine fundamental negative Bewertung von Steuern in sich tragen. Dazu gehören „Steuerlast“, „Steuerflucht“ und „Steuroase“. Sie aktivieren folgende Frames: Steuern sind eine Belastung, gar Verfolgung oder Gewalt. Wer mittels Briefkastenfirma Steuern minimiert, rettet sich im „Flucht“-Frame vor Verfolgung, im Fall der „Oase“ aus der Todesgefahr der Wüste. Statt „Steuerflucht“ können wir „Steuervermeidung“ verwenden. „Vermeiden“ benützen wir sowohl für unangenehme, unnötige Lasten, als auch dann, wenn wir aus Bequemlichkeit einer Aufgabe entgehen wollen. Der Begriff ist also relativ neutral. Eine stärker wertende Alternative ist „Steuerbetrug“. Auch wenn viele Formen der Steuervermeidung formal legal sind, sind sie für uns ein Verrat an der Gesellschaft. Mächtige Personen nützen sie, um sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen. Statt „Steuroase“ bietet sich „Steuersumpf“ an, statt „Steuerlast“ etwa „Steuerbeitrag“. Der Begriff sagt: Meine Steuern sind ein Teil von vielen. Gemeinsam finanzieren wir Aufgaben, die wir über den demokratischen Prozess beschlossen haben.

Verarmen ist nicht sparen. Seit Jahren kürzen EU-Staaten, oft unter dem Druck der EU-Kommission, ihre Ausgaben für Soziales, Bildung oder Gesundheit. In der öffentlichen Debatte wird das meist als „Sparpolitik“ bezeichnet. Im Alltagsverstand ist „sparen“ positiv besetzt: Wir tun es, um später mehr zu haben. Sparsam zu sein gilt als tugendhaft und verantwortungsvoll. Das Gegenteil von sparen ist verschwenden. Solche Assoziationen löst der Begriff „Sparpolitik“ bei Menschen aus, die wenig vom Thema wissen – und buhlt damit um ihre Zustimmung. Der aktivierte Frame harmoniert bestens mit neoliberalen Phrasen wie jenen, wir hätten „über unsere Verhältnisse gelebt“ und müssten nun „den Gürtel enger schnallen“. Mit der Realität hat all das wenig zu tun. Ein Staat verringert seine Ausgaben, um das Budgetdefizit zu senken, nicht um für später zu „sparen“. Zudem blendet der Begriff den Hintergrund dieser Politik aus, die Wirtschaftskrise. Ausgelöst wurde sie von einem Finanzcrash. Hunderte Milliarden öffentlicher Gelder flossen in Bankenrettungen, ob direkt per Staatshilfe oder indirekt über Kredite an Länder wie Griechenland, die damit Schulden beim Finanzsektor bezahlten. Zudem führte die vom Crash ausgelöste Rezession dazu, dass die Steuereinnahmen sanken und die Staatsausgaben, etwa für Arbeitslosengeld, stiegen. Verantwortlich für Budgetdefizite und Schulden sind also Banken und Reiche, doch die Rechnung bezahlen Arme und Mittelklasse, denn sie treffen die Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen. Diese Ungerechtigkeit wird ausgeblendet und beschönigt, wenn wir von „Sparpolitik“ sprechen. Die relativ neutrale Alternative dazu lautet „Kürzungspolitik“, die politisch stärkere „Verarmungspolitik“ – denn tatsächlich wurden und werden auf diese Weise Millionen Menschen in der EU gezielt verarmt.

Menschen sind keine Naturkatastrophe. In den letzten Jahren flohen zahlreiche Menschen aus Ländern wie Syrien oder Afghanistan in die EU. Häufig wird dieses Phänomen als „Flüchtlings-

welle“ oder „Flüchtlingsflut“ bezeichnet. In diesem Frame, schreibt Wehling, werden wir von den Flüchtenden wie von einer Naturkatastrophe überschwemmt. Das ist nicht nur menschenverachtend, sondern blendet auch aus, warum sie ihre Herkunftsländer verlassen: Welle und Flut sorgen schließlich ohne besonderen Grund für Verwüstung. Geflüchtete Menschen sind in diesem Frame keine Opfer von Krieg oder Verfolgung, sondern eine Gefahr, vor der wir uns schützen müssen. Eine Alternative dazu ist es, von „Menschen auf der Flucht“ zu sprechen. Da sie politisch und medial besonders oft entmenschlicht werden, ist es wichtig, regelmäßig ihr Menschsein in Erinnerung zu rufen. Wollen wir das abstrakte Phänomen beschreiben, bietet sich „Flüchtlingsbewegung“ an. Der Frame verweist auf die simple Feststellung, dass viele Personen zur gleichen Zeit einen ähnlichen Weg zurücklegen.

Die EU als „Haus“ und „Familie“

Wenn es um die Europäische Union geht, wird gern vom „Haus Europa“ oder der „europäischen Familie“ gesprochen. Beide Ausdrücke erwecken das Bild einer Gemeinschaft, die zusammenlebt und -gehört. Das scheint auf den ersten Blick eine relativ neutrale Beschreibung zu sein, ist aber mehr als das. Ein Haus schützt vor Wind und Wetter. Wer die Wahl hat, in einem Haus oder unter freiem Himmel zu leben, wäre dumm, sich für Letzteres zu entscheiden. Dass die EU so konstruiert ist, dass sie ihre Mitglieder systematisch dem sprichwörtlichen Wind und Wetter von Finanzmärkten und Standortkonkurrenz aussetzt, fällt im „Haus“-Frame unter den Tisch. In keiner Hausgemeinschaft, die wir kennen, werden die BewohnerInnen in einen Wettbewerb um Strom und Möbel gezwungen. In der EU ist das aber der Fall, wenn es um Kapital und Produktionsstätten geht. Ebenso unüblich ist, dass die BewohnerInnen der besseren Wohnungen Löcher in die Wände der schlechteren schlagen, damit es dort in die Zim-

mer regnet. In der EU jedoch passiert das: Die mächtigen Staaten des Zentrums verschärfen über die Troika die wirtschaftliche und soziale Krise in den Ländern der Peripherie.

Ähnliches gilt für den Frame der „Familie“. Ihre Mitglieder gehören quasi natürlich zusammen, ob per Heirat oder Geburt. Auch die Hierarchie ist naturgegeben: Die Eltern wissen oft besser, was für die Kinder gut ist, als diese selber. Falls nötig, muss der Nachwuchs zu seinem Glück gezwungen werden. Der „Familien“-Frame harmoniert bestens mit der Strategie, die wir nach der Wahl der linken Syriza-Regierung in Griechenland beobachten konnten: Die EU-Institutionen, viele andere Regierungen und Massenmedien stellten die griechische Bevölkerung und ihre neuen VertreterInnen systematisch als unreif, kindisch und rotzfrech dar. So war es ein Leichtes, der europäischen Öffentlichkeit die Entmündigung und Unterwerfung der griechischen Demokratie als vernünftige Maßnahme zu präsentieren. Für die berechtigten Interessen einer Gesellschaft, die jahrelang durch Kürzungsdiktate verarmt wurde, ist im „Familien“-Frame kaum Platz. Er verdrängt auch die Option eines Austritt aus EU oder Euro: Aus der eigenen Familie kann man schließlich nicht austreten, sondern höchstens mit ihr brechen oder von ihr verstoßen werden. Das wäre aber eine Familientragödie, keine politische Option mit abzuwägenden Vor- und Nachteilen.

187

Differenzen systematisch ausgeblendet

Frames wie „Haus“ und „Familie“ zielen darauf ab, Einigkeit und Geschlossenheit der EU zu beschwören. Politische Konflikte zwischen den Mitgliedern blenden sie systematisch aus oder banalisieren sie. Sie verfestigen eine Hierarchie zwischen den Staaten und zielen darauf ab, einen möglichen Bruch zu stigmatisieren. Und nicht zuletzt setzen sowohl das „Haus Europa“ als auch die „europäische Familie“ die EU mit Europa gleich. Auch das ist eine

beliebte Herrschaftsstrategie: Indem die europäischen Eliten die von ihnen kontrollierte Institution mit dem Kontinent an sich gleichsetzen, erklären sie die EU zum Naturzustand. Ihr denkbares Scheitern erscheint dann als größtmögliche Katastrophe. Im Frame „Die EU ist gleich Europa“ sind KritikerInnen des herrschenden Kurses keine legitime Opposition, sondern ein innerer Feind. Sie gelten als „antieuropäisch“, egal ob sie solidarische oder menschenfeindliche Positionen vertreten, ob sie sich gegen Austeritätspolitik und Steuerwettbewerb oder gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und Minderheitenrechte wenden.

188

Verneinen von Frames stärkt sie

Wie sollen wir nun also über die EU und ihre Politik sprechen? Der erste Schritt ist, die Frames der Gegenseite zu vermeiden. Wir stärken damit sprachlich ihre Weltsicht, selbst wenn wir inhaltlich dagegen argumentieren. Es ist auch kontraproduktiv, gegnerische Frames zu nennen, um sich von ihnen abzugrenzen. Sätze wie „Die Fakten zeigen, dass die Sparpolitik nicht funktioniert“ oder „Das Boot ist nicht voll“ erreichen das Gegenteil ihrer Absicht. Denn ist ein Frame erst aktiviert, dringen Informationen, die nicht in ihn hineinpassen, schwerer ins Bewusstsein. Auch distanzierende Anführungszeichen bewirken wenig bis nichts. Um die eigenen Botschaften möglichst gut zu vermitteln, müssen wir dazu passende Frames finden.

Machen wir Konflikte sichtbar, statt sie zu verschleiern. Wir sind heute in beinahe allen politischen Fragen in Opposition. Es ist daher in unserem Interesse, Gegensätze und Minderheiten-Meinungen zu unterstreichen, statt sie sprachlich zu verschleiern. Wir sollten also nicht die EU mit Europa gleichsetzen oder von „Deutschland gegen Griechenland“ sprechen. Stattdessen sollten wir die jeweiligen AkteurInnen möglichst exakt benennen: die EU-Kommission, die in erster Linie Konzernwünsche erfüllt; die

deutsche Regierung, die nicht zwangsläufig die Interessen der Mehrheit ihrer Bevölkerung vertritt. Wir sollten nicht von Auseinandersetzungen zwischen Staaten oder gar zwischen „EuropäerInnen“ und „AntieuropäerInnen“ sprechen, wenn die Konfliktlinie zwischen den wirtschaftlichen Eliten und ihren politischen ErfüllungsgehilfInnen auf der einen sowie der Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite verläuft.

Ersetzen wir technische Begriffe durch politische. Eine Strategie der EU-Politik besteht darin, ihre Maßnahmen mit technischen, vermeintlich objektiven Namen zu versehen. Um sie effektiv zu kritisieren, brauchen wir Begriffe, die jene Aspekte und Folgen betonen, auf die wir hinweisen wollen. Sprechen wir statt vom „Türkei-Deal“ beispielsweise vom „Abschottungs-“ oder „Deportations-Deal“. Schließlich zielt er darauf ab, Menschen auf der Flucht noch auf See abzuweisen und gegen ihren Willen in die Türkei zurückzubringen. Ähnliches gilt für den „Standortwettbewerb“, der allorts Druck auf Löhne, Unternehmenssteuern und Sozialstandards macht und den die Konstruktionsweise von EU und Eurozone künstlich verschärft. Sprechen wir von der „Abwärtsspirale“, die er auslöst, und weisen wir auf den „Teufelskreis“ hin, in den er die Staaten zwingt.

Drehen wir gegnerische Frames um. Fallweise kann es effektiv sein, etablierte Frames der Gegenseite gegen sie zu verwenden. Dem Vorwurf, extreme Ansichten zu vertreten, entgegnete Alexis Tsipras einmal sinngemäß: „Was extrem ist, sind die Umstände, unter denen die Menschen in Griechenland heute leben müssen.“ Im selben Sinn können wir der gängigen Forderung, die eine oder andere Regierung solle „ihre Hausaufgaben machen“, sprich die gewünschten neoliberalen Maßnahmen beschließen, entgegnen: Die europäischen Eliten müssen dringend die Hausaufgaben erledigen, um die enorme Ungleichheit und Arbeitslosigkeit in der EU zu senken. Ähnliches können wir in der Flüchtlingspolitik ver-

suchen. Statt von der „Obergrenze“ zu sprechen, die einen angeblichen Ressourcenmangel unterstreicht, können wir fragen, wo denn eigentlich die „Untergrenze“ an Menschen liegt, die die EU-Staaten aufnehmen sollen. Wenn wir diesen Frame etablieren, würde sich die Diskussion nicht mehr um Zäune und Mauern drehen, sondern um die Frage, ob die reichsten Gesellschaften der Welt ihrer Verantwortung nachkommen.

190 Finden wir einfache Bilder für komplexe Phänomene. Unsere Forderungen sollten immer auf differenzierter Analyse beruhen. Doch das heißt nicht, dass wir sie trocken und sperrig formulieren müssen. Eine abwägende Argumentation wird nicht schlechter, sondern überzeugender, wenn sie in einem starken Sprachbild mündet. Bei TTIP und CETA geht es nicht um „Investitionsschutz“ – Schutz ist immer positiv – sondern um „Konzernklagerechte“ und den Aufbau einer „Paralleljustiz“, die Konzernen Privilegien gegenüber der Bevölkerung einräumt. Anstatt die Eurokrise mit dem Verhalten einzelner „Schuldensünder“ zu erklären, sollten wir den „Systemfehler“ oder gar „Totalschaden“ der neoliberalen EU-Integration betonen. Was mit Griechenland passiert, ist durchaus mit „Mobbing“ zu bezeichnen. Und wenn wir erklären wollen, wie die Troika-Diktate die Rezession vertiefen statt überwinden, bietet sich folgender Vergleich an: Das ist so, als würde man einem Menschen die Beine brechen und danach verlangen, dass er einen Marathon läuft. Grundsätzlich sind jene Vergleiche und Frames besonders effektiv, die sich auf den Körper beziehen – schließlich hat jeder Mensch einen.

Die eigene Weltsicht in Sprache gießen

Wir haben einen großen Rückstand aufzuholen. Konservative Thinktanks arbeiten seit Langem daran, politische Debatten in ihrem Sinn zu framen. Allein in den letzten Jahren konnten sie Begriffe wie „Sparpolitik“, „Schuldenbremse“ oder „Freihandel“

im öffentlichen Diskurs verankern, als wären sie nicht ideologisch aufgeladen, sondern neutral. Dagegen anzukommen wird Zeit brauchen. Vor allem bei neu auftauchenden Themen müssen wir rasch griffige Frames finden, die unsere Positionen widerspiegeln. Das geht nur selten so einfach wie in einigen der ausgewählten Beispiele, wo schlicht ein Begriff den anderen ersetzt. Wir müssen vielmehr eine grundlegend andere, in sich schlüssige Art zu sprechen und zu schreiben entwickeln, die auf den Eckpfeilern unserer Weltansicht aufbaut: auf Werten wie Demokratie, Solidarität und Gleichheit.

Drei Lehren

1. Wir können nicht objektiv über Politik sprechen. Finden wir Begriffe und Vergleiche, die zu unseren Positionen passen, statt jene der Gegenseite zu übernehmen.
2. In der EU-Debatte dominieren Frames, die politische Konflikte systematisch ausblenden und die Hierarchie zwischen den Staaten verfestigen. Finden wir stattdessen Begriffe, welche die Opposition sichtbar machen.
3. Vermeiden wir technische Formulierungen wie „Standortwettbewerb“ oder „Investitionsschutz“. Verwenden wir besser politische Begriffe, die unsere Kritik unterstreichen, wie „Abwärtsspirale“ oder „Paralleljustiz“.

Literatur

- Lakoff, George und Wehling, Elisabeth (2009): Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht. Carl-Auer Verlag.
- Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. Halem-Verlag.

Lernen von TTIP und CETA: Die EU-Maschinerie ins Stottern bringen

192

Der Widerstand gegen die neoliberale Handels- und Investitionspolitik, die nur den Interessen der Konzerne dient, hat eine lange Geschichte. Bereits Ende der 1990er Jahre wollten die OECD-Staaten in Geheimverhandlungen eine Paralleljustiz für Konzerne schaffen. Doch eine transnational vernetzte Bewegung von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft brachte das geplante Multilaterale Investitionsschutzabkommen zu Fall. 1999 verhinderten Zehntausende AktivistInnen in Seattle (USA) durch Blockaden den Start einer neuen WTO-Verhandlungsrunde über die weitere Liberalisierung des Welthandels. Diese „Battle of Seattle“ gilt als Geburtsstunde der globalisierungskritischen Bewegung. Anfang der 2000er Jahre richtete sich der Widerstand vor allem gegen die weitere Liberalisierung von Welthandel und Dienstleistungen im Rahmen der WTO. Mit Erfolg: Die 2001 gestarteten Verhandlungen sind versandet. Weil die gewünschte Deregulierung auf WTO-Ebene nicht mehr durchsetzbar war, konzentrierte sich die EU ab 2008 auf bilaterale und regionale Handelsabkommen – wie TTIP und CETA.

Welche Erfolge hat die Bewegung gegen TTIP und CETA bisher erreicht?

Die Deregulierung des Handels und die Errichtung einer Paralleljustiz für Konzerne sind als Kernprojekte der EU delegitimiert. Es gehört zu den wichtigsten politischen Strategien der

Eliten in der EU, neoliberale Wirtschaftspolitik und Sonderrechte für Konzerne in völkerrechtlich verbindlichen Abkommen festzuschreiben. Die Bewegung gegen TTIP und CETA konnte dieses Kernprojekt erfolgreich delegitimieren und seine BefürworterInnen in die Defensive bringen. Dieser Erfolg beschränkt sich nicht auf die westeuropäischen Mitgliedsländer, in denen es eine Tradition von handelspolitischen Kämpfen gibt. Auch in Zentral- und Osteuropa entstanden zivilgesellschaftliche Plattformen, die über die Abkommen informierten und Widerstand dagegen aufbauten.

Die European Federation for Investment Law and Arbitration, eine Lobby-Organisation für Konzernklagerechte, bezeichnete das Jahr 2016 als „annus horribilis“ für den sogenannten Investitionsschutz. Tatsächlich erlitt die neoliberale Handels- und Investitionspolitik der EU mehrere schwere Rückschläge. Die TTIP-Verhandlungen liegen derzeit auf Eis. In mehreren wichtigen EU-Ländern, etwa Frankreich, Deutschland und Österreich, sahen sich Regierungsmitglieder gezwungen, das Abkommen für tot zu erklären. Die Gründe dafür waren neben anstehenden Wahlen vor allem der große Druck von unten. Ob CETA jemals zur Gänze in Kraft treten wird, ist unklar.

193

Für die Eliten waren TTIP und CETA die Flaggschiffe ihrer Strategie, die Wirtschaftskrise für eine weitere Vertiefung der neoliberalen EU-Integration zu nutzen. Die Bewegung dagegen hat dieses Kernprojekt inhaltlich stark geschwächt und vorerst erfolgreich gebremst.

Der Widerstand erreicht eine neue gesellschaftliche Breite.

In den frühen 2000er Jahren ging der Widerstand gegen neoliberale Handelsabkommen vor allem von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Attac, Friends of the Earth und Greenpeace, von Teilen der Gewerkschaft und radikalen Bauern und Bäuerinnen aus. Die Bewegung gegen TTIP und CETA hat mittlerweile

eine neue Breite erreicht. Auch Tausende Klein- und Mittelbetriebe sowie Hunderte Gemeinden schlossen sich der Bewegung an. Das ist in zweifacher Weise bemerkenswert:

Erstens ist ein Bündnis, in dem Gewerkschaften mit Klein- und Mittelbetrieben zusammenarbeiten, selten. Eine Bewegung, die so unterschiedliche AkteurInnen zusammenbringt, kann auch für kommende Kämpfe in anderen Bereichen den Weg weisen. Zweitens organisieren sich Bauern und Bäuerinnen sowie Klein- und Mittelbetriebe von unten gegen ihre offiziellen Interessenvertretungen in den Wirtschafts- und Landwirtschaftskammern, die TTIP, CETA und Co. unterstützen. Lange dienten die Kammern dazu, die Masse der kleineren UnternehmerInnen und LandwirtInnen ruhigzustellen, um ungestört eine Politik gegen ihre Interessen durchsetzen zu können. Dieses Herrschaftsinstrument wird nun zunehmend geschwächt.

194

Es wird immer sichtbarer, wie autoritär in der EU Politik gemacht wird.

Das Tauziehen um die Ratifizierung von CETA hat vielen die Augen geöffnet. In bisher ungekannter Klarheit wurde sichtbar, zu welchen Mitteln die politischen Eliten greifen, um ihre neoliberale Politik durchzusetzen.

Ursprünglich sollte CETA ohne die Mitsprache nationaler Parlamente beschlossen werden – obwohl alle politischen Ebenen, vom Nationalstaat bis zur kleinen Gemeinde, die Auswirkungen zu spüren bekommen würden. Die Kritik an den Konzernklagerechten zwang einige Regierungen, darunter jene in Frankreich, Deutschland und Österreich, das zu verhindern. Sie setzten durch, dass nach den Regierungen und dem EU-Parlament auch 38 nationale und regionale Parlamente zustimmen müssen, bevor CETA dauerhaft und zur Gänze in Kraft treten kann. Ein Großteil des Abkommens wird bis dahin zwar „vorläufig“ angewendet, nicht

aber die Konzernklagerechte. Das ist ein Erfolg des Drucks von unten.

Auch nach diesem Etappensieg schlug CETA bei jedem Schritt großer Widerstand entgegen. Schon die Unterzeichnung durch die Regierungen stand auf des Messers Schneide. Zuerst wurde Österreichs Bundeskanzler Christian Kern enorm unter Druck gesetzt; danach, vor den Augen der Weltöffentlichkeit, der wallonische Regierungschef Paul Magnette. Vor der Abstimmung im EU-Parlament setzten die dortigen Spitzen alles daran, das Abkommen so rasch wie möglich und ohne Debatte durchzupfeitschen. Erst nach Protesten von Zivilgesellschaft und Opposition durften einige Ausschüsse Stellungnahmen abgeben.

195

CETA ist noch nicht gestoppt. Doch die Auseinandersetzung hat der neoliberalen Agenda zwei große Dämpfer verpasst: Erstens wurde klar, wie einzelne Regierungen mit Druck und Drohungen auf Linie gebracht werden, wenn sie Einwände gegen die neoliberale Politik haben. Zweitens mussten die Eliten selbst die schwachen demokratischen Standards der EU-Politik beugen, um ihren Kurs durchzusetzen. Damit diskreditieren sie sich in den Augen vieler Menschen. Das kann sich in zukünftigen Auseinandersetzungen bezahlt machen.

Herausforderungen und Handlungsoptionen

Die Bewegung gegen TTIP und CETA ist weit mehr als nur ein Bündnis gegen diese beiden Abkommen. Sie vereint viele AkteurInnen, die sich an unterschiedlichen Stellen für eine grundlegend andere Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen. Dazu gehört auch die Veränderung der Spielregeln des Welthandels.

Die Eliten schwingen die Trump-Keule.

196

Nach der Ratifizierung von CETA im EU-Parlament beginnt eine neue Phase für die Bewegung: die Verhinderung von CETA in 38 regionalen und nationalen Parlamenten. Mit der Wahl Trumps zum US-Präsidenten haben sich jedoch die politischen Rahmenbedingungen verändert. Die EU-Eliten versuchen nun, den Widerstand gegen CETA und TTIP zu delegitimieren, indem sie die KritikerInnen mit Trump, Le Pen und Co. gleichsetzen. Sie gehen sogar so weit, CETA als Alternative zu Trumps „America First“-Politik zu bezeichnen. CETA ist in dieser Erzählung ein „fortschrittliches“ Gegenmittel zu Trumps Versuchen, das multilaterale Handelssystem zu zerstören. Tatsächlich ist CETA Teil der neoliberalen Politik, die immer mehr Menschen mit dem sozialen Abstieg bedroht und in die Arme der Rechten treibt.

Auch in Europa wird die extreme Rechte versuchen, den Widerstand gegen TTIP und CETA in Wahlkämpfen zu vereinnahmen. Das ist ein Missbrauch der jahrelangen, fundierten Arbeit der europäischen Bewegung. Die Rechte positioniert sich nur strategisch gegen derartige Abkommen. Einmal an der Regierung, vertritt sie je nach Land die Interessen verschiedener Kapitalfraktionen und setzt eine neoliberale Wirtschaftspolitik um. Auch Trump ist nicht prinzipiell gegen Handelsabkommen im Dienst der Konzerne – solange es US-amerikanische sind und er argumentieren kann, nationale Interessen zu vertreten. Die Rechte hat keinerlei Alternativen anzubieten. Mit der Vision eines gerechten Welthandels, den die globale Widerstandsbewegung vertritt, hat sie nichts gemein.

Die Bewegung muss eine positive Vision entwickeln.

Um sich deutlich von der Rechten abzuheben und das Vakuum nach dem Stillstand bei TTIP und CETA zu nutzen, muss die Bewegung nun vor allem eines tun: Sie muss die positive

Vision einer anderen Welt konkretisieren; einer anderen Art und Weise, Wirtschaft und Gesellschaft zu organisieren, in der Handel und Investitionen Mittel zum Zweck werden, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Ein erster Schwerpunkt ist der Kampf um eine Demokratisierung der Handels- und Investitionspolitik der EU. Der Prozess, der zu einem Abkommen wie TTIP führt, besteht aus vielen Schritten. Jeder einzelne muss demokratisiert werden, vom Beschluss eines Verhandlungsmandats über die Phase der Verhandlungen bis zur Beschlussfassung. Zudem braucht es Konzepte einer Investitionspolitik, die sich an den Interessen der Menschen und der Natur orientiert und demokratische Handlungsspielräume nicht einschränkt. Dafür braucht es auch eine übergeordnete Utopie. Das gute Leben für alle könnte diese Utopie sein. 197

Die Bewegung gegen TTIP und CETA verfügt über vielfältiges Wissen und die Fähigkeit zu breitem Konsens und zu kreativem Widerstand; ebenso über den Willen zu einer Vielfalt an Strategien und zu Austausch und Zusammenarbeit. Wenn die Bewegung weiterhin auf diese Stärken setzt, ist es möglich, die bisher erzeugten Bruchlinien zu vertiefen und die sogenannte Freihandelsagenda zu stoppen. Zugleich kann sie einen wichtigen Beitrag leisten, um Alternativen von unten voranzutreiben.

Was können andere Bewegungen vom Widerstand gegen TTIP und CETA lernen?

Stellen wir die Demokratie ins Zentrum unserer Kämpfe – aber richtig!

Der Kampf gegen TTIP und CETA ist ein Kampf um Demokratie – im doppelten Sinn. Erstens dürfen Handelsverträge nicht länger hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und anschließend durch die Parlamente gepeitscht werden. Sie greifen tief in

den Alltag der Menschen und den Handlungsspielraum von Staaten und Gemeinden ein, also müssen sie auch öffentlich diskutiert und möglichst breit entschieden werden. Zweitens geht es auch darum, sich gegen die Aushöhlung der Demokratie zu wehren. Denn Abkommen wie TTIP und CETA schränken demokratische Spielräume ein. Sie schaffen eine Paralleljustiz, die Konzernnen Milliardenklagen gegen unliebsame Gesetze und Regulierungen ermöglicht.

198 Die Demokratie verteidigen und ausbauen: Das ist für viele ein zentraler Grund, sich gegen diese Abkommen zu engagieren. Die Menschen sind also keineswegs demokratiemüde, sie brauchen nur einen konkreten Grund und konkrete Handlungsmöglichkeiten. Auch andere Initiativen, wie etwa DiEM25, stellen die Frage der Demokratie ins Zentrum. Doch während sie sich abstrakt für demokratischere Spielregeln auf EU-Ebene einsetzen, verbindet die Bewegung gegen TTIP und CETA den Kampf für mehr Demokratie mit konkreten Fragen, etwa nach dem Recht auf gute Lebensmittel, anständige Löhne und gute öffentliche Dienstleitungen. So wird der Kampf um die Erneuerung oder Weiterentwicklung von Demokratie greifbar. Und diese wird von unten kommen.

*Organisieren wir Widerstand über Grenzen hinweg –
zwischen Staaten und politischen Traditionen!*

Die Bewegung gegen TTIP und CETA ist ein erfolgreiches Beispiel, wie europaweit und darüber hinaus koordiniert Widerstand geleistet werden kann. Organisationen, die sonst vorwiegend im nationalen Kontext aktiv sind, arbeiten hier mit Gruppen zusammen, die auf EU-Ebene tätig sind. Gemeinsam gelingt es ihnen, immer dort aktiv zu werden, wo sie gerade den größten Effekt erzielen können. Spitzt sich die Lage in einem Land zu, wie im Herbst 2016 zuerst in Österreich und dann in Belgien, unter-

stützen sie die jeweilige Partnerorganisation vor Ort. Und wenn eine Abstimmung im EU-Parlament ansteht, koordinieren sie die Überzeugungsarbeit bei den Abgeordneten.

Das wird möglich, weil die einzelnen AkteurInnen einen pragmatischen Zugang zu den verschiedenen Ebenen der Politik haben. Während manche die EU reformieren wollen, stellen sie andere grundsätzlich infrage. In der gemeinsamen Arbeit sind diese Unterschiede nicht zentral. Ob sich die Bewegung gerade auf das EU-Parlament, eine nationale Regierung oder ein regionales Parlament konzentriert, hängt nicht von ideologischen Präferenzen ab, sondern von den Erfolgsaussichten. Dort zu kämpfen, wo es sich lohnt, gemeinsam und über Grenzen hinweg, ist möglich. 199

Lassen wir uns den Internationalismus nicht wegnehmen!

Oft beschwerten sich die EU-Eliten über das mangelnde Interesse der Bevölkerung an EU-Politik und fehlenden „europäischen Geist“. Die Bewegung gegen TTIP und CETA hat beides zu bieten. In ihr organisieren sich Menschen über die Grenzen hinweg, um auf EU-Ebene für gemeinsame Interessen zu kämpfen. Dass die politischen und medialen Eliten sie dennoch als „antieuropäisch“ denunzieren, sagt mehr über sie selbst aus als über die Bewegung. Nach dieser Logik wären alle, die sich gegen ein bestimmtes österreichisches Gesetz engagieren, auch gegen die Existenz des österreichischen Staats.

Internationale Zusammenarbeit ist ein fundamentales Prinzip progressiver und linker Politik – ob zwischen Bewegungen und Parteien, Städten und Regionen oder Staaten. Doch in der heutigen öffentlichen Debatte wird oft nur eine Form von grenzüberschreitender Kooperation beachtet: jene über die Institutionen der EU. Diese sind aber so konstruiert, dass sie gegen Druck von unten möglichst gut abgeschirmt sind, wodurch neoliberale Politik gegen die Interessen der Mehrheit einfach durchsetzbar ist. Las-

sen wir daher nicht zu, dass die EU das Prinzip des Internationalismus für sich vereinnahmt. Zusammenarbeit über Grenzen hinweg funktioniert bestens ohne oder gar gegen sie.

Auch oberflächlich kleine Themen können Großes bewegen!

200 Eine häufige Kritik an der Kampagne gegen TTIP und CETA lautet: Das Thema Handel sei zu eng, um so viele Ressourcen darauf zu verwenden. Andere Bereiche der EU-Politik, etwa die Wirtschafts- oder Flüchtlingspolitik, seien tiefgreifender und wichtiger. Tatsächlich sind TTIP und CETA nicht die einzige und vielleicht auch nicht bedeutsamste Bedrohung, der wir uns gegenüber sehen. Doch zum einen betreffen die Gefahren, die von ihnen ausgehen, mehr als nur das Thema Handel: Die Abkommen bedrohen Demokratie und Rechtsstaat, Landwirtschaft und Nahrungsmittelqualität, Klima und Umwelt, Arbeitsplätze und Arbeitsrechte, öffentliche Dienstleistungen, kleine und mittlere Unternehmen und vieles mehr.

Zum anderen sprechen strategische Argumente dafür, TTIP und CETA beziehungsweise Handelspolitik zum Mittelpunkt einer Kampagne zu machen: Erstens betreffen sie, wie kaum ein Thema sonst, die Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen – und bieten damit die Möglichkeit zu neuen, breiten Bündnissen. Zweitens eignen sich diese Abkommen dafür, die Folgen neoliberaler Politik auf den Alltag von Menschen greifbar zu machen. Drittens bietet der Modus, in dem sie auf EU-Ebene beschlossen werden müssen – mit expliziter Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten – einen Hebel für soziale Bewegungen. Das macht es möglich, den Kampf überall in der EU zu führen, auch weitab von Machtzentren wie Brüssel, Berlin und Paris. Die Handels- und Investitionspolitik eignet sich damit besser als beispielsweise die Steuerpolitik, um Sand ins neoliberale EU-Getriebe zu streuen.

Wählen wir Themen, die den Alltag der Menschen betreffen!

Wie entsteht eine große Bewegung? In Ländern wie Griechenland und Spanien war es die EU-Kürzungspolitik, die zu breitem Widerstand führte. Die so entstandenen Bewegungen konnten Brüche in der herrschenden Politik erzeugen. In Griechenland gelang es der linken Syriza-Regierung zumindest kurzfristig, die europäischen Machteliten herauszufordern. Auch in anderen Ländern stehen die herrschenden Kräfte auf wackeligen Beinen. Ihre Kämpfe machten sichtbar, wie repressiv die EU-Eliten gegen demokratischen Widerstand und Alternativen von unten vorgehen. In Ländern wie Deutschland, Frankreich und Österreich ist der Widerstand gegen die Austeritätspolitik hingegen immer klein geblieben. Ihre Härte und Ungerechtigkeit blieb hier bislang zu abstrakt und zu weit weg. Das hat sich mit TTIP und CETA geändert. Nun ist auch in diesen Ländern der Widerstand gegen die neoliberale EU-Politik im Interesse der Konzerne in Bewegung gekommen. 201

Um Brüche oder Risse in dieser Politik zu erzeugen, braucht es konkrete, für die Menschen nachvollziehbare Bedrohungen. In Spanien erfuhren Menschen am eigenen Leib, was Austerität bedeutet, etwa den ungerechtfertigten Verlust der eigenen Wohnung. In Österreich sind es die Gefahren einer enthemmten Globalisierung für Lebensmittel, Arbeitsplätze und öffentliche Dienstleistungen, die Leute auf die Straße bringen.

Für die Zukunft stellt sich die Frage, wie sich die unterschiedlichen Widerstandsbewegungen vernetzen und so gemeinsam an Stärke gewinnen können. Rund um welches Thema könnte das gelingen? Ein möglicher Kristallisationspunkt sind die Angriffe auf Rechtsstaat, Freiheit und Demokratie, die derzeit auf nationalstaatlicher wie auf EU-Ebene zunehmen. Kürzungs- und Handelspolitik bedrohen diese Errungenschaften ebenso wie immer neue Überwachungsmaßnahmen und die Einschränkung von demo-

kratischen Grundrechten im Namen der Terrorismusbekämpfung. Uns gemeinsam gegen diese autoritäre Wende zu organisieren, ist nicht nur notwendig, sondern auch politisch lohnend.

Drei Lehren

1. Kritik und Protest gegen EU-Politik ist nicht nationalistisch. Der Widerstand gegen TTIP und CETA bringt Menschen über Grenzen hinweg zusammen.
2. Erfolgreicher Widerstand muss an den Lebensrealitäten der Menschen anknüpfen. So kann man auch zu vermeintlich komplexen Themen Widerstand organisieren.
3. Um breite Zusammenarbeit zu ermöglichen, braucht es die Verständigung über zentrale Kritik oder Alternativen, die einend wirken, sowie Ressourcen für ein Minimum an Koordinationsarbeit.

Ernährungssouveränität: Widerstand und Alternativen von unten zusammendenken

Die Bewegung für Ernährungssouveränität ist eine der größten und vielfältigsten sozialen Bewegungen weltweit. Sie setzt an den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen nach lokal angepasster, gesunder und ausreichender Nahrung für alle an, sowie einer Landwirtschaft in den Händen jener Menschen, die Lebensmittel herstellen. Widerstand gegen die neoliberale Agrar- und Handelspolitik und der Aufbau von Alternativen von unten nehmen in der Bewegung eine zentrale Rolle ein. Soziale Bewegungen, die mehr tun wollen, als sich an der Politik der EU oder der aussichtslosen Frage von Reform oder Austritt abzuarbeiten, können viel von ihr lernen. 203

Wie die Bewegung für Ernährungssouveränität entstand

Bereits seit den 1970er Jahren schließen sich kritische Bauern und Bäuerinnen in Europa zusammen, um gegen die Vormacht der Agrarindustrie und für eine bäuerliche Landwirtschaft zu kämpfen. Sie setzen sich für lokal angepasste Produktionsmethoden ein und kämpfen gegen die Liberalisierung der Landwirtschaft. Mit Beginn der 1990er Jahre schlossen sich (klein-)bäuerliche Organisationen weltweit in einem Bündnis mit LandarbeiterInnen, FischerInnen, Landlosen, Frauenbewegungen und Indigenen zusammen. Sie gründeten die Bewegung La Via

Campesina (deutsch: Der bäuerliche Weg), die heute mit über 200 Millionen Mitgliedern zu den größten sozialen Bewegungen der Welt gehört. Das politische Leitmotiv von La Via Campesina ist das Konzept der Ernährungssouveränität. Es wurde erstmals 1996 beim Welternährungsgipfel der UNO vorgestellt und ist eine Antwort auf den technischen Begriff der „Ernährungssicherheit“.

Ernährungssouveränität ist kein fertiges Modell, sondern ein Rahmen, der laufend durch konkrete, lokale Umsetzung ausgefüllt werden muss. Sie kann nicht top-down definiert, sondern nur in kollektiven Prozessen ausgestaltet werden. Sie baut auf den vielfältigen Lebensrealitäten der Bäuerinnen und Bauern sowie der KonsumentInnen und ihren lokalen Kämpfen um das Recht auf lokal angepasstes und gesundes Essen auf. Ernährungssouveränität gibt der Ernährung der Bevölkerung Vorrang gegenüber der Produktion für den Export. Sie steht für die Wertschätzung jener Menschen, die Lebensmittel herstellen, und unterstützt lokal angepasste Produktionssysteme. Diese werden in lokalen Strukturen kontrolliert und erhalten die Reproduktionsfähigkeit der Natur.

Der Großteil der ProduzentInnen ist heute von der politischen Gestaltung der Herstellung, Verarbeitung und Verteilung von Lebensmitteln ausgeschlossen. Internationale Handelsabkommen, Subventionssysteme, Gentechnikgesetzgebungen und Hygienebestimmungen werden ohne ihr Mitspracherecht verabschiedet. Die Produktion unseres Essens demokratisch zu kontrollieren, ist die Voraussetzung dafür, andere Rechte – etwa auf Nahrung oder Bildung – durchsetzen zu können. Ernährungssouveränität baut auf transnationale Solidarität und Vernetzung. Sie ermöglicht den VerliererInnen des globalen Agrobusiness sich gegenseitig zu unterstützen und damit Herrschaftsverhältnissen nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Verinnerlichte Herrschaftsstrukturen wie Rassismus und Sexismus werden bewusst bearbeitet. Lokaler Widerstand und lokale Alternativen werden um eine globale Perspektive ergänzt.

Falsche Interessengegensätze aufbrechen

Der Wettbewerbsdruck in der Landwirtschaft hat zu einem massiven Höfesterben geführt und die bäuerlichen Betriebe gezwungen zu wachsen oder zu weichen. Von diesen Entwicklungen war die österreichische Landwirtschaft auch vor dem EU-Beitritt nicht verschont, sie wurden dadurch aber beschleunigt.

Die mangelnden Mitbestimmungsrechte von Bauern und Bäuerinnen in ihrer Interessenvertretung sind ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die EU-Agrarpolitik an den Interessen der Großbetriebe orientiert. Innerhalb der bäuerlichen Gesellschaft bröckelt die Loyalität gegenüber ihrer Berufsvertretung dennoch nur langsam. Viele haben den Eindruck, Bauernbund und Landwirtschaftskammer seien die Einzigen, die sich für ihre Interessen einsetzen. Unter dem Leitsatz: „Wir Bauern müssen zusammenhalten!“ wird suggeriert, es handle sich um eine einheitliche Berufsgruppe, und damit werden die unterschiedlichen Interessen verwischt. La Via Campesina gelingt es immer wieder, dies zu unterlaufen: Anstatt mit den Großbauern (und -bäuerinnen) im eigenen Land wird Solidarität mit Kleinbäuerinnen und -bauern im globalen Süden hergestellt.

Die problematische Gleichsetzung von Interessen existiert auch in anderen Politikbereichen. So wird Beschäftigten vermittelt, sie müssten sich gemeinsam mit „ihren“ Unternehmen gegen jene anderer Länder durchsetzen. In der Krise wurde uns suggeriert, es gäbe einen Konflikt zwischen uns und den Menschen in Griechenland – obwohl der eigentliche Gegensatz zwischen der breiten Bevölkerung und den Eliten verlief. Die Bewegung für Ernährungssouveränität ist immer wieder erfolgreich im Aufbrechen dieser falschen Interessengegensätze, weil sie die Widersprüche zwischen dem konkreten Erleben der Bauern und Bäuerinnen und den offiziellen Erzählungen greifbar macht.

Breite Allianzen aufbauen

La Via Campesina erkannte bald, dass die Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme nur durch Allianzen mit anderen Bewegungen erkämpft werden kann. So entstand die Nyéléni-Bewegung für Ernährungssouveränität. Nyéléni war der Name einer Bäuerin aus Mali, die zur Symbolfigur für den kleinbäuerlichen Widerstand wurde. 2007 versammelten sich beim ersten internationalen Nyéléni-Forum Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen, KonsumentInnen und Frauenbewegungen, aber auch urbane Bewegungen. Gemeinsam entwarfen sie Prinzipien von Ernährungssouveränität sowie Ziele und Forderungen.

206 Ein wesentlicher Charakter des Nyéléni-Prozesses ist die aktive Beteiligung sozialer Randgruppen. Dazu gehören Bauern und Bäuerinnen, die üblicherweise schwer Zugang zu politischen Prozessen finden, ebenso wie armutsbetroffene Menschen. Am Forum wird darauf geachtet, dass gleich viele Männer wie Frauen, mindestens ein Drittel junge Menschen und mindestens ein Drittel ProduzentInnen teilnehmen. Auf europäischer Ebene trafen sich 2011 in Krems (Österreich) und 2016 in Cluj (Rumänien) über 500 Menschen aus 42 europäischen Ländern, um die Vision der Ernährungssouveränität zu diskutieren und gemeinsame Aktionsformen zu erarbeiten. Neben Umwelt-, Menschenrechts- und Frauenorganisationen beteiligten sich globalisierungskritische Bewegungen, GewerkschafterInnen, lokale Projekte und Graswurzelinitiativen. Das zweite europäische Forum wurde sehr bewusst in Rumänien – wo die Anzahl der Höfe seit dem EU-Beitritt massiv zurückgegangen ist – durchgeführt, um die Bewegung in Osteuropa zu stärken.

In der Nyéléni-Bewegung sind solche breiten Allianzen möglich, weil sie sich an den Bedürfnissen und Anliegen der betroffenen Menschen orientiert. Sie ermöglicht es politisch Ausgeschlossenen, gemeinsam ihre Interessen zu formulieren und praktische

Solidarität zu leben. Auch in anderen Fragen müssen wir versuchen, den Stimmen der Marginalisierten einen gemeinsamen Ausdruck zu verleihen. Kapitalismus und neoliberale EU-Politik schaden nie nur einer gesellschaftlichen Gruppe.

Lokal handeln und globale Solidarität schaffen

Ein zentrales Ziel der Nyéléni-Bewegung ist es, transnationale Solidarität zwischen jenen Menschen herzustellen, die sich für Ernährungssouveränität einsetzen und an Alternativen von unten arbeiten. Sie stellt sich damit gegen jene Kräfte, die den globalen Norden gegen den Süden ausspielen und MigrantInnen die Schuld für Verarmung und Krise zuschreiben. Trotz der massiven Kritik an der neoliberalen EU-Agrarpolitik gibt es in der Nyéléni-Bewegung nur wenige, die hoffen, Ernährungssouveränität auf nationalstaatlicher Ebene leichter umsetzen zu können. Die gemeinsamen Visionen fokussieren vielmehr auf eine Umgestaltung der Konsum- und Produktionsweise sowie der politischen Rahmenbedingungen dafür – auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. 207

Die Nyéléni-Bewegung zeigt, wie wir durch lokales Handeln globale Solidarität stärken können. Manchmal scheint es, als wäre internationale Zusammenarbeit nur in gemeinsamen Kampagnen oder internationalen Institutionen möglich. Doch wir können dort arbeiten und kämpfen, wo wir leben und trotzdem international verbunden sein. Der kleinbäuerliche Widerstand in Europa ist wesentlich getragen von der Solidarität gegenüber den KollegInnen im globalen Süden, die durch Export zu Dumpingpreisen verdrängt werden.

Widerstand und Alternativen von unten zusammendenken

208

„Wir sind davon überzeugt, dass Ernährungssouveränität nicht nur ein Schritt hin zur Veränderung unserer Lebensmittel- und Agrarsysteme ist, sondern auch ein erster Schritt hin zu einem breiteren Wandel unserer Gesellschaften“, besagt die Deklaration des Nyéléni-Forum Krems. Ernährungssouveränität ist eine gemeinsame Vision, die auf unterschiedlichen Ebenen erkämpft wird und eine völlige Neugestaltung des Lebensmittelsystems bedeutet. Sie ist das Dach, unter dem sich der Widerstand gegen die Agrarindustrie ebenso wiederfindet wie die Kampagne zur Transformation der neoliberalen Politik und Alternativen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern. Ernährungssouveränität steht für den Kampf zwischen unterschiedlichen Produktionsmodellen: Agrarindustrie gegen bäuerliche Landwirtschaft. Folgende Elemente sind für den Aufbau von Alternativen zentral.

Solidarische Produktionsmethoden

Biologische Landwirtschaft zu betreiben, war über Jahrtausende völlig normal. Erst durch die Einführung chemischer Düngemittel und Pestizide wurde die Landwirtschaft von externen Betriebsmitteln abhängig gemacht. Durch die Zusammenarbeit von Bäuerinnen und Bauern mit KonsumentInnen gelang es, biologische Landwirtschaft wieder einzuführen. Inzwischen haben sich Supermärkte diese hart erkämpfte Errungenschaft als Vermarktungsstrategie angeeignet. Dadurch wird die fundamentale Kritik aufgeweicht und die biologische Wirtschaftsweise in die kapitalistische Logik eingefügt. Kämpfe um solidarische Produktionsformen versuchen jedoch weiterhin die bäuerliche Wirtschaftsweise zu stärken und Betriebsmittel in die Hände von Bauern und Bäuerinnen zu legen. Sie setzen samenfestes, also vermehrbares und gentechnikfreies, Saatgut ein, verbessern die

Kompostierung und reduzieren die Erdölabhängigkeit der Landwirtschaft durch kleinteilige Strukturen und Handarbeit.

Durch Betriebskooperationen und eigene Verarbeitung entgehen Bauern und Bäuerinnen der Abhängigkeit von Supermärkten. In der landwirtschaftlichen Produktion wird „anders wirtschaften“ zum politischen Widerstand. Das wird zum Beispiel am Gegenwind deutlich, mit dem alternative Verarbeitungsstrukturen im Milchsektor konfrontiert sind. Trotz Monopol gelingt es Milchbäuerinnen und -bauern, eigenständige, kleinstrukturierte Verarbeitungsbetriebe aufzubauen (Bio vom Berg und KasLabn in Österreich) oder einen Streik zu organisieren. Ebenso leisten bäuerliche Betriebe zivilen Ungehorsam, indem sie Impf- oder Hygienebestimmungen, die für die Massentierhaltung und industrielle Verarbeitung gemacht wurden, unterlaufen und damit Diskussionen über diese Rahmenbedingungen, etwa bei Schlachtung am Hof, möglich machen.

209

Die industrielle Landwirtschaft hat keine Zukunft. Auf dem Weg zu ihrer politischen Transformation ist es notwendig, konkrete Alternativen zu entwickeln und zu erproben. Alternativen von unten unterstützen Bauern und Bäuerinnen im Hier und Jetzt, tragen aber auch zur Entwicklung einer politischen Vision bei. Das gilt auch für andere Projekte der solidarischen Ökonomie und Selbstverwaltung. Kollektive Übernahmen können Betriebe vor der Pleite und Beschäftigte vor der Arbeitslosigkeit schützen. Der Aufbau konkreter Alternativen inspiriert zum Nachahmen, hilft handlungsfähig zu werden und konkrete Macht von unten aufzubauen.

Neugestaltung der Lebensmittelverteilung

Traditionellen Formen der bäuerlichen Direktvermarktung wie Bäuerinnenmärkte und Ab-Hof-Verkauf kamen zu Beginn der Bio-Bewegung große Bedeutung zu. Sie ermöglichten Bauern und Bäuerinnen, die Verarbeitung und Vermarktung selbst zu gestal-

ten. Mit dem Wachstum der biologischen Landwirtschaft wurde die Vermarktung durch die Supermarktketten zugelassen und die Position der bäuerlichen Landwirtschaft geschwächt. Heute erleben ProduzentInnen-KonsumentInnen-Netzwerke einen Aufschwung und ermöglichen existenzsicherndes Einkommen für kleinbäuerliche Betriebe und damit regionale Lebensmittelversorgung. Sowohl Einkaufsgemeinschaften (Foodcoops) als auch Höfe, die solidarische Landwirtschaft (CSA) betreiben, boomen an vielen Orten Europas. Sie schaffen Alternativen zu den weltweit mächtigsten Konzernen – den Supermärkten. Gleichzeitig ermöglichen sie KonsumentInnen Zugang zum Thema Landwirtschaft und leisten niederschwellige Bildungsarbeit.

Eine Stärke der alternativen Vertriebsformen besteht darin, den Gegensatz zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen aufzubrechen. Erst dadurch ist es möglich, aus der scheinbaren Alternativlosigkeit der neoliberalen Agrarpolitik auszubrechen. Diese Allianz ist auch die Voraussetzung für eine Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft. Neue Wege in der Produktion zu gehen, etwa durch Extensivierung, wäre ohne diese Unterstützung kaum möglich.

Gute Arbeitsbedingungen für alle

Bäuerliche Betriebe sind hohem ökonomischen Druck ausgesetzt. Daher gibt es viele Kämpfe für gerechte ErzeugerInnenpreise und die Verteilung der Agrarsubventionen entlang der geleisteten Arbeit anstatt, wie aktuell, nach bewirtschafteter Fläche. Mit kreativen Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit wird das „Höfesterben“ immer wieder skandalisiert. Frauen sind in der Landwirtschaft besonders von der prekären Situation betroffen und gleichzeitig in traditionellen Rollenbildern gefangen. Sie sind es aber auch, die mit kreativen Methoden auf ihre Situation aufmerksam machen und sich damit gegen die patriarchalen Verhältnisse behaupten.

Gute Arbeitsbedingungen für alle zu ermöglichen bedeutet, besondere Aufmerksamkeit auf die meist migrantischen LandarbeiterInnen und Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie (zum Beispiel in Schlachthöfen) sowie im Handel zu legen. In der österreichischen Sezoneri-Kampagne werden migrantische ErntehelferInnen über ihre Arbeitsrechte aufgeklärt, beraten und bei rechtlichen Auseinandersetzungen begleitet. Menschenrechtsorganisationen wie FIAN setzen sich für die bessere Einklagbarkeit von Menschenrechten ein und unterstützen auf UN-Ebene eine Deklaration für die Rechte von (Klein)bäuerinnen und -bauern. Diese soll ermöglichen, dass Menschen weltweit sich auf ihre Rechte, wie jenes auf Zugang zu Land, berufen können.

211

Auch für andere soziale Bewegungen ist es zentral, Widersprüche anzuerkennen und kritisch mit Herrschaftsverhältnissen umzugehen. Auch wenn wir alle Teil einer Bewegung sind, haben wir unterschiedliche gesellschaftliche Positionen inne. Wir müssen insbesondere die Erfahrungen von Frauen und MigrantInnen miteinbeziehen. Kreative Methoden erleichtern oftmals den Zugang zu diesen kritischen Themen. Bäuerinnen der ÖBV-Via Campesina Austria haben beispielsweise ein Kabarett entwickelt, das es ihnen ermöglicht, Zwänge, denen sich Frauen in der Landwirtschaft gegenübersehen, humorvoll aufzuzeigen.

Gemeingüter für solidarische Wirtschaftsbeziehungen

Neue Eigentumsmodelle entziehen Grund und Boden dem kapitalistischen Verwertungskreislauf. Nur so können wir den Wettlauf um Land unterbrechen und den Zugang für jene ermöglichen, die es bewirtschaften wollen. Dabei werden Höfe und Grundstücke mithilfe von Direktkrediten erworben und dann an Rechtsträger wie Stiftungen oder Genossenschaften übergeben, die diese nicht mehr am Markt veräußern können. Diese Höfe können dann von Menschen, die Zugang zu Land suchen, genutzt

werden. Neben Land als Gemeingut werden auch Saatgut und Nutztierassen als Gemeingut gezüchtet, um die Eigenschaften der Pflanzen und Tiere den bäuerlichen Produktionsmethoden anzupassen. Der Widerstand gegen Patente auf Tiere und Pflanzen und deren gentechnische Veränderung ist zentral, um den Saatgut- und Pestizidkonzernen die Durchsetzung zu erschweren. Hier konnten bereits kleine Erfolge gefeiert werden, etwa nach dem Gentechnik-Volksbegehren.

212 Der Widerstand gegen Politik im Interesse der Konzerne und der Kampf für Gemeingüter gehören zusammen. Die Vision einer Gesellschaft, die ein gutes Leben für alle ermöglicht, wird durch verschiedene Formen der politischen Arbeit denkbar und spürbar gemacht. Die Nutzung von Gemeingütern wie Saatgut in Gemeinschaftsgärten ermöglicht es Menschen, zu politisieren und eine breite Unterstützung für den Widerstand gegen Patentrechte zu bekommen.

Demokratische Lebensmittelpolitik

Die europäische Nyéléni-Bewegung diskutiert, wie die Vision einer demokratischen Lebensmittelpolitik, die auf den Prinzipien der Ernährungssouveränität aufbaut, aussehen kann. Diese Ansätze werden in die Stellungnahmen und politischen Prozesse rund um die EU-Agrarpolitik eingebracht. Angesichts der Zuspitzung neoliberaler, kapitalistischer Politik, die immer mehr Menschen gewaltvoll ausschließt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört, ist es schwierig geworden, neben Abwehrkämpfen auch gemeinsame Utopien zu entwickeln. Dennoch versucht die Bewegung Visionen einer solidarischen Zukunft zu entwickeln und Schritte in Richtung dieser zu gehen. Ernährungssouveränität orientiert sich dabei immer an den realen Lebensverhältnissen der betroffenen Menschen und kämpft für ein menschenwürdiges Leben im Hier und Jetzt.

Drei Lehren

1. Leisten wir *Widerstand* gegen neoliberale Politik wie die europäische Agrarpolitik und Freihandelsabkommen.
2. Bauen wir breite Allianzen sozialer Bewegungen die eine *Transformation* der Agrarpolitik hin zu einer demokratischen Lebensmittelpolitik und Ernährungssouveränität möglich machen.
3. Arbeiten wir an *Alternativen* in der Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Lebensmitteln sowie in anderen Bereichen der Wirtschaft. So machen wir eine andere Landwirtschaft greifbar.

Literatur

- Chopin, Gérard; Strickner, Alexandra und Trouvé, Aurélie (2011): Ernährungssouveränität: Für eine andere Agrar- und Lebensmittelpolitik in Europa. Mandelbaum Verlag.
- Deklaration von Nyéléni (2011): nyelenieurope.net/publications
- Krammer, Josef und Rohrmoser, Franz (2012): Im Kampf um ihre Rechte. Geschichte der Bauern und Bäuerinnen in Österreich. Promedia.
- Holzinger, Lutz und Staudinger, Clemens (2013): Schwarzbuch Raiffeisen. Mandelbaum Verlag.

Mit strategischem Ungehorsam Spielräume zurückgewinnen und Alternativen durchsetzen

214 Linke und soziale Bewegungen kritisieren den neoliberalen Charakter der EU schon seit Jahrzehnten. Während sich die EU zunehmend in die falsche Richtung entwickelte, traten sie stets für eine „andere“, vor allem „sozialere“ EU ein. Das änderte sich seit dem autoritären Coup gegen die griechische Linksregierung 2015. Ein wachsender Teil der Linken plädiert nunmehr für einen Bruch mit Euro und EU, für einen „Linken Exit“. Das brachte Schwung in die linke Europadebatte, sie hat sich allerdings stark auf die Gegensätze „reformieren oder austreten“ verkürzt. Damit verengen wir als Linke und soziale Bewegungen unnötig unsere Perspektive und lähmen uns.

Um die EU im Sinne der breiten Mehrheit zu verändern, bräuchte es in vielen Mitgliedsstaaten (besonders in den mächtigsten Ländern Deutschland und Frankreich) starke progressive Kräfte, die koordiniert agieren. So wünschenswert es auch wäre: Angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse und der ungleichzeitigen Entwicklung in Europa ist dies auf absehbare Zeit unmöglich. Wenn wir nicht auf ein Wunder warten wollen, brauchen wir also – nicht nur, aber auch auf der Ebene von Regierungspolitik – andere Handlungsmöglichkeiten.

Im Rahmen des neoliberalen EU-Regelwerks sind die politischen Spielräume linker Regierungspolitik stark eingeschränkt.

Gleichzeitig kann es sein, dass ein Austritt für einen Mitgliedsstaat zunächst nicht infrage kommt (beispielsweise, weil die Mehrheit der Bevölkerung ihn ablehnt, die gewachsenen wirtschaftlichen Verflechtungen zu eng sind oder die Folgen als zu drastisch eingeschätzt werden). Wenn linke Regierungen vorerst gegen einen Austritt entscheiden, müssen sie sich deshalb der Funktionsweise der EU aber nicht völlig unterwerfen und sich lähmen lassen. Stattdessen können sie konkrete progressive Projekte umsetzen, indem sie *strategischen Ungehorsam* leisten.

Was ist strategischer Ungehorsam?

Linke und soziale Bewegungen riefen in der Geschichte immer wieder zum Bruch ungerechter Gesetze und Vorschriften auf. Dies ist auch im Hinblick auf die EU möglich. Strategischer Ungehorsam bezeichnet die Strategie, zwar in der EU beziehungsweise im Euro zu bleiben, aber gezielt Regeln zu brechen, die im Widerspruch zu linker Politik stehen. Wie solche konkreten Schritte aussehen könnten, führen wir in den nächsten beiden Abschnitten am Beispiel von Budget- und Industriepolitik näher aus. 215

Grundsätzlich kann strategischer Ungehorsam zwei Formen annehmen. *Stiller* strategischer Ungehorsam beschränkt sich auf die *Nichtbeachtung* bestimmter EU-Vorgaben. In Ansätzen gibt es das schon: Regierungen setzen beispielsweise die Kürzungsvorgaben der Europäischen Kommission nur teilweise oder zögerlich um. Der stille strategische Ungehorsam weitete dieses Prinzip der Nichtbeachtung gezielt aus, um Spielräume für emanzipatorische Politik zu vergrößern. Wie groß diese Spielräume sind, hängt vor allem von der Bereitschaft und Fähigkeit der EU-Institutionen ab, gegen Regelbrüche vorzugehen und wirksame Sanktionen zu verhängen. Der stille strategische Ungehorsam erweitert also Handlungsmöglichkeiten, stellt die Grundideen hinter dem EU-Regelwerk allerdings nicht explizit infrage.

Ein *offensiver* strategischer Ungehorsam hingegen provoziert einen offenen Konflikt mit der EU. Eine Regierung würde ein Projekt, etwa die Energieversorgung öffentlich zu organisieren, vorstellen und erklären, dass sie dafür EU-Recht brechen wird. Der offensive strategische Ungehorsam erlaubt so die Politisierung jener neoliberalen Grund- und Glaubenssätze, die in das Regelwerk der EU eingeschrieben wurden, anhand konkreter politischer Inhalte. Die sonst eher abstrakte EU-Kritik wird greifbar. EU-Kritik ist dann kein Selbstzweck, sondern thematisch gezielt und begründet. Mit solchen Konfrontationen ließe sich nach und nach auch die Unterstützung für Alternativen vergrößern, die weiter gehende Brüche mit der EU erfordern – auch unter jenen, für die die EU trotz Militarisierung und Abschottung immer noch Errungenschaften wie Frieden und Weltoffenheit symbolisiert. Beim offensiven strategischen Ungehorsam werden allerdings auch Sanktionen wahrscheinlicher. Um in dieser Konfrontation mit mächtigen Interessen zu bestehen und Sanktionen abzuwehren, braucht eine linke Regierung eine starke, möglichst grenzübergreifende Unterstützung durch breite Bevölkerungsteile und soziale Bewegungen. Gleichzeitig eröffnet der strategische Ungehorsam auch für Bewegungen neue Handlungsspielräume. Statt ohne Aussicht auf Erfolg von der EU eine andere Politik zu fordern, können sie Druck auf PolitikerInnen ausüben von ihnen verlangen, die Regeln zu brechen.

Strategischer Ungehorsam in der Budgetpolitik

Die Mitgliedsstaaten der EU unterliegen strengen Budgetregeln, die ihre finanziellen Spielräume einschränken. Bereits der Vertrag von Maastricht 1992 legte eine Obergrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das jährliche Budgetdefizit sowie von sechzig Prozent für den Schuldenstand fest. Im Zuge der Krisenpolitik nach 2008 wurde dies mit der Economic Governance, insbe-

sondere dem Fiskalpakt, verschärft. Heute müssen Regierungen ihr Budget der EU-Kommission fast ein Jahr vor den nationalen Parlamenten vorlegen. Die Kommission kann Geldstrafen vorschlagen, wenn Länder ihre Auflagen nicht erfüllen. Außerdem wurde eine sogenannte Schuldenbremse verankert, nach der bei zu hohem Defizit strikte Kürzungsregeln einzuhalten sind.

Die Budgetregeln sind ökonomisch und politisch hochproblematisch. Sie sind einseitig auf Defizit- und Verschuldungsabbau ausgerichtet. Sie beschränken Staatsausgaben auch in der Krise, schwächen damit die Nachfrage, verhindern Investitionen und verschärfen so den Abschwung. Außerdem wird den technokratischen Regeln Vorrang vor politischer Gestaltung und demokratisch gewählten Parlamenten eingeräumt.

217

Politisch sind die Budgetregeln mächtig, weil sie auf zwei Ebenen wirken: Einerseits schränken sie die Budgetpolitik der Mitgliedsstaaten direkt ein. Wer sie übertritt, wird angeprangert, mit Sanktionen bedroht oder indirekt durch schlechte Ratings bestraft. Andererseits wirken die Budgetregeln auch diskursiv. Das Dogma vom ausgeglichenen Staatshaushalt und der notwendigen Kürzungspolitik ist inzwischen fest in der öffentlichen Debatte verankert. Zusätzliche Kosten reichen oft schon als Argument, um progressive Vorschläge abzuwehren. Wer die Macht der Budgetregeln brechen will, muss beide Ebenen angreifen.

Regierungen haben bereits eine Reihe von Spielräumen: Sie können Ausnahmeregelungen nutzen, um bestimmte Ausgaben (etwa für Naturkatastrophen, Bankenrettungen oder Flüchtlingsversorgung) nicht ins Defizit miteinzuberechnen. Außerdem können die Mitgliedsstaaten natürlich einnahmenseitige Budgetpolitik machen, also beispielsweise Vermögens- oder Konzernsteuern erhöhen. Dagegen gibt es zwar Interventionen der EU, beispielsweise über die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission, diese sind aber nicht bindend.

Für strategischen Ungehorsam bieten sich drei Möglichkeiten, allerdings stellt nur der offensive Regelbruch eine wirkliche Konfrontation dar. Erstens können sich Regierungen für zusätzliche Ausnahmeregelungen einsetzen. Gewerkschaften fordern beispielsweise eine „goldene Regel“ für Investitionen. Sind sie damit erfolgreich, bekommen die Mitgliedsstaaten mehr Spielraum, Grundidee und Wirksamkeit der Budgetregeln bleiben allerdings unangetastet. Zweitens können Regierungen im Rahmen eines stillen Regelbruchs die Fiskalregeln phasenweise nicht einhalten. So geschehen bereits in Frankreich oder Italien, dort bekennen sich die Regierungen aber weiterhin grundsätzlich zu den Regeln.

218 Mit dieser Strategie erweitern sich ebenfalls die Spielräume, die Durchsetzung der Budgetregeln wird schrittweise ausgehöhlt. Die Fiskalregeln und ihre diskursive Wirkung bleiben aber aufrecht. Drittens können Regierungen zum offensiven Regelbruch greifen, der stärksten Form des strategischen Ungehorsams. Eine linke Regierung könnte offen ankündigen, die Budgetregeln zu brechen, um ein wichtiges politisches Projekt, zum Beispiel den Bahnausbau, zu finanzieren. So kann sie die Problematik technokratischer Regeln sichtbar machen und die Menschen für einen konfrontativen Kurs gegen die EU-Institutionen gewinnen. Sie erlangt dadurch Spielräume, delegitimiert aber gleichzeitig auch die Grundidee der Budgetregeln und kann Alternativen in die öffentliche Debatte einbringen. Sie muss jedoch auf mögliche Sanktionen und Konflikte mit dem Rest der EU vorbereitet sein.

Strategischer Ungehorsam in der Industriepolitik

Industriepolitik und ihre Einschränkung durch das EU-Regelwerk waren in der Linken und in sozialen Bewegungen bisher selten Thema. Das liegt vielleicht daran, dass Industriepolitik erst einmal an rauchende Schornsteine und weniger an progressive ökologische Veränderung denken lässt.

Grundsätzlich bedeutet Industriepolitik aber nicht mehr als gezielte öffentliche Einwirkung auf bestimmte Wirtschaftszweige mit staatlichen Hilfen, Steuererleichterungen oder günstigen Krediten, um die Struktur der Wirtschaft als Ganzes zu verändern. Damit können ganz unterschiedliche politische Absichten verbunden sein: die Förderung der Profitinteressen von Großkonzernen oder aber – das wäre die Grundorientierung einer progressiven Industriepolitik – der sozial-ökologische Umbau der Produktion in Verbindung mit einer demokratischen öffentlichen Investitionspolitik.

Industriepolitik war lange Zeit fester Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Mit dem Neoliberalismus änderte sich das. Denn gemäß der neoliberalen Doktrin sorgt der Markt für die „effizienteste“ Ressourcenzuweisung. Staatliche industriepolitische Interventionen führen demnach zu „Marktverzerrungen“. In der EU wurden die Spielräume für klassische Industriepolitik im Verlauf der neoliberalen Wende mit einem einfachen Instrument immer weiter eingeschränkt: dem EU-Wettbewerbsrecht. Der entscheidende Hebel ist Artikel 107 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU:

„Soweit in den Verträgen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedsstaaten beeinträchtigen.“

Im Klartext bedeutet das: Eine aktive Industriepolitik, die bestimmte Produktionszweige für einen sozial-ökologischen Umbau fördert, steht im Widerspruch zum Binnenmarkt und ist daher verboten. Auf dieser Grundlage setzte sich die EU-Kommission seit Ende der 1980er Jahre massiv und aus ihrer Sicht erfolgreich für den Abbau staatlicher Hilfen ein.

Der Wegfall von industriepolitischen (und handelspolitischen) Instrumenten im europäischen Binnenmarkt hatte für viele schwächere Wirtschaften in Süd- und Osteuropa drastische Auswirkungen. Viele Sektoren waren der Konkurrenz und Übernahme vonseiten europäischer und internationaler Großkonzerne ausgeliefert. De-Industrialisierung und Importabhängigkeit waren die Folge – eine, wenn nicht *die* zentrale Ursache der Euro-Krise. Zur Überwindung der Krise müssen industriepolitische Spielräume zurückgewonnen und ausgebaut werden.

220 Obwohl diese Spielräume durch das Wettbewerbsrecht eingeschränkt werden, lassen sich einige bestehende Ausnahmeregelungen nutzen, wie zum Beispiel öffentliche Beihilfen zur Entwicklung schwacher Regionen oder die Förderung von „Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse“ (Art. 107(3)b). Zu Letzteren zählt die Kommission auch den Umweltschutz. Die sogenannte „allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung“ lässt weitere Ausnahmen zu, beispielsweise bei kleinen und mittelständischen Unternehmen oder im Fall von öffentlichen Beihilfen bei Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse, sofern diese privatwirtschaftlich nicht rentabel wären. Auch das öffentliche Beschaffungswesen lässt seit Kurzem wieder mehr Spielräume zu, da zusätzlich zur bloßen Kosteneffizienz nun auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt werden dürfen.

Trotz dieser Schlupflöcher schränkt das EU-Wettbewerbsrecht progressive Industriepolitik ein. Das wird am Beispiel des (letztlich gescheiterten) Volksbegehrens der Initiative „Berliner Energietisch“ zur Rekommunalisierung deutlich: Die Errichtung eines öffentlichen Stadtwerks, das die Berliner Bevölkerung mit Strom aus eigenen erneuerbaren Energiequellen zu sozial gestaffelten Tarifen versorgen sollte, wäre voraussichtlich mit dem EU-Wettbewerbsrecht in Konflikt geraten. Die unbeschränkte Haftung des Landes Berlin hätte dem öffentlichen Stadtwerk einen

„unrechtmäßigen Wettbewerbsvorteil“ gegenüber privaten Anbietern verschafft.

Weil das EU-Wettbewerbsrecht und seine Auslegung so komplex sind, ergeben sich Spielräume aus rechtlichen Grauzonen. Wo EU-Regeln fester greifen, kann der stille strategische Ungehorsam in der Industriepolitik genutzt werden – beispielsweise, indem rechtswidrige öffentliche Förderungen vergeben werden, ohne die Kommission zu informieren. Der stille Regelbruch stößt jedoch schnell an Grenzen, wenn private Unternehmen benachteiligt werden und Beschwerde bei der Kommission einreichen. Diese verhängt daraufhin Sanktionen und fordert die Beihilfen zurück. Spätestens dann ist ein offensiver strategischer Ungehorsam unausweichlich. Die offene Konfrontation mit der EU – zum Beispiel um ein öffentliches Unternehmen, das günstige Medikamente herstellt und entwickelt, mit staatlichen Beihilfen gegenüber privaten Konkurrenten zu fördern – birgt zwar das Risiko von Sanktionen. Dieser Schritt eröffnet aber ähnlich wie bei der Budgetpolitik die Möglichkeit, den Widerspruch zwischen dem EU-Wettbewerbsrecht und progressiven Projekten aufzuzeigen und zu politisieren.

221

Strategischer Ungehorsam in anderen Politikfeldern

Für strategischen Ungehorsam eignen sich besonders jene politischen Projekte, die starke Unterstützung der Bevölkerung genießen und für die zentrale Regeln des EU-Rechts gebrochen werden müssen. Spannend wäre auch die Rücknahme der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Eine linke Regierung, die beispielsweise Post- und Paketdienste wieder öffentlich organisiert, stellt die Grundpfeiler der EU infrage. Ein weiterer Ansatzpunkt wäre die Handelspolitik, besonders der Import von Gütern und Dienstleistungen, die im Rahmen des Binnenmarkts jenen eigener ProduzentInnen gleichgestellt werden müssen. Diese Gleichstel-

lung kann ökologisch fragwürdig sein, sozialen Standards nicht genügen oder dem wirtschaftlichen Wiederaufbau entgegenstehen. In solchen Fällen könnte eine linke Regierung Zölle oder Steuern auf bestimmte Importe erheben. Damit bricht sie EU-Recht und muss sich auf Gegenreaktionen einstellen. Auch Importe von außerhalb der EU könnten mittels strategischem Ungehorsam stärker nach ökologischen und sozialen Kriterien gesteuert werden: Nur weil die EU ein Handelsabkommen mit den USA oder Kanada abschließt, heißt das nicht, dass jede künftige Regierung das auch respektieren muss.

222

Fazit: Möglichkeiten und Grenzen des strategischen Ungehorsams

Mit dem strategischen Ungehorsam wollen wir neue Perspektiven in die festgefahrene EU-Debatte bringen. Er ist ein Weg, sich Spielräume für alternative Politik zu erkämpfen und gleichzeitig Brüche im Gefüge der herrschenden EU-Politik zu schaffen. Eine linke Regierung kann strategischen Ungehorsam gezielt einsetzen, um wichtige Projekte umzusetzen, die Bevölkerung hinter einem gemeinsamen Ziel zu versammeln und die Probleme der neoliberalen europäischen Integration greifbar zu machen.

Bringen wir uns damit in die Nähe von Rechten, die jetzt etwa in Polen und Ungarn EU-Recht brechen? Ganz im Gegenteil: Anstatt neoliberale EU-Regeln zu verteidigen, nur weil sie von rechts gebrochen werden, entwickeln wir Alternativen im Hier und Jetzt, die sich fundamental von den Zielen der Rechten unterscheiden. Damit nehmen wir ihnen die Möglichkeit, die Unzufriedenheit und Wut der Menschen für sich zu vereinnahmen.

Der strategische Ungehorsam hat aber auch klare Grenzen. Zum einen lässt eine Erpressungssituation wie 2015 in Griechenland wenig Raum für einzelne, gezielte Brüche. Wie stark ein linkes Regierungsprojekt Möglichkeiten für strategischen Ungehorsam

sam tatsächlich nutzen kann, hängt ganz entscheidend von der Größe und finanziellen Stabilität des jeweiligen Landes ab.

Zum anderen ist strategischer Ungehorsam vor allem eine Perspektive für linke Regierungsprojekte. Doch auch soziale Bewegungen können Ungehorsam organisieren. Wenn die EU-Politik unseren Zielen im Weg steht, müssen wir Druck gegen sie aufbauen – auf Ebene von Ländern, Regionen und Gemeinden. Zu oft reden sich unsere Regierungen auf die EU aus, wenn sie unsere Forderungen nicht erfüllen. Fordern wir sie auf, EU-Recht zu brechen, wenn sie doch angeblich ohnehin auf unserer Seite stehen.

Der strategische Ungehorsam beantwortet nicht die Frage nach der Zukunft der EU. Er eröffnet Handlungsmöglichkeiten im Hier und Jetzt. Er schwächt die Durchsetzungsfähigkeit der aktuellen EU-Regeln und kann dazu beitragen, Kräfteverhältnisse zu verschieben – nicht mehr, aber auch nicht weniger. 223

Drei Lehren

1. Lassen wir uns nicht von der Diskussion „Reform oder Austritt“ lähmen, sondern erkunden wir Handlungsmöglichkeiten im Hier und Jetzt.
2. Hören wir auf, brav zu sein und uns um der Regeln willen an die Regeln zu halten. Dort, wo EU-Regeln einer emanzipatorischen Politik im Weg stehen, sollen wir sie brechen und Gestaltungsmacht zurückgewinnen.
3. Kämpfen wir nicht gegen die Regeln und Institutionen der EU an sich. Setzen wir uns stattdessen für ausstrahlungskräftige politische Projekte ein und delegitimieren wir jene EU-Regeln, die ihnen entgegenstehen.

Literatur

- Klatzer, Elisabeth und Schlager, Christa (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel 1/2011, 61–81. www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Kurswechsel-1-2011-Klatzer-Schlager.pdf
- Buch-Hansen, Hubert und Wigger, Angela (2011): The Politics of European Competition Regulation: A Critical Political Economy Perspective. RIPE Series in Global Political Economy. Routledge.
- Pianta, Mario; Lucchese, Matteo; Nascia, Leopoldo (2016): Industriepolitik in Europa. Welchen Spielraum bietet der aktuelle Rechtsrahmen der EU für eine progressive Industriepolitik. Rosa-Luxemburg-Stiftung. www.rosalux.eu/fileadmin/user_upload/Publications/Progressive_Industriepolitik_Europa_2017.pdf

Von Lateinamerika lernen? Neue Formen internationaler Zusammenarbeit

Seit die EU in der Krise steckt, gibt es auch zahlreiche Rufe nach ihrer Umwandlung. Die Vorschläge dafür sind allerdings häufig sehr vage. Das Ziel dieses Beitrags ist, Ideen für die konkrete Ausgestaltung einer anderen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu liefern. Es geht aber nicht darum, einen fertig ausgearbeiteten Gegenentwurf vorzustellen. Vielmehr sollen die aufgeworfenen Punkte Anregungen für eine Debatte zu Alternativen in Österreich und Europa sein.

225

Im europäischen Raum ist meist unser gesamtes Wissen über internationale Integrationsprozesse von der EU bestimmt. So fällt es uns zum Teil schwer, uns andere Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit auch nur vorzustellen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns mit Formen der Zusammenarbeit in anderen Teilen der Welt beschäftigen. Ein Ausgangspunkt kann dabei die (lange) Tradition der Süd-Süd-Kooperation sein, die staatliche Zusammenarbeit von Ländern aus dem globalen Süden untereinander.

Alternativer Regionalismus

Von Regionalismus wird gesprochen, wenn mehrere Staaten einer Region ihre Zusammenarbeit als gemeinsames politisches Projekt organisieren. Dies kann sich auf die wirtschaftliche oder politische Ebene beschränken. Meist wird aber beides kombiniert. In manchen Fällen wird auch die soziale Ebene miteinbezogen.

Nehmen wir an, die EU stellt traditionellen oder klassischen Regionalismus dar. Wie würde dann alternativer Regionalismus aussehen? Alternativ bedeutet grundlegend nicht mehr als „nicht so wie jetzt“. Insofern gibt der Begriff keine genaue Richtung vor. Wir nähern uns der Frage also besser an, indem wir hervorstreichen, wie dominante Formen von Regionalismus heute aussehen. Ganz allgemein gibt es regionale Zusammenarbeit, die eher auf Freihandel ausgerichtet ist, und andere Formen, deren Ziel ökonomische (und manchmal auch soziale) Entwicklung ist. Oft treten auch Mischformen auf. Zudem kann sich die Schwerpunktsetzung im Verlauf der Geschichte mehrmals ändern, wie zum Beispiel in der EU.

Der Startpunkt regionaler Zusammenarbeit ist meist ein Freihandelsvertrag zwischen mehreren benachbarten Staaten. Es kommt zur stufenweisen Abschaffung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen im regionalen Block. In der Forschung zu Regionalismus wird oft ein Stufenmodell verwendet, das die einzelnen Schritte beschreibt. Die grundlegende Annahme ist: Regionale Zusammenarbeit wird immer breiter und tiefer, Rückschritte sind nicht vorhergesehen. Das liegt auch daran, dass angeblich alle beteiligten Gesellschaften einen Vorteil aus dem Projekt ziehen. Über Verteilungsfragen und somit Nachteile für einzelne Gruppen innerhalb der beteiligten Länder wird selten gesprochen. Auch die Frage nach politischer Mitbestimmung auf dieser Ebene kommt selten auf.

Im Umkehrschluss kann also festgehalten werden, dass alternativer Regionalismus nicht Freihandel in den Mittelpunkt rückt, nicht (nur) wirtschaftliche, sondern (auch) soziale Ziele verfolgt und politische Mitbestimmung ermöglicht. Allerdings sind auch im heutigen Lateinamerika die meisten Projekte regionaler Zusammenarbeit nach dem europäisch beeinflussten Stufenmodell aus-

gerichtet. Die Bolivarianische Allianz der Völker unseres Amerikas (im Folgenden ALBA) bildet eine Ausnahme.

Entstehungsgeschichte von ALBA

Bereits Ende der 1980er und während der 1990er Jahre gab es in Lateinamerika in verschiedenen Ländern beachtliche soziale Mobilisierungen gegen die neoliberale Politik und ihre Auswirkungen. Abgelehnt wurde von den sozialen Bewegungen beispielsweise der Plan der USA, ein gesamtamerikanisches Freihandelsabkommen (FTAA) durchzusetzen. Die sozialen Bewegungen der beiden Amerikas organisierten sich auch gemeinsam in der Hemisphärischen Sozialallianz. In diesem Bündnis entwickelten sie zum Beispiel das Dokument „Alternativen für die Amerikas“. Es wurde 2002 veröffentlicht und forderte unter anderem faire, nicht freie, Handelsbeziehungen ein. Nicht zuletzt dieses abgestimmte Vorgehen in verschiedenen Ländern brachte 2005 das Projekt der FTAA endgültig zu Fall. ALBA griff schließlich den Anspruch der Alter-Globalisierungsbewegung auf, ergänzende und solidarische Handelsbeziehungen herzustellen. Im Jahr 2006 unterzeichneten Bolivien, Kuba und Venezuela den „Handelsvertrag für die Völker“ (TCP im Spanischen), der auch vom bolivianischen Konzept des *Vivir bien* – des guten Lebens – inspiriert wurde. Seine Grundlagen wurden 2009 von allen ALBA-Staaten übernommen, was ALBA formal zu ALBA-TCP machte.

227

Es ist wichtig zu betonen, dass den zahlreichen Wahlsiegen von Linksregierungen in Lateinamerika ab 1998 soziale Mobilisierungen und Kämpfe vorausgingen. Die neuen politischen VertreterInnen versuchten deshalb eine Beziehung zu sozialen Bewegungen aufzubauen, die es früher nicht gegeben hatte. Als erster Kandidat gewann der Militäroffizier Hugo Chávez im Dezember 1998 die Wahlen in Venezuela. Kurz danach begann er sein fortschrittliches Regierungsprojekt, das auf Umverteilung und

politische Mitbestimmung setzte. Ein wichtiger Bündnispartner wurde ab 2000 Kuba, das in den Jahren zuvor in Lateinamerika völlig isoliert gewesen war. 2004 wurde die Zusammenarbeit unter der „Bolivarianischen Alternative für die Völker Unseres Amerikas“ gefestigt (2009 wurde schließlich „Alternative“ durch „Allianz“ ersetzt). Anfangs handelte es sich nur um zielgerichtete bilaterale Abkommen, zum Beispiel den Einsatz von kubanischen Ärzten und Ärztinnen gegen venezolanisches Erdöl.

228

In den folgenden Jahren kamen auch in anderen lateinamerikanischen Ländern linke Regierungen an die Macht und beteiligten sich an ALBA. Dies gilt für Bolivien (2006), Nicaragua (2007) und Ecuador (2009). Honduras zog sich nach dem rechten Putsch 2009 nach nur einem Jahr Mitgliedschaft wieder zurück. Zusätzlich sind noch eine Reihe kleiner karibischer Inselstaaten Mitglieder von ALBA, nämlich Dominica (2008), Antigua und Barbuda, St. Vincent und die Grenadinen (alle 2009), St. Lucia (2013) und Grenada sowie St. Kitts und Nevis (beide 2014). Diese werden in ALBA speziell unterstützt, beispielsweise durch sie bevorzugende Handelspreise und eigene Kreditbedingungen. In ALBA werden zu diesem Zweck viel häufiger bilaterale Verträge als multilaterale Verträge abgeschlossen. Diese ermöglichen es, den schwächeren Partner passgenau zu unterstützen. Bei ALBA handelt es sich also um einen Prinzipienverbund, in dem die genaue Zusammenarbeit kleinteilig beschlossen wird.

In theoretischen Arbeiten wird ALBA oft als „anti-systemisch“ bezeichnet, da es sich gegen das vorherrschende Wirtschaftssystem richtet. Manchmal ist auch von „gegen-hegemonial“ die Rede, weil das Staatenbündnis die politische und kulturelle Herrschaft der US-amerikanischen und nationalen Eliten aushebeln will. Dafür möchte ALBA einen neuen Zusammenhalt auf regionaler Ebene schaffen. Dieser soll nicht nur auf zwischenstaatlichen Beziehungen beruhen, sondern auch gesellschaftliche Grup-

pen einbeziehen. Als Projekt linker Regierungen hat die neue Art der Zusammenarbeit die Marginalisierten als Hauptzielgruppe ausgewählt. Die Wirtschaft wird dabei nur als Werkzeug zur Erreichung sozialer Ziele gesehen. Diese politische Ausrichtung hatte aber auch zur Folge, dass die vermögenden Länder Lateinamerikas – zum Beispiel Chile, Argentinien und Brasilien – allesamt den Beitritt ablehnten. Die ALBA-Länder haben deshalb keine gemeinsamen Außengrenzen. Außerdem war und ist die Finanzierung hochgradig von Venezuela abhängig.

Grundlagen der Zusammenarbeit

229

Politischer Bereich

Das höchste Gremium ist der Rat der PräsidentInnen. Ihm untergeordnet sind der Politische Rat, der Soziale Rat und der Wirtschaftliche Rat. Bei Tagungen dieser Räte werden jeweils die zuständigen MinisterInnen aller ALBA-Staaten hinzugezogen, zum Beispiel die SozialministerInnen für den Sozialen Rat und die AußenministerInnen für den Politischen Rat. Der Wirtschaftliche Rat kann sich aus Industrie-, Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Planungs- und/oder EntwicklungsministerInnen zusammensetzen. Zusätzlich gibt es noch auf derselben Ebene einen Rat der Sozialen Bewegungen, der den Bevölkerungen ermöglichen soll, Vorschläge zu ALBA-Initiativen einzubringen. In allen Gremien werden die Entscheidungen im Konsens getroffen. Allerdings haben sowohl die Ministerräte als auch der Rat der Sozialen Bewegungen nur beratende Funktion. Wie das EU-Parlament können sie selbst keine Verträge unterschreiben und bei Einwänden nur von der Unterzeichnung abraten. Gegen kritisch eingeschätzte Projekte wurden zum Teil Proteste außerhalb der offiziellen ALBA-Strukturen nötig. Die sozialen Bewegungen beschränkten ihr Wirken aber ohnehin nicht nur darauf. Die Plattform „ALBA der Bewe-

gungen“ vernetzt soziale Bewegungen außerhalb der offiziellen ALBA-Strukturen und über die ALBA-Mitgliedsstaaten hinaus.

230 Im Gegensatz zur EU hat ALBA keine supranationalen Institutionen, sondern ist intergouvernemental. Das bedeutet, dass alle politischen Entscheidungsgremien von den nationalen Regierungen nur für einzelne Sitzungen besetzt werden. Dies soll die politische Unabhängigkeit der Mitgliedsstaaten absichern. Seit den Unabhängigkeitskriegen ist dies ein wichtiger Wert lateinamerikanischer Politik – umso mehr, weil die USA diese regelmäßig bedrohen. Dauerhaft eingerichtete supranationale Gremien neigen dazu, die Rückbindung zu den eigenen Bevölkerungen zu verlieren, sich zu „verselbstständigen“ und schließlich auch die nationale politische Souveränität zu bedrohen. Zugleich birgt dies aber eine große Abhängigkeit von nationalen Machtverhältnissen in sich. Werden linke Regierungen abgewählt, folgt der sofortige Austritt aus ALBA (wie Honduras 2009). Besonders dramatische Konsequenzen hätte ein Regierungswechsel in Venezuela, da praktisch alle fortschrittlichen Programme (nicht nachhaltig!) durch dessen Erdölreichtum finanziert werden.

Sozialer Bereich

Bei der Zusammenarbeit im Rahmen von ALBA stehen soziale Ziele im Mittelpunkt. Die Grundbedürfnisse der Bevölkerungen sollen gesichert, Armut und soziale Ausgeschlossenheit gesenkt werden. Diese Ausrichtung hat zur Folge, dass die vergleichsweise schwächeren Länder rein wirtschaftlich mehr von der Integration profitieren als die anderen (zum Beispiel Venezuela). In sozialer Hinsicht ziehen aber alle Beteiligten einen Nutzen daraus. Dafür sind eine Vielzahl von Sozialprojekten – die sogenannten großnationalen Projekte (GNP) – vorgesehen. Sie bestehen in gesellschaftlich wichtigen Bereichen (beziehungsweise ist dort ihre Gründung geplant) wie Bildung, Gesundheit, Kultur, aber auch

Infrastruktur, Transport, Telekommunikation, fairer Handel, Energieversorgung, Lebensmittelproduktion, Bergbau, Industrie und Entwicklungsfinanzierung (ALBA-Bank).

Großnationale Projekte können Großnationale Unternehmen (GNE im Spanischen) angegliedert haben, die den sozialen Zielen der GNPs zuarbeiten. Beispiele im Bereich der Lebensmittelproduktion und -verarbeitung sind das GNE für Fischerei und Aquakultur, das GNE für Kaffeeproduktion und das GNE für Lebensmittelproduktion. Es gibt aber beispielsweise auch das GNE ALBAFARMA, das im ALBA-Raum (oftmals in Kuba hergestellte) pharmazeutische Produkte zu fairen Preisen vertreibt. Vor allem auf den kleinen Karibikinseln konnten durch diese Initiativen große Verbesserungen der Versorgungslage erreicht werden. 231

In diesem Bereich müssen besonders die Anstrengungen und Leistungen Kubas hervorgehoben werden. Der karibische Staat verfügt selbst über ein hervorragendes Gesundheits- und Bildungssystem. Das umfangreiche Wissen in diesem Feld wie auch sein ausgezeichnet ausgebildetes Personal stellt Kuba jenen Ländern zur Verfügung, die einen Mangel haben. Die KubanerInnen vor Ort haben auch den konkreten Auftrag, die lokalen PartnerInnen auszubilden, sodass sie mit der Zeit abkömmlich werden. Dabei gibt es verschiedene Verrechnungsmodelle, die an die Finanzkraft des Partners angepasst werden. Im Rahmen von ALBA sendete Kuba beispielsweise über Jahre medizinisches Personal nach Venezuela und wurde dafür mit Erdöl bezahlt. Bis März 2014 wurden auch 2,8 Millionen Menschen aus dem ALBA-Raum einer Operation unterzogen, um ihre Sehkraft zu verbessern (meist von KubanerInnen durchgeführt und von Venezuela bezahlt). Die in Kuba nach der Revolution entwickelte Alphabetisierungskampagne „Yo sí puedo“ lehrte fast 3,82 Millionen Menschen im ALBA-Raum das Lesen und Schreiben. Insgesamt 1,17 Millionen Menschen konnten dadurch ihre Grundschulausbildung nachholen.

Wirtschaftlicher Bereich

232 Soziale Ziele in den Mittelpunkt zu rücken, bedeutet keineswegs, die Wirtschaft völlig zu vernachlässigen. Im Gegenteil, eine gut gestaltete Wirtschaft ist die Grundlage für soziale Veränderung. ALBA verfolgt aber nicht den Plan, jedes Mitgliedsland möglichst „rational“ zu spezialisieren und dann die Güter zu tauschen. Durch den „Handelsvertrag der Völker“ soll die gegenseitige Ergänzung (Komplementarität) erreicht werden: Es wird nur dann gehandelt, wenn Güter nicht selbst hergestellt oder angebaut werden können. Ansonsten hat die lokale beziehungsweise nationale Produktion Vorrang. Ein gemeinsames Ziel ist es, die Importe von Drittstaaten soweit wie möglich einzuschränken.

Innerhalb von ALBA besteht die Absicht, Ungleichgewichte zwischen den Staaten abzubauen. Dies wird als Gemeinschaftsaufgabe gesehen und soll passieren, indem nicht die gleichen Regeln für alle gelten. Schwächere Partnerländer dürfen ihre Wirtschaften stärker schützen, zum Beispiel durch einseitiges Erheben von Einfuhrzöllen. Diese „Spezielle und Bevorzugte Behandlung“ (SDT im Englischen) gilt zum Teil auch für Nicht-Mitgliedsstaaten. Außerdem können ALBA-Länder, die unter Dollarmangel für Importe leiden, Güter direkt mit anderen Gütern bezahlen. Venezuela bekommt von Nicaragua verschiedene Lebensmittel gegen Erdöl, unter anderem Zucker und Kaffee. Eine weitere Möglichkeit ist der Einsatz des SUCRE – der ALBA-Verrechnungswährung – im Handel. Dadurch wird die Zwischenschaltung von Dollars überflüssig, was ebenfalls die schwächeren Länder begünstigt. Ursprünglich wurde der SUCRE als ein Teil einer breiteren „Neuen Regionalen Finanzarchitektur“ (NAFR im Spanischen) entworfen, zu der seit 2009 auch die ALBA-Bank für Entwicklungsfinanzierung gehört. Gemeinsam mit der „Bank des Südens“, die bis heute nicht arbeitet, sollten sie Weltbank und IWF Konkurrenz machen.

Die bereits erwähnten großnationalen Unternehmen sind ein weiteres Beispiel für anderes Wirtschaften, da sie als Gegenspielerinnen von transnationalen Konzernen gedacht sind. Sie sollen sich im Eigentum von zwei oder mehr ALBA-Staaten befinden und in allen beteiligten Staaten tätig sein. Gewinne sollen sie entweder im eigenen Betrieb reinvestieren oder in Sozialprogramme fließen lassen. Zusätzlich sollen sie neue regionale Wertschöpfungsketten bilden, in die sie private Klein- und Mittelbetriebe einbinden, und hohe Arbeitsstandards gewährleisten. Finanziert werden sie größtenteils durch die ALBA-Bank.

Was könnte für eine andere europäische Zusammenarbeit relevant sein?

233

Dieser Beitrag kann keine fertigen Lösungen vorstellen. Solche können nur in breit angelegten Diskussionsprozessen in der Gesellschaft erarbeitet werden. Ebenso wenig ist es das Ziel, die Erfolge von ALBA den Misserfolgen gegenüberzustellen und dann für oder gegen die Übernahme des gesamten Modells einzutreten. Jede Weltregion hat unterschiedliche Voraussetzungen und Möglichkeiten. Als Süd-Süd-Kooperation hat ALBA zum Beispiel viele Probleme, die in Europa nicht oder nur eingeschränkt vorhanden wären. In der EU gibt es ausreichend Fremdwährungsreserven, moderne Technologien und mehrere wirtschaftsstarke Mitgliedsländer. Hier mangelt es an der gerechten Verteilung. Die wichtigste Frage für uns muss also sein: Wie können wir zwischenstaatliche Zusammenarbeit organisieren, welche die Schwächeren schützt und nicht belastet. Dafür müssen wir dringend aufhören, Nationalstaaten als Einheiten zu denken. Der Brexit hat daran erinnert, dass es auch innerhalb der Gewinnerländer abgehängte Gruppen gibt.

Es gibt also verschiedene Möglichkeiten der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit. Die EU ist dabei nur *ein* Beispiel. Allerdings konnte sie sich während der letzten Jahrzehnte fast überall auf

der Welt als *das* Beispiel für regionale Zusammenarbeit in den Köpfen festsetzen. Dadurch wurde viel Wissen verschüttet. Zugleich wurden alternative Beispiele nicht oder zumindest nicht in größerem Rahmen verbreitet. Diese Wissenslücken müssen wir füllen.

Drei Lehren

1. Definieren wir neue Grundsätze regionaler Zusammenarbeit. Gegenseitige Unterstützung mit Rücksicht auf die Schwächeren muss das Ziel sein, nicht Freihandel um jeden Preis.
2. Lernen wir von Erfahrungen anderer Weltregionen. In den letzten hundert Jahren wurden viele gute Ideen und zum Teil ganze Modelle regionaler Zusammenarbeit entwickelt.
3. Bisher ungelöst ist die Frage von angemessenen Mitbestimmungsmöglichkeiten in regionalen Blöcken. Arbeiten wir partizipative Modelle der regionalen Zusammenarbeit aus, in denen nicht nur nationalen Regierungen und supranationale Institutionen eine Rolle spielen.

234

Literatur

- ALBA Website: alba-tcp.org/en
- Azzellini, Dario und Eder, Julia (2016): ALBA – eine alternative regionale Allianz? Thesenpapier. de.rosalux.eu/themen/solidaritaet-und-emanzipation/alba-eine-alternative-regionale-allianz/
- Eder, Julia (2016): Trade and Productive Integration in ALBA-TCP – A systematic comparison with the corresponding agendas of COMECON and NAM. In: Journal für Entwicklungspolitik 32 (3), 91–112.
- Hemispheric Social Alliance (2002): Alternatives for the Americas. www.web.ca/-comfront/alts4americas/eng/eng.pdf
- Allianz für ein Alternatives Handelsmandat (2013): Handel: Zeit für eine neue Vision. www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/ATM-deutsch-neu-12-2016.pdf

Alternativen zum Euro

„Auch wenn mehrere Faktoren zu Europas Problemen beitragen, so liegt ihnen doch ein gemeinsamer Fehler zugrunde: die Etablierung einer Einheitswährung, dem Euro. Oder genauer genommen, die Etablierung einer Einheitswährung, ohne die Schaffung eines institutionellen Gefüges, das einer Region mit Europas Heterogenität erlauben würde, mit einer Einheitswährung erfolgreich zu funktionieren“, so Nobelpreisträger Joseph Stiglitz in seinem 2016 erschienen Buch *The Euro – Threat to the Future of Europe*. Interessanterweise trägt die deutsche Ausgabe den Titel *Europa spart sich kaputt*, während der Originaltitel „Der Euro – Und seine Bedrohung für die Zukunft Europas“ bedeutet. Das ist kein Zufall. Wer sich im deutschsprachigen Raum kritisch zum Euro äußert, riskiert als „anti-europäisch“ abqualifiziert und aus dem erlaubten Diskurs ausgegrenzt zu werden. Dabei waren die meisten Fachleute schon immer skeptisch, ob der Euro funktionieren kann. Selbst der deutsche Finanzminister Schäuble gesteht zu: „Konstruktionsmängel der Währungsunion haben zu Fehlansätzen geführt, die entsprechende ökonomische und in der Konsequenz auch politische Folgen haben.“ (FAZ 25. I. 2016) 235

Die Währung als politisches Projekt

Eigentlich ist eine Einheitswährung keine schlechte Idee. Denn unterschiedliche Währungen sind immer auch ein Kostenfaktor (Transaktionskosten). Mit einer gemeinsamen Währung verschwinden Wechselkursrisiko und Währungsspekulation. Auch

bietet eine Gemeinschaftswährung einen gewissen Schutz gegen spekulative Attacks von außen, da sie stärker ist als die nationalen Währungen der Mitgliedsländer es waren.

Bei Einführung des Euro ging die Politik davon aus, dass die neue Währung Euro die Integrationsdynamik der EU beschleunigen würde. Hinzu kam, dass nach der deutschen Wiedervereinigung viele glaubten, der Euro würde helfen Deutschland einzubinden und so eine deutsche Dominanz verhindern. Auch wenn das Gegenteil eingetreten ist: Die eigentlichen Motive für die Einführung des Euro waren politisch und nicht wirtschaftlich.

Kein optimaler Währungsraum

Das sollte sich rächen. Denn zum einen kam die politische Union nicht voran; im Gegenteil, die EU ist heute weiter von ihr entfernt als je zuvor. Der Euro ist eine Währung ohne Land, beziehungsweise mit 19 Ländern – ein historisches Unikum.

Zum anderen entspricht die Eurozone in keiner Weise dem, was in der ökonomischen Theorie als optimaler Währungsraum gilt. Die Euro-Länder haben höchst unterschiedliche, seit Langem gewachsene Strukturen, unterschiedliche Niveaus der Industrialisierung, der Produktivität und verschiedene Traditionen des Wirtschaftens. Diese Unterschiede könnten unter Bedingungen einer gemeinsamen Währung nur dann überwunden werden, wenn entweder die sogenannte Faktormobilität vorhanden ist (dass also Kapital und Lohnabhängige zwischen den Regionen der Währungszone mobil sind) oder ein Ausgleich über Finanztransfers stattfindet. Beides war in Deutschland nach der Wiedervereinigung der Fall.

In der Eurozone funktioniert das aber nicht. Zwar gibt es einen gemeinsamen Binnenmarkt, doch nach wie vor bestehen verschiedene Rechts- und Steuersysteme und kulturelle Unterschiede, welche die Mobilität von Unternehmen einschränken.

Noch gravierender sind die Unterschiede bei den Arbeitskräften. Sprachbarrieren können nicht ohne Weiteres überwunden werden, und natürlich zieht Arbeitsmigration eine Menge Probleme für die betroffenen Menschen und ihre Familien nach sich.

Zudem gibt es wenig Bereitschaft zur Solidarität zwischen den einzelnen Ländern – auch wenn viele Linke sich das wünschen würden. Es gibt Berechnungen (unter anderem von der französischen Natixisbank), wie viele Transfers nötig wären, um die Lebensverhältnisse in den Krisenländern an jene in Deutschland oder Österreich anzunähern. Demnach müssten die Nettozahler der EU zwischen acht und zwölf Prozent ihres BIP aufwenden – und das mindestens über zehn Jahre. Das wären bei einem Mittelwert von zehn Prozent im Falle Deutschlands circa 335 Milliarden Euro jährlich, für Österreich 37 Milliarden. Schon jetzt reichen die politischen Kräfteverhältnisse nicht hin, um die vergleichsweise geringe Summe von 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungshilfe zu erreichen. Umso unrealistischer ist es, mehr als das Zehnfache für durchsetzbar zu halten.

237

Strukturprobleme des Euro + Finanzkrise = steigende Verschuldung

Auch vor der Finanzkrise 2008 haben sich die Euroländer auseinander entwickelt. Aber erst mit dem Finanzcrash kamen die Widersprüche des Euro so richtig ans Tageslicht. Bankenrettungen und Konjunkturprogramme, mit denen die Krisenfolgen abgefedert wurden, waren so teuer, dass es in mehreren Ländern zu einer Staatsschuldenkrise kam. Sogenannte Rettungspakte, die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Privatisierungen und Liberalisierungen erzwangen, führten zu einer wirtschaftlichen und sozialen Krise, die in vielen Euroländern bis heute nicht überwunden ist. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenländern brach ein.

Vor dem Euro verfügten die Mitgliedsländer mit ihrer eigenen Währung zugleich über zwei wichtige Instrumente zur Krisen-

bekämpfung: die Wechselkurs- und Zinshoheit. Sie konnten die eigene Währung abwerten und die Leitzinsen senken. Durch die Mitgliedschaft im Euro ist das nicht mehr möglich. Es bleibt nur die sogenannte interne Abwertung über die Senkung der Lohnstückkosten. Das geht natürlich zulasten der Lohnabhängigen. Die Verhandlungsmacht des Kapitals wurde damit entscheidend gestärkt.

Die Heterogenität nahm in der Folge noch zu; der Euro vertiefte die Spaltungen der Eurozone, statt zur Angleichung zu führen. Die Spaltungen vertieften sich sowohl zwischen einzelnen Volkswirtschaften als auch innerhalb der Länder zwischen Vermögenden und Kapitalbesitzern und Lohnabhängigen.

Die Währung – mehr als Münzen und Geldscheine

Eine Währung besteht nicht nur aus Münzen, Geldscheinen und Kontoständen, sondern sie ist eingebettet in Gesetze und einen institutionellen Rahmen, dessen wichtigster Bestandteil die Zentralbank mit ihren Regeln ist. Eine Währung ist also ein gesellschaftliches Verhältnis. Und dieses Verhältnis ist nicht neutral, sondern von Macht und Herrschaftsverhältnissen geprägt. So ist etwa das Mandat der EZB prioritär auf Geldwertstabilität festgelegt. Das ist eine Privilegierung von Geldvermögen. Auch das Verbot der Staatsfinanzierung führt zu einem einzigartigen Problem: Obwohl der Euro heimisches Zahlungsmittel ist, wirken die Schulden in Euro wie Schulden in fremder Währung.

Auch gegenüber den Zentralbanken der Mitgliedsländer hat die EZB eine enorme Machtstellung. Als beispielsweise die griechische Regierung 2015 gegenüber der Troika kapitulierte, war der entscheidende Grund die Drohung der EZB, die Versorgung der griechischen Zentralbank mit Euro einzustellen. Hätte Griechenland nicht eingelenkt, wäre innerhalb von zehn Tagen der Geldkreislauf und damit die Wirtschaft des Landes zusammengebro-

chen. Spricht man über Alternativen zum Euro, spricht man also auch über Alternativen zur Macht der EZB und ihrer wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Orientierung.

Das kleinere Übel

Die ideale Lösung wäre es, die Eurozone so zu gestalten, dass wirtschaftliche und soziale Divergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten abgebaut werden und eine Angleichung nach oben stattfindet – also in der Tendenz ein gemeinsamer Staat. Das ist aber derzeit völlig unrealistisch. Hier setzt die Debatte über Alternativen zum Euro an. Wenn der optimale Währungsraum außer Reichweite liegt, muss man über währungspolitische Alternativen nachdenken, die das negative Potenzial des Euro zumindest neutralisieren. Das entscheidende Motiv ist dabei, eine konfrontative und explosive Bruchlandung der Währungsunion zu vermeiden, indem man so klug ist, einen begrenzten Rückzug anzutreten, bevor es zu einem großen Knall kommt.

239

Inzwischen hat die Krise solche Ausmaße erreicht, dass es keine Alternative mehr zwischen gut und schlecht gibt, sondern nur noch zwischen kleinerem und größerem Übel. Egal was man macht, ohne Friktionen und Kosten ist ein Ausweg nicht mehr zu haben. Im Grunde geht es also darum, den Preis für die Beibehaltung und Rettung des Euro gegen den für eine Alternative abzuwägen. Dabei ist der Preis in diesem Fall nicht nur eine ökonomische Größe, sondern auch eine politische. Wenn dauerhafte Austeritätspolitik unter dem Euro-Regime zu politischer Instabilität und zum Aufstieg rechtsradikaler Kräfte führt, gehört dies in die Kalkulation.

Und: Es gibt nicht die einfache Alternative „bleiben oder austreten“, sondern verschiedene Varianten. So macht es einen Unterschied, ob ein Land alleine ausscheidet oder ob es das in einer Gruppe mit anderen tut – etwa die Mittelmeeranrainer gemein-

sam. Und hier macht es wiederum einen Unterschied, ob Griechenland es tut oder eine große Volkswirtschaft wie Frankreich oder Italien. Schließlich ist bedeutend, ob man kooperativ oder unilateral und konfrontativ vorgeht. Das ist besonders für die Regelung von Problemen relevant, die in der Übergangsphase zu einem neuen System auftreten. So kann bei einer kooperativen Lösung zum Beispiel die Schuldenfrage leichter gelöst werden, etwa durch Schuldenerleichterungen. So plädieren Stiglitz wie auch die meisten linken Eurokritiker für eine „einvernehmliche Trennung“, während Le Pen, aber auch einige Linke, ein unilaterales Vorgehen anstreben. Mit Letzterem sind viele unkalkulierbare Risiken verbunden.

Ein Zwischending zwischen Einvernehmen und Bruch ist die Konzeption der französischen Linkspartei. Sie sieht im Sinne von *strategischem Ungehorsam* einen Mix aus unilateralen Maßnahmen und Verhandlungsangeboten vor. So sollen die Maastrichtkriterien für Verschuldung einfach ignoriert werden. Gleichzeitig will man mit den Partnerländern (und hier zuerst mit Deutschland) verhandeln und die Aufgabe der Austeritätspolitik, Reformen der EZB sowie von zentralen Komponenten der EU-Wirtschaftsverfassung fordern. Erst wenn Deutschland nicht bereit ist, seinen Kurs zu ändern, sollen weitere einseitige Schritte unternommen werden.

Auch für das, was an die Stelle des Euro treten soll, gibt es mehrere Varianten. Die radikalste Alternative, nämlich die bloße Rückkehr zur nationalen Währung, wird dabei von linker Seite selten vertreten. Die meisten sehen Kombi-Lösungen vor, die einerseits eine nationalstaatliche Flexibilisierung des Wechselkurses ermöglichen, andererseits aber auch internationale Kooperation erfordern. Der Vorwurf, es handle sich per se um nationalistische Konzepte, ist in diesen Fällen deshalb unzutreffend.

Aufsplitterung in Nord-Euro und Süd-Euro

Ein einfacher Vorschlag ist, die ökonomisch starken Volkswirtschaften in einer Zone, dem Nord-Euro, zusammenzufassen und die anderen in einer Süd-Zone. Nord- und Süd-Euro würden dann frei gegeneinander schwanken, so wie gegenüber Drittwährungen. Das heißt, preisliche Wettbewerbsnachteile könnten durch Abwertungen ausgeglichen werden. Umgekehrt könnte die Nord-Zone eine Starkwährungspolitik betreiben. Diese kann makroökonomisch für sie durchaus von Vorteil sein, weil sie Innovation antreibt. Zu Zeiten der starken D-Mark hat die Deutsche Bundesbank diese „Wettbewerbspeitsche“ gezielt angewendet. Beide Zonen hätten dann jeweils eine eigene Zentralbank. Geeignete Kandidaten für die Nord-Zone wären vor allem Deutschland, Österreich, die Niederlande und Finnland.

241

Der Vorteil wäre, dass innerhalb der beiden Währungsräume eine deutlich größere Homogenität bestünde und es dementsprechend weniger Verwerfungen gäbe. Ursprünglich kommt die Idee aus universitären Diskussionen. Motiviert war sie dabei allerdings auch von der Ablehnung einer Transferunion, also der Vergemeinschaftung von Schulden und der Einführung von gemeinsamen Staatsanleihen (Eurobonds) oder anderen Formen der Unterstützung der Krisenländer. Aus diesem Grund wurde die Idee auch in rechten Kreisen aufgegriffen, etwa bei der österreichischen FPÖ. Aus rein währungspolitischer Perspektive könnte sie aber auch den Krisenländern nutzen, wenn die Zusammensetzung der Gruppe die entsprechende Homogenität hätte, also etwa Griechenland, Zypern, Portugal und womöglich Spanien. Sie böte auch Beitrittsperspektiven für EU-Mitglieder, welche die Bedingungen für die Euro-Mitgliedschaft nicht erfüllen, wie Rumänien oder Bulgarien.

Binnen-Euro und Außen-Euro

242 Diese Idee wurde 2013 vom französischen Linksintellektuellen Frédéric Lordon in der Zeitschrift *Le Monde Diplomatique* ins Spiel gebracht. Er schlägt vor, den Euro als Außenwährung, also in der Beziehung zum Dollar, Yen etc. beizubehalten, aber für den Binnenverkehr jeweils eine Euro-Lira, Euro-Franc, Euro-Schilling und Euro-Mark zu etablieren. Sämtliche Transaktionen nach außen sowie zwischen den Mitgliedsländern würden über die (zu reformierende) EZB abgewickelt, was elektronisch ohne großen Aufwand möglich wäre. Der Wechselkurs zu den Fremdwährungen wird wie bisher durch die Devisenmärkte bestimmt. Zwischen den Mitgliedsländern aber wird politisch ein Fixkurs festgelegt und gegebenenfalls verändert, wie dies zu Zeiten des Bretton-Woods-Systems auch zwischen Dollar und den anderen großen Währungen der Fall war.

Interessanterweise existiert ein solches System mit dem Euro bereits, auch wenn dies bisher kaum jemand zur Kenntnis genommen hat: Eine Gruppe westafrikanischer Länder, die sogenannte CFA Zone (Afrikanische Finanzgemeinschaft), hatte früher den französischen Franc als gemeinsame Außenwährung, während für den Binnenmarkt jeweils eigene Landeswährungen zirkulierten. Mit dem Übergang zum Euro ist dieser an die Stelle des Franc getreten. Die EZB hat die französische Zentralbank mit dem Management des Modells beauftragt. Problematisch an dem Konzept ist, dass die Zentralbank – und in diesem Falle auch noch eine im fernen Europa – nach wie vor eine starke Stellung hat und die unilateralen Spielräume eines Landes zu gering sind.

Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS)

Das EWS wurde 1979 mit acht Kernländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Bis 1998 traten weitere sechs bei. Mit dem Euro verschwand das EWS kei-

neswegs. Im Miniformat besteht es nach wie vor, nämlich zwischen der Dänischen Krone und dem Euro, nachdem Dänemark 1992 in einem Referendum den Euro abgelehnt hatte. Dänemark ist nicht schlecht damit gefahren. Wenn man Wachstum als Indikator für ökonomische Leistungsfähigkeit nimmt, dann liegt die Performance des Landes dauerhaft über jener der Eurozone. Der Grundgedanke des EWS besteht darin, durch politische Vereinbarung einen Korridor festzulegen, innerhalb dessen die Kurse einzelner Landeswährungen schwanken. Wird die Grenze nach oben oder nach unten überschritten, besteht gemeinsame Interventionspflicht für die Zentralbanken. Ein Vorzug des EWS ist, dass die Macht der EZB eingeschränkt ist. 243 Damit wachsen die unilateralen Spielräume, Alternativen zur Austerität zu verwirklichen.

Für die aktuelle Krisendebatte ist das Konzept insofern interessant, als etwa Griechenland nach einem Euro-Austritt in dieses funktionierende System einsteigen könnte. Das wäre dann nicht einfach ein Grexit, sondern nur der Übergang in einen anderen Modus der währungspolitischen Zusammenarbeit in der EU. Wenn dies mit wechselseitigem Einverständnis geschieht, wären auch flankierende Maßnahmen wie Schuldenreduzierungen (die ohnehin unvermeidlich sind) möglich. Allerdings wollen die meisten Griechen das bisher nicht. Dabei spielen weniger finanzwissenschaftliche Überlegungen eine Rolle als vielmehr der symbolische und affektive Wert der Zugehörigkeit zum Club der Reichen und Arrivierten. Ein Ausscheiden aus diesem Club gilt als Statusverlust. Solche affektiven Bindungen an eine so nüchterne Angelegenheit wie eine Währung sind nicht ungewöhnlich. Die Deutschen haben jahrzehntelang ihrem D-Mark-Nationalismus gefrönt. Da aus historischen Gründen deutscher Nationalstolz ein No-Go ist – natürlich völlig zu Recht – hatten sie in der Liebe zu ihrer Deutschen Mark einen Ersatz gefunden.

Welche Perspektiven?

All diese Konzepte haben unterschiedliche Vor- und Nachteile und werfen zahlreiche technische Detailfragen auf. Aber sie zeigen, dass es durchaus Alternativen zum Euro gibt, die auch aus emanzipatorischer Sicht akzeptabel wären. Auch wenn bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen die Durchsetzungschancen gering sind – für die Hoffnung auf ein „soziales Europa“ gilt dies aber in noch viel höherem Maße – würde die Diskussion über Alternativen dazu beitragen, eine dritte und eigenständige Position der Linken in der europapolitischen Debatte herauszubilden. Und zwar eine Position, die nicht länger ununterscheidbar im Kielwasser von Sozialdemokratie und Grünen schwimmt, sich aber gleichzeitig klar von der Rechten abgrenzt.

244

Die Eliten der Eurozone halten am Euro in seiner jetzigen Verfassung fest. Damit sind Austerität und neoliberale Reformen die einzige Option. Dass dadurch sowohl wirtschaftliche Auseinanderentwicklung als auch Unzufriedenheit und Leidensdruck in den Krisenländern immer größer werden, wird in Kauf genommen. Und damit auch das Risiko, dass über kurz oder lang irgendwo eine Regierung gewählt wird, die einen unilateralen und konfrontativen Austritt aus dem Euro einleitet. Handelt es sich dabei dann auch noch um eine große Volkswirtschaft, sind die Folgeprobleme viel größer, als wenn man sich von vorneherein auf eine Flexibilisierung einlässt. Diese Flexibilisierung könnte einerseits der Diversität der Mitgliedsländer Rechnung tragen, aber andererseits an internationaler Währungs Kooperation festhalten – wenn auch in einem anderen Modus als dem Euro in seiner jetzigen Form.

Drei Lehren

1. Mitgliedsländer, die eine Alternative zur neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik wollen, brauchen Spielräume, um sich dem Erpressungspotenzial, das in der Gemeinschaftswährung steckt, entziehen zu können.
2. Wir müssen die Sakralisierung des Euro aufbrechen und Pro und Contra der verschiedenen Vorschläge nüchtern abwägen.
3. Entwickeln wir eine dritte, emanzipatorische Position in der Euro-Debatte, unabhängig von Sozialdemokratie und Grünen auf der einen und den Rechten auf der anderen Seite.

„Nutzen wir Städte als Orte des Experimentierens“

Neue soziale Bewegungen nehmen die Stadt als Ausgangspunkt für eine andere Politik und neue Formen der Kooperation. Wie die Stadt zum Hebel gegen Regierung und EU werden kann und warum lokale Politik heute wichtiger ist denn je, diskutieren Manuela Zechner und Bue Rübner Hansen.

246

Ihr seid Teil spannender politischer Experimente in Barcelona. Dort und in vielen anderen spanischen Städten konzentrieren sich Linke und soziale Bewegungen seit einiger Zeit auf die Stadt als Ort für Aktivismus und politische Arbeit. Wie kam es dazu?

Manuela Zechner: Die Hinwendung zur Stadt und ihren Institutionen war in Barcelona immer schon sehr stark. Bereits im spanischen Bürgerkrieg spielten die Verteidigung der Stadt und der Stolz der Stadtviertel eine besondere Rolle. Die Nachbarschaften waren wichtige Orte im Widerstand gegen den Faschismus, als klassische Widerstandsformen wie Parteien und Gewerkschaften verboten waren. Das „barri(o)“, also Viertel, ist noch immer ein zentraler Referenzpunkt für Kämpfe in Barcelona. Die Stadt als solche ist immer wieder umkämpft, wenn es zu Vertreibung, Touristifizierung und Gentrifizierung kommt. Die Frage nach einem nachhaltigen Stadtmodell ist in Barcelona sehr aktuell und die Viertel funktionieren als Orte des Widerstands.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich nach den Platzbesetzungen der 15M-Bewegung im Jahr 2011 eine neue Debatte über die Stadt. Nach der Besetzung der Plätze – in Barcelona, Madrid und anderen Städten – zogen die Leute in die Viertel. Sie wollten

nachhaltig mit ihren lokalen Gemeinschaften und Räumen in Beziehung treten, bauten Strukturen auf und entwickelten neue Forderungen und Praxen. Indes versuchten die Eliten die Bewegung zu diskreditieren, indem sie arrogant meinten: „Werdet seriös, macht richtige politische Vorschläge.“ Womit sie nicht gerechnet haben, war, dass die Leute das auch tatsächlich tun, aber auf Basis der Bewegungen. Und dass sie damit Wahlen gewinnen.

Bue Rübner Hansen: Die 15M-Bewegung war für den Munizipalismus ein wichtiger Ausgangspunkt. Damals begannen an mehreren Orten Debatten über die Stadt und die parlamentarische Demokratie. Die Slogans von 15M waren ja „Ihr repräsentiert uns nicht“ und „Echte Demokratie Jetzt“. Aber niemand wollte einfach nur eine neue Partei. Vielmehr sollte demokratische Gestaltung von unten neu möglich werden, ausgehend von Städten und ihren Vierteln. Das Madrider Kollektiv Observatorio Metropolitano formulierte damals zum Beispiel die Idee einer „munizipalistischen“ Herausforderung.

247

Es gab also unterschiedliche Ausgangspunkte für die Debatte um die Stadt. Wer waren weitere zentrale AkteurInnen?

Manuela Zechner: Es gibt eine große und vielschichtige Bewegung rund um das Recht auf Stadt. Zentral war die PAH, die Plattform gegen Zwangsräumungen, die in ganz Spanien Betroffene von Hypothekarkrediten und Zwangsräumungen organisiert. Sie haben viel Erfahrung mit breiter, zugänglicher Organisation und Selbstermächtigung. Viele Menschen, die in Barcelona 2014 das Wahlprojekt „Barcelona En Comú“ vorgeschlagen haben, kamen aus der dortigen PAH.

Bue Rübner Hansen: Barcelona En Comú gewann die Wahlen im Mai 2015 und inspirierte damit andere munizipalistische Plattformen. Es entstand eine Bewegung von Plattformen, und sie gewannen Wahlen in großen Städten wie Madrid, Valencia, Zaragoza

und A Coruña, sowie in vielen kleinen Gemeinden. Dieser Modus sozialer Bewegungen – dynamische Knotenpunkte an unterschiedlichen Orten zu entwickeln – war schon bei 15M, der PAH und anderen Initiativen zu beobachten.

Ihr habt mehrmals den Begriff Munizipalismus erwähnt. Was genau ist Munizipalismus?

248 *Manuela Zechner:* Ich würde sagen, Munizipalismus ist ein Ansatz, Politik im Alltagsleben und Umfeld der Menschen zu verankern. Die Idee ist, dass gesellschaftliche Veränderung von lokalen Institutionen ausgeht. Eine kommunale Regierung kann zum Hebel gegen den Zentralstaat und das Kapital werden, entweder durch politischen Druck oder indem die Bewegungen die Regierung übernehmen. Zentral ist die Idee, Politik auf Basis von Nähe zu machen – Nähe zu den konkreten Anliegen, die Menschen bewegen und wo sie ganz direkt eigene Lösungen entwickeln können. Barcelona En Comú und viele andere munizipalistische Kandidaturen haben ihr Programm in offenen Nachbarschafts- und Themengruppen entworfen. Dort hörst du dann Beiträge vom Opa aus deinem Grätzl, der keinen Bus hat, um zum Krankenhaus zu fahren, von Leuten von der Plattform gegen die Privatisierung der lokalen Gesundheitszentren oder von der ArchitektInnenkooperative, die im Viertel arbeitet. Munizipalismus heißt, demokratische Politik jenseits des Nationalstaats zu denken – und das ist natürlich eine Herausforderung, keine fixfertige Lösung.

Besonders wichtig war und ist dabei der feministische Ansatz: In Barcelona und Madrid stellen die Plattformen nicht nur Bürgermeisterinnen, sondern vertreten auch sehr aktiv feministische Positionen und Praxen. Dabei geht es um Gleichstellung, um Sorge und Pflege, Vielfalt und Diversität. Sie versuchen politische Ämter feministisch zu denken.

Munizipalismus ist also ein wahlpolitischer Ansatz?

Bue Rübner Hansen: Ja, genau. Ansatzpunkt sind lokale Wahlen und lokale Institutionen. Es gibt natürlich auch viele andere Formen des stadt-basierten Aktivismus. All diese Praktiken waren Voraussetzung für die Entstehung von Munizipalismus. Obwohl er auf Wahlen basiert, ist sein Ansatz aber nicht jener der traditionellen Parteien, sondern verfolgt die Idee einer BürgerInnenplattform. Was es heißt, bei Wahlen anzutreten, wird neu konzipiert. Das steht auch im Gegensatz zu traditionellen linken Parteien, deren Ansatz immer der Nationalstaat ist.

Manuela Zechner: Da das Wahlrecht in Barcelona nicht auf StaatsbürgerInnen beschränkt ist, wird es möglich, das politische Subjekt anders zu definieren. Menschen, die in Barcelona gemeldet sind – in manchen Fällen auch Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung – können wählen und sind damit Subjekt munizipalistischer Politik. Darin steckt enormes Potenzial. Städte können BürgerInnenschaft neu definieren, als Handlungsmacht und Recht aller, die in ihr leben. Ich behaupte nicht, das wäre schon erreicht, aber es ist eine unglaublich wichtige Perspektive. Wir werden nach der ersten Periode der neuen Stadtregierungen sehen, ob sie dem gerecht werden. Eine solche Neukonzeption ist zentral dafür, mehr als eine klassische Linkspartei zu sein.

249

Klassische linke Strategien setzen meist auf der Ebene des Nationalstaats oder sogar international an. Wieso sollen wir dort beginnen, wo wir leben?

Manuela Zechner: Das schließt einander nicht aus. Spanien ist derzeit politisch so spannend, weil es starke Bewegungen auf unterschiedlichen Ebenen gibt. Diese Projekte müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen, auch wenn es verschiedene Herangehensweisen gibt. Die Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und Institutionen wird an vielen Orten neu verhandelt, im

Spannungsfeld von Komplizenschaft und Feindseligkeit. Ebenso ist das Verhältnis zwischen verschiedenen Wahlprojekten komplex. Jedenfalls ist auch die internationale Ebene für die municipalistischen Initiativen wichtig. Ihre Strategie ist translokal, das heißt, es geht um Netzwerke zwischen Städten statt um klassische internationale Beziehungen. Wir stecken mit der Politik zwischen Staaten ordentlich fest, also braucht es neue Handlungsspielräume und Allianzen.

250 *Bue Rübner Hansen:* Neben den municipalistischen Kandidaturen gibt es regional, national und auf EU-Ebene auch Podemos, die zu den Wahlen für das EU-Parlament 2014 entstanden. Die municipalistischen Plattformen machen selbst viel internationale Arbeit. Die internationale Arbeitsgruppe von Barcelona En Comú baut beispielsweise Kooperationen auf und macht Kampagnen mit Bewegungen aus Europa, Lateinamerika und den USA. Auch auf institutioneller Ebene arbeiten die Stadtregierungen am Aufbau von Netzwerken. Etwa bei der Versorgung von Flüchtlingen oder im Kampf gegen TTIP. Jetzt mit Donald Trump gibt es viele Kontakte mit sogenannten Sanctuary Cities, den Städten der Zuflucht in den USA.

Kommen wir zurück zum Kampf gegen den spanischen Staat. Welche Bedeutung hat er für alternative Politikansätze?

Bue Rübner Hansen: Die kulturelle und institutionelle Geschichte des spanischen Staats hilft, die aktuellen politischen Durchbrüche zu verstehen. Im Faschismus haben die Linke und die Regionen sehr schlechte Erfahrungen mit dem Zentralstaat gemacht. Schon vor Franco war der spanische Staat eher schwach und im Vergleich zu vielen nordeuropäischen Staaten auch wenig legitimiert. Außerdem spielte die kommunale Ebene immer eine wichtige Rolle, weil der Staat nach dem katholischen Prinzip der Subsidiarität organisiert war, wonach öffentliche Leistungen möglichst auf unteren

Regierungsebenen erbracht werden sollen. In Katalonien gibt es schon lange den Konflikt zwischen Region und Zentralstaat. Mit dem Munizipalismus erhielt diese Debatte eine neue Dynamik.

Welche Strategien verfolgen die Bewegungen und Plattformen gegen die Politik der Zentralregierung?

Manuela Zechner: Der Kampf um die Unabhängigkeit ist der augenscheinlichste Ansatz. Forderungen nach regionaler Autonomie gibt es an vielen Orten in Spanien. In Katalonien ist das mitunter recht ambivalent, denn die regionale Regierung ist ziemlich neoliberal und setzt das Unabhängigkeitsthema opportunistisch ein. Ohne ins Detail zu gehen, würde ich sagen, auch wenn Teile der Linken für die Unabhängigkeit sind, muss man jede Form des Nationalismus mit Vorsicht genießen. Die meisten Forderungen rund um Unabhängigkeit zielen auf die Schaffung einer katalanischen Nation. Der Munizipalismus hat diese Debatte, die zwangsläufig nationalistisch ist, ein Stück verschoben. Es wurde möglich, eine andere Forderung nach Autonomie zu artikulieren, nämlich die der Stadt, die woanders ansetzt und viel weniger auf nationaler Identität basiert. Sie stellt ein neues Subjekt, das urbane Subjekt, in den Mittelpunkt. Dieses neue Subjekt ist ein bisschen ein Monster, im positiven Sinn, weil es nicht an einer Klasse, Ethnizität, Nationalität oder Sexualität festgemacht werden kann. Unsere Städte sind komplex und ziemlich queer. Darin steckt viel Potenzial. Anders als bei der Nation.

Bue Rübner Hansen: Es gibt auch neue Konflikte zwischen den Städten und der Zentralregierung. Dabei geht es zum Beispiel um die Aufnahme von Flüchtlingen. Barcelona und Madrid wollten mehr Flüchtlinge aufnehmen. Sie machten das lautstark kund, mit „Refugees welcome“-Bannern an den Rathäusern, öffentlichen Statements und Briefen an den Premierminister. Nicht dass es in Barcelona keine Asylsuchenden gäbe oder dass es hier alle Migran-

tInnen super hätten. Aber diese Kampagne wollte nicht nur mehr Menschen aufnehmen, sondern auch eine Debatte um die Quotenregelung schaffen. Das ist der Versuch, als Städte autonom zu handeln, zu provozieren, zu insistieren.

252 Barcelona schloss ein bilaterales Abkommen mit Athen, um direkt Menschen von dort aufzunehmen. Das war auch ein Experiment mit der Rechtslage. Wenn die Regierung ihre Aufgaben nicht erfüllt, sollten ihre Kompetenzen infrage gestellt werden, sodass eine Region oder Stadt die Initiative ergreifen kann. Und das bietet Gelegenheit für eine rechtliche Auseinandersetzung. So hat Barcelona die Ausreden der Regierung enttarnt und Handlungsmöglichkeiten ausgelotet. Praktisch hat das leider noch nicht dazu geführt, dass mehr Menschen aufgenommen werden konnten. Aber es wurde ein ganz neues Kampffeld eröffnet und aufgezeigt, dass die Regierung böswillig handelte.

Manuela Zechner: Was Barcelona hier gemacht hat, war eine schlaue Medienkonfrontation und ein recht erfolgreicher Versuch, die öffentliche Debatte zu beeinflussen. Bei solchen Kampagnen geht es darum, neue Spielräume auszutesten und neue Horizonte und Taktiken für translokale – ich sage bewusst nicht „internationale“ – Politik zu eröffnen.

Gibt es noch andere Beispiele?

Manuela Zechner: Derzeit wird viel rund um politische Kompetenzen taktiert; in Feldern, wo die Stadt die Politik der Zentralregierung ablehnt. Barcelona versucht, die Kompetenzen der Regierung zu unterlaufen oder städtische Zuständigkeiten zu nutzen, um sie herauszufordern.

Bue Rübner Hansen: Der neoliberale Staat funktioniert, indem er soziale Probleme – Armut, hohe Mieten, Leerstand oder Obdachlosigkeit – einfach ausklammert. Städte können hier einspringen, aber nicht nur indem sie den Rückzug des Staats kompensieren.

Sie können auf eine Weise handeln, die Teilhabe ermöglicht und soziale Macht aufbaut. Umgekehrt kann die Stadt – paradox gesagt – vom neoliberalen Staat lernen, wie man selektiv Themen ignoriert oder dereguliert. Und zwar so, dass sie die soziale Basis stärken und Spielräume erringen, die zukünftige Regierungen schwer wieder zurücknehmen können. Das kann bedeuten, Hausbesetzungen zu ignorieren, Straßenhandel zu deregulieren oder *Urban Gardening* zu vereinfachen. Man kann es „disruptives städtisches Regieren“ nennen. Es richtet sich nicht direkt gegen den Zentralstaat, ist aber auch kein normales Regieren. Es bricht die Art und Weise auf, wie der Staat ein soziales Problem behandelt oder eben nicht bearbeitet. In Barcelona sind solche Überlegungen noch nicht sehr weit entwickelt, der Schwerpunkt liegt nach wie vor auf klassischem Regieren. 253

Wie sieht es mit direktem Ungehorsam der Städte aus? Gab es solche Erfahrungen bereits oder seht ihr Potenzial dafür?

Bue Rübner Hansen: In Barcelona wird viel über institutionellen Ungehorsam diskutiert. Das kann Verschiedenes bedeuten: vom Stadtrat, der offen die Mobilisierung gegen Abschiebezentren unterstützt, bis zur stillen Verzögerung von Maßnahmen der Zentralregierung. Die Taktiken und Strategien des Ungehorsams müssen noch weiterentwickelt und geschärft werden. Dafür können wir viel von internationalen Beispielen lernen. Das interessanteste Beispiel ist das der *sanctuary cities*, die es seit den 1980er Jahren in Nordamerika gibt. Sie versuchen auf verschiedenen Wegen die Rechte von Menschen ohne Papiere zu sichern. Zum Beispiel sind die städtischen Polizeieinheiten angewiesen, die Leute nicht nach ihren Aufenthaltspapieren zu fragen. Damit kommen sie selbst nicht in die Lage, jemanden an die Migrationsbehörden ausliefern zu müssen. New York City hat einen Stadtausweis eingeführt, mit dem man öffentliche Einrichtungen benutzen und sich der Polizei

gegenüber ausweisen kann, ohne etwas über den eigenen Aufenthaltsstatus zu verraten. Die *sanctuary cities* untergraben also eindeutig die Politik der US-Regierung. Trump greift sie jetzt dafür an und droht, ihnen staatliche Mittel zu entziehen. Damit wird das Ganze auch zu einer verfassungsrechtlichen Frage über die Autonomie lokaler Regierungen, was wiederum viel Potenzial für breiten Widerstand gegen Trump bietet.

254 *Teil der municipalistischen Strategie ist also, Widerstand gegen die Politik der Zentralregierung zu leisten, sie zu unterwandern oder aktiven Ungehorsam zu leisten. Was können wir von diesem Ansatz für die Art und Weise, wie wir die EU betrachten, lernen?*

Manuela Zechner: Ein wichtiger Ansatzpunkt ist jedenfalls, untere Ebenen des Staats als Hebel gegen höhere zu verwenden. Auch den Widerstand gegen die Politik der EU können wir so denken. Städte und Regionen können dabei eine zentrale Rolle einnehmen. Wir können lernen, autonome Räume zu schaffen, wo wir mit Tricks und Auseinandersetzungen eine andere Politik auch gegen den Willen höherer Ebenen umsetzen. Wir können kleine Nischen entwickeln, wo wir Dinge anders machen, und dann versuchen, sie auszuweiten, zu vernetzen und so Stärke aufzubauen. Das ist natürlich nicht nur eine Aufgabe von Institutionen, sondern hängt auch von sozialen Bewegungen und Mobilisierungen ab. In Spanien gibt es auch gute Zusammenarbeit zwischen den Parlamentsabgeordneten von „En Comú Podem“ und den municipalistischen Plattformen. Das ist eine weitere Ebene, wie von innen gegen die Regierung gearbeitet wird.

Wir sollten uns die Frage des Ungehorsams unbedingt auch mit Blick auf die EU stellen – als Ungehorsam von Städten, Regionen, Ländern oder Bewegungen, anstatt nur darüber zu diskutieren, ob wir die EU abschaffen oder reformieren wollen. Vor so eine glasklare Wahl werden wir eh nicht gestellt. Deshalb scheint es mir

sinnvoller, Spielräume zu schaffen und damit Gegenmacht aufzubauen, anstatt sich in Grundsatzdebatten zu verheddern. Wenn man sich zu sehr in abstrakten Pro/Contra-Debatten verheddert, dann sitzt man meist der Illusion auf, souverän entscheiden zu können. Das können wir aber nicht, weder hier noch in der EU. Das ist den Menschen in den Krisenländern vielleicht ein bisschen klarer als jenen im reichen Kern der EU. Politik von unten zu machen heißt eben, Taktiken anzuwenden und um Spielräume zu kämpfen und sich nicht in Positionen und Debatten verlieren. Das soll nicht heißen, dass Debatte nicht wichtig ist, aber sie muss Hand in Hand mit Handlungsexperimenten gehen.

255

An den Beispielen, die ihr bereits genannt habt, sieht man: Eine Stadt muss dabei nicht allein bleiben. Welches Potenzial hat die Kooperation zwischen Städten?

Bue Rübner Hansen: Es gibt auf EU-Ebene Städtenetzwerke, zum Beispiel Eurocities. Die machen Lobbying auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners. Das ist nicht unbedingt progressiv. Eine Stadt kann mehr erreichen, wenn sie mit anderen zusammenarbeitet, die ihre Prinzipien teilen. Eine solche translokale Kooperation zielt nicht nur auf Lobbying ab, sondern ist auch ein politisches Projekt. Das sendet ein anderes Signal an die Bevölkerung: Barcelona ist ein eigenständiger internationaler Akteur. Es kann Abkommen mit dem Bürgermeister von Athen schließen und eine Art munizipalistischer Diplomatie entwickeln. Das kann auch Ausgangspunkt für Netzwerke von unten sein.

Für Linke und soziale Bewegungen bedeutet internationale oder europäische Kooperation oft, sich auf eine Reihe von Forderungen oder Politikvorschlägen zu einigen. Inwiefern ist euer Zugang anders?

Bue Rübner Hansen: Er ist wirksamer darin, Meinungen zu beeinflussen und Austausch zu ermöglichen. Vieles ist möglich. Barce-

lona bildet beispielsweise gerade ein Netzwerk von Städten, die gemeinsam die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bekämpfen und sie rekommunalisieren wollen. Die Städte werden Wissen und Erfahrungen teilen und den Austausch zwischen Leuten fördern, die dazu arbeiten. Möglich ist auch eine gemeinsame Klage gegen EU-Verordnungen. So können wir Netzwerke zwischen den Institutionen und den Menschen aufbauen. Es hilft auch, eine Allianz der BewohnerInnen von zum Beispiel Barcelona und Marseille zu bilden. Damit brechen wir die Vorstellung auf, politische Konflikte bestünden entweder in Nationalstaaten, zwischen Nationalstaaten oder zwischen Nationalstaaten und der EU. Das nationale Terrain ist für die Linke toxisch. Zusammenarbeit zwischen Städten kann einen Internationalismus voranbringen, der nicht auf Nationalismus oder Nationalstaaten basiert, sondern auf translokaler Zusammenarbeit.

Manuela Zechner: Ein weiteres Beispiel für diese Strategie ist das Netzwerk europäischer Städte und Gemeinden gegen TTIP und CETA. Dort kommen Stadtregierungen und Bewegungen zusammen, über klassische Grenzen zwischen roten und schwarzen Gemeinden hinweg. Translokale Kampagnen können traditionelle Parteilinien und politische Spaltungen überwinden. Bei der Unterbringung von Flüchtlingen sehen wir das auch: Gemeinden aller Farben organisieren Widerstand gegen Abschiebungen, wie etwa in den österreichischen Gemeinden Alberschwende oder Kumberg. Diese Beispiele sind sehr inspirierend. Kleine Gemeinden und Dörfer sind wichtige Orte der Veränderung und müssen mehr in politische Strategien einbezogen werden. Wir müssen die Stadt-Land-Spaltung überwinden, wenn wir die extreme Rechte bekämpfen wollen. Munizipalismus muss sich in diese Richtung weiterentwickeln.

Was können wir noch von den munizipalistischen Erfahrungen für die EU-Debatte lernen?

Bue Rübner Hansen: Wir haben einige Beispiele genannt, wie Städte sich gemeinsam der EU entgegenstellen können, besonders bei Themen wie Privatisierung oder öffentlichen Leistungen. In manchen Fällen ist der Hauptgegner die Zentralregierung. Zum Beispiel gingen die spanischen Städte eine taktische Allianz mit der EU ein – für die Verteilung von Flüchtlingen in alle EU-Länder, gegen den spanischen Staat. Genauso könnte es Allianzen gegen die EU zwischen Städten und Nationalstaaten geben. Wenn die EU bestimmte Kürzungen fordert, dann ist der Widerstand dagegen nicht nur Sache der Zentralregierung. Auch Gemeinden können zeigen, dass die lokale Umsetzung unmöglich ist. 257

Zugespitzt: Ist es eine ideologische oder eine strategische Frage, ob wir, als Linke und soziale Bewegungen, uns auf die Ebene der Stadt, der Region, des Landes, der EU oder der Welt konzentrieren sollen?

Manuela Zechner: Das ist eine rein strategische Frage. Wir sollten immer einen Mehrebenen-Ansatz haben.

Bue Rübner Hansen: Meistens können wir das nationale Terrain nicht aufgeben, aber die Bedeutung der lokalen Ebene wird oft unterschätzt. Überall erleben Menschen eine Atomisierung. Der Neoliberalismus mit seiner Konkurrenz und Prekarisierung macht uns unsicher, ängstlich und einsam. Soziale Solidarität, die traditionell in Gewerkschaften geschaffen wurde, ist heute sehr schwach. Also müssen wir neue Formen entwickeln, um Solidarität zu bilden, die den Menschen Vertrauen zueinander gibt. So bekämpfen wir Ängste und Konkurrenz und schaffen soziales Vertrauen und den Glauben daran, dass man Dinge verändern kann. Es geht darum, Erfahrungen zu ermöglichen, die bestimmte Werte bestätigen; dass es zum Beispiel gut ist, zusammenzuhalten, auch wenn die anderen nicht deine Familie oder FreundInnen sind. Diese

Werte spiegeln sich wider in der Art, wie Menschen wählen; ohne sie stimmen viele für Parteien der Angst und der Konkurrenz. Munizipalismus ist nicht der einzige Weg, das zu schaffen – aber ein wichtiger.

Und was machen wir jetzt mit der EU?

258 *Bue Rübner Hansen:* Ich denke, wir sind in einer binären Debatte über die EU gefangen: Leute sind entweder dafür oder dagegen. Niemand verteidigt heute die EU so, wie sie ist. Aber die Debatte ist auf zwei Pole reduziert: entweder die EU reformieren oder sie abschaffen. Ohne eine existenzielle Krise der EU ist es unmöglich, die nötigen Reformen durchzusetzen, weil die Verträge neu verhandelt werden müssten. Daher hilft uns die Reform-Perspektive im Moment nicht weiter. Aber die EU abzuschaffen, ist auch nicht unbedingt wünschenswert, wenn man sich ansieht, welche Dynamik mit dem Brexit entstanden ist. Wenn wir keinen anderen Weg finden, Interessen grenzüberschreitend zu konstituieren, und die EU einfach abschaffen, kann es zu mehr Rassismus und Handelskriegen kommen. Solange wir in der binären Diskussion verhaftet bleiben, bestätigen wir entweder den Nationalstaat oder die EU. Damit vergessen wir die viel wichtigere Frage danach, wie wir Solidarität und Macht abseits dieser Pole aufbauen können. Wenn wir das nicht machen, haben Reform und Bruch keinen Sinn.

Manuela Zechner: Wir müssen uns Gemeinden als Orte des Experimentierens vorstellen. Sie können Präzedenzfälle schaffen, wie wir Probleme anders lösen und damit den ganzen politischen Rahmen infrage stellen. Die Stadt ist ein Raum, wo wir kreativ über neue Möglichkeiten nachdenken können.

Das Interview führte und übersetzte Lisa Mittendrein.

Drei Lehren

1. Beginnen wir nicht mit dem größten Problem, sondern mit einem, dem wir mit mehr als nur Worten begegnen können. Entwickeln wir nicht nur Lösungen, sondern auch die Macht, sie durchzusetzen.
2. Unsere Lösungen sind immer begrenzt, ebenso wie die der anderen. Finden wir heraus, wie verschiedene Ansätze einander ergänzen und wie wir gemeinsam Beschränkungen überwinden können.
3. „Within, against and beyond“ – wir müssen unsere Kämpfe sowohl von innen, jenseits und gegen die Institutionen führen (und dabei immer feministisch handeln!).

Literatur

- Zechner, Manuela (2016): Barcelona En Comú: Die Stadt als Horizont für radikale Demokratie. mosaik-blog.at/barcelona-en-comu-kommunalwahlen/
- Ruebner Hansen, Bue und Zechner, Manuela (2015): Building Power in a Crisis of Social Reproduction. roarmag.org/magazine/building-power-crisis-social-reproduction/
- Pau Faus (2014): Sieben Tage bei der PAH in Barcelona. Dokumentarfilm. www.youtube.com/watch?v=erTvQIKSYis
- Nanouk Films (2016): Trailer des Dokumentarfilms „Ada for mayor (Alcaldesa)“. www.youtube.com/watch?v=zt9OxJymG9s



Die EU
bringt
Wohlstand
für alle

RALPH GUTH, ELISABETH KLATZER, LISA MITTENDREIN,
ALEXANDRA STRICKNER UND VALENTIN SCHWARZ

Ausblick: Zehn Vorschläge, wie wir in die Offensive kommen

Wir haben *Entzauberte Union* mit der Frage begonnen, welche Rolle die EU für das Erreichen unserer politischen Ziele spielt. Wo wir hinwollen, ist klar: zum guten Leben für alle. Alle Menschen, die heute oder in Zukunft leben, genießen die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Menschenrechte. Sie haben ein Recht auf Nahrung, Wasser, Wohnen, Gesundheit, politische Teilhabe und Gleichstellung. Auch die Rechte der Natur werden gewährleistet. Das erfordert, die Art und Weise, wie wir produzieren, konsumieren und leben, ganz anders zu organisieren. 261

Sieben Wege zum guten Leben für alle

Das gute Leben für alle Menschen kann es nur geben, wenn die Wirtschaft nicht mehr nach Profitlogik funktioniert, sondern demokratisch neu organisiert wird. Attac schlägt kein fixes Alternativmodell zum Kapitalismus vor, sondern sieben Transformationspfade zu seiner schrittweisen Überwindung:

Gemeinwohlorientierte Finanzwirtschaft: Das Kasino wird geschlossen, der Finanzsektor auf seine notwendigen wirtschaftlichen Funktionen reduziert. Banken arbeiten nicht mehr profit-, sondern gemeinwohlorientiert.

Glokalisierung der Wirtschaft: Statt weltweitem Handel als Selbstzweck braucht es eine Wirtschaft der kurzen Wege. Was möglich ist, wird lokal produziert; Handel basiert auf Solidarität statt Konkurrenz.

Ernährungssouveränität: Das Lebensmittelsystem dient nicht mehr den Interessen der Agrarindustrie, sondern dem Menschenrecht auf Nahrung. Produktion, Verteilung und Konsum werden demokratisch gestaltet.

Energiedemokratie: Fossile Energien werden durch dezentrale, erneuerbare Energiequellen ersetzt. Energieversorgung erfolgt sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und demokratisch.

Commons: Statt Privatisierung entwickeln wir neue Formen der gemeinsamen Nutzung von Gemeingütern. Sie werden mit dem Ziel des gleichen, gerechten und selbstbestimmten Zugangs von den NutzerInnen selbst verwaltet.

Menschengerechte Arbeit: Ein ganzheitlicher Blick auf Arbeit ersetzt die ungleiche Verteilung von Lohn- und Sorgearbeit. Die Erfüllung der Bedürfnisse aller Menschen steht im Mittelpunkt. Existenzsicherung wird von Lohnarbeit abgekoppelt.

Umfassende Demokratisierung: Alle Menschen haben das Recht, die Gesellschaft und ihr Lebensumfeld mitzugestalten. Demokratie wird auf alle Lebensbereiche wie Arbeit, Bildung oder Wohnen ausgeweitet.

Langversion in der Attac-Deklaration 2010 auf www.attac.at

In allen Politikbereichen entstand ein klares Bild: Die EU ist keine Verbündete, sondern steht dem guten Leben für alle entgegen. Das wird sich auch nicht so schnell ändern. Ihr heutiger neo-liberaler Charakter ist als Folge historischer Entwicklungen und politischer Auseinandersetzungen in den Verträgen und Institutionen festgeschrieben. Ihre Funktionsweise schirmt sie vor Veränderungen von unten gezielt ab. EU-Kommission und Europäische Zentralbank müssen sich keinen demokratischen Wahlen stellen, bei jeder echten Änderung ist Einstimmigkeit im Rat erforderlich. Eine grundlegende Reform bräuchte daher linke oder progressive Regierungen in allen oder zumindest den zentralen Mitgliedsstaaten. Das ist unwahrscheinlich, wenn nicht sogar unmöglich.

Erstens gibt es auf EU-Ebene kaum Ansatzpunkte für Veränderung von unten. Die EU-Kommission als mächtige Exekutive ist für Kapitalinteressen bestens zugänglich, nach unten jedoch abgeschirmt. Das EZB-Mandat schreibt eine neoliberale Geldpolitik ohne demokratische Eingriffsmöglichkeit fest. Zweitens meinen zwar viele, für eine EU-Reform müssten sich nur die Kräfteverhältnisse in den Mitgliedsstaaten verändern, doch das ist leichter gesagt als getan. Denn die ökonomischen und sozialen Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und ihren Interessen sind tief in gesellschaftliche Institutionen eingeschrieben. Bessere Wahlergebnisse reichen nicht aus, um sie zu verändern. Drittens stabilisiert die EU die bestehenden Herrschaftsverhältnisse und verhindert Veränderung teilweise sehr aktiv – siehe Griechenland. Viertens können einzelne linke Regierungsprojekte nicht jahrzehntelang warten, bis sich die Verhältnisse auch anderswo ändern, sondern müssen eigenständig Schritte setzen können.

263

Die EU ist jedoch auch kein äußerer Feind, von dem wir uns durch einen Austritt einfach lösen könnten. Die wirtschaftlichen Verflechtungen, die Tiefe der neoliberalen Reformen, die enorme Konzentration von Vermögen und wirtschaftlicher Macht sowie die Meinungsherrschaft der Rechten und Neoliberalen verhindern das. Es ist schwer vorstellbar, dass ein einzelnes Land nach einem Austritt besser in der Lage wäre, progressive Politik umzusetzen.

Wenn also die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist – was dann? Im Strategieteil haben wir unterschiedliche Ansätze zusammengetragen, die uns vor dem Hintergrund dieser Einschätzung handlungsfähig machen können. Denn nur, wenn wir neue Wege und Strategien entwickeln, mit denen wir in die Offensive kommen, haben wir eine Chance, Menschen für unsere Ideen zu begeistern und gemeinsam die Gesellschaft zu verändern. Die folgenden zehn Punkte fassen die Strategien und Handlungsmöglichkeiten unserer bisherigen Debatte zusammen.

1. Hören wir auf, die EU zu idealisieren und den Austritt zu dämonisieren.

„Ich bin für die EU, aber ...“ ist für viele Progressive eine Art Mantra. Kritik gestatten sie sich nur, wenn sie zugleich gebetsmühlenartig ihr Bekenntnis zur EU wiederholen. Von jenen, die ihr kritisch gegenüberstehen, wird dasselbe verlangt. Doch ein solches Gelöbnis hieße, die Augen vor der Realität der europäischen Integration zu verschließen. Die EU ist nicht inhärent gut oder progressiv. Der verbreitete Bekenntniszwang erschwert die notwendige tiefgreifende Kritik und nützt den neoliberalen Eliten, die ihr europäisches Projekt im Interesse von Reichen und Großunternehmen vorantreiben.

264

Wir dürfen uns auch nicht zwingen lassen, die EU blind zu verteidigen, wenn sie von rechts angegriffen wird. Nur mit eigenständigen Analysen und Positionen, die sich nicht am politischen Koordinatensystem der Eliten orientieren, können wir politisch wirksam handeln. Tun wir das nicht, entfernen wir uns immer mehr von der gesellschaftlichen Realität. Denn die Erzählung von der fortschrittlichen EU, die unser aller Leben verbessere, hat nichts mehr mit dem Alltag der meisten Menschen zu tun.

Wer die EU kritisiert, wird schnell als nationalistisch gebrandmarkt und mit der Rechten in einen Topf geworfen. Doch nicht jede Kritik an der EU und ihren Regeln ist nationalistisch, ebenso wenig wie jeder Bezug auf politisches Handeln im Nationalstaat. Auch wenn wir derzeit den Austritt in Österreich für keine sinnvolle Forderung halten, kann die Debatte darüber anderswo progressive Spielräume eröffnen. Der Euro ist nicht alternativlos, und es gibt eine rege wissenschaftliche Auseinandersetzung zu alternativen Formen der Währungs Kooperation. Führen wir eine offene Debatte zu EU und Euro und überwinden wir die Stigmatisierung jeder Kritik als „antieuropäisch“.

2. Achten wir darauf, die EU nicht ungewollt zu legitimieren.

Die EU soll dies, die EU muss das. Forderungen dieser Art gehören für viele progressive Organisationen zum Alltag, erzeugen aber möglicherweise mehr Schaden als Nutzen. Ein Beispiel: Eine echte progressive EU-Sozialpolitik, die diesen Namen auch verdient, ist völlig unrealistisch. Fordern wir die EU-Kommission trotzdem dazu auf, erreichen wir in der Sache nichts, legitimieren aber ihre Funktionsweise als undemokratische Institution. Gleichzeitig bestärken wir ihren Zugang, soziale Fragen der Wettbewerbslogik unterzuordnen, und verdecken, dass ihre Politik für den Abbau sozialer Rechte steht. Das bedeutet nicht, dass wir niemals Forderungen an die EU-Ebene richten sollen. Doch wir sollten genau abwägen, wann wir das tun und warum.

265

Wenn wir im Rahmen einer starken Kampagne Forderungen an EU-Institutionen richten, bringen wir sie, aber auch nationale Regierungen, unter Zugzwang. Ist unsere Bewegung stark genug, können wir so Zugeständnisse erzwingen. Manchmal gibt es im neoliberalen Gefüge der EU progressive Fenster, in denen unsere Forderungen durchsetzbar sind. Leider ist das selten der Fall. Auch aussichtslose Forderungen an die EU-Institutionen können fallweise strategisch sinnvoll sein, um sichtbar zu machen, dass sie gegen die Interessen der breiten Bevölkerung handeln.

In bestimmten Fällen können wir versuchen, noch weiter zu gehen und die Politik der EU aktiv zu delegitimieren. So entschieden sich Ärzte ohne Grenzen 2016 wegen der menschenrechtswidrigen EU-Flüchtlingspolitik, keine Gelder der EU und der Mitgliedsstaaten mehr anzunehmen. Damit setzen sie ein starkes Zeichen, dass ihr humanitärer Auftrag mit der die EU-Flüchtlingspolitik nicht vereinbar ist.

3. Lernen wir zu differenzieren und die Standpunkte anderer Länder und sozialer Gruppen einzubeziehen.

266 Viel zu oft verallgemeinern PolitikerInnen, JournalistInnen oder WissenschaftlerInnen ihre Sicht der EU. Doch wie wir sie erleben, hängt stark von unserer sozialen Herkunft und unseren Lebensumständen ab. Haben wir Sprachkenntnisse, finanzielle Mittel und Kontakte, um die Reisefreiheit auszukosten, oder schränken uns Geldsorgen oder Betreuungspflichten ein? Studieren wir an der Uni und haben wohlhabende Eltern, die uns ein Erasmus-Auslandssemester ermöglichen? Oder sind wir von Arbeitslosigkeit und Lohndumping bedroht? Manche können die Vorteile der EU nutzen, doch das gilt nicht für die Mehrheit der Menschen. Nur wenn wir das anerkennen, können wir eine sinnvolle EU-Strategie entwickeln.

Auch die EU-Debatten sozialer Bewegungen unterscheiden sich je nach Land stark. Zum Beispiel profitieren Österreichs Großunternehmen von Binnenmarkt und Osterweiterung, während EU-Kritik hierzulande vor allem von rechts kommt. Beides prägt die progressive EU-Debatte. In Südeuropa hingegen sind die Folgen von Euro und Kürzungspolitik für die Mehrheit der Menschen desaströs. Es gibt starke soziale Bewegungen, die Konflikte auf der Straße sichtbar machen. Unter diesen Bedingungen ist die Auseinandersetzung mit dem Euro-Austritt in Griechenland etwas völlig anderes als in Österreich, nämlich eine mögliche Alternative zur Kürzungspolitik. Auch für Portugal, das eine starke Linke hat, aber innerhalb der Eurozone zum Niedriglohnland degradiert wurde, kann der Austritt eine Perspektive sein.

Wie auch immer wir die EU einschätzen: Wir müssen anerkennen, dass Menschen und soziale Bewegungen mit denselben politischen Zielen in anderen Ländern unter anderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen leben – und so auch zu anderen Schlüssen kommen können.

4. Gehen wir pragmatisch damit um, an welche politische Ebene wir unsere Forderungen richten.

Viele Probleme unserer Zeit sind global, und progressive Kräfte hoffen auf internationale Lösungen. Nur eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik könnte sicherstellen, dass Menschen hier Schutz und Sicherheit finden. Um die Finanzmärkte wirksam zu regulieren, bräuchte es internationale Abkommen, und auch den Klimawandel können wir nur koordiniert bekämpfen. Doch all das geschieht nicht oder unzureichend. Nur auf europäische oder gar globale Lösungen zu warten, hilft uns nicht weiter. Das macht uns handlungsunfähig und verstellt uns den Blick darauf, dass politische Veränderung auch an anderer Stelle 267 beginnen kann.

Arbeiten wir nicht auf jener Ebene, die in der Theorie die beste wäre oder die uns die Gegenseite vorgibt – sondern dort, wo wir am wirksamsten etwas erreichen können. Ein Beispiel: Im Kampf gegen TTIP und CETA haben wir nicht darauf gehofft, die EU-Kommission zu bekehren, sondern Gemeinden mobilisiert, um gemeinsam Druck auf nationale Regierungen zu machen. Lange bevor es einen globalen UN-Klimavertrag gab, bemühten sich viele Kommunen um die Energiewende. Und in Frankreich ermöglicht ein neues Gesetz, Konzerne für Menschenrechtsverletzungen vor Gericht zu bringen, auch wenn diese im Ausland begangen wurden. Nun wäre es klarerweise wünschenswert, eine solche Regelung auf EU-Ebene zu verankern. Doch hätten die Bewegungen in Frankreich darauf gewartet, wäre dieses Gesetz wohl nie (oder nur viel schwächer) zustande gekommen.

Allzu oft verweisen PolitikerInnen auf die Notwendigkeit einer Lösung auf EU-Ebene, um sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen. Doch die EU-Ebene ist nicht automatisch der beste Ansatzpunkt. Wir können politische Veränderungen auch auf anderen Ebenen vorantreiben.

5. Fordern wir Regierungen und PolitikerInnen auf, mit neoliberalen Regeln zu brechen.

Neoliberale Politik ist so tief in den Verträgen und Strukturen der EU verankert, dass alternative Wirtschaftspolitik fast unmöglich wird. Wir müssen aufhören, dieses Regelwerk als unumstößlich zu betrachten. Investitionen in die soziale Infrastruktur sind nur möglich, wenn wir die Budgetregeln missachten. Um die Energieversorgung unter demokratische Kontrolle zu stellen, müssen wir uns über den Liberalisierungszwang der EU hinwegsetzen. Und wir können kooperative und ökologische Wirtschaftsformen nur fördern, indem wir das EU-Wettbewerbsrecht brechen.

268

Dieser strategische Ungehorsam gegenüber den EU-Regeln eröffnet neue Perspektiven für linke Regierungen auf allen Ebenen, aber auch für soziale Bewegungen. Lassen wir PolitikerInnen nicht länger mit Sachzwang-Argumenten davonkommen. Wir können in der EU bleiben, ohne uns allen problematischen Regeln zu unterwerfen. Wenn wir sie erfolgreich brechen, schaffen wir neue politische Spielräume und schwächen gleichzeitig ihre Durchsetzbarkeit. Das Konzept des strategischen Ungehorsams ermöglicht es, über abstrakte Kampagnen gegen EU-Regeln wie das Wettbewerbsrecht oder den Fiskalpakt hinauszugehen. Stattdessen geht es nun um konkrete politische Verbesserungen, die nur im Widerstand gegen EU-Vorschriften durchgesetzt werden können. Der strategische Ungehorsam erlaubt so die Politisierung der neoliberalen Grundfesten der EU. Wenn EU-Recht eine sozial gerechte, nachhaltige und demokratische Politik verunmöglicht oder Lebensbedingungen verschlechtert, dann hat eine gewählte Regierung die Pflicht, diese Regeln zu missachten. Und wir haben das Recht, genau das von ihr zu verlangen.

6. Nicht nur Länder, auch Städte, Gemeinden und Regionen sind politische Akteure. Arbeiten wir mit ihnen.

Wenn wir also auf EU-Ebene wenig erreichen können – bleibt dann nur der Nationalstaat? Keinesfalls. Auch Städte, Gemeinden und Regionen sind politische Ebenen, auf denen wir unsere Forderungen durchsetzen können.

Vorreiterinnen dieser Idee sind jene Bewegungen in spanischen Städten wie Barcelona und Madrid, welche die Stadt als Ausgangspunkt für eine andere Politik nutzen. Angelehnt an „el municipio“, die Gemeinde, nennen sie sich „munizipalistisch“. Sie entwickeln ihre Politik aus dem Alltag und Lebensumfeld der Menschen und versuchen von unten Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu erarbeiten. Statt darauf zu warten, dass der spanische Staat Flüchtlinge aufnimmt, versucht Barcelona, das direkt selbst zu tun. Städte werden damit zum Hebel im Kampf gegen die Politik der Zentralregierung und möglicherweise auch die der EU.

269

Im Widerstand gegen Privatisierung und Liberalisierung können Städte und Gemeinden in Zukunft eine zentrale Rolle einnehmen. Die EU schreibt Liberalisierungen vor, und die Folgen werden auf lokaler Ebene am meisten spürbar. Dazu kommt, dass Alternativen dort oft am einfachsten umsetzbar sind. Städte können somit als Orte des Experimentierens dienen, für politische Maßnahmen wie für neue demokratische Formen. Auch im Kampf gegen die EU-Handelspolitik sind Gemeinden zentral. EU-weit vernetzen sich TTIP-freie Kommunen und bauen so politischen Druck auf. Auch im Kampf für die Rechte von Flüchtlingen und gegen Abschiebungen sind kleine Gemeinden immer wieder Vorreiterinnen. Städte, Gemeinden und Regionen können darüber hinaus neue Formen der Zusammenarbeit erproben, denn internationale Kooperation ist nicht auf Nationalstaaten beschränkt.

7. Lassen wir uns den Internationalismus nicht wegnehmen und denken wir internationale Kooperation neu.

270 Globale Solidarität und internationale Zusammenarbeit sind Grundwerte der globalisierungskritischen Bewegung. Die EU verinnahmt diese Werte für sich, lebt aber höchstens einen Internationalismus des Kapitals. Lassen wir uns davon nicht beirren. Wir können internationalistisch sein, ohne die EU zu verherrlichen. Arbeiten wir stattdessen an neuen Modellen internationaler Zusammenarbeit, die an der EU vorbei- und über sie hinausgehen. Lernen wir von den Erfahrungen anderer Weltregionen, etwa von ALBA in Lateinamerika. Statt schrankenlosem Handel, der nichts mit solidarischer Kooperation gemein hat, steht dort das Prinzip der Komplementarität im Vordergrund, also der gegenseitigen Ergänzung. Importiert wird, was nicht selbst hergestellt werden kann. In Europa könnten Länder oder Regionen beispielsweise gemeinsame öffentliche Betriebe aufbauen, um ihre jeweiligen Stärken zu kombinieren.

Barcelona arbeitet derzeit am Aufbau eines Gemeindefeldnetzes gegen Privatisierungen. Solche Kooperationen zeigen, dass international nicht immer zwischenstaatlich heißen muss. Rebelliche Städte können etwa gemeinsam neue Formen von StadtbürgerInnenschaft erproben, die Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus politische und soziale Rechte geben.

Wir sollten auch die Annahme hinter uns lassen, Kooperation müsse zwangsläufig in Europa beginnen. Viele Beiträge in diesem Buch stellen zurecht die „Idee Europa“ infrage. Denken wir grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht in erster Linie europäisch, sondern politisch: Verfolgt ein Staat, eine Region oder eine Stadt ähnliche Ziele und ist eine Kooperation sinnvoll? Dann bemühen wir uns darum, auch wenn der Ort außerhalb des geografischen und kulturellen Konstrukts „Europa“ liegt.

8. Stellen wir nicht abstrakte Ideen, sondern die Veränderung von Machtverhältnissen ins Zentrum.

Wir brauchen Alternativen zur herrschenden Politik. Oft erarbeiten Organisationen oder Bewegungen perfekte Modelle, wie sich die EU-Politik in einem bestimmten Bereich anders organisieren ließe. Doch nur, weil wir gute Vorschläge haben, werden uns die Eliten nicht erhören. Auch helfen uns detaillierte Konzepte allein nicht dabei, Menschen als MitstreiterInnen zu gewinnen. Visionen und Vorschläge sind nötig, müssen aber immer im Zusammenhang mit konkreten politischen Auseinandersetzungen stehen. Konzepte für ein gemeinwohlorientiertes Bankensystem sind dann besonders wirksam, wenn reale Bankenrettungen anstehen und wir Widerstand dagegen organisieren wollen. Ähnliches gilt für politische Werte. Ideen wie Demokratie oder Solidarität mobilisieren abstrakt und für sich genommen fast niemanden. Erst wenn wir sie mit konkreten Kämpfen wie etwa gegen TTIP und CETA verbinden, können wir Menschen dafür gewinnen, aktiv zu werden. Und globale Solidarität wird greifbar, wenn wir zusammen mit Bauern, Bäuerinnen und LandarbeiterInnen aus dem globalen Süden gegen Saatgutpatente kämpfen.

271

Wir setzen politische Veränderung nicht durch, indem wir recht haben, sondern indem wir uns gemeinsam mit möglichst vielen Menschen dafür organisieren. Dafür sind Alternativvorschläge wichtig, aber sie sind nicht alles. Wir müssen die richtigen Auseinandersetzungen führen, die uns helfen, Schritt für Schritt neue Handlungsspielräume zu gewinnen. Wir müssen Alternativen von unten aufbauen, mit denen wir die Vision einer anderen Gesellschaft sichtbar machen. Wir müssen Formen politischen Handelns entwickeln, an denen sich möglichst viele Menschen beteiligen können. Und wir sollten nicht immer mit den größten Fragen und der höchsten Ebene beginnen. Setzen wir dort an, wo wir konkrete Lösungen anbieten und aufbauen können.

9. Wählen wir jene Konflikte aus, die unsere Handlungsspielräume vergrößern und wo wir neue Allianzen bilden können.

Als soziale Bewegungen führen wir wichtige Abwehrkämpfe, um weitere Verschlechterungen zu verhindern. Doch wir sind nicht in der Lage, wirksam gegen alle Angriffe auf soziale Rechte und unsere Lebensgrundlagen zu kämpfen. Wir müssen Auseinandersetzungen auswählen, auf die wir uns konzentrieren und die wir gewinnen können. Das tun wir klarerweise auf Basis unserer politischen Ziele. Darüber hinaus gibt es drei zentrale strategische Kriterien, nach denen wir die Konflikte auswählen sollten, die wir führen.

272 Führen wir, erstens, jene Auseinandersetzungen, welche die zentralen politischen Projekte der Herrschenden am meisten stören. TTIP und CETA sind der Beginn einer neuen handelspolitischen Agenda der EU. Wenn wir diese Abkommen stoppen, bringen wir den ganzen Plan und damit ein langfristiges globales neoliberales Projekt zu Fall. Wählen wir, zweitens, jene politischen Auseinandersetzungen aus, mit denen wir neue Handlungsspielräume gewinnen können. Wenn Bewegungen gegen die Privatisierung der Wasser- oder Energieversorgung in ihrer Stadt kämpfen, öffnen sie damit auch den Raum für eine grundsätzliche Diskussion über die demokratische Kontrolle öffentlicher Leistungen. Und drittens sollten wir uns für Themen und Kämpfe entscheiden, bei denen wir neue und/oder möglichst breite Allianzen bilden können. MigrantInnen und von Rassismus betroffene Gruppen zahlen den höchsten Preis für neoliberale Kürzungen und autoritäre Politik. Frauen sind mehrfachen Benachteiligungen ausgesetzt, und feministische Bewegungen sind wichtige Akteurinnen im Kampf um ein gutes Leben für alle. Auch viele andere Gruppen sind oft von politischen Prozessen ausgeschlossen – besonders mit ihnen sollten wir gemeinsam kämpfen.

10. Bauen wir Alternativen von unten auf.

Die herrschenden Eliten haben kein Interesse an einer radikalen Umgestaltung von EU, Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu kommt, dass Alternativen zum Kapitalismus heute für die meisten Menschen schwer vorstellbar sind. Schlagworte wie „sozial-ökologische Transformation“ oder „Sozialismus“ sind zu allgemein, um zu begeistern. Doch konkrete wirtschaftliche Alternativen existieren bereits. Solidarische Landwirtschaft, Lebensmittelkooperativen, Kollektivbetriebe, Solidaritätskliniken und die Open Source Bewegung entziehen sich der Markt- und Profitlogik. Gemeinsam entwickeln sie konkrete Antworten auf die Bedürfnisse von Beschäftigten, KonsumentInnen oder den NutzerInnen öffentlicher Leistungen. Sie ermöglichen es Menschen, abseits von Kampagnen- oder Bildungsarbeit an konkreten politischen Projekten mitzuarbeiten. Und als Modelle alternativen Wirtschaftens machen sie eine andere Welt vorstellbar.

273

Die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen (PAH) ermächtigt Menschen im Kampf um ihre Wohnungen. Sie kennen und verteidigen ihre Rechte, verhindern Räumungen bei Bedarf physisch und besetzen leerstehende Häuser, damit zwangsgeräumte Familien in ihnen leben können. So macht die PAH greifbar, dass das Recht auf Wohnen für alle gelten muss. Auch in Griechenland setzt ein riesiges Netzwerk an Solidaritätsinitiativen der europäischen Kürzungspolitik eine konkrete Alternative entgegen. Initiativen wie Solidaritätskliniken und Lebensmittelkooperativen lindern nicht nur die unmittelbare Not, sie haben oft auch einen explizit politischen Anspruch: Sie wenden sich gegen die zerstörerische Kürzungspolitik und setzen sich für politische Alternativen, etwa im Gesundheits- und Lebensmittelsystem, ein. Das zeigt: Alternativen von unten weisen nicht nur den Weg in eine andere Welt, sie sind auch ein konkretes Mittel im Kampf gegen neoliberale EU-Politik und die Ideologie dahinter.

Ziel dieses Buchs ist es, die Europäische Union zu entzaubern und als das zu zeigen, was sie ist: ein im Herzen neoliberales Projekt. Ist der Zauber erst gebrochen, tun sich für Menschen, die sich für ein gutes Leben für alle einsetzen, viele neue Wege auf. Wir hoffen, dass dieses Buch auch Sie, liebe Leserinnen und Leser, inspiriert und motiviert, aktiv zu werden!

AutorInnen

Fabiane Baxewanos arbeitet im Bereich EU-Flüchtlingsrecht in Brüssel. Sie publiziert und hält Vorträge zu den Themen internationaler Menschenrechts- und Flüchtlingsschutz sowie EU-Migrationsrecht.

Joachim Becker ist a. o. Professor am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der WU Wien. Er arbeitet unter anderem zu Integrations- und Desintegrationsprozessen in Europa, speziell den Peripherien.

Julia Eder ist Universitätsassistentin in der Abteilung für Politik und Entwicklungsforschung am Institut für Soziologie der JKU Linz. Ihr Schwerpunkt ist vergleichende Regionalismusforschung in der Süd-Süd-Kooperation. 275

Stefan Ederer ist Ökonom in Wien und arbeitet zu den Themen ökologische Ökonomie, Makroökonomie, Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte und Ungleichheit.

Julianna Feblinger ist in der Bewegung für Ernährungssouveränität und bei Attac aktiv. Sie arbeitet für die Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung (ÖBV-Via Campesina Austria).

Manuel Grebenjak arbeitet im umweltpolitischen Bereich und ist in der Klimagerechtigkeitsbewegung System Change, not Climate Change! und bei Attac aktiv.

Ralph Guth ist Politikwissenschaftler und studiert Rechtswissenschaften. Seit zwei Jahren ist er Vorstandsmitglied von Attac Österreich, wo er vor allem zur Krise, der EU und Konzernmacht aktiv ist.

Johannes Jäger ist Fachhochschulprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule des BFI Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind die politische Ökonomie Europas und Lateinamerikas.

Elisabeth Klatzer ist politische Ökonomin und Vorstandsmitglied von Attac. Sie setzt sich für eine demokratische und sozialgerechte Transformation und feministische Alternativen in der Ökonomie ein.

Martin Konecny ist Politikwissenschaftler und Koordinator des handelspolitischen Netzwerks Seattle to Brussels.

Markus Koza ist Ökonom, Bundessekretär der AUGE/UG-Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen und Vertreter der UG im ÖGB-Vorstand und Bundesvorstand.

Christine Mayrhuber ist Ökonomin mit den Forschungsschwerpunkten soziale Sicherheit, Einkommensverteilung und Umverteilung. Sie war Obfrau des BEIGEWUM.

Lisa Mittendrein ist Soziologin und Sozioökonomin. Sie arbeitet bei Attac zu Eurokrise, Finanzmärkte und Steuern.

Andreas Novy ist Leiter der Grünen Bildungswerkstatt und Vorstand des Institute for Multi-Level Governance and Development an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Lukas Oberndorfer ist Wissenschaftler in Wien und arbeitet zur Frage, wie es seit der Krise in Europa zu einer autoritären Wende kommt, die Demokratie und Grundrechte einschränkt, um neoliberale Politik zu vertiefen.

James O'Nions leitet das Aktivismus-Team bei Global Justice Now/Attac UK. Er ist langjähriger globalisierungskritischer Aktivist und war Mitherausgeber des unabhängigen grün-linken Magazins *Red Pepper*.

Thomas Roithner ist Friedensforscher, Journalist und Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien (www.thomasroithner.at).

Bue Rübner Hansen forscht an der Aarhus Universität zum „good life in common“ mit Bezug auf Munizipalismus, Migration und soziale Bewegung.

Christa Schlager ist Ökonomin und Redakteurin der Zeitschrift *Kurswechsel*.

Etienne Schneider ist Politikwissenschaftler, forscht zur politischen Ökonomie der EU und ist Redakteur der Zeitschrift *PROKLA*. 2017 erschien *Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit?*

Valentin Schwarz ist Historiker. Er arbeitet bei Attac zu Handelspolitik, Eurokrise und politische Kommunikation.

Alexandra Strickner ist politische Ökonomin und Mitbegründerin von Attac Österreich. Sie ist Expertin im Bereich EU-Handels- und Agrarpolitik und arbeitet zu Fragen der sozial-ökologischen Transformation.

Simon Theurl ist politischer Ökonom und arbeitet als Lektor an der FH des Bfi Wien, ist Vorstandsmitglied des BEIGEWUM und bei Attac zum Thema Handel aktiv. 277

Michael Torner ist Elektrotechniker und lehrt am Institut für Erneuerbare Energie an der FH Technikum Wien. Er ist bei Attac in den Bereichen Handel sowie Klima- und Energiepolitik aktiv.

Peter Wahl studierte Gesellschaftswissenschaften und Romanistik in Mainz, Aix-en-Provence und Frankfurt am Main. Er ist Mitbegründer von Attac Deutschland und Mitglied in dessen Wissenschaftlichem Beirat.

David Walch ist Kommunikationswissenschaftler und Historiker. Er ist Pressesprecher von Attac.

Carla Weinzierl ist Projektmitarbeiterin an der WU Wien. Sie ist Attac-Vorstandsmitglied und aktiv in der Nyéléni Bewegung für Ernährungssouveränität und bei System Change, not Climate Change!

Manuela Zechner ist Kulturarbeiterin, Forscherin und Gruppenmoderatorin. Sie beschäftigt sich mit sozialen Bewegungen, Gruppenprozessen und Subjektivität, Sorge-Reproduktion und Migration.